



www.arbeitnehmerkammer.de

Aus Vielfalt eigene Stärken entwickeln

Migrantinnen und Migranten in Bremen



BERICHT ZUR SOZIALEN LAGE 2012



Inhalt

1 2	2	Impressum
	2	Dank
	3	Vorwort
	4	Migration, Integration, Partizipation Einführung ins Thema <i>Thomas Schwarzer</i>
	14	Teilhabe und Partizipation durch Bildung in Bremen Bildung und Migration in Bremen <i>Thomas Schwarzer</i>
	25	Ausgewählte Ergebnisse des ersten Bildungsberichtsbands für das Land Bremen und seine beiden Kommunen <i>Dr. Daniel Kneuper</i>
	44	Sprachförderung – aber wie? <i>Thomas Schwarzer</i>
	50	Im Umgang mit Vielfalt eigene Stärken entwickeln <i>Interview mit Maresi Lassek und Beatrix Harnisch-Soller</i>
	62	Drehkreuz Ausbildung – für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund <i>Herbert Rüb</i>
	3	70
82		Stadtteilökonomie Bremen-Gröpelingen <i>Prof. Dr. Felicitas Hillmann, Lea Rohmeyer</i>
95		Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Aussiedler auf dem Bremer Arbeitsmarkt <i>Ralf Lorenzen</i>
4	120	Ausblick: Politische Partizipation in Bremen Ausblick – eine neue Phase der Bremer Integrations- und Partizipationspolitik? <i>Thomas Schwarzer</i>
	127	Ein großer Schritt <i>Interview mit Dr. Eva Quante-Brandt</i>
5	132	Zahlen, Daten, Fakten zur Armut im Land Bremen <i>Paul M. Schröder</i>



HERAUSGEBER
Arbeiterkammer Bremen
 Bürgerstraße 1
 28195 Bremen
 Telefon 0421-36301-0
 Telefax 0421-36301-89
 info@arbeiterkammer.de
 www.arbeiterkammer.de

REDAKTION

Nathalie Sander (V.i.S.d.P.)
 Thomas Schwarzer
 Elke Heyduck

LEKTORAT

Martina Kedenburg

GRAFISCHE GESTALTUNG

Designbüro Möhlenkamp,
 Marlis Schuldt
 Jörg Möhlenkamp

FOTOS

Stefanie Preuin

DRUCK

Girzig & Gottschalk, Bremen

September 2012

Dank

Der Bericht zur sozialen Lage der Migrantinnen und Migranten in Bremen 2012 ist wie immer ein ›Gemeinschaftswerk‹, an dem sich viele mit ganz unterschiedlichen Beiträgen beteiligt haben. Ohne die gute Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Bremen wäre es nicht möglich gewesen, zu wichtigen Themen auch die erforderliche Datengrundlage aufbereiten zu können. Dafür bedanken wir uns insbesondere bei Dr. Andreas Cors, Ursel Fischer und Sonja Viehweg.

Ein besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, die auf der Grundlage von Interviews, Expertisen oder Daten eigene Beiträge für diesen Bericht geschrieben haben. Das sind in diesem Jahr Prof. Felicitas Hillmann und Lea Rohmeyer mit einer Expertise zur Stadtteilökonomie in Bremen-Gröpelingen. Zu dieser Expertise haben auch Lukas Engelmeier, Esra Nurgenc und Rafaela Rau durch ihre Befragung von Selbstständigen und Geschäftsleuten in Gröpelingen beigetragen. Das sind Dr. Daniel Kneuper, Simon Ott und Lutz Jasker aus der senatorischen Behörde für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit mit einer Kurzfassung der zentralen Ergebnisse des Bremer Bildungsberichts 2012. Das ist Ralf Lorenzen, der elf Menschen mit einer familiären Migrationsgeschichte interviewt hat. Unser Dank gilt auch ihnen, die sich alle Zeit genommen haben und ausführlich aus ihrem Leben und über ihre Erfahrungen in Bremen berichten: Neriman Sali, Ibrahim Akbal, Dervis Yildirim, Mehmet K., Güler Binici, Pelin Ögüt, Ganesh N., Josip T., Ramin Popalzai, Gregor Kruppa und Milton Reimann. Dank gilt auch Maresi Lassek und Beatrix Harnisch-Soller, die trotz knapp bemessener Zeit für ein ausführliches Interview zur Verfügung standen.

Wichtige Informationen für diesen Bericht entstanden außerdem durch Gespräche mit den für Migration und Integration zuständigen Sprecherinnen und Sprechern der politischen Parteien in Bremen: Zahra Mohammadzadeh, Cindi Tuncel und Sofia Leonidakis, Elombo Bolayela und Valentina Tuchel. Das gleiche gilt auch für Prof. Yase-min Karakasoglu, Christiane Gartner, Dr. Lutz Liffers, Lars Gerhardt und Rainer Schmidt.

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies ist der 10. Bericht zur sozialen Lage, den die Arbeiterkammer Bremen veröffentlicht. Als wir uns vor einem Jahr für das Schwerpunktthema ›Migrantinnen und Migranten in Bremen‹ entschieden haben, blickte Deutschland gerade auf 50 Jahre gemeinsame Migrationsgeschichte mit der Türkei zurück. In diesem halben Jahrhundert hat sich einiges verändert. Nicht nur aus der Türkei, auch aus Italien, Spanien, Griechenland, Polen, Rumänien und zahlreichen anderen Ländern sind Menschen nach Deutschland gekommen, um hier zu arbeiten und zu leben. In Bremen und Bremerhaven hat heute mehr als ein Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner einen sogenannten Migrationshintergrund, bei den Grundschulern trifft dies sogar auf etwa die Hälfte zu. Allein im Bremer Stadtteil Tenever leben Menschen aus mehr als 80 Nationen zusammen.

Mit dem vorliegenden Bericht wollen wir zeigen: Es gibt nicht auf der einen Seite die Deutschen, auf der anderen die Migranten, vielmehr leben wir alle in einer vielfältigen Gesellschaft, die sich aus Menschen verschiedenster Herkunft zusammensetzt. Elf von ihnen haben wir im Reportage-Teil dieses Berichts interviewt. Sie arbeiten als Anwältin, Sozialarbeiterin und als Putzmann oder setzen sich als Betriebsräte für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Was sich in den Interviews unter anderem zeigt: Der Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Ob Integration und eben auch Teilhabe gelingen, entscheidet sich besonders auf den regionalen Arbeitsmärkten.

Für einen Teil der rund 115.000 Bremerinnen und Bremer mit Migrationshintergrund ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt schwieriger als für den ›Durchschnitt‹ der Deutschen. Dies wird oft mit dem niedrigen Qualifikationsniveau der migrantischen Bevölkerung erklärt. Tatsächlich gibt es dafür weitere Ursachen: Die formale Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen ist in Deutschland mit besonderen Schwierigkeiten verbunden und soll erst jetzt verbessert werden. Einige Unternehmen übergehen zudem Bewerber mit Haupt- oder Realschulabschluss oder aufgrund eines ausländisch klingenden Namens.

Probleme, wie beispielsweise eine geringe Ausbildungs- oder Erwerbsbeteiligung, stehen beim Thema Migration fast immer im Mittelpunkt der Debatte. Diese Schwierigkeiten zu thematisieren ist wichtig, sie sollten aber nicht den Blick verstellen auf die positiven Entwicklungen. Denn auf dem Bremer Arbeitsmarkt fand in den zurückliegenden Jahren auch eine wachsende Zahl von Ausländerinnen und Ausländern eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Und im Bildungsbereich schließen mehr als zwei Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Schule mit der mittleren Reife oder der Hochschulreife ab.

Gleichzeitig verweisen die Zahlen zur Armut und zur Arbeitslosigkeit im letzten Teil des Berichts auch auf die massiven Folgeprobleme für die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen im Land Bremen. Ein vergleichsweise hoher Anteil von deutschen und migrantischen Eltern ist erwerbslos, hat einen niedrigen Bildungsstand und lebt in Armut. 42 Prozent aller Kinder wachsen in Bremen mit mindestens einem dieser Risiken auf, 12 Prozent sogar mit allen drei Risiken. Das führt zu schlechten Startchancen, die bisher in den Bremer Schulen nicht hinreichend ausgeglichen werden.

Der Bericht zur sozialen Lage – vormals Armutsbericht – will genau diese Themen immer wieder auf die Tagesordnung setzen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

Wir wünschen uns in diesem Sinne, dass der Bericht viele Leserinnen und Leser findet.

Peter Kruse
 Präsident

Ingo Schierenbeck
 Hauptgeschäftsführer

1 Migration, Integration, Partizipation



Einführung ins Thema

THOMAS SCHWARZER
Arbeiterkammer Bremen

Warum handelt der Bericht zur sozialen Lage in diesem Jahr von Migration, von Migrantinnen und Migranten? Die Antwort ist einfach: Es gibt wohl kaum ein gesellschaftliches Thema, das immer wieder so hitzig und kontrovers in Politik und Öffentlichkeit debattiert wird. Diese Debatten werden häufig mit pauschalen Zuschreibungen, Vorurteilen und Populismus geführt. Schon um die Verwendung der ›richtigen‹ Begriffe wird intensiv gestritten. Zum Beispiel um das korrekte Wort für jene Menschen, deren Eltern oder die selbst aus einem anderen Land nach Deutschland und Bremen gekommen sind.

Die Zuschreibungen sind wenig hilfreich, wenn damit bereits sprachlich eine Gegenüberstellung von ›Einheimischen‹ und ›Fremden‹ oder von ›Mehrheit‹ und ›Minderheit‹ erfolgt.¹ Nach mehr als 50 Jahren Einwanderungsgeschichte, versteht sich Deutschland nach langer Verzögerung als Einwanderungsland. Jeder Fünfte hat in Deutschland mittlerweile einen sogenannten ›Migrationshintergrund‹ (15,7 Millionen), mehr als die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft (8,6 Millionen). Und ein Drittel von ihnen hat selbst keine Migrationserfahrung, sondern ist in Deutschland geboren und zur Schule gegangen (5,2 Millionen). Sie alle sind längst ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft.

Genauer gesagt, wohnt nahezu die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund (44,5 Prozent) in Städten mit 100.000 und mehr Einwohnern, aber lediglich 28 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund.² Die großstädtischen Gesellschaften, wie auch Bremen, sind daher nicht nur stärker durch Zuwanderung geprägt, sondern auch erfahrener im Umgang mit Vielfalt.

Je dynamischer und aufnahmefähiger sich dort die regionalen Arbeitsmärkte erweisen, umso höher ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund. Eine Landkarte der Ausländeranteile und der Menschen mit Migrationshintergrund in den deutschen Städten spiegelt dementsprechend ein Muster der wirtschaftlich produktivsten Regionen.³ Wie unter einem Brennglas zeigen sich in den Großstädten die Chancen der Zuwanderung, aber auch damit verbundene Folgeprobleme.

Migranten in Bremen und Bremerhaven

Im Bundesland Bremen, mit seinen beiden Großstädten Bremen und Bremerhaven, hatten 2010 von den 660.000 Bewohnerinnen und Bewohnern 184.000 einen Migrationshintergrund (27,8 Prozent). Auch in Bremen sind über die Hälfte von ihnen deutsche Staatsbürger (100.000). Und von allen im Land Bremen lebenden Menschen, die als Menschen mit Migrationshintergrund gezählt werden, ist fast ein Drittel in Deutschland geboren (53.000) und hat selbst keine Migrationserfahrung. Im Vergleich mit den deutschen Großstädten (über 500.000 Einwohner) liegt die Stadt Bremen mit rund 28 Prozent bei den Menschen mit Migrationshintergrund im ›Mittelfeld‹. Die höchsten Anteile an Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund haben Stuttgart (40 Prozent), Frankfurt am Main (39 Prozent), Nürnberg (39 Prozent) und München (36 Prozent).

¹ Solche Zweiteilungen haben gerade in Deutschland eine ebenso lange, wie unruhliche Geschichte. Aufseiten der Deutschen werden angeblich übergeordnete Gemeinsamkeiten definiert, die früher als Deutschtum und heute zurückhaltender, als deutsche Leitkultur bezeichnet werden. In dieser Logik sind die Neuankömmlinge immer fremd oder anders, weil sie an vorgeblich deutschen Leitwerten gemessen entsprechende Defizite aufweisen (müssen): fehlende Sprachkenntnisse, fehlende Bildungsstandards, fehlende Kenntnisse gesellschaftlicher Regeln, fehlende christliche Wertvorstellungen. Möglichst schnell sollen sie diese Defizite ausgleichen und sich dadurch einfügen und anpassen (assimilieren).

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2011).

³ Vgl. Thränhardt (2009), S. 269.

Bei den 184.000 Menschen mit einem Migrationshintergrund (ca. 28 Prozent) in Bremen handelt es sich jedoch um einen Durchschnittswert. Denn die Menschen mit Migrationshintergrund, einschließlich der Ausländer, leben zum Beispiel in der Stadt Bremen sehr ungleich verteilt über die verschiedenen Ortsteile. Dementsprechend unterschiedlich ist auch die persönliche Wahrnehmung, ob einem im Alltag »viele« oder eher »wenige« Ausländer oder Migranten begegnen. In der ganz überwiegenden Anzahl der Ortsteile in Bremen sind es tatsächlich zwischen 20 und 30 Prozent, das heißt, im Bereich des Bremer Durchschnitts. Aber es gibt auch fünf Ortsteile, in denen der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund lediglich zwischen 10 und 16 Prozent liegt: Grolland, Habenhausen, St. Magnus, Schwachhausen und Gete. Gleichzeitig haben in acht Ortsteilen nahezu die Hälfte aller Bewohner (45 bis 62 Prozent) einen Migrationshintergrund: Kattenturm, Neue Vahr Nord, Südwest und Südost, Tenever, Blockdiek, Lindenhof, Gröpelingen, Ohlenhof. Trotz dieser starken Konzentration von Migranten und den damit verbundenen besonderen Herausforderungen, leben 70 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Bremen außerhalb dieser acht Ortsteile.

Ganz unterschiedlich ist die Wahrnehmung von Migranten oder Ausländern auch aus der Perspektive der Generationen. Wer als Erwachsener in einem der fünf Ortsteile mit einem sehr geringen Anteil von Migranten wohnt und auch in seinem Arbeitsleben kaum Kontakt zu ihnen hat, erlebt die Situation anders als Kinder und Jugendliche. Denn mittlerweile haben mehr als die Hälfte aller Kindergartenkinder in der Stadt Bremen (3 bis 6 Jahre) einen Migrationshintergrund (54 Prozent) und fast die Hälfte aller Kinder (44 Prozent) und Jugendlichen im Schulalter (6 bis 19 Jahre). Schon seit vielen Jahren wird deshalb besonders im Bildungsbereich nach wirksameren Konzepten der Lern- und Sprachförderung gesucht. Da aber immer noch eine zu große Gruppe von Kindern – mit und ohne Migrationshintergrund – ohne Erfolg versprechende Kompetenzen und Abschlüsse die Schule verlassen, gibt es aktuell neue Ansätze im Bremer Bildungssystem (vgl. Teil 2).

Zuwanderung gegen Fachkräftemangel und das Schrumpfen der Städte

Viele Unternehmen, die gerade in Deutschland stark auf den Export innerhalb Europas und weltweit ausgerichtet sind, stellen inzwischen gezielt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, die möglichst die Sprache, aber auch die Arbeits- und Alltagskultur der »Zielländer« beherrschen (in Bremen z. B. EADS, Mercedes Benz usw.). Durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb Europas werden diese Entwicklungen weiter verstärkt. Dadurch betrachten viele Unternehmen Zuwanderung aus anderen Ländern als eine Lösung für ihren Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Es sind vor allem wirtschaftliche und technische Führungskräfte, wie Informatikexperten, Gesundheitsspezialisten, Wissenschaftler, Unternehmer, Pädagogen, die in der Lage sind, sich international zu orientieren. Für die Mehrzahl der Beschäftigten in den meisten Regionen bleiben hingegen die nationalen Arbeitsmärkte ausschlaggebend. Ihre Möglichkeiten, in anderen Ländern nach Arbeit zu suchen, sind jedoch durch vielerlei nationale Regularien eingeschränkt. Das gilt auch für die vielen Erwerbstätigen mit einem Migrationshintergrund auf dem Bremer Arbeitsmarkt. Für sie ist die Integration über Arbeit der wichtigste Faktor. War die Generation der sogenannten »Gastarbeiter« bis in die 1980er-Jahre noch relativ gut in den Arbeitsmarkt integriert, hat sich die Lage seit Anfang der 1990er-Jahre erheblich verschlechtert. Auch bei den Beschäftigten mit Migrationshintergrund zeigt sich für Bremen eine Spaltung des Arbeitsmarktes, wobei gerade viele Aussiedler und später nach Deutschland zugewanderte Migrantinnen und Migranten lediglich befristete, geringfügige und relativ schlecht bezahlte Jobs finden (vgl. Teil 3).

Es sind jedoch nicht allein internationale Unternehmen und große Konzerne, die schon seit vielen Jahren verstärkt auf Zuwanderung setzen. Auch die Politik, besonders in den deutschen Großstädten, begrüßt Zuwanderung als ein Mittel gegen die alterungsbedingte Schrumpfung der deutschen (Stadt-)Bevölkerung. Im 19. Jahrhundert beruhte das Wachstum der Städte vor allem auf der Land-Stadt-Wanderung. Schon seit längerer Zeit und vor allem zukünftig, ist Bevölkerungswachstum oder zumindest die Stabilisierung der aktuellen Einwohnerzahlen ohne Zuwanderung aus anderen Ländern nicht mehr möglich. Das liegt speziell für

War die Generation der sogenannten »Gastarbeiter« bis in die 1980er-Jahre noch relativ gut in den Arbeitsmarkt integriert, hat sich die Lage seit Anfang der 1990er-Jahre erheblich verschlechtert.

die deutschen Großstädte in erster Linie an der sogenannten »demografischen« Alterung der deutschen Bevölkerung. Die Integration neuer Zuwanderer war und wird auch weiterhin eine Hauptaufgabe speziell in den Großstädten sein. Für sie sind interkulturelle Milieus und eine internationale Atmosphäre der Offenheit und Toleranz wichtige Faktoren für die Attraktivität bei der Konkurrenz um Unternehmen und Arbeitskräfte. Im Unterschied zum Interesse der Unternehmen an Zuwanderung als Lösung für ihren Fachkräftebedarf, kann sich die großstädtische Politik nicht allein auf Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsaspekte beschränken. Für sie gilt der immer wieder zitierte Satz, dass nicht Arbeitskräfte kommen, sondern Menschen – einschließlich ihrer Familien. Ihnen Brücken zu bauen, mit denen sie auch außerhalb des Arbeitsmarktes Wege zur Integration in eine neue Gesellschaft finden können, wird zu einem immer wichtigeren Politikfeld, auch in Bremen. Gerade aktuell hat die Bremer Stadtpolitik das Thema »Partizipation und Integration« politisch aufgewertet und sich mit einem ambitionierten Entwicklungsplan, mit dem gleichen Titel, neue Ziele gesetzt (vgl. Teil 4).

Um attraktiv für Unternehmen, Arbeitskräfte und Menschen aus anderen Ländern zu sein, sind auch gute und durch Toleranz geprägte Einrichtungen der Betreuung, der Bildung und Qualifizierung, der Gesundheit und der Kultur erforderlich. Sie müssen sich gegenüber den sprachlichen und kulturellen Erfordernissen einer vielfältigen und internationalen Bewohnerschaft öffnen, damit das Zusammenleben gelingt. Auf den großstädtischen Arbeitsmärkten, vor allem aber in den Wohnquartieren treffen die neuen Gruppen von Zuwanderern aber gerade nicht auf eine irgendwie einheitliche Bevölkerung deutscher Staatsbürger, sondern auf ganz unterschiedliche soziale Milieus mit und ohne Migrationshintergrund. Gerade am Beginn von Integrationsprozessen sind neue Zuwanderergruppen in einer Großstadt wie Bremen auf Ortsteile mit freien und preiswerten Wohnmöglichkeiten verwiesen, wie in Gröpelingen, Tenever, Kattenturm oder der Neuen Vahr. In diesen Quartieren leben jedoch Menschen aus bis zu 100 verschiedenen Ländern zusammen, von denen die Hälfte eine Migrationsgeschichte hat.

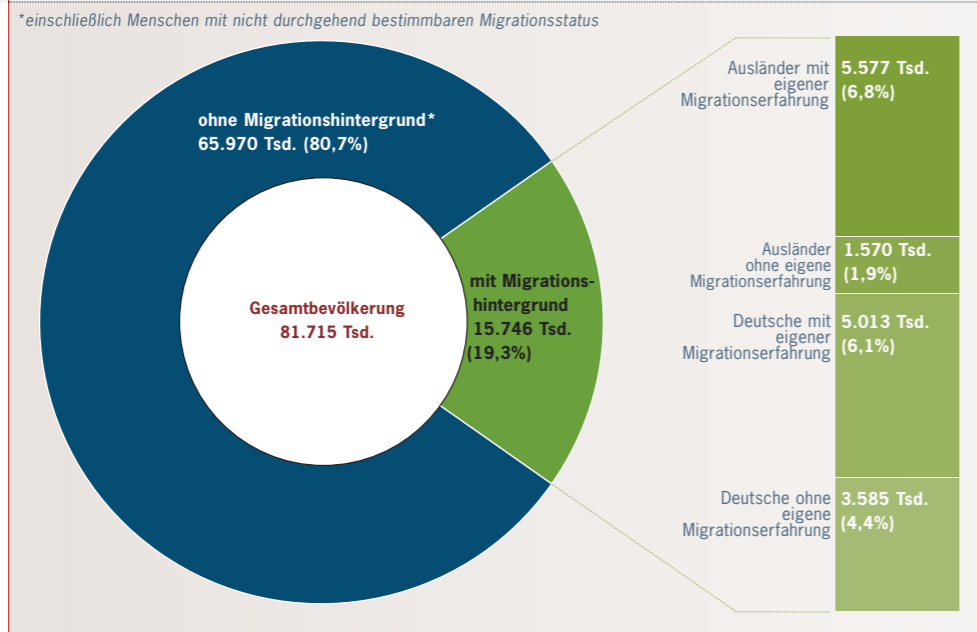
Die Neuzuwanderer treffen dort auf eine ausgesprochen internationale und vielfältige Bewohner-

schaft. Ihr Alltag ist jedoch zu einem erheblichen Teil durch niedrige Einkommen, Sprachbarrieren und fehlende anerkannte Berufsqualifikationen gekennzeichnet. Das stellt in diesen Quartieren besonders hohe Anforderungen an das Zusammenleben. Aus den ökonomischen und sozialen Benachteiligungen dürfen keine »Sackgassen« werden. Die klassische Eingliederung über die Arbeitswelt kann in diesen Quartieren der Zuwanderung nur dann hinreichend gelingen, wenn die »vorgelagerten« Sozial- und Bildungsinfrastrukturen besonders leistungsfähig sind. Hier »vor Ort« müssen soziale Anschlüsse und Aufstiege als möglich erfahren werden. Das können die jeweiligen Ortsteile nicht allein, aus eigener Kraft bewerkstelligen. Sie benötigen die Einbindung in die gesamtstädtischen Aktivitäten der Stadtpolitik und eine Zusammenführung der Kompetenzen der Wirtschafts-, Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Kultur- und Sozialpolitik direkt in den Quartieren.

Diese Herausforderungen haben in der Öffentlichkeit und in Teilen der Politik zu einem Prozess des Umdenkens geführt. Es wird nicht mehr in erster Linie über »Integrationsprobleme« debattiert, sondern auch über die Chancen und wie Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft besser eingebunden werden können. Mit diesem »Umdenken« verändert sich auch das Verständnis von »Integration«. Im Vordergrund steht nicht mehr die allgemeine und abstrakte Frage, ob die Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft gelingt oder nicht. Es muss vielmehr genauer darauf geachtet werden, ob von der ersten Generation, der zweiten Generation oder von neuen Zuwanderergruppen gesprochen wird. Der Prozess ihrer Integration kann auch nur dann halbwegs gesichert beurteilt werden, wenn ihre Teilhabe in den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens separat betrachtet wird: bei den Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsangeboten, im Erwerbsleben, insbesondere am Arbeitsmarkt und bei der politischen Partizipation. Dazu muss das vielfältige und auch unübersichtliche Thema der Integration in diese einzelnen Bereiche »zerlegt« werden.

Abb. 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Deutschland

In absoluten Zahlen, Anteile an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Bevölkerung in Deutschland – eine erste Differenzierung

Um einen anderen Blick auf diese Debatten zu fördern, ist es hilfreich, erst mal jene Bevölkerungsgruppe genauer zu betrachten, die statistisch durch den sperrigen Begriff ›mit Migrationshintergrund‹ bezeichnet wird.⁴

Das waren im Jahr 2010 von den insgesamt 81,7 Millionen Einwohnern in Deutschland 15,7 Millionen (19 Prozent). Der Begriff Migrationshintergrund wird verwendet, weil bereits 8,6 Millionen von ihnen deutsche Staatsbürger sind (54,6 Prozent), lediglich 7,1 Millionen sind Ausländer (45,4 Prozent). Von den 8,6 Millionen deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund haben 3,6 Millionen keine eigene Migrationserfahrung, weil sie hier geboren sind. Das gilt außerdem für 1,6 Millionen in Deutschland geborene Ausländer (vgl. Abb. 1).

Von den 15,7 Millionen Menschen ›mit Migrationshintergrund‹, haben demnach 5,2 Millionen selbst keine Migration erlebt und sind deshalb auch keine Migranten. 10,6 Millionen haben eigene Migrationserfahrungen und sind quasi ›Zweihemische‹. Ihre Wurzeln liegen vor allem in Osteuropa (Polen: 8,3 Prozent, Russische Föderation: 6,7 Prozent, Kasachstan: 4,6 Prozent), in der Türkei

(15,8 Prozent), in Südeuropa (Italien: 4,7 Prozent, Rumänien: 2,7 Prozent) und im früheren Jugoslawien (Kroatien: 2,1 Prozent, Serbien: 1,7 Prozent). Aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft, ihrer verschiedenen Muttersprachen und Religionen unterscheiden sie sich stark voneinander.

Um sowohl diese Unterschiede, aber auch die Ähnlichkeiten in den Lebensweisen, den Werten und Grundeinstellungen näher zu untersuchen, wurde 2008 erstmals für Deutschland die Studie ›Lebenswelten und Milieus von Menschen mit Migrationshintergrund‹ durchgeführt und 2009 veröffentlicht. Dazu wurden persönliche Interviews mit muttersprachlichen Interviewern in sieben Sprachen geführt, so dass die Menschen mit Migrationshintergrund repräsentativ befragt werden konnten. Einer der wichtigsten Befunde lautete, dass es der Wirklichkeit in Deutschland nicht mehr gerecht wird, sie weiterhin pauschal als ›besondere‹ Gruppe in unserer Gesellschaft zu betrachten. Vielmehr zeigt sich der größere Teil von ihnen als integrierter und integrierender Teil einer durch Vielfalt (Diversität) geprägten Gesellschaft – besonders in deutschen Großstädten.



⁴ Dazu zählen alle zugewanderten und in Deutschland geborenen Ausländer, Spätaussiedler, eingebürgerte zugewanderte Ausländer sowie Menschen mit mindestens einem zugewanderten Elternteil oder Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Vgl. Statistisches Bundesamt (2011), S. 5 f

Durch die SINUS-Milieu-Studie wurde deutlich, dass weite Teile der befragten Menschen mit Migrationshintergrund sich selbst als integriert betrachten oder Integrationsbereitschaft zeigen.

■ Zum Beispiel leben 83 Prozent der befragten Menschen mit Migrationshintergrund gern in Deutschland, 42 Prozent sehr gern. 82 Prozent fühlen sich mit Deutschland eng verbunden. Da sich gleichzeitig 68 Prozent mit ihrem Herkunftsland ebenfalls eng verbunden fühlen, schließt die Verbundenheit mit einem Land eine zweite Verbundenheit nicht aus.

■ Bei 65 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund wird in der Familie Deutsch gesprochen, bei 34 Prozent ausschließlich oder hauptsächlich. In 31 Prozent der Familien werden sowohl Deutsch als auch eine andere Sprache gesprochen. Hingegen wird in 35 Prozent der Familien ausschließlich (17 Prozent) oder überwiegend nicht Deutsch gesprochen (18 Prozent). Mit ihren engsten Freunden sprechen 82 Prozent Deutsch, 30 Prozent von ihnen ausschließlich, 17 Prozent überwiegend und 35 Prozent sowohl Deutsch als auch eine andere Sprache.

■ Von den Menschen mit Migrationshintergrund ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben 36 Prozent die Absicht sich einzubürgern, 64 Prozent haben die Absicht nicht.

Durch die SINUS-Milieu-Studie wurde deutlich, dass weite Teile der befragten Menschen mit Migrationshintergrund sich selbst als integriert betrachten oder Integrationsbereitschaft zeigen. Das heißt, viele von ihnen sehen sich selbst nicht als »Migrant(in)«, was für die fünf Millionen der in Deutschland Geborenen sowieso nicht zutrifft. Sie sind und fühlen sich außerdem zum Teil als besser »integriert« als zum Beispiel arbeitslose oder in Armut lebende »Einheimische«. Die Frage nach ihrer »Integration« wird deshalb als befremdlich, wenn nicht sogar als diskriminierend empfunden. Und viele von ihnen sehen ihren Migrationshintergrund und ihre Mehrsprachigkeit als Bereicherung für sich und für die deutsche Gesellschaft. Tatsächlich zeigt die SINUS-Milieu-Studie eine Vielfalt an Lebensweisen, Grundorientierungen und sozial ungleichen Lagen, die nicht auf eine der ursprünglichen Herkunftskulturen zurückgeführt werden können.

Die Ergebnisse der Studie belegen, dass die Menschen mit Migrationshintergrund je nach Milieu eigensinnige Strategien des alltäglichen Handelns und Denkens verfolgen. Man kann nicht sagen: Je länger jemand in Deutschland lebt, desto »deutscher« wird er. Aber je länger Migranten in Deutschland leben, umso weniger stark prägt ihre ursprüngliche Herkunft ihr Handeln und Denken und umso vielfältiger entwickeln sie ihre Lebensweisen und Lebensauffassungen weiter. Diese Weiterentwicklungen zu verstehen war eines der vorrangigen Ziele der Studie, und zwar aus der subjektiven Perspektive der befragten Menschen mit Migrationshintergrund. Sie selbst haben Auskunft über ihre Lebenslagen, Lebensziele, Wertorientierungen und Zukunftserwartungen gegeben. Daraus konnten am Ende vier unterschiedliche Milieu-Segmente gebildet werden. Diese Zuordnung nach Milieus erfolgte nicht, um Menschen mit Migrationshintergrund in neue Schubladen einzuordnen. Durch das Migranten-Milieu-Modell kann vielmehr der Blick für die Vielfalt geschärft werden, angesichts verbreiteter öffentlicher Vereinfachungen. Angesichts dieser Vielfalt geraten aber auch die sozialen Ungleichheiten zwischen den Milieus nicht aus den Augen, da sich prekäre soziale Lagen, relativ gesicherte und gehobene soziale Lagen unterscheiden lassen.

■ Zu den traditionellen Migranten-Milieus (23 Prozent) zählen das religiös verwurzelte Milieu (7 Prozent) und das wesentlich größere traditionsorientierte Arbeitermilieu (16 Prozent). Gemeinsam ist ihnen die deutlich erkennbare Orientierung an den Werten ihrer Herkunftskultur – hinsichtlich der Familien, der Arbeit oder der Religion. Zu diesen Milieus zählen mehrheitlich eher ältere Migranten.

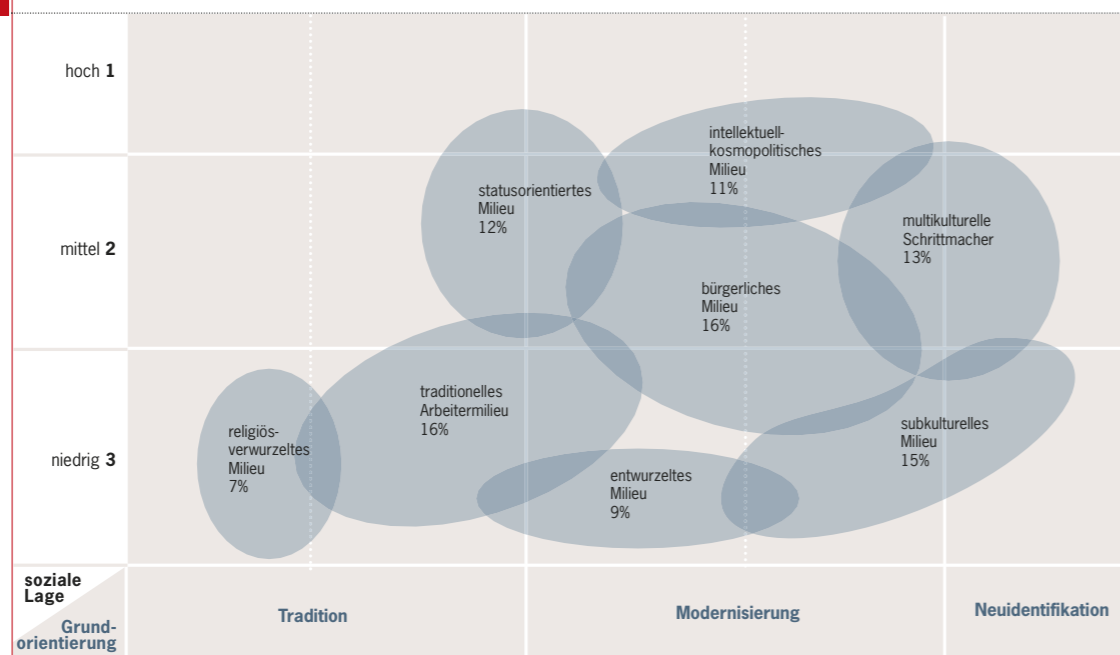
■ Zu den prekären Migranten-Milieus (24 Prozent) gehören das entwurzelte Milieu (9 Prozent) und das wesentlich größere subkulturelle (hedonistische) Milieu (15 Prozent). Zu diesen Milieus gehören mehrheitlich eher jüngere Migranten, die bei Schwierigkeiten einer gelingenden Integration zum Teil mit Abgrenzungen und subkulturellen Anleihen bei ihrer Herkunftskultur reagieren.

Die SINUS-Milieu-Studie hat seit ihrer Veröffentlichung zu einem positiveren Blick auf die Menschen mit Migrationshintergrund beigetragen, besonders in der deutschen Fachöffentlichkeit.⁵ Der zugrunde liegende lebensweltliche Ansatz hilft auch, die ohne Frage existierenden Probleme und Konflikte in einem Einwanderungsland wie Deutschland besser einordnen und auch in ihrem Umfang einschätzen zu können. Zum Beispiel ist das »religiös verwurzelte Milieu« (vgl. Abb. 2) mit lediglich sieben Prozent zwar vergleichsweise klein, aber durch sehr traditionelle, religiöse Wertvorstellungen geprägt. 54 Prozent der Befragten in diesem Milieu sind muslimischen Glaubens. Nicht ganz die Hälfte praktiziert jedoch andere Religionen, unter anderem auch christlich fundamentalistische Glaubensrichtungen. Auf typische Problemlagen und Konflikte in Einwanderungsgesellschaften weisen insbesondere die folgenden Ergebnisse der Studie hin:

■ 14 Prozent aller Migranten geben an, noch nie eine deutsche Familie zu Hause besucht zu haben, was auf starke soziale Schließungen gegenüber von Teilen der Migranten-Milieus hinweist beziehungsweise auf ihre (Selbst-)Abgrenzung. Und 50 Prozent verbringen viel Zeit mit Menschen, die den gleichen Migrationshintergrund haben.

⁵ Ebenso das ab 2010 regelmäßig durchgeführte »Integrationsbarometer« des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Abb. 2: Migranten-Milieus in Deutschland



■ 28 Prozent betrachten ihr Herkunftsland als ihre eigentliche Heimat, leben aber in Deutschland, um hier ihr Geld zu verdienen.

■ 17 Prozent fühlen sich weder mit ihrer Herkunftskultur verbunden noch mit Deutschland.

Die SINUS-Milieu-Studie unterstreicht, wie andere Studien auch, dass vor allem die nachwachsende zweite und dritte Generation der Deutschen mit Migrationshintergrund nicht mehr in erster Linie durch die ausländische Herkunft ihrer Eltern geprägt ist. Die jeweilige Herkunft ist lediglich ein Faktor neben anderen Einflüssen. Wie die verschiedenen Einflüsse auf die unterschiedlichen Generationen wirken, wird im weiteren Bericht vergleichend zu den Entwicklungen in Deutschland insgesamt und für das Bundesland Bremen näher untersucht. Dazu werden die Prozesse der Teilhabe an den zentralen gesellschaftlichen Feldern der Bildung und Ausbildung, der Arbeit und der politischen Partizipation untersucht (vgl. Teil 2 bis 4).

Arbeit gilt als wichtigste Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denn Erwerbsarbeit eröffnet die Chance zu erweiterten sozialen Kontakten und zur Anerkennung durch Kolleginnen und Kollegen sowie Mitmenschen. Gerade in Deutschland wird Erwerbstätigkeit schon immer mit großem Abstand vor allen anderen Aspekten als die entscheidende Voraussetzung für Integration favorisiert. In Frankreich hingegen gab es über die Einbindung durch Arbeit hinaus immer auch noch die integrative Leitidee des Republikanismus, in den Niederlanden zeitweilig die Leitidee des Multikulturalismus. In Deutschland wurde sich bei der Integration pragmatisch auf die Eigendynamik über den Arbeitsmarkt verlassen, mit spezifischen sozialen Folgeproblemen.

Positiv ist, bei der Beschäftigung zeigt sich für Deutschland eine moderate – im europäischen Vergleich – Schlechterstellung von Menschen mit Migrationshintergrund.⁶ Im Ausland Geborene haben ein etwa anderthalbmal so hohes Risiko, erwerbslos zu werden, wie Arbeitskräfte mit deutscher Staatsangehörigkeit. Lediglich in Großbritannien ist die Schlechterstellung ähnlich moderat. In den Niederlanden und in Schweden ist das Risiko, erwerbslos zu werden für Migranten etwa doppelt so hoch, im nördlichen Teil Belgiens (Flandern) fast dreimal so hoch. Angesichts der überragenden

Bedeutung von Erwerbstätigkeit für Fragen der Integration in Deutschland, sind diese Vergleiche aber nur zum Teil zufriedenstellend.

Die im europäischen Vergleich relativ befriedigende Integration in Erwerbsarbeit überrascht etwas angesichts des im internationalen Vergleich niedrigen Qualifikationsniveaus der Zuwanderer in Deutschland. Einen Teil zur Erklärung dieses Phänomens trägt die spezifische duale Ausbildung bei. Soll aber die Teilhabe von Zuwanderern am Erwerbsleben verbessert werden, was dringend erforderlich ist, sind zukünftig höhere Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen unabdingbar. Gerade in Deutschland öffnet sich am Arbeitsmarkt die Qualifikationsschere immer weiter, eine Ursache für die zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes. Denn die Nachfrage nach (hoch) qualifizierten Arbeitskräften steigt, diejenige nach gering qualifizierten Arbeitskräften stagniert. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist aber im Durchschnitt niedriger qualifiziert als diejenige ohne Migrationshintergrund, auch in der sogenannten zweiten Generation. Dennoch zeigt sich bei den Qualifikationen der zweiten Generation bereits ein deutlicher Aufholprozess hin zu mittleren Bildungsabschlüssen. Im Ergebnis können Zuwanderer der Nachfrage nach hohen Qualifikationen dadurch weniger entsprechen als die ohne Migrationshintergrund.

Die Entwicklung der Arbeitslosenquote über die vergangenen Jahrzehnte unterstreicht diesen Zusammenhang deutlich. Arbeitslosigkeit trat erst ab Mitte der 1970er-Jahre in starkem Ausmaß auf, für Deutsche und Ausländer. Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen, insbesondere zwischen 1970 und 1975 sowie zwischen 2000 und 2005, ließ bei den Ausländern ein wesentlich höheres Maß an Sockelarbeitslosigkeit zurück als bei den Deutschen. Dies wird vorrangig auf den Wettbewerbsnachteil durch die niedrigere Qualifikation zurückgeführt sowie durch die Rationalisierung, Modernisierung und Schrumpfung der industriellen Basis. Aber auch die ausländischen Erwerbstätigen profitieren in Aufschwungzeiten von einer steigenden Beschäftigung. Das geschieht aber nicht in einem Umfang wie bei den inländischen Beschäftigten.

Die Folgen der ›Gastarbeiteranwerbung‹ seit Mitte der 1950er-Jahre beeinflussen bis heute neben der Erwerbssituation der Zuwandererbevolkerung,

Tabelle 1: Qualifikation der Bevölkerung mit/ohne Migrationshintergrund (25 – 65 Jahre)

	Bildungsniveau: niedriges	mittleres	hohes
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	11,1%	61,3%	27,6%
erste Generation mit Migrationshintergrund	39,6%	40,1%	20,4%
zweite Generation mit Migrationshintergrund	22,9%	55,9%	21,1%

Quelle: Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen/Bremerhaven (2012)

auch ihre soziale Lage. Da ihre dauerhafte Niederlassung ursprünglich weder von den ausländischen Arbeitskräften noch von deutscher Seite beabsichtigt war, wurden Fragen der sozialen Integration oder gar von Integrationskonzepten zu lange nicht gestellt. Lediglich vereinzelt gab es Warnungen wie das sogenannte ›Kühn-Memorandum‹ oder öffentliche Diskussionen über die ›Gastarbeiterfrage als Zeitbombe‹ in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren. Die Bundespolitik ignorierte über nahezu zwei Jahrzehnte den stetigen Wandel der meist gering qualifizierten ausländischen ›Gastarbeitergeneration‹ durch die Gründung und Zusammenführung von Familien, zu einer wachsenden Bevölkerungsgruppe von Zuwanderern, die bleiben. Viel zu lange orientierte sich die Politik noch in den 1980er-Jahren an dem wirklichkeitsfremden Ziel der ›Förderung der Rückkehrbereitschaft‹ in die Herkunftsländer. Konzepte und Programme des Bundes oder der Wirtschaft zur Förderung beruflicher Qualifikationen, sprachlicher Kompetenz und sozialer Integration fehlten viel zu lange. Sie wurden den ›nachgeordneten‹ Bundesländern und Kommunen überlassen, die zum Teil aktiv wurden oder aber auch nicht. Insofern mussten sich vor allem die deutschen Großstädte (über 500.000 Einwohner) mit den höchsten Anteilen dieser neuen Zuwanderungsgesellschaft, quasi zwangsläufig mit eigenen Integrationskonzepten behelfen (vgl. Teil 4). Es musste bis zum Zuwanderungsgesetz 2005 eine (lokale) Integrationspolitik entwickelt werden, ohne selbst Einfluss auf die Steuerung der Zuwanderung und auf das Staatsbürgerschaftsrecht Einfluss nehmen zu können.

Auch der erforderliche Umbau des deutschen Bildungssystems erfolgt bis heute viel zu unsystematisch. Wie in kaum einem anderen Land sind die Bildungschancen tendenziell so stark vom Bildungshintergrund und von der sozialen Lage der Eltern abhängig wie in Deutschland. Das sorgt nicht nur generell für eine Art der Vererbung von sozialen Startnachteilen von einer Generation zur

nächsten. Es hat auch dazu geführt, dass ein Teil der zweiten und sogar der dritten Generation der Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund unzureichend qualifiziert bleibt und bei der schärferen Auswahl für Lehrstellen und Arbeitsplätze ins Hintertreffen gerät (vgl. Teil 2). Durch die politischen Versäumnisse der Vergangenheit wurden die derzeitigen sozialen und bildungspolitischen Schwierigkeiten geradezu programmiert. Das trifft in einem besonderen Maße auf die Sprachförderung zu. Im Gegensatz zu Deutschland, stammen zum Beispiel in Großbritannien und Frankreich viele Zuwanderer aus den ehemaligen Kolonien und bringen von dort bereits englische oder französische Sprachkenntnisse mit. Das trifft für die meisten nach Deutschland zugewanderten Gruppen jedoch nicht zu, so dass das Erlernen der deutschen Sprache und besonders der deutschen Schriftlichkeit für einen Teil der Migranten eine hohe Barriere darstellt.

Literatur

- **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012):** *Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen. Bildungsberichterstattung für das Land Bremen.* Hrsg. von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Bremen 2012.
- **Statistisches Bundesamt (2011):** *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010, Fachserie 1 Reihe 2.2, erschienen 26. September 2011.*
- **SVR (2010):** *Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Einwanderungsgesellschaft 2010, Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer.*
- **Thranhardt, Dietrich (2009):** *Migration und Integration als Herausforderung von Bund, Ländern und Gemeinden.* In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, S. 267–278.*

2 Teilhabe und Partizipation durch Bildung in Bremen



Bildung und Migration in Bremen

THOMAS SCHWARZER

Arbeiterkammer Bremen

Kindertagesbetreuung

Die Vorstellungen über möglichst erfolgreiche Bildungswege haben sich in den vergangenen zehn Jahren so massiv verändert, wie bei kaum einem anderen gesellschaftlichen Thema. Damit einher geht eine starke Aufwertung der Kindertagesstätten, die neben Betreuungs- und Erziehungsaufgaben jetzt auch als zentrale Bildungseinrichtungen gelten. In nahezu allen politischen Parteien und Interessengruppen gilt der Konsens, dass in den Kindertageseinrichtungen zentrale »Weichen« für spätere Bildungserfolge gestellt werden. Wie im aktuellen Bremer Bildungsbericht 2012 ausgeführt wird, sei besonders die frühe Sprachförderung grundlegend. Die Landessprache zu verstehen, ist zentral für alle weiteren Bildungsprozesse – nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund.¹

Die Kindertagesstätten gelten deshalb auch im Land Bremen als Schlüsselinstitutionen auf dem Bildungsweg. Die größten Veränderungen im Bereich der Kindertagesbetreuung sind aktuell der Ausbau von Angeboten auch für die »ganz kleinen« Kinder unter drei Jahren sowie ganztägige Angebote für die drei- bis sechsjährigen Kinder.

Früher war es für einen Großteil der Familien üblich, ihre Kinder zumindest halbtags im Alter zwischen drei und sechs Jahren in einem Kindergarten betreuen zu lassen. Doch dieser Betreuungsumfang ist vor allem in Großstädten wie Bremen und Bremerhaven nicht mehr zeitgemäß. Immer mehr Eltern benötigen eine Betreuung für sieben oder acht Stunden. In der Stadt Bremen wurden 2010 11.800 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren in einer Tageseinrichtung oder in der Tagespflege betreut, das heißt, fast 90 Prozent aller Kinder in diesem Alter. In Bremerhaven waren es in der gleichen Altersgruppe mit 2.400 Kindern (2010) 85 Prozent. Für das hier behandelte Thema von Bildung und Migration sind es aber insbesondere zwei Fragen, die von einem besonderen Interesse sind:

- *Wie viele Kinder werden tatsächlich betreut und können dadurch überhaupt durch alltägliche Lern- und Sprachförderangebote erreicht werden?*
- *Wie viele dieser betreuten Kinder haben eine ausländische Herkunft beziehungsweise einen Migrationshintergrund?*

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es erforderlich, sowohl die Gesamtzahl wie auch den Anteil derjenigen Kinder mit einer ausländischen Herkunft genauer vergleichen zu können. Dazu wird die Situation in Bremen und Bremerhaven nicht, wie im Bremer Bildungsbericht 2012, mit den Stadtstaaten Berlin und Hamburg verglichen, sondern mit vergleichbaren großen deutschen Großstädten.

¹ Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 85.

In der Tabelle 1 zeigt sich für die 14 größten Städte (ohne Berlin), dass mittlerweile in diesen Großstädten nahezu 90 Prozent aller Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren eine Kindertageseinrichtung besuchen oder in der Tagespflege betreut werden. Die Spanne zwischen den Großstädten reicht dabei von der ostdeutschen Großstadt Dresden (98,1 Prozent), mit dem höchsten Anteil betreuter Kinder, bis zu Hamburg, mit dem niedrigsten Anteil (85,1 Prozent). Während in Dresden nahezu alle Kinder dieser Altersgruppe auch außerhalb der Familien betreut werden, sind es in Hamburg immerhin noch etwa 15 Prozent, die ausschließlich in den Familien betreut werden. Die Stadt Bremen liegt bei diesem Vergleich ungefähr in der »Mitte«, bei 90 Prozent.

Interessant ist vor allem der Anteil derjenigen Kinder, die aus einer Familie mit ausländischer Herkunft² stammen. Hier zeigen sich zwischen

den Großstädten massive Unterschiede. Den höchsten Anteil charakterisiert die Situation in Frankfurt mit über 60 Prozent der Kinder mit einer ausländischen Herkunft. Dann folgen vier Großstädte (Nürnberg, Duisburg, Stuttgart, Düsseldorf), in denen etwa die Hälfte der Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die auch außerhalb der Familie betreut werden, eine ausländische Herkunft haben. In München, Hannover und Köln sind es mit über 48 Prozent nicht ganz die Hälfte der betreuten Kinder. Dann folgen drei Städte mit etwa 45 Prozent betreuten Kindern mit ausländischer Herkunft. Neben Bremen mit genau 45 Prozent sind es die beiden Ruhrgebietsstädte Essen und Dortmund mit einem ähnlichen Anteil. Einen vergleichsweise geringeren Anteil von Kindern mit ausländischer Herkunft gibt es in Hamburg mit 39,4 Prozent. Zuletzt fallen die beiden ostdeutschen Großstädte auf. Aufgrund ihrer insgesamt sehr geringen Anteil

Tabelle 1

große Großstädte 2011	insgesamt		ausländischer Herkunft ¹	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Frankfurt am Main	17.190	89,9	10.844	63,1
Nürnberg	11.153	90,1	6.204	55,6
Duisburg	11.306	91,1	5.914	52,3
Stuttgart	14.104	93,2	7.325	51,9
Düsseldorf	14.045	92,7	7.023	50,0
München	32.525	89,3	15.798	48,6
Hannover	11.763	88,5	5.713	48,6
Köln	25.235	94,4	12.217	48,4
Dortmund	13.020	92,1	6.078	46,7
Bremen	11.824	90,1	5.335	45,1
Essen	12.389	88,3	5.369	43,3
Hamburg	39.890	85,1	15.702	39,4
Leipzig	12.016	92,4	1.545	12,9
Dresden	14.060	98,1	1.482	10,5

¹Mit ausländischem Herkunftsland mindestens eines Elternteils.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2011

²In dieser Erhebung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder aus dem Jahr 2011 werden diejenigen Kinder als mit einer ausländischen Herkunft gezählt, die mindestens einen Elternteil haben, der im Ausland geboren ist.

Tabelle 2

mittlere Großstädte 2011	insgesamt		ausländischer Herkunft ¹	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Ludwigshafen	4.259	93,9	2.622	61,6
Kassel	4.271	88,8	2.174	50,9
Mainz	4.670	94,9	2.292	49,1
Darmstadt	3.614	88,3	1.735	48,0
Bremerhaven	2.442	85,3	1.084	44,4
Salzgitter	2.343	91,9	994	42,4
Oberhausen	4.488	87,6	1.822	40,6
Erlangen	2.617	96,8	957	36,6
Kiel	5.376	93,6	1.825	33,9
Braunschweig	5.346	90,7	1.542	28,8
Chemnitz	5.237	96,6	563	10,8

¹Mit ausländischem Herkunftsland mindestens eines Elternteils.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2011

le von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund, sind auch in der Kindertagesbetreuung die Kinder mit einer ausländischen Herkunft eine relativ kleine Minderheit.

In der Tabelle 2 zeigt sich für die elf mittleren Großstädte, dass auch in diesen Großstädten mittlerweile etwa 90 Prozent aller Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren eine Kindertageseinrichtung besuchen oder in der Tagespflege betreut werden. Die Spanne zwischen den Großstädten reicht dabei von Erlangen mit 96,8 Prozent und Chemnitz mit 96,6 Prozent bis zu Bremerhaven mit dem niedrigsten Anteil von 85,3 Prozent – rund 15 Prozent werden sogar ausschließlich in der Familie betreut.

Interessant ist auch für die mittleren Großstädte die Frage, wie groß der Anteil derjenigen Kinder ist, die aus einer Familie mit einer ausländischen Herkunft stammen. Hier zeigen sich auch zwischen diesen Großstädten massive Unterschiede. Den höchsten Anteil charakterisiert die Situation in Ludwigshafen, mit fast 62 Prozent der Kinder mit einer ausländischen Herkunft. Dann folgen

drei Großstädte (Kassel, Mainz und Darmstadt), in denen rund die Hälfte der Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die auch außerhalb der Familie betreut werden, eine ausländische Herkunft haben. In Bremerhaven, Salzgitter und Oberhausen ist es nicht ganz die Hälfte der betreuten Kinder. Wie schon zuvor bei den großen deutschen Großstädten fällt auch das Ergebnis für die ostdeutsche Stadt Chemnitz auf. Aufgrund der insgesamt sehr geringen Anteile von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund, auch in der Kindertagesbetreuung, sind die Kinder mit einer ausländischen Herkunft eine relativ kleine Minderheit.

Tabelle 3

große Großstädte 2011	Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege insgesamt und mit ausländischer Herkunft			
	insgesamt		ausländischer Herkunft*	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Frankfurt am Main	5.489	25,9	2.173	39,6
Stuttgart	4.429	27,0	1.628	36,8
Duisburg	1.297	10,5	442	34,1
Nürnberg	2.372	18,3	738	31,1
Düsseldorf	3.669	21,8	1.156	31,5
München	11.172	27,0	3.440	30,8
Köln	6.058	20,7	1.861	30,7
Dortmund	2.547	17,6	737	28,9
Bremen	2.829	20,9	793	28,0
Hannover	3.120	21,6	842	27,0
Essen	2.074	14,9	561	27,0
Hamburg	16.036	32,4	3.995	24,9
Leipzig	6.518	42,2	429	6,6
Dresden	7.599	45,5	487	6,4

*Mit ausländischem Herkunftsland mindestens eines Elternteils.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2011

In der Tabelle 3 zeigt sich für die 14 größten Städte (ohne Berlin), dass mittlerweile in den westdeutschen Großstädten zwischen 10 und 32 Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertageseinrichtung besuchen oder in der Tagespflege betreut werden. Dagegen sind es in den beiden ostdeutschen Großstädten Leipzig und Dresden schon annähernd die Hälfte der Kinder. In den westdeutschen Großstädten reicht die Spanne von Duisburg mit dem niedrigsten Anteil von 10,5 Prozent bis Hamburg mit 32,4 Prozent. Unter 20 Prozent an betreuten Kindern in dieser Altersgruppe liegt der Anteil in den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Essen, Dortmund und in Nürnberg. Für diese Städte wird es bei dem bisherigen Ausbautempo kaum möglich sein, bis zum August 2013 die anvisierte Quote von 35 Prozent in dieser Altersgruppe zu erreichen. Aber auch für Köln, Bremen, Hannover und Düsseldorf ist der Weg noch sehr weit. Dagegen sind die Großstädte Frankfurt, Stuttgart und München und vor allem Hamburg auf einem guten Weg.

Im Vergleich zu den Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren ist bisher der Anteil der unter dreijährigen Kinder mit einer ausländischen Herkunft noch relativ gering. Außer in Frankfurt, wo im Jahr 2011 knapp 40 Prozent der betreuten Kinder unter drei Jahren eine ausländische Herkunft hatten, sind es in den westdeutschen Großstädten etwa ein Viertel bis ein Drittel. Auch bei diesem Vergleich zeigt sich der strukturelle Unterschied zwischen den ostdeutschen Großstädten und den westdeutschen Großstädten beim Migrantenanteil insgesamt. Der Anteil in Dresden und Leipzig ist erheblich geringer.

In der Tabelle 4 zeigt sich für die elf mittleren Großstädte, dass in einigen dieser Großstädte noch wenige Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege betreut werden. Das trifft vor allem für Oberhausen zu, aber auch für Salzgitter und Bremerhaven. In diesen drei Städten wird es, bei dem bisherigen Ausbautempo, kaum möglich sein, bis zum August 2013 die anvisierte Quote von 35 Prozent zu erreichen. Aber auch für Ludwigshafen sowie für Mainz und Kassel ist der Weg noch sehr weit. Dagegen sind die Großstädte Darmstadt, Braunschweig, Kiel und vor allem Erlangen auf einem guten Weg. In Chemnitz wird, wie auch schon in den anderen ostdeutschen Großstädten, mit 44,2 Prozent der Kinder beinahe die Hälfte der unter Dreijährigen auch außerhalb der Familien betreut.

In den mittleren Großstädten sind die Unterschiede zwischen den Anteilen der unter dreijährigen Kinder mit einer ausländischen Herkunft noch größer als in den großen Großstädten. Den geringsten Wert kennzeichnet, wie zu erwarten war,

die ostdeutsche Stadt Chemnitz mit 6,4 Prozent. Es folgen die westdeutschen Großstädte Kiel sowie drei Städte mit rund 20 Prozent: Oberhausen, Braunschweig und Bremerhaven. In Kassel und Salzgitter beträgt der Anteil der betreuten Kinder ungefähr ein Viertel. In Mainz, Erlangen und Darmstadt sind es dann fast 30 Prozent aller betreuten Kinder in dieser Altersgruppe und in Ludwigshafen sogar 42,4 Prozent.

Zusammenfassend zeigt sich, dass in den westdeutschen Großstädten mittlerweile fast die Hälfte aller Kindergartenkinder einen ausländischen Hintergrund hat. Das bedeutet, dass spezifische Lern- und Sprachförderprogramme nicht mehr auf eine Minderheit zielen, sondern wie selbstverständlich zum Alltag gehören müssen. Bei unter dreijährigen Kindern ist der Prozess des Aufbaus von hinreichend Plätzen für ein Drittel von ihnen noch in vollem Gang. Doch auch hier zeigt sich, dass bereits 20 bis 40 Prozent der Kinder eine ausländische Herkunft haben und mit entsprechenden Angeboten gefördert werden müssen.

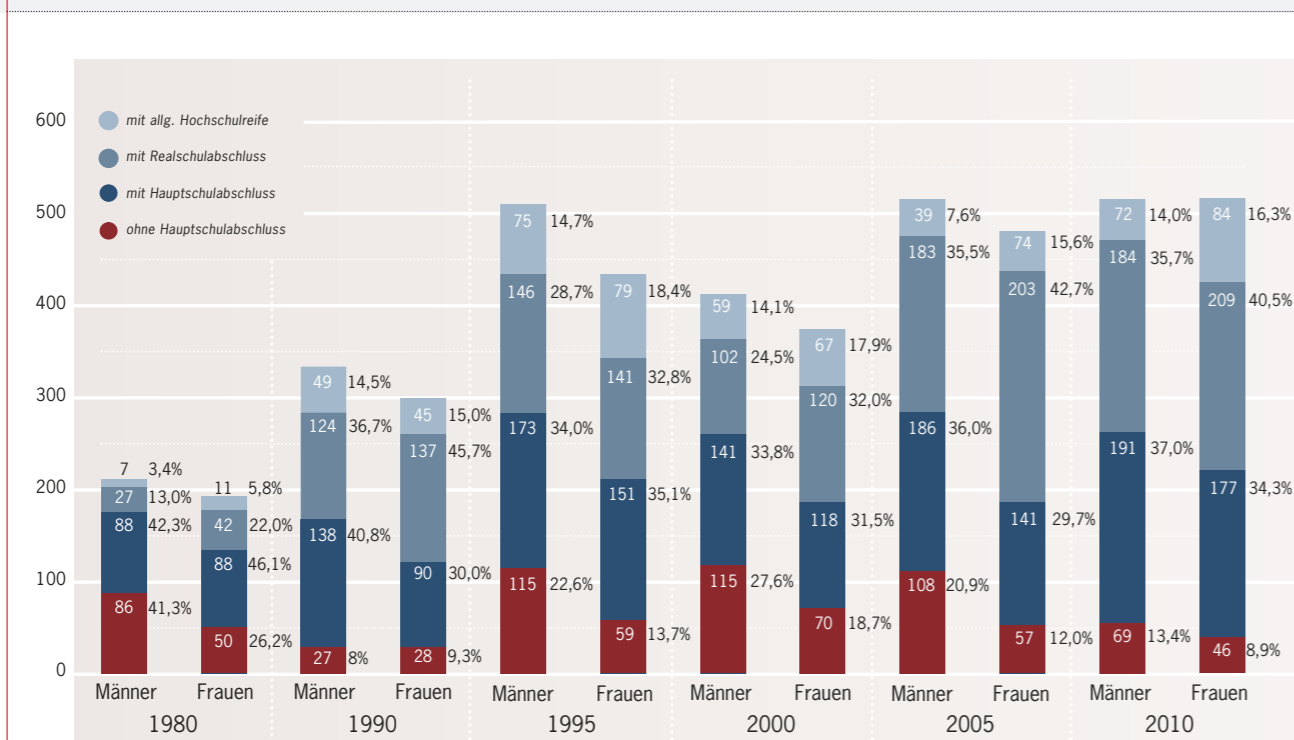
Tabelle 4

mittlere Großstädte 2011	Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege insgesamt und mit ausländischer Herkunft			
	insgesamt		ausländischer Herkunft*	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Ludwigshafen	812	17,5	344	42,4
Darmstadt	1.047	24,3	310	29,6
Erlangen	962	32,7	280	29,1
Mainz	1.104	20,9	308	27,9
Kassel	1.042	20,9	258	24,8
Salzgitter	316	13,2	77	24,4
Bremerhaven	369	13,3	76	20,6
Braunschweig	1.562	25,0	320	20,5
Oberhausen	472	9,6	89	18,9
Kiel	1.707	27,3	258	15,1
Chemnitz	2.605	44,2	167	6,4

*Mit ausländischem Herkunftsland mindestens eines Elternteils.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2011

Abb. 1: Ausländische Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Land Bremen nach Geschlecht und Schulabschluss



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen 2010. Bearbeitung: Lea Rohmeyer

Für Bremen und Bremerhaven als Bundesland muss außerdem folgende Differenzierung berücksichtigt werden. Die im Bremer Bildungsbericht 2012 ausgewiesene Betreuungsquote der drei- bis sechsjährigen Kinder im Jahr 2009 von 93,1 Prozent entspricht dem Gesamtwert. Von den Kindern dieser Altersgruppe mit einem Migrationshintergrund wurden zu diesem Zeitpunkt lediglich 81,9 Prozent betreut. Ähnlich groß ist der Unterschied auch bei unter dreijährigen Kindern. Laut Bremer Bildungsbericht wurden 2009 17,4 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe betreut, bei den Kindern mit einem Migrationshintergrund aber lediglich etwa halb so viele (8,7 Prozent).³ Hier besteht gerade unter dem Aspekt der Lern- und Sprachförderung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt noch erheblicher Handlungsbedarf.

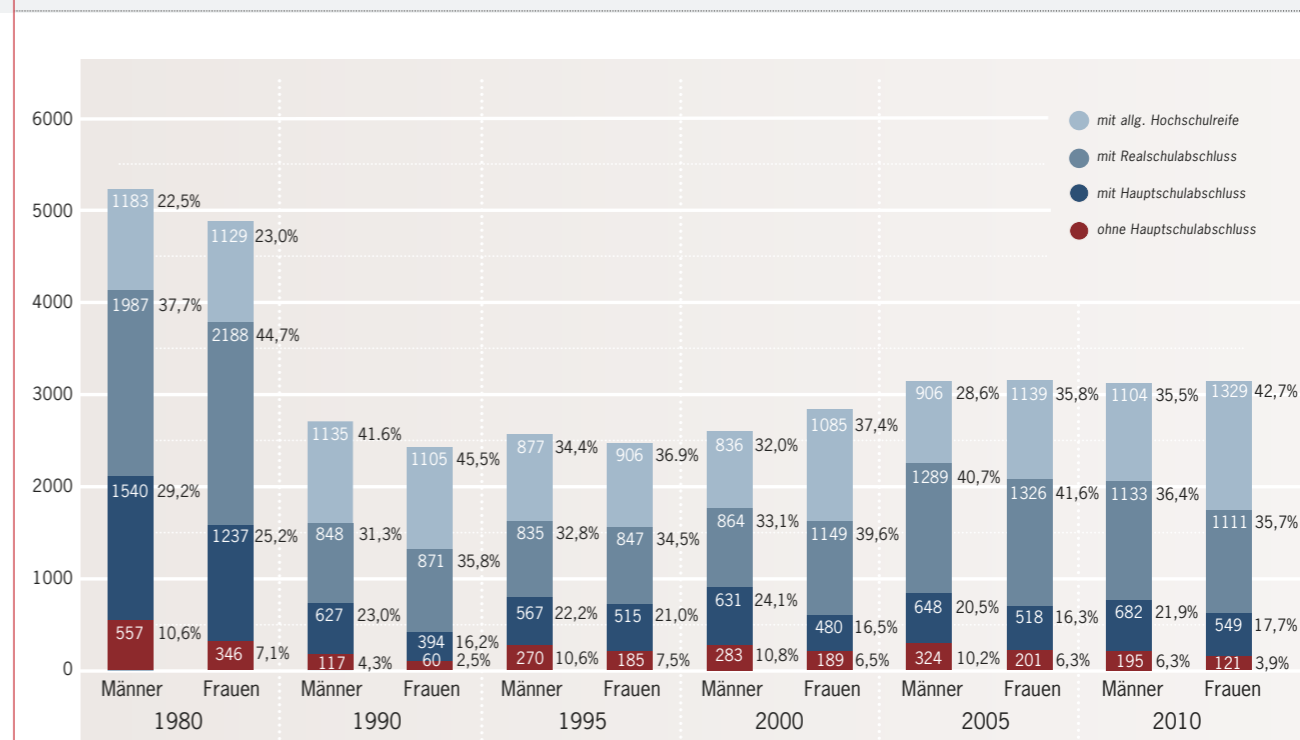
Schulbildung

Seit März dieses Jahres dokumentiert ein neuer Bildungsbericht (2012) auf 300 Seiten vielfältige Informationen über das Bildungssystem im Bundesland Bremen.⁴ Der Bericht gilt als ein zusätzliches Element für den weiteren Umbau des Bremer Bildungssystems. Dieser ambitionierte Umbau ging

mit dem Schulentwicklungsplan von 2008 in eine neue Phase. Auf der Grundlage dieses Plans trat im Jahr 2009 ein neues Schulgesetz in Kraft, mit dem einige strukturelle Weichenstellungen eingeleitet wurden: die schrittweise Inklusion aller Schülerinnen und Schüler im Sinne der UN-Konvention; das Ende einer unfreiwilligen Wiederholung von Schulklassen; das Einrichten von sogenannten Werkschulen und vor allem der Umbau des drei- beziehungsweise viergliedrigen Schulsystems (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Förderschulen) hin zu lediglich zwei Schulformen: den klassischen Gymnasien sowie neuartigen Oberschulen, die beide an die vierjährigen Grundschulen anschließen und beide ein Abitur als Abschluss bieten.

Mit diesen strukturellen Maßnahmen soll die vorherrschende frühe ›Sortierung‹ der Schülerinnen und Schüler vorgeblich nach ihrer Leistung, tatsächlich aber auch nach ihrer sozialen Herkunft, abgeschwächt werden. Seit dem ersten internationalen PISA-Ländervergleich (2000) ist für Deutschland bekannt, dass es einen besonders engen Zusammenhang von schulischem Erfolg und sozialem Status der Herkunftsfamilie gibt. Diesen engen Zusammenhang stellt der Bildungsbericht 2012

Abb. 2: Deutsche Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Land Bremen nach Geschlecht und Schulabschluss



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen 2010. Bearbeitung: Lea Rohmeyer

für das Bundesland Bremen noch einmal in aller Deutlichkeit heraus.

Bremens Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper spricht deshalb im Vorwort auch von schmerzlichen Erkenntnissen: ›... führen sie doch vor Augen, dass trotz der bisherigen immensen Anstrengungen aller Beteiligten immer noch Vieles zu tun bleibt.‹⁵ Etwas deutlicher formuliert es in einem Kommentar zu diesem Bildungsbericht Paul Mecheril: Der Bericht verweise aber auch darauf, ›dass Maßnahmen erforderlich sind, die sich an diejenigen wenden, die durch das ›alte‹ Bildungssystem in ihrem Handlungsradius gesellschaftlicher Teilhabe eingeschränkt wurden.‹⁶ Besonders eingeschränkt in ihren Teilhabechancen sind Kinder und Jugendliche aus gering qualifizierten Milieus sowie ein Teil der Kinder mit einer Zuwanderungsgeschichte.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen für das Bundesland Bremen die Entwicklung der Schulabschlüsse zwischen den Jahren 1980 bis 2010. Eine solche lange Zeitreihe kann jedoch lediglich für die ausländischen Schülerinnen und Schüler erstellt werden.⁷ In den 1980er- und auch in den 1990er-Jahren wurden noch keine vergleichbaren Zahlen für Schülerinnen und Schüler mit einem Migrations-

hintergrund erhoben. Es zeigt sich, dass von den insgesamt 10.566 Schulabgängern im Jahr 1980 lediglich 399 eine ausländische Herkunft hatten (ca. 4 Prozent). Gegenüber den etwas mehr als 10.000 deutschen Schülerinnen und Schülern handelte es sich damals noch um eine sehr kleine Minderheit. Von diesen wenigen ausländischen Schülerinnen und Schülern verließen damals fast 80 Prozent die Schule ohne einen Hauptschulabschluss (34 Prozent) oder lediglich mit einem Hauptschulabschluss (44 Prozent). Auch damals schon erreichten die jungen Frauen mehr höhere Bildungsabschlüsse: 22 Prozent einen Realschulabschluss und 5,8 Prozent die allgemeine Hochschulreife. Die jungen Männer erreichten lediglich zu 13 Prozent einen Realschulabschluss und 3,4 Prozent die Hochschulreife.

Bis zum Jahr 1990 hat sich dann, nach den sogenannten geburtenstarken Jahrgängen, die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler im Land Bremen fast exakt auf 5.795 halbiert. Betrachtet man diese Entwicklung für die deutschen und die ausländischen Schülerinnen und Schüler jedoch getrennt, dann zeigt sich der Beginn einer gegenläufigen Entwicklung. Denn im gleichen Zeitraum bis 1990 hat sich die Zahl der ausländischen

⁵ Ebenda, S. 4.

⁶ Mecheril, Paul (2012), S. 6.

⁷ Darin enthalten sind nicht die schon eingebürgerten Schülerinnen und Schüler, die aus einer Familie mit Migrationshintergrund stammen. Denn diese Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft und sind somit deutsche Schülerinnen und Schüler (vgl. Abb. 2).

³ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 100.

⁴ Vgl. ebenda.

Schülerinnen und Schüler von vier auf elf Prozent stark erhöht (von 399 auf 638). Noch deutlicher zeigten sich bereits im Jahr 1990, quasi als ›Schlussbilanz‹ der Jahre der alten Bundesrepublik, deutlich höhere Anteile von mittleren und hohen Schulabschlüssen der ausländischen Schülerinnen und Schüler. 1990 verließen von den 638 ausländischen Schülerinnen und Schülern lediglich noch 8,6 Prozent die Schule ohne einen Hauptschulabschluss und 40,8 Prozent der jungen Männer erreichten einen Hauptschulabschluss sowie 30 Prozent der jungen Frauen. Gleichzeitig erreichten schon damals bei den jungen Frauen 61 Prozent höhere Bildungsabschlüsse: 46 Prozent einen Realschulabschluss und 15 Prozent die allgemeine Hochschulreife. Die jungen Männer erreichten immerhin zu 37 Prozent einen Realschulabschluss und zu 15 Prozent die allgemeine Hochschulreife.

Das Jahr 1995 zeigt dann bereits zum Teil die Folgen der starken Zuwanderung nach dem Fall der innerdeutschen Grenze 1990. Noch einmal erhöhte sich die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler massiv, von 638 auf 939 bis zum Jahr 1995. Bis heute ist dieser Stand von rund 1.000 ausländischen Schülerinnen und Schülern in etwa stabil – bis auf einen leichten Rückgang bis zum Jahr 2000. Auffällig ist vor allem gegenüber dem Stand von 1990 der wieder viel zu hohe Anteil von ausländischen Schülerinnen (13,7 Prozent) und Schülern (22,6 Prozent), die ohne einen Abschluss die Bremer Schulen verlassen. Diese Verschlechterung bei den Abschlüssen geht 1995 vor allem zulasten von prozentual weniger Hauptschulabschlüssen, besonders aber von weniger Realschulabschlüssen. Bei den Abschlüssen mit allgemeiner Hochschulreife sind die Werte bei den jungen Männern hingegen in etwa stabil, bei den jungen Frauen ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Annähernd die gleiche Entwicklung wie bis 1995 setzt sich dann bis in das Jahr 2010 fort. Bei den hohen Abschlüssen bleibt der Anteil der jungen Frauen und der jungen Männer ungefähr gleich (außer im Jahr 2005). Dafür steigen im Jahr 2000 die Anteile der Schulabgängerinnen ohne Abschluss (18,7 Prozent) genauso wie die der Schulabgänger ohne Abschluss weiter (27,6 Prozent). Diese problematische Entwicklung konnte erst bis zum Jahr 2005 auf 20,9 Prozent bei den jungen Männern und 12 Prozent bei den jungen Frauen reduziert werden und dann weiter bis 2010 auf 13,4

Prozent bei den jungen Männern und 8,9 Prozent bei den jungen Frauen. Trotz dieses Rückgangs handelt es sich noch immer um eine viel zu große Gruppe mit höchst prekären Zukunftsperspektiven, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Von besonderem Interesse ist die aktuelle Situation im Jahr 2010, dem letzten Jahrgang, zu dem offizielle Zahlen vorliegen. In diesem Jahr haben 1.032 ausländische Schülerinnen und Schüler die Bremer Schulen verlassen (14 Prozent). Bei den jungen Männern haben 50,4 Prozent von ihnen lediglich einen Hauptschulabschluss (37 Prozent) oder gar keinen Schulabschluss (13,4 Prozent). Die andere Hälfte der jungen ausländischen Männer verlässt die Schule mit einem Realschulabschluss (35,7 Prozent) oder mit der allgemeinen Hochschulreife (14 Prozent). Bei den jungen Frauen ist die Bilanz deutlich positiver. Immerhin noch 8,9 Prozent von ihnen verlässt die Schule ohne einen Abschluss und bei weiteren 34,3 Prozent handelt es sich lediglich um einen Hauptschulabschluss. Dafür erreichen von den jungen ausländischen Frauen immerhin 40,5 Prozent einen mittleren Realschulabschluss und weitere 16,3 Prozent die allgemeine Hochschulreife. Dennoch ist die Zahl derjenigen ausländischen Schülerinnen und Schüler, die ihre Schullaufbahn mit der allgemeinen Hochschulreife abschließen, viel zu gering. Im Jahr 2010 waren das lediglich 72 junge Männer und 84 junge Frauen von 1.032 Schülerinnen und Schülern.

Ein Vergleich mit den deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern für das Jahr 2010 zeigt, wie groß der Unterschied vor allem bei dem Anteil der hohen Bildungsabschlüsse ist. Bei den deutschen jungen Männern sind es 1.104 mit einer allgemeinen Hochschulreife (35,5 Prozent), bei den deutschen jungen Frauen mit 1.329 ist es die größte Gruppe insgesamt (42,7 Prozent).

Wird über ausländische Schülerinnen und Schüler oder diejenigen mit einem Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit berichtet, beherrscht das Vorurteil die Diskussion, dass sie bei Weitem nicht die Bildungsstandards der deutschen Schüler erreichen. Die hier präsentierten Zahlen und der jetzt aktuell vorliegende erste Bildungsbericht für Bremen 2012 widerlegen dieses Vorurteil und bestätigen es gleichzeitig.

Laut dem ersten Bremer Bildungsbericht 2012 wechselten zum Beispiel in der Stadt Bremen im

Schuljahr 2009/2010 36,6 Prozent der Kinder mit einem ›Migrationshinweis‹ beim Übergang in die fünfte Klasse in ein Gymnasium, gegenüber 42,4 Prozent der Kinder ohne Migrationshinweis. In der Seestadt Bremerhaven wechseln mit fast 35 Prozent der Kinder mit einem ›Migrationshinweis‹ sogar mehr Kinder auf ein Gymnasium, da es bei denen ohne Migrationshinweis lediglich 30,6 Prozent waren.⁸ Noch deutlicher zeigt sich die Notwendigkeit der Differenzierung, wenn einzelne Migrantengruppen unterschieden werden. Bei den Schülerinnen und Schülern mit einem Migrationshinweis auf eine russischsprachige Herkunft wechseln sogar fast 45 Prozent nach der vierten Klasse auf ein Gymnasium, gegenüber einem Landesdurchschnitt für Bremen von 40,6 Prozent.⁹

Etwas größer ist die Spanne zwischen deutschen Jugendlichen und Jugendlichen mit einem Migrationshinweis beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe. In diese Schulform wechseln 42,6 Prozent der Kinder mit einem Migrationshinweis, gegenüber 57,4 Prozent der Kinder ohne Migrationshinweis.¹⁰ Diese Zahlen zeigen neben den weiter bestehenden (geringen) Rückständen jedoch auch, dass sich nahezu die Hälfte der Kinder mit einem sogenannten Migrationshinweis auf einem guten Bildungsweg befindet.

Das bestätigen auch die Schulabschlüsse für das Jahr 2009. Fast 41 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshinweis erreichen in der Stadt Bremen einen mittleren (Realschul-) Abschluss, in Bremerhaven sind es sogar 48 Prozent.¹¹ Und in der Stadt Bremen erreichen 23,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshinweis die allgemeine Hochschulreife, in Bremerhaven sind es hingegen lediglich 11,7 Prozent.¹²

Die Zahlen zu den Bildungsabschlüssen verweisen auf eine enorme Bildungsdynamik. Diese positiven Zahlen sind genauso real, wie die immer wieder zitierten Zahlen zur Bildungsarmut und zum Sprachförderbedarf. Diese ebenso realen Problematiken sind jedoch nicht an das Merkmal ›Migrationshinweis‹ gekoppelt. Sie beruhen vielmehr auf dem vergleichsweise hohen Anteil von deutschen und migrantischen Familien, die in Bremen in einer materiellen Risikolage leben: weil die Eltern nicht erwerbstätig sind (21,6 Prozent), einen niedrigen Bildungsstand besitzen (24,5 Prozent) oder mit einem hohen Armutsrisiko leben

(33,4 Prozent). Alle drei Risikofaktoren sind im Land Bremen besonders stark verbreitet – bei Familien mit und ohne Migrationshintergrund.¹³ Betrachtet man die ›Startchancen‹ der Kinder und Jugendlichen im Land Bremen, dann leben 43,1 Prozent von ihnen mindestens mit einer dieser Risikolagen und 10,1 Prozent sogar mit allen drei Risiken.¹⁴ Es ist die große Ungleichheit zwischen den materiellen und sozialen Lagen in einer Stadt wie Bremen, durch die sich die Bildungsarmut (keine oder niedrige Bildungsabschlüsse) immer wieder neu fortsetzt. Sowohl für die ausländischen Schülerinnen und Schüler wie auch für diejenigen mit einem Migrationshinweis führt das zu stark polarisierten Bildungswegen. Bei den ausländischen Schülern befindet sich etwa die Hälfte auf einem mittleren oder gehobenen Bildungsweg, während die andere Hälfte sich auf prekäre Zukunftsperspektiven einstellen muss. Bei den ausländischen Schülerinnen ist die Situation etwas besser: Fast 60 Prozent der jungen Frauen befinden sich auf einem mittleren oder gehobenen Bildungsweg, während etwas mehr als 40 Prozent prekäre Zukunftsperspektiven haben. Insgesamt etwas positiver stellt sich die Situation dar, wenn nicht die ausländische Herkunft, sondern der Migrationshinweis zugrunde gelegt wird. Dann befinden sich etwas mehr als 60 Prozent der Bremer Schülerinnen und Schüler auf einem mittleren oder gehobenen Bildungsweg, aber auch fast 40 Prozent müssen sich auf prekäre Zukunftsaussichten einstellen.

In der Öffentlichkeit stehen die problematischen Entwicklungen fast immer im Zentrum der sogenannten ›Integrationsdebatten‹. Nicht zu Unrecht, aber viel zu ausschließlich. Denn auch für den Bildungsbereich gilt, dass nicht der Migrationshinweis ausschlaggebend für Benachteiligungen ist, sondern vor allem die soziale Lage der Familien. Erst, wenn bei deutschen und migrantischen Familien soziale Notlagen, sprachliche Probleme oder gesellschaftliche Abgrenzungen hinzukommen, haben es die Kinder auf ihrem Bildungsweg besonders schwer.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunftsaussichten der Schülerinnen und Schüler sind aber nicht allein ihre guten oder weniger guten Schulabschlüsse. Erheblich verändert haben sich im letzten Jahrzehnt vor allem die Anforderungen der Unternehmen und Betriebe. Seit den Umbrüchen der 1990er-Jahre und der Ausrichtung am Ziel

8 Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 207.

9 Vgl. ebenda, S. 249.

10 Vgl. ebenda, S. 249.

11 Vgl. ebenda, S. 227.

12 Vgl. ebenda, S. 277.

13 Vgl. ebenda, S. 67.

14 Vgl. ebenda.

einer Exportökonomie der Hochqualifikation, wurden die Schwächen des deutschen Bildungssystems immer offensichtlicher. Viele Unternehmen übergehen Bewerberinnen und Bewerber mit Haupt- oder Realschulabschlüssen und setzen auf hoch qualifizierte Fachkräfte. Seitdem hat sich die Kritik am deutschen Bildungssystem erheblich verstärkt und durch die PISA-Vergleichsstudien weiter zuge-spitzt. Zusätzlich zur Kritik der Unternehmen an dem sogenannten ›Fachkräftemangel‹ gelten vor allem zwei Arten von Mechanismen im deutschen Bildungssystem als problematisch.

■ **Sogenannte ›harte‹ organisatorische Mechanismen:** Dazu zählt das in Deutschland tief verwurzelte drei- beziehungsweise viergliedrige Schulsystem mit einer besonders frühen Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schultypen mit stark abgestuften Berufsperspektiven von Anfang an. Diese Sortierung nach Leistung, aber auch nach Herkunft, hat sich tief in den Institutionen, Gewohnheiten und Denkweisen verfestigt.

■ **Sogenannte ›weiche‹ kulturelle Mechanismen:** Die Mehrheit der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrerinnen und Lehrer ist sehr bemüht, die Kinder und Jugendlichen auch individuell zu fördern und zu beraten. Ihre guten Absichten führen aber lediglich dann zum Erfolg, wenn sie auch die unbeabsichtigten ›weichen‹ Mechanismen sozialer ›Sortierung‹ vermeiden. Dazu benötigen sie interkulturelle Kompetenzen, um die unterschiedlichen Lern- und Denkstile aus den Herkunftsfamilien nicht nur zu registrieren (als positiv oder defizitär), sondern sie für die Mobilisierung der individuellen Begabungen zu nutzen. Das ist keine leichte Aufgabe, insbesondere weil viele Lehrende darin nicht ausgebildet sind. Es gibt jedoch durchaus gelingende Praxisbeispiele und Einrichtungen, die auf ihrem Weg bereits Erfolge vorweisen können.

Literatur

■ **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012):** *Bildung – Migration - soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen. Bildungsberichterstattung für das Land Bremen. Hrsg. von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Bremen 2012.*

■ **Paul Mecheril (2012):** *Institutionen an die Schülerschaft anpassen, nicht umgekehrt – eine Einladung zur Kritik ausländerpädagogischer Förderung. Kommentar zum ersten Bildungsberichtsband für das Land Bremen ›Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen‹, Universität Oldenburg 2012.*

■ **Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011):** *Kindertagesbetreuung regional 2011. Ein Vergleich aller 412 Kreise in Deutschland, Dezember 2011.*

Ausgewählte Ergebnisse des ersten Bildungsberichtsbands für das Land Bremen und seine beiden Kommunen

Bislang haben Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und Kinder und Jugendliche, die in sozial prekären Situationen leben, in Deutschland und auch in Bremen deutlich schlechtere Chancen im Bildungssystem erfolgreich zu sein. Um die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen dieser Problemlage zu begegnen, wurde das allgemeinbildende Schulsystem im Land Bremen mit dem Schulgesetz von 2009 umfangreich verändert. Neben diesen strukturellen Veränderungen bedarf es jedoch weiterer erheblicher Anstrengungen, die Situation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen im Bildungssystem zu verbessern. Aus diesem Grund hat Frau Senatorin Jürgens-Pieper die Erarbeitung eines ›Entwicklungsplans Migration und Bildung‹ in Auftrag gegeben. Um diesen Auftrag umsetzen zu können, bedurfte es jedoch aus zweierlei Perspektiven einer Sichtung und Systema-

tisierung: Zum einen waren der Stand der Maßnahmen und die Entwicklung im Bildungssystem aus dieser speziellen Perspektive auszuwerten. Dies hat Frau Professor Yasemin Karakaşoğlu (Universität Bremen) in ihrer ›Wissenschaftlichen Expertise mit Handlungsempfehlungen für einen Entwicklungsplan Migration und Bildung‹ geleistet und mit Handlungsempfehlungen verbunden.¹ Zum anderen war der Status quo der Situation aus empirischer Sicht beziehungsweise aus Sicht der Bildungsstatistik zu beschreiben. Dies sollte der erste Band der Bremer Bildungsberichterstattung leisten, der mit der Unterstützung durch das Bundesprogramm ›Lernen vor Ort‹ von einer Autoren- und Beratergruppe aus den Städten Bremen und Bremerhaven erarbeitet und im April 2012 veröffentlicht wurde.

Dieser Bildungsberichtsband, dessen zentrale Ergebnisse in diesem Beitrag zusammenfassend dargestellt werden, liefert eine kritische Bestandsaufnahme über die Situation des Bildungssystems im Land Bremen und seinen beiden Kommunen aus der Perspektive ›Migration und soziale Lage‹.²

Präsentiert werden darin:

- Kennzahlen zur Situation in den Stadtgemeinden Bremen und in Bremerhaven;
- Analysen für das Land Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin und
- Analysen zum gewählten Themenschwerpunkt mit besonderem Fokus auf die Übergänge vom Elementarbereich bis zur beruflichen Bildung.

DR. DANIEL KNEUPER

Leiter des Referats Statistik und Bildungsmonitoring bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit unter Mitarbeit von LUTZ JASKER und SIMON OTT

¹ Vgl. Karakaşoğlu (2011).

² Den vollständigen Bericht finden Sie unter: www.bildung.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen117.c.8764.de

1

Die Situation im allgemeinbildenden Schulsystem

Mit der Reform des Schulgesetzes im Jahr 2009 gibt es im Land Bremen eine neue Schulstruktur: An die vierjährigen Grundschulen schließen sich in der Sekundarstufe I die Oberschule und das Gymnasium als zwei gleichberechtigte Schularten an. Die Oberschule ermöglicht alle allgemeinbildenden Abschlüsse: In einem in der Regel neun Jahre umfassenden Bildungsgang kann man die allgemeine Hochschulreife erwerben. Eingeschlossen ist ein sechsjähriger Bildungsgang, der zum mittleren Abschluss oder zur erweiterten Berufsbildungsreife führt. An einigen Oberschulen wird zusätzlich auch das Abitur nach acht Jahren angeboten. Oberschulen haben entweder eine eigene Gymnasiale Oberstufe oder ihnen ist eine Gymnasiale Oberstufe zugeordnet beziehungsweise sie arbeiten mit einer Gymnasialen Oberstufe im Verbund. Damit wird ein durchgängiger Bildungsweg zum Abitur sichergestellt. Die ersten Oberschulen wurden 2009 – mit der fünften Jahrgangsstufe aufwachsend – eingeführt. Das Gymnasium führt in einem achtjährigen Bildungsgang zum Abitur. Die Gymnasien haben eine eigene Gymnasiale Oberstufe.

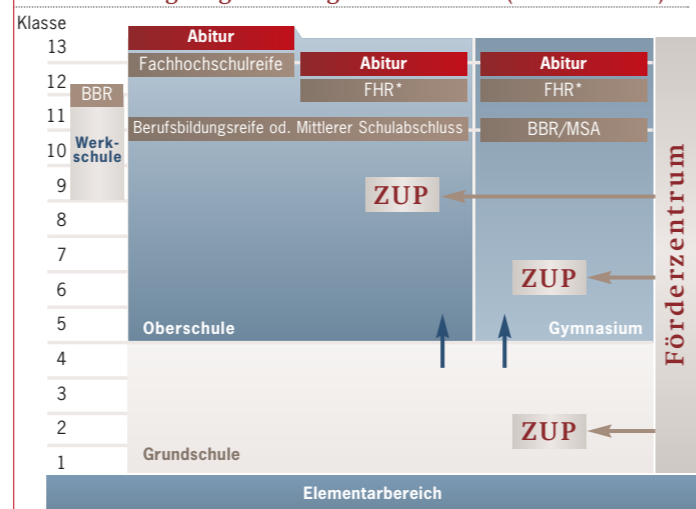
Inklusion, also der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf, ist im Land Bremen schon lange vor der letzten Schulgesetznovelle und auch der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen von Kindern mit Behinderungen ein zentrales Anliegen gewesen. Mit dem Schulgesetz von 2009 soll die inklusive Beschulung schrittweise der Normalfall werden. Dementsprechend werden fast alle Förderzentren³ nach und nach aufgelöst. Dieser Entwicklung entsprechend ist der Anteil der inklusiv beschulten Kinder angestiegen: Während im Schuljahr 2009/10 im Land Bremen 12,3 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I in allgemeinen Schulen unterrichtet wurden, waren es im Schuljahr 2011/12 bereits 46,2 Prozent. Um eine gute Förderung sicherzustellen, wurden an den allgemeinen Schulen ab der Sekundarstufe I und an vielen Grundschulen Zentren für unterstützende Pädagogik (ZUP) eingerichtet, in denen die Kompetenzen für Förderung und Diagnostik bedarfsgerecht für den Standort gebündelt werden.

Ferner wurden Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) eingerichtet. Zentrale Aufgabe dieser Zentren ist, Schulen durch Beratung und Diagnostik zu unterstützen. Außerdem entwickeln in den ReBUZ Angehörige unterschiedlicher Professionen Hilfsangebote zur Überwindung von Problemlagen. Sie halten professionelle Unterstützung in Krisen und Notfällen bereit.

Neben den vorgenannten Schularten gibt es zusätzlich einen Bildungsgang mit dem Namen »Werkschule«. Dieser umfasst drei Schuljahre, von Klasse 9 bis 11. Die Schülerinnen und Schüler können hier die Berufsbildungsreife als allgemeinbildenden Abschluss erlangen. Die Werkschule ist an berufsbildenden Schulen angegliedert, konzeptionell ist sie ausbildungsvorbereitend ausgerichtet. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler, denen das theoretische Lernen nicht so leicht fällt und die mehr Zeit zum Lernen brauchen, die aber gerne praktisch arbeiten und über diese Herangehensweise notwendiges Wissen eher erlangen⁴. Daher bieten Werkschulen praktisch orientierte Schulbildung an.

Die folgende Abbildung zeigt das bremische Schulsystem, wie es nach der Schulgesetznovelle von 2009 entwickelt wurde.

Abb. 1: Wege zum allgemeinen Schulabschluss in Bremen nach dem aktuell gültigen Schulgesetz von 2009 (aufwachsend)



BBR Erweiterte Berufsbildungsreife MSA Mittlerer Schulabschluss ZUP Zentrum für unterstützende Pädagogik
*schulischer Teil der Fachhochschulreife

Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit #203 /nopar

Mit dem Schulgesetz von 2009 ist eine sogenannte Sprachstandsfeststellung für alle Kinder ein Jahr vor der Einschulung obligatorisch – genauso wie eine Förderung, wenn die Notwendigkeit festgestellt wird. Dabei wurde in der Stadt Bremen für 38,3 Prozent und in Bremerhaven für 54,3 Prozent der getesteten Kinder ein Sprachförderbedarf festgestellt, der Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf ist bei Jungen geringfügig höher als bei Mädchen.

Schließlich wurde im neuen Schulgesetz von 2009 das »verordnete« Sitzenbleiben und der Schulartwechsel bis zum Ende der Sekundarstufe I abgeschafft, beides ist nur im Einvernehmen zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und deren Eltern möglich. Der Grund: In der Forschung wurden keine positiven Wirkungen des Sitzenbleibens festgestellt, zugleich verursachen Klassenwiederholungen hohe Kosten. Letzteres wird an folgendem Befund deutlich: Etwa ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler im Land Bremen (25,6 Prozent), die im Schuljahr 2009/10 in der neunten Jahrgangsstufe waren, haben zuvor mindestens ein Schuljahr wiederholt. Zudem haben beim Schuljahreswechsel 2009 2,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I die Schulart gewechselt, wobei die Abgänge aus dem Gymnasium klar dominierten.

Im Land Bremen gab es in den vergangenen Jahren eine besondere Fokussierung auf gebundene Ganztagschulen, um einen hohen Verbindlichkeitsgrad und damit möglichst positive Effekte zu erreichen, wie sie in der Ganztagschulforschung beschrieben sind. Die Ganztagsangebote wurden in Bremen bislang in beiden Städten überwiegend, aber nicht ausschließlich in sozial benachteiligten Ortsteilen platziert. Insgesamt wurden im Land Bremen jedoch vergleichsweise wenige Schülerinnen und Schüler erreicht: Im Schuljahr 2009/10 besuchten hier etwa 22,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Ganztagschule, etwa 33 Prozent waren in ganztägiger Betreuung. In Berlin und Hamburg waren dies immerhin 45 Prozent beziehungsweise 47,1 Prozent und bundesweit etwa 26,9 Prozent. Die höheren Anteile in den anderen Bundesländern sind insbesondere auf den dort deutlich stärkeren Ausbau offener Ganztagsangebote zurückzuführen (zum Beispiel 72,4 Prozent in Berlin). Betrachtet man jedoch nur gebundene Ganztagschulen, lag der Anteil der Ganztags-

schülerinnen und -schüler mit 20,7 Prozent im Land Bremen auf ähnlichem Niveau wie in Berlin, aber deutlich über dem in Hamburg und auch über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Um insgesamt der Nachfrage von Eltern besser gerecht zu werden, sollen in der Stadt Bremen zukünftig verstärkt auch offene Ganztagsangebote bereitgestellt werden.

Die im Folgenden präsentierten Daten beziehen sich auf einen Zeitpunkt vor den hier skizzierten Änderungen. Um in Zukunft die Auswirkungen der Schulstrukturreform einschätzen zu können, wurde im Bildungsbericht das Schuljahr 2009/10 als Berichtsjahr gewählt. Nur an den Stellen, an denen sich die aus der Schulreform resultierenden Änderungen bereits in der Statistik deutlich niederschlagen, werden im Bericht zudem ergänzende Analysen mit möglichst aktuellen Daten präsentiert.

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: keine Besonderheit im Land Bremen

»Migration und soziale Lage« – dieser Fokus hat das Autorenteam vor eine besondere Herausforderung gestellt: In Deutschland gibt es kein einheitliches Verfahren dafür, anhand welcher Merkmale man in der Statistik die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund feststellen kann. Daher lassen sich die Zahlen unterschiedlicher Statistikquellen zu meist nicht miteinander vergleichen. Die Grundtendenzen der verschiedenen Statistiken sind jedoch sehr ähnlich, so dass sich das Autorenteam dazu entschieden hat, sie trotz dieses Problems für den Berichtsband aufzuarbeiten. Für die Analyse von Schuldaten musste ein eigenes Berechnungsverfahren entwickelt werden. Um dies sprachlich deutlich zu machen, wurde im Bildungsberichtsband der Begriff »Migrationshinweis« eingeführt – und wird auch in diesem Beitrag verwendet.⁵

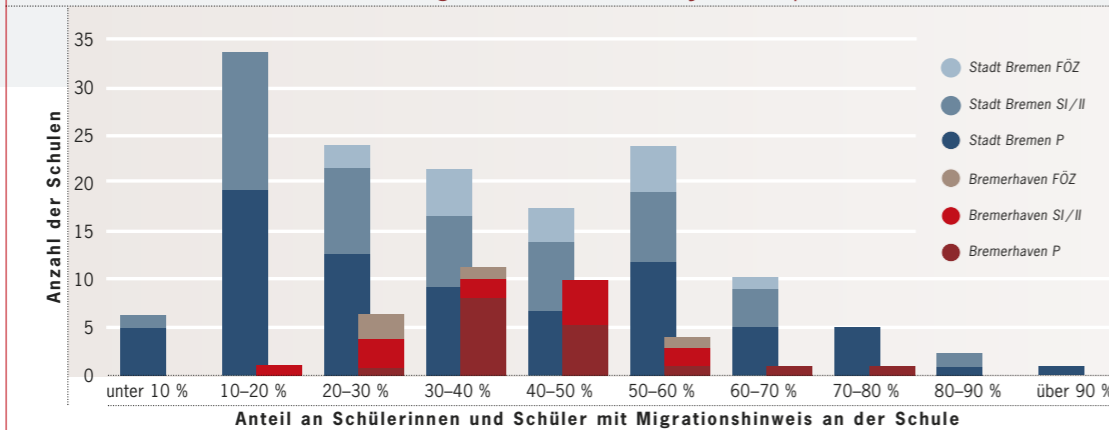
Im Schuljahr 2009/10 besuchen im Land Bremen 68.002 Schülerinnen und Schüler öffentliche oder private allgemeinbildende Schulen: 55.164 waren es in der Stadt Bremen, 12.838 in Bremerhaven. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Land Bremen 21.899 Grundschülerinnen und Grundschüler, 32.283 Kinder und Jugendliche besuchten eine Schule der Sekundarstufe I, davon 12.941 einen gymnasialen Bildungsgang, 11.173 Jugendliche

³ Drei Förderzentren für sinnesgeschädigte Schülerinnen und Schüler bleiben erhalten.

⁴ Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2011), S. 4.

⁵ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 17 ff.

Abb. 2: Anzahl der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis, Schuljahr 2009/10



Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

besuchten die Gymnasiale Oberstufe. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird ausgehend von 2009 bis zum Jahr 2020 in der Stadt Bremen um etwa 11 Prozent zurückgehen. In Bremerhaven sinken die Schülerzahlen voraussichtlich um 17 Prozent.

Bremen ist ein Bundesland mit einem im bundesweiten Vergleich hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund (knapp 28 Prozent). Diese sind im Land Bremen im Durchschnitt deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Und sie stellen im Land Bremen knapp die Hälfte, in der Stadt Bremen mittlerweile mehr als die Hälfte der Kinder unter sechs Jahren – und hier auch mit steigender Tendenz.

Wie in der Bevölkerung auch sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Bremens Bildungseinrichtungen des Elementarbereichs und in der Schule keine Besonderheit mehr: Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist im Land Bremen im Vergleich mit den anderen Bundesländern einer der höchsten und ähnlich hoch wie in Berlin und Hamburg.

Dabei ist – analog zu den Bevölkerungsdaten – insbesondere in den unteren Jahrgängen der Anteil von Kindern mit Migrationshinweis im Land Bremen tendenziell höher als in den höheren Jahrgängen. In der Stadt Bremen liegt ihr Anteil in den unteren Klassen bei etwa 36 Prozent (mit nach 2009 wieder leichten Anstiegen), in Bremerhaven steigt er an: Je niedriger die Klassenstufe, desto größer ist hier die Zahl der Migrantinnen und Migranten. In der ersten Klasse lag der Anteil dort bei 45 Prozent.

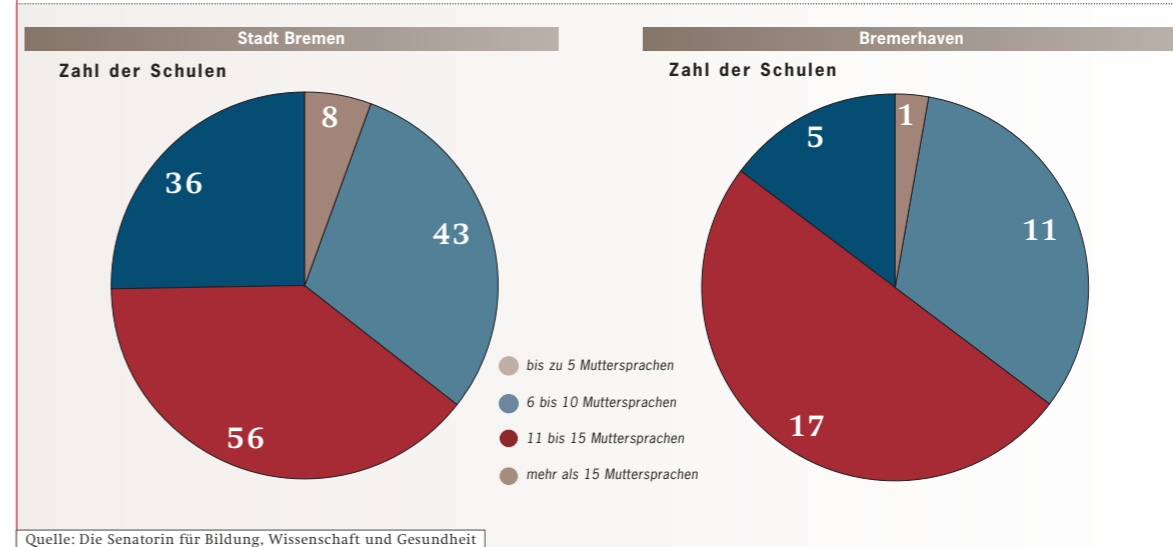
Allerdings unterscheiden sich die Schulen im Land Bremen bezüglich ihres Anteils von Migrantinnen und Migranten in der Schülerschaft und

der Zahl der Herkunftsländer sehr deutlich voneinander, wobei die Unterschiede zwischen den Schulen in Bremen größer ausfallen als in Bremerhaven.⁶ In der Stadt Bremen gibt es 39 Schulen, in denen der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis unter 20 Prozent liegt, in Bremerhaven eine. Zugleich gibt es in der Stadt Bremen 18 Standorte mit Anteilen oberhalb von 60 Prozent, in Bremerhaven sind es drei.

In den Schulen im Land Bremen ist zugleich eine Vielfalt von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Herkunft anzutreffen, die sehr unterschiedliche Muttersprachen sprechen. In der Stadtgemeinde Bremen geben in öffentlichen Schulen etwa 37 Prozent der Migrantinnen und Migranten Türkisch als ihre Muttersprache an, 15 Prozent Russisch und 7 Prozent Arabisch. Weitere häufig von Migrantinnen und Migranten genannte Muttersprachen sind hier Deutsch (5,6 Prozent), Polnisch (5,2 Prozent) und Kurdisch (3,9 Prozent). In Bremerhaven haben 26 Prozent der Migrantinnen und Migranten Russisch, 25 Prozent Türkisch und 18 Prozent Deutsch als Muttersprache angegeben. Außerdem werden relativ häufig noch Polnisch (6,4 Prozent) und Portugiesisch (3,5 Prozent) genannt.

Die Schulen im Land Bremen unterscheiden sich nun nicht nur bezüglich des Anteils von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis, sondern auch bezüglich der Muttersprachen, die von Schülerinnen und Schülern des Standorts gesprochen werden, sehr deutlich. An einigen wenigen Schulen sind nur bis zu fünf Muttersprachen vertreten. Demgegenüber stehen in der Stadtgemeinde Bremen etwa ein Viertel der Schulen und in Bremerhaven etwa ein Sechstel der Schulen, an denen mehr als 15 Muttersprachen am Standort vertreten sind.

Abb. 3: Zahl der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Anzahl der in der Schule erfassten Muttersprachen der Schülerinnen und Schüler, Schuljahr 2009/10



Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Bildungskarrieren von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

Vergleicht man die zentralen Kennzahlen für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund für das Schuljahr 2009/10, ist leider festzuhalten, dass die Kennzahlen für Migrantinnen und Migranten in nahezu allen untersuchten Bildungsbereichen ungünstiger ausfallen als für Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund.⁷ Im Vergleich zu den Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshinweis war in der Gruppe der Migrantinnen und Migranten der Anteil von

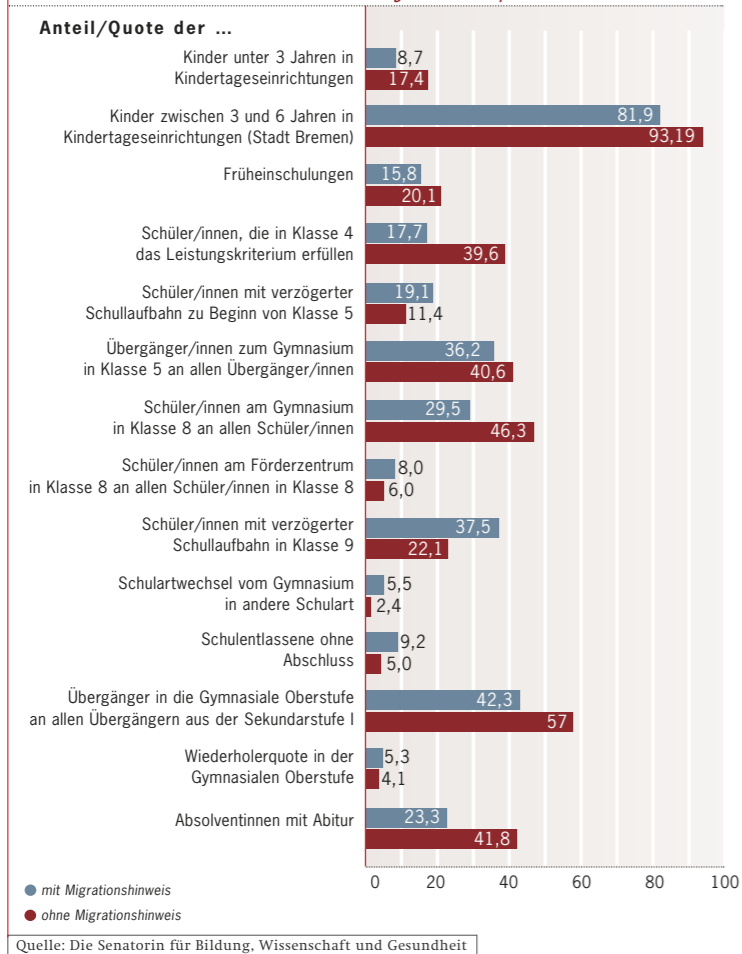
- Kindern in Kindertageseinrichtungen niedriger,
- Früheinschulungen niedriger,
- Schülerinnen und Schülern, die am Ende der vierten Jahrgangsstufe das sogenannte Leistungskriterium erfüllen (Leistungen in Mathematik und Deutsch oberhalb der Regelstandards), niedriger,
- Schülerinnen und Schülern mit verzögerter Schullaufbahn in Klasse 5 höher,

- Übergängerinnen und Übergängern zum Gymnasium niedriger,
- Schülerinnen und Schülern am Gymnasium in Klasse 8 niedriger,
- Schülerinnen und Schülern in Förderzentren in Klasse 8 höher,
- Schülerinnen und Schülern mit verzögerter Schullaufbahn in Klasse 9 höher,
- Schulartwechslern vom Gymnasium in eine andere Schulart höher,
- Schülerinnen und Schülern, die am Ende der Sekundarstufe I keinen Schulabschluss erreichen, höher,
- Übergängerinnen und Übergängern in die Gymnasiale Oberstufe aus der Sekundarstufe I niedriger.

⁶ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 28.

⁷ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 34.

Abb. 4: Vergleich zentraler Kennzahlen nach Migrationsstatus für das Land Bremen, Schuljahr 2009/10 in Prozent



Ähnliche Unterschiede wurden auch für die erreichten Abschlüsse und Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Land Bremen ermittelt. Außerdem wurden diese Unterschiede in ähnlichen Ausprägungen auch für beide Städte, Bremen und Bremerhaven, festgestellt.

Ebenfalls in den Blick genommen wurde eine geschlechtsspezifische Perspektive. Der Befund: Die Bildungskennzahlen fallen in nahezu allen betrachteten Bereichen für Mädchen günstiger aus als für Jungen. Dies gilt sowohl in der Gruppe der Migrantinnen und Migranten als auch für die anderen Schülerinnen und Schüler.

Risikofaktoren für erfolgreiche Bildungsprozesse

Nun ist nicht davon auszugehen, dass Migrantinnen und Migranten per se mit geringerem Erfolg das Bildungssystem durchlaufen als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshinweis: Zum einen gibt es zahlreiche Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sehr erfolgreich die Anforderungen im Bildungssystem meistern. Zum anderen wurden in den Leistungsvergleichsstudien für das Land Bremen ausgeprägte migrationsbedingte, aber auch soziale Disparitäten festgestellt: Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern, die mit Blick auf die vorhandenen Bildungsressourcen weniger begünstigt sind und/oder einen Migrationshintergrund haben, erbringen am Ende der Grundschulzeit im Durchschnitt deutlich schlechtere Leistungen als Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern, in denen Deutsch die Verkehrssprache ist. Und auch in der Sekundarstufe I sind deutliche Kompetenzunterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und zwischen Jugendlichen zu beobachten, die sich in Bezug auf ihre soziale Herkunft unterscheiden. Schließlich ist aus der Forschung für diejenigen, die eher benachteiligt werden, bekannt, dass die eigentlichen Ursachen zumeist in sozialer Benachteiligung, niedrigem Bildungshintergrund im Elternhaus und in Selektionsmechanismen im Bildungssystem zu suchen sind. Zumindest zu den ersten beiden Aspekten konnte das Autorenteam vertiefte Analysen vorlegen. Die Befunde werden im Folgenden präsentiert.

Risikofaktoren: Erwerbslosigkeit, Armutsrisiko und niedriger Bildungsstand im Elternhaus

Erwerbslosigkeit, Armutsrisiko und niedriger Bildungsstand im Elternhaus gelten als zentrale Risikofaktoren für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. 2008 lebten 43 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Land Bremen in einem Elternhaus, in dem mindestens eine dieser Risikolagen zutraf und zehn Prozent waren von allen drei Risikolagen betroffen. Der im Juli 2012 veröffentlichte Bildungsbericht für Deutschland liefert hier aktualisierte Zahlen.⁸ Bis 2010 hat sich die Situation in Bremen leicht verschärft. Zwar lässt sich auch für Bremen der bundesweite Trend feststellen, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die von der Risikolage Erwerbslosigkeit oder Armut im Elternhaus betroffen sind, gegenüber 2008 leicht zurückgegangen ist. Entgegen

dem Trend ist bis 2010 aber der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die in der Risikolage eines bildungsfernen Elternhauses aufwachsen, leicht gestiegen. Der Anteil der Jugendlichen, die von allen drei Risikolagen betroffen waren, lag 2010 sogar bei 12 Prozent, also zwei Prozentpunkte über dem Wert von 2008. Der Wert aus dem Jahr 2005 (15,3 Prozent) wird jedoch nicht erreicht.

Bundesweit sind insbesondere junge Migrantinnen und Migranten von diesen Risikolagen bedroht; für Bremen konnte zudem gezeigt werden, dass insbesondere junge Migrantinnen und Migranten besonders häufig von Armut bedroht sind. Außerdem ist in der Erwachsenenbevölkerung mit Migrationshintergrund ein niedrigeres Bildungsniveau zu verzeichnen.

⁸ Vgl. http://www.bildungsbericht.de/daten2012/a3_2012.xls, Tab. A3-9web

Abb. 5: Kinder im Alter von unter 18 Jahren nach ausgewählten Risikolagen der Eltern: Bremen im Bundesländervergleich (2010), Anteile in Prozent

	Rang	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Erwerbslosigkeit der Eltern¹ soziales Risiko	Land	BY	→													HB	BE	
			5,6														21,4	22,2
niedriger Bildungsstand der Eltern² Risiko bildungsfernes Elternhaus	Land	TH	→													HB	BE	
			4,4														25,0	25,0
Armut der Eltern³ finanzielles Risiko	Land	BW	→													HB	BE	
			13,1														31,0	31,0
mindestens eine Risikolage	Land	BY	→													HB	BE	
			20,1														41,7	43,8
alle drei Risikolagen	Land	BY	→													HB	BE	
			1,5														12,1	12,1

1) Eltern erwerbslos oder Nichterwerbspersonen (beide Elternteile oder alleinerziehend).
2) Höchster schulischer und/oder beruflicher Abschluss der Eltern unter ISCED (beide Elternteile oder alleinerziehend).
3) Einkommen der Eltern unterhalb der Armutsrisikoschwelle.

BY: Bayern
TH: Thüringen
BW: Baden-Württemberg
BE: Berlin
HB: Bremen

Segregation und Bildung in der Stadt Bremen

Für das Land Bremen wurde bereits im Armuts- und Reichtumsbericht herausgearbeitet, dass ein hoher Anteil von Menschen von Armut bedroht ist und ein starker Unterschied zwischen den Ortsteilen bezüglich der sozioökonomischen, kulturell-ethnischen und familiären Situation der jeweils dort lebenden Bevölkerung besteht. Außerdem scheint sich die Koppelung prekärer Lebenslagen und Migration in etlichen Ortsteilen der Stadt fortzusetzen.⁹ Dabei ist zu bedenken, dass eine sozial negativ segregierte Schülerschaft zur Ausbildung von Lernmilieus führen kann, in denen Lernen deutlich erschwert wird.¹⁰

Um diesen Phänomenen weiter auf die Spur zu kommen, wurden die Ortsteile in der Stadt Bremen auf Basis der Kennzahlen ›Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund‹ und ›Anteil von Kindern und Jugendlichen, die Leistungen nach SGB II erhalten‹ gruppiert. Es entstanden vier Gruppen von Ortsteilen:

- **Ortsteilgruppe A:** In diesen 30 Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten und der Anteil der Menschen, die SGB-II-Hilfe empfangen, an der schulrelevanten Bevölkerung über dem stadtweiten Durchschnitt.
- **Ortsteilgruppe B:** In diesen 40 Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten und der Anteil der Menschen, die SGB-II-Hilfe empfangen, an der schulrelevanten Bevölkerung unter dem stadtweiten Durchschnitt.
- **Ortsteilgruppe C:** In diesen vier Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten über dem stadtweiten Durchschnitt, der Anteil der Menschen, die SGB-II-Leistungen beziehen, jedoch darunter.
- **Ortsteilgruppe D:** In diesen vier Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten unter dem stadtweiten Durchschnitt, der Anteil der Menschen, die SGB II-Leistungen beziehen, hingegen darüber.

Festgestellt wurde bei den Analysen ein nahezu linearer Zusammenhang: Je höher das Armutsrisiko in einem Ortsteil, desto höher ist dort auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund – und umgekehrt. Ein großer Teil der Migrantinnen und Migranten ist also von Armut bedroht und macht in einigen Stadtteilen einen großen Teil der Bevölkerung aus.

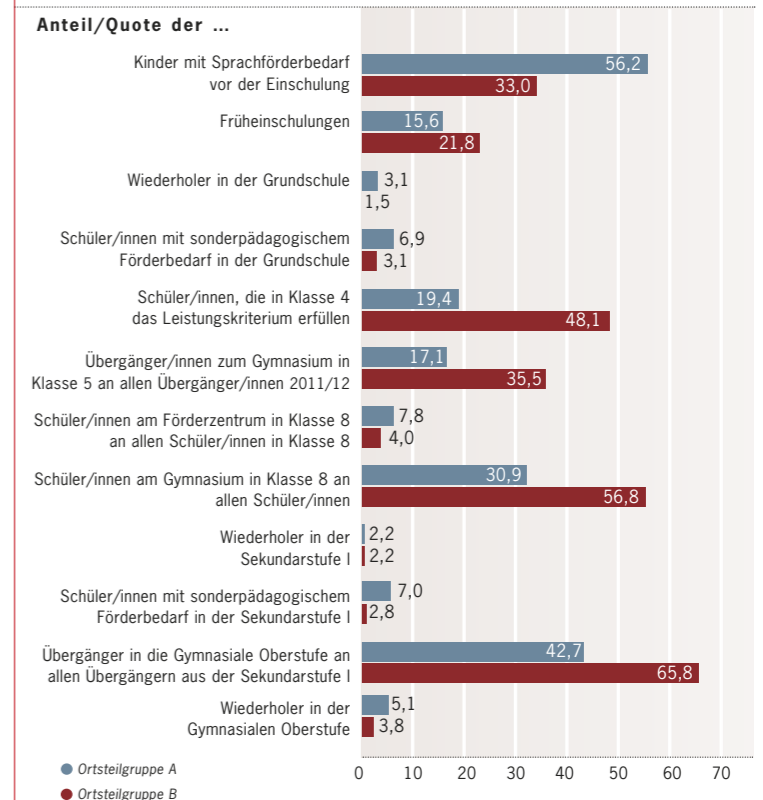
Diese starke Segregation in der Stadt Bremen hat einen deutlichen Niederschlag im Bildungssystem. Die Schulen unterscheiden sich nicht nur bezüglich der ethnisch-kulturellen Zusammensetzung der Schülerschaft voneinander, sondern auch bezüglich des sozialen Gefüges.

Den Regelungen des Grundgesetzes entsprechend besteht auch in Bremen die Möglichkeit, Privatschulen einzurichten. Ihre Gründung setzt ein besonderes pädagogisches Interesse oder bekenntnismäßige beziehungsweise weltanschauliche Prägnanzen voraus. Verfassungsrechtlich ist die private Grundschule daher die Ausnahme. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine allgemeinbildende Privatschule besuchen, war 2009 mit 9,6 Prozent im Land Bremen (Stadtgemeinde Bremen 10,1 Prozent, Bremerhaven 7,4 Prozent) höher als in Berlin (8,1 Prozent) und niedriger als in Hamburg (10,5 Prozent), aber im Bundesländervergleich überdurchschnittlich hoch. Bei einer Analyse nach Ortsteilgruppen zeigt sich für die Stadt Bremen nun, dass sich die soziale Segregation in der Schülerschaft von Privatschulen sehr viel stärker niederschlägt als in öffentlichen Schulen: Privatschulen werden eher von Schülerinnen und Schülern besucht, die in Ortsteilen der Gruppe B aufwachsen. Die Befundlage deutet darauf hin, dass die Privatschulen die soziale und kulturelle Selektivität im Schulsystem verstärken. Jedoch ist aufgrund der methodischen Grenzen einer ortsteilbezogenen Betrachtung dieser Frage in weiterer Forschung besonders nachzugehen.

Bildungskarrieren von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft

Neben Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Schülerschaft in den einzelnen Schulen gibt es deutliche Unterschiede bezüglich der Bildungskennzahlen von Kindern und Jugendlichen der unterschiedlichen Ortsteilgruppen. Analog zum oben skizzierten Befund für Migrantinnen und Migranten fallen die Kennzahlen für Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, die in Ortsteilen der Gruppe A leben, im Durchschnitt durchweg ungünstiger aus als für Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen der Gruppe B. Dies wird in der folgenden Abbildung deutlich.

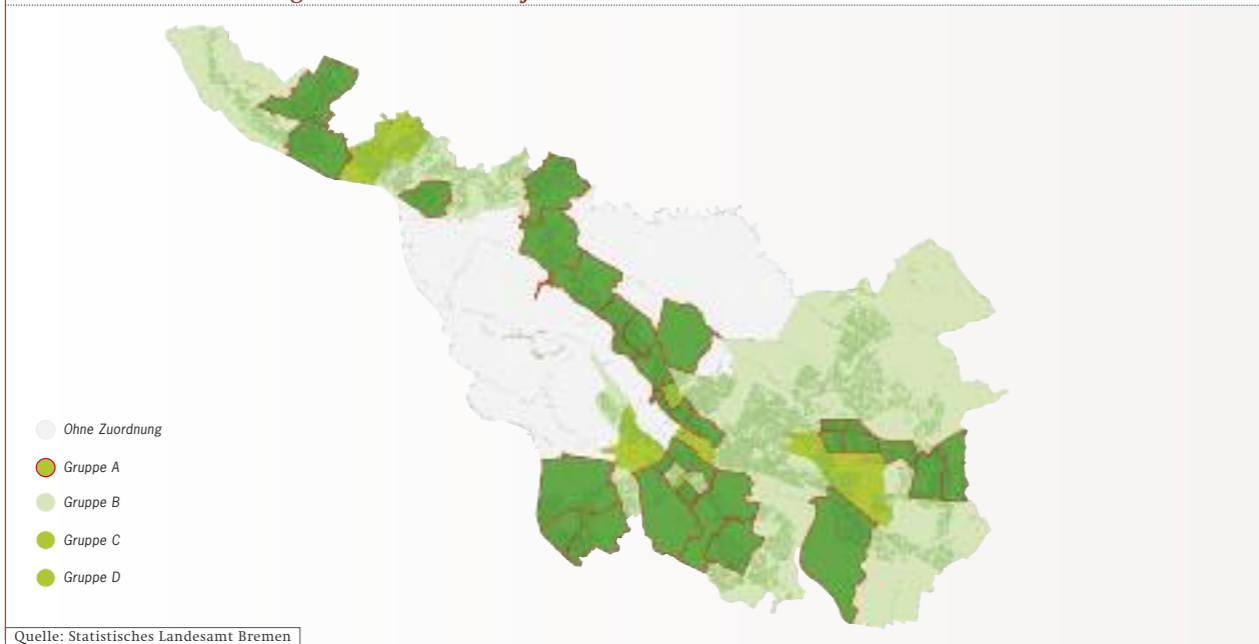
Abb. 7: Vergleich zentraler Kennzahlen nach Ortsteilgruppen in der Stadt Bremen, Schuljahr 2009/10 bzw. 2011/12 in Prozent



Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Ergänzend wurde im Bericht der Frage nachgegangen, ob und inwiefern sich diese Kennzahlen für Migrantinnen und Migranten in den Ortsteilgruppen unterscheiden. Der Befund: In der Ortsteilgruppe B fallen die Kennzahlen für Menschen mit Migrationshintergrund deutlich ungünstiger aus als für die anderen Menschen. In der Ortsteilgruppe A sind die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen eher gering. Dies weist darauf hin, dass insbesondere die ungünstigen sozialen Bedingungen, unter denen eine Vielzahl von Migrantinnen und Migranten lebt, erhebliche negative Effekte auf die Bildungskarrieren haben.

Abb. 6: Ortsteilgruppen in der Stadt Bremen nach Struktur der Bevölkerung zwischen 6 und 18 Jahren



⁹ Vgl. Projektgruppe ›Lebenslagen in Bremen‹ (2009), S. 340 ff.

¹⁰ Vgl. Baumert et al. (2006).



Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudien und erreichte Abschlüsse

In den nationalen und internationalen Leistungsvergleichsuntersuchungen in den Jahrgangsstufen 4 und 9 wurden mithilfe standardisierter Testverfahren die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in allen Bundesländern festgestellt. Als zentraler Indikator und Prädiktor für den weiteren Bildungserfolg – auch in anderen Fächern – wird dabei die Lesekompetenz angesehen, weshalb die Berichterstattung auf die aktuellsten Daten zu diesem Themenbereich fokussiert wurde. Die zentralen Befunde:

Im Durchschnitt erreichten die Schülerinnen und Schüler des Landes Bremen 2006 am Ende der Grundschulzeit und auch 2009 kurz vor Ende der Sekundarstufe I niedrigere Lesekompetenzen als die in den anderen Bundesländern. Dieser niedrige Leistungsmittelwert für das Land geht einher mit einer vergleichsweise großen Leistungspreizung: Während die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler durchaus das Niveau der Schülerinnen und Schüler in anderen Bundesländern erreichen, ist dies im unteren Leistungsbereich nicht der Fall: Der Anteil sehr schwacher Schülerinnen und Schüler ist sehr hoch, ihre Leistungen sind zugleich sehr niedrig. Eine Aufschlüsselung auf kommunaler Ebene lassen diese Studien nicht zu.

Diese Schulleistungsvergleichsstudien haben zudem aufgezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund deutschlandweit und auch im Land Bremen deutlich schlechtere Leistungen in zentralen Kompetenzen erreichen als die deutscher Herkunft. Dabei gibt es zahlreiche Staaten, in denen dieser Zusammenhang nicht so eng ausfällt wie in Deutschland. Auch bezüglich der Bildungsbeteiligung sind Migrantinnen und Migranten deutlich benachteiligt: Sie sind seltener in Bildungsgängen zu finden, die zu höherwertigen Abschlüssen führen, als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund.¹¹ Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben damit in Deutschland und auch in Bremen deutlich schlechtere Chancen bezüglich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zugleich hat man in den Studien für Deutschland eine starke Leistungspreizung festgestellt. Im Land Bremen ist dieser Abstand zwischen den leistungsstärksten und leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern besonders groß.

Ein weiterer zentraler Befund dieser Studien war, dass im deutschen Bildungssystem soziale Disparitäten in bedeutsamer Weise reproduziert werden. Ein wenig plakativ formuliert lautet der Befund: Kinder einer Arbeiterfamilie haben geringere Chancen, eine hohe Qualifikation zu erreichen, als die einer Professorenfamilie. Dies gilt auch dann, wenn die Kinder beider Familien in einem Schulleistungstest das gleiche Ergebnis erzielen. Diese Koppelung von sozialer Lage mit Bildungserfolg und -teilhabe ist für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders relevant.

Zusätzlich zu dieser Übersicht über die erzielten Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Land Bremen wurden im Bildungsbericht Zahlen zu den erreichten Abschlüssen präsentiert: Schülerinnen und Schüler erreichen im Land Bremen – ähnlich wie in den beiden anderen Stadtstaaten – häufiger das Abitur (33,9 Prozent) als dies deutschlandweit der Fall ist (27,8 Prozent). Zugleich lag die Quote derjenigen, die im Land Bremen das Schulsystem ohne Abschluss verlassen, im Jahr 2009 mit 7,5 Prozent im bundesweiten Vergleich etwas über dem Durchschnitt, aber unter den Werten von Hamburg (8,1 Prozent) und Berlin (10,2 Prozent). Die Städte Bremen und Bremerhaven unterscheiden sich insofern, als dass die Quote der Schülerinnen und Schüler, die eine allgemeine Hochschulreife oder den mittleren Schulabschluss erreichen, in Bremerhaven 2009 höher war als in der Stadt Bremen. Zugleich war in der Seestadt aber auch die Quote derjenigen ohne Schulabschluss mit 12,7 Prozent doppelt so hoch wie in der Stadt Bremen (6,1 Prozent).

Die oben skizzierten Befunde zur Auswirkung von Migration und sozialer Lage auf Bildungskarrieren gelten auch für die erreichten Leistungen und Abschlüsse: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis und Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilen der Gruppe A

- verlassen häufiger die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss beziehungsweise
- erreichen seltener das Abitur,
- erreichen etwas schlechtere Zensuren im Abitur als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler aus den Ortsteilen der Gruppe B.

¹¹ Vgl. zum Beispiel Bos et al. (2007); Böhme et al. (2010); Stanat et al. (2010).

Migration und soziale Lage – Auswirkungen am Übergang in das berufsbildende Schulsystem

Da das Merkmal »Migrationshinweis« noch nicht für alle Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen erfasst ist, konnten entsprechende Analysen nur für diejenigen Schülerinnen und Schüler vorgenommen werden, die von der Sekundarstufe I in berufsbildende Schulen übergegangen sind. Erfasst werden damit etwa 80 Prozent der Absolventinnen und Absolventen der Sekundarstufe I.¹² Da es zudem große Unterschiede bezüglich der Dauer der einzelnen Bildungsgänge im berufsbildenden Bereich gibt, ist für eine genauere Einschätzung der Situation eine Analyse zu diesem Übergang besonders sinnvoll.

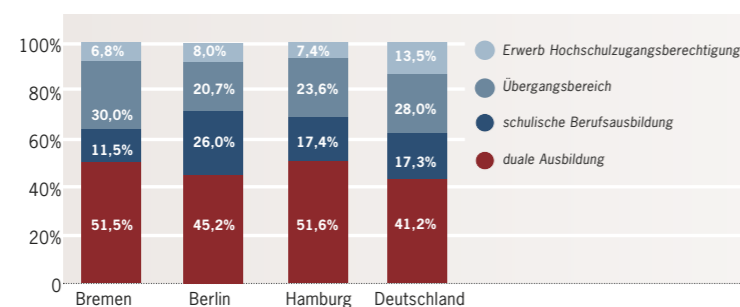
Grundinformationen zum Übergang in das berufsbildende Schulsystem

Zunächst sollen einige Grundinformationen zu diesem Übergang präsentiert werden, bevor im zweiten Schritt der direkte Übergang mit dem Fokus Migration und soziale Lage in den Blick genommen wird. Die folgende Abbildung bietet einen Überblick über die Verteilung aller Anfängerinnen und Anfänger in Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen im Land Bremen:

Es fällt auf, dass der Anteil der Auszubildenden im dualen System mit 51,6 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesländer hoch ist. Hinzu kommen 11,5 Prozent, die eine schulische Berufsausbildung beginnen. In allen drei Stadtstaaten ist der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die einen Bildungsgang zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung beginnen, niedriger als im Bundesdurchschnitt, in Bremen liegt der Anteil bei 6,8 Prozent. Auffällig ist der Anteil junger Menschen, die nach der Schule ins Übergangssystem wechseln: Er ist im Land Bremen mit 30 Prozent im Vergleich zu Hamburg (23,6 Prozent) und Berlin (20,7 Prozent) sehr hoch, unterscheidet sich aber kaum vom bundesdeutschen Wert (28 Prozent).

Zu beachten ist bei diesen Zahlen der hohe Anteil von Einpendlern aus dem Umland. Analysen, die dies berücksichtigen, haben gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Land Bremen deutlich seltener eine Ausbildung und besonders häufig eine Maßnahme im Übergangsbereich beginnen. So lag im Schuljahr 2009/10 der Anteil der im Land Bremen lebenden betrieblichen Auszubildenden bei 40,3 Prozent – und der Anteil von Anfängerinnen und Anfängern von Maßnahmen im Übergangsbereich liegt bei einer Fokussierung auf die Landeskinder bei 27,7 Prozent. Ein substanzieller Anteil von Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen scheint Bremer Landeskinder im Wettbewerb um einen Ausbildungsplatz zu verdrängen.

Abb. 9: Verteilung der Anfänger im beruflichen Ausbildungsgeschehen, Schuljahr 2009/10 (ohne allgemeinbildende gymnasiale Oberstufe und ohne Studienanfänger)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010; eigene Berechnungen

Eine weitere Fokussierung der Analyseperspektive, und zwar auf die Schülerinnen und Schüler, die direkt von der Sekundarstufe I in die beruflichen Bildungsgänge übergehen, macht die Auswirkungen des Verdrängungswettbewerbs schließlich besonders deutlich: Im Land Bremen gehen 43 Prozent dieser Schülerinnen und Schüler von der Sekundarstufe I in den Übergangsbereich über (Stadt Bremen: 39 Prozent; Bremerhaven: 58 Prozent), 29 Prozent in eine Berufsausbildung (Stadt Bremen: 30 Prozent; Bremerhaven: 24 Prozent) und 28 Prozent in einen Bildungsgang zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung (Stadt Bremen: 30 Prozent; Bremerhaven: 18 Prozent).

Dabei ist festzuhalten, dass im Schulsystem in der Sekundarstufe II im Land Bremen insgesamt eine sehr hohe Ausbildungsleistung erbracht werden muss: Betrachtet man die Gymnasiale Oberstufe und berufsbildenden Schulen gemeinsam, haben im Schuljahr 2009/10 mehr als zweieinhalbmal so viele Schülerinnen und Schüler einen Bildungsgang in der Sekundarstufe II begonnen, als im Land Bremen Menschen in der Bevölkerung in einem vergleichbaren Altersjahrgang leben. In Berlin und Hamburg sind es etwas mehr als zweimal so viele, in Deutschland »nur« 1,8-mal so viele. Damit haben im Land Bremen – im Vergleich zur dort lebenden Bevölkerung – so viele Menschen einen Bildungsgang oder eine Maßnahme in der Sekundarstufe II begonnen wie in keinem anderen Bundesland. Dies ist zum einen auf den hohen Anteil einpendelnder Schülerinnen und Schüler zurückzuführen, zum anderen aber auch darauf, dass in erheblichem Umfang mehrere Bildungsgänge der Sekundarstufe II nacheinander absolviert werden, wie eine Analyse für die Stadt Bremen zeigt:

■ 20,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die 2009 eine Maßnahme im Übergangsbereich abgeschlossen haben, begannen im selben Jahr eine weitere Maßnahme in diesem Bereich. 28,9 Prozent von ihnen gingen in eine berufliche Ausbildung über, 11,7 Prozent in einen Bildungsgang zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (ebenfalls ohne Zivildienstleistende etc.).

■ 19,3 Prozent der Menschen, die zuvor in berufsbildenden Schulen des Landes Bremen in einem Bildungsgang waren, der zur Hochschulzugangsberechtigung führt, haben 2009/10 direkt eine Berufsausbildung in der Stadt Bremen angeschlossen. Auch hier sind Menschen, die zwischendurch etwas anderes gemacht haben, nicht erfasst.

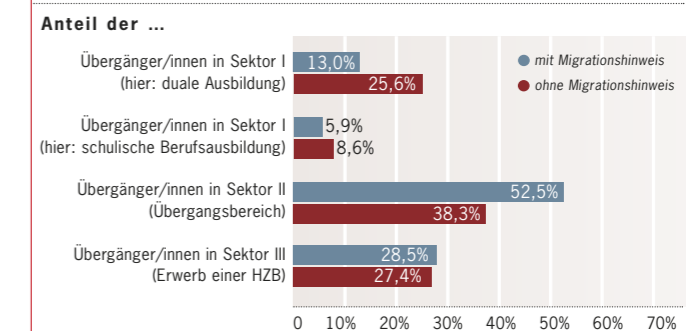
■ 8,8 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten begannen im Schuljahr 2009/10 direkt nach dem Abitur in Bremen mit einer Berufsausbildung.

Der Übergang in das berufsbildende System aus der Perspektive von Migration und sozialer Lage

In der folgenden Abbildung wird nun der direkte Übergang von der Sekundarstufe I in die Sektoren der beruflichen Bildung fokussiert. Im Vergleich zu den Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshinweis zeigen die Zahlen, dass in der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis der Anteil

- der direkten Übergängerinnen und Übergänger in Bildungsgänge an berufsbildende Schulen, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung führen, genauso so hoch,
- der direkten Übergängerinnen und Übergänger in eine Berufsausbildung niedriger
- und der direkten Übergängerinnen und Übergängern in den Übergangsbereich höher ist.

Abb. 10: Vergleich zentraler Kennzahlen nach Migrationsstatus für das Land Bremen, Schuljahr 2009/10



... an allen Übergänger/innen in berufsbildenden Schulen

Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Zugleich gehen Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilen der Gruppe A

- *deutlich seltener in Bildungsgänge an berufsbildende Schulen, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung führen,*
- *seltener eine Berufsausbildung ein*
- *und deutlich häufiger in den Übergangsbereich über*

als Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz in einem der Ortsteile der Gruppe B.

Auch am Übergang in den berufsbildenden Bereich legen die Daten die Vermutung nahe, dass das soziale Umfeld einen stärkeren Einfluss auf die Bildungskarrieren hat als die Migrationstatsache.

Erreichte Abschlüsse

In Tabelle 2 ist die Verteilung der insgesamt 8.994 Schülerinnen und Schüler, die im Jahr 2009 aus einer berufsbildenden Schule im Land Bremen am Ende einer Ausbildung entlassen wurden, auf die oben beschriebenen Sektoren beruflicher Bildung dargestellt. Während in der Stadt Bremen etwa 62 Prozent der Schulentlassenen erfolgreich eine

Tabelle 2: Verteilung der aus öffentlichen berufsbildenden Schulen entlassenen Schülerinnen und Schüler nach Sektoren beruflicher Bildung (2009)

	Stadt Bremen	Bremerhaven	Land Bremen
Sektor I: Berufsausbildung	62,3%	55,5%	60,9%
Sektor II: Übergangsbereich	15,5%	22,6%	17,0%
Sektor III: Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung	14,6%	11,4%	14,0%
keinen Abschluss erreicht / Bildungsziel nicht erreicht	7,5%	10,5%	8,1%

Quelle: Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Berufsausbildung und rund 15 Prozent in berufsbildenden Schulen einen Bildungsgang beenden, in dem der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung möglich ist, sind dies in Bremerhaven etwa 56 Prozent beziehungsweise 11 Prozent. Hinzu kommen in Bremen gut 16 Prozent und in Bremerhaven etwa 23 Prozent von Schülerinnen und Schülern, die einen Bildungsgang aus dem Übergangsbereich erfolgreich abschließen. 7,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Bremen und 10,5 Prozent in Bremerhaven, die einen Bildungsgang im berufsbildenden Bereich beenden, erreichen die Ausbildungsziele nicht.

Da in etlichen beruflichen Bildungsgängen eine zusätzliche Qualifikation erworben werden kann, wird in der folgenden Tabelle dargestellt, zu welchen Anteilen die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss erreichen. Dabei ist zu beachten, dass ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Schülerinnen und Schülern im Sektor III (Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung) noch nicht die volle Fachhochschulreife, sondern nur den schulischen Teil davon erwirbt, der jedoch noch keine Hochschulzugangsberechtigung darstellt. Der Anteil an erworbenen Abschlüssen mit Hochschulzugangsberechtigung ist daher etwas geringer als der Anteil an Schulentlassenen aus dem Sektor III.

Der Blick in die Daten von Tabelle 3 macht deutlich, dass – wie in Hamburg auch – etwa 20 Prozent der Absolventinnen und Absolventen Bremer und Bremerhavener berufsbildender Schulen einen zusätzlichen allgemeinbildenden Abschluss erwerben. Dies ist ein geringerer Anteil als im bundesdeutschen Durchschnitt und vermutlich auf die Zentrumsfunktion der beiden Städte Bremen und Bremerhaven für das Umland im dualen Bereich zurückzuführen. Dort steht die Berufsausbildung im Vordergrund.

Zugleich fällt auf, dass Schülerinnen und Schülern in Bremerhaven etwa gleich oft eine Berufsbildungsreife (6,4 Prozent der Absolventinnen und Absolventen), einen mittleren Schulabschluss (7,5 Prozent) und eine Hochschulzugangsberechtigung (6,9 Prozent) als zusätzlichen Abschluss erwerben. In der Stadt Bremen hingegen dominieren höher qualifizierende Bildungsgänge: Nur 3,1 Prozent der Absolventinnen und Absolventen erwerben eine Berufsbildungsreife, 6,2 Prozent einen mittleren Schulabschluss und 11 Prozent

Tabelle 3: Verteilung der Absolventinnen und Absolventen/Abgängerinnen und Abgänger aus berufsbildenden Schulen nach zusätzlich erworbenen allgemeinbildenden Abschlüssen (2009)

	Stadt Bremen	Bremerhaven	Land Bremen	Berlin	Hamburg	Deutschland
Berufsbildungsreife	3,1 %	6,4 %	3,7 %	4,0 %	1,9 %	3,0 %
mittlerer Schulabschluss	6,2 %	7,5 %	6,5 %	5,6 %	7,0 %	7,8 %
Hochschulzugangsberechtigung	11,0 %	6,9 %	10,2 %	13,8 %	8,5 %	14,7 %
kein zusätzlicher allgemeinbildender Abschluss	79,8 %	79,2%	79,7 %	76,6 %	82,5%	74,5 %

Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

zusätzlich eine Hochschulzugangsberechtigung. Dieser Unterschied zwischen den beiden Kommunen könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Quote der Abgängerinnen und Abgänger ohne Berufsbildungsreife aus den allgemeinbildenden Schulen in Bremerhaven deutlich höher ist als in der Stadt Bremen und daher der Erwerb dieser Grundqualifikation in Schulen des berufsbildenden Bereichs in der Seestadt häufiger nachgeholt wird als in der Stadt Bremen.

Auffällig ist ferner, dass im bundesdeutschen Durchschnitt der Anteil derer, die im berufsbildenden Bereich eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, höher ist als in Bremen, was sich auch über einen Bezug zur altersgleichen Bevölkerung deutlich bestätigt. Hier ergibt sich für Bremen ein Wert von 13,1 Prozent gegenüber 18,7 Prozent im bundesdeutschen Durchschnitt.

Bei Analysen aus geschlechtsspezifischer Perspektive zeigte sich ferner, dass Frauen in den berufsbildenden Schulen unterrepräsentiert sind, hier aber innerhalb der Bildungsgänge, die zur Hochschulzugangsberechtigung führen, stärker vertreten sind als Männer. Dieses Ungleichgewicht zeigte sich auch bei den Analysen zu den Übergängen und korrespondiert mit den besseren Bildungsabschlüssen, die Mädchen in den allgemeinbildenden Schulen erreichen. Eine Analyse der Abschlusszahlen im berufsbildenden Bereich legt zudem die Vermutung nahe, dass Frauen insgesamt ein wenig erfolgreicher eine Berufsausbildung und auch Maßnahmen des Übergangsbereichs absolvieren als Männer. Sie sind zudem in einem vergleichsweise geringen Umfang in der Gruppe derjenigen vertreten, die das Bildungsziel

nicht erreicht haben. Auch bei der Analyse der zusätzlich erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse sind ähnlich positive Ergebnisse für die Frauen zu verzeichnen.

Die für den allgemeinbildenden Bereich skizzierten Befunde zu Auswirkungen der Segregation innerhalb der Stadt auf die erreichten Abschlüsse gelten auch für den berufsbildenden Bereich: Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilen der Gruppe A

- *verlassen häufiger die berufsbildende Schule ohne den angestrebten Abschluss,*
- *erwerben zwar insgesamt häufiger an berufsbildenden Schulen (zusätzlich) einen allgemeinbildenden Abschluss, hier aber eher im Bereich niedrigerer Qualifikationen,*

als Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilen der Gruppe B.

3

Zusammenfassung

Bezogen auf seine zentralen Perspektiven wird im Bericht deutlich:

- Migration ist in Bremens Schulen Normalität. Jedoch unterscheiden sich die Schulen beider Kommunen und innerhalb der Stadt Bremen sehr deutlich bezüglich der sozialen und kulturellen Herkunft der Schülerschaft.
- Die Kennzahlen für Migrantinnen und Migranten fallen in nahezu allen untersuchten Bildungsbereichen ungünstiger aus als für Menschen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt in beiden Stadtgemeinden, Bremen und Bremerhaven, jedoch mit jeweils leicht unterschiedlichen Ausprägungen.
- Erwerbslosigkeit, Armutsrisiko und niedriger Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung sind im Land Bremen vergleichsweise stark ausgeprägt. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind zudem besonders häufig von Armut betroffen.
- Für die Stadt Bremen wurde ein nahezu linearer Zusammenhang zwischen den Kategorien Migrationsanteil und SGB-II-Anteil in den Ortsteilen festgestellt. Dies kann als ein Hinweis auf eine starke Segregation entlang dieser Merkmale gedeutet werden.
- Die starke Segregation in der Stadt Bremen hat einen deutlichen Niederschlag im Bildungssystem. Neben der sozial und kulturell sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der Schülerschaft in den Schulen gibt es auch deutliche Unterschiede bei den Bildungskennzahlen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Die Kennzahlen über den Bildungserfolg fallen für Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Leistungsempfängern nach SGB II und Migrantinnen und Migranten (Ortsteilgruppe A) durchweg ungünstiger aus als für Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilen, in denen beide Kennzahlen unter dem stadtweiten Wert liegen (Ortsteilgruppe B). Unterschiedliche Ausprägungen der Bildungskennzahlen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wur-

den insbesondere für Menschen aus der Ortsteilgruppe B festgestellt; für die Ortsteilgruppe A sind die Unterschiede eher gering. Insgesamt weisen die Befunde darauf hin, dass ungünstige soziale Bedingungen, unter denen eine Vielzahl von Migrantinnen und Migranten lebt, erhebliche negative Effekte auf die Bildungskarrieren haben.

- Die Bildungskennzahlen fallen in nahezu allen betrachteten Bereichen für Mädchen günstiger aus als für Jungen. Dies gilt sowohl in der Gruppe der Migrantinnen und Migranten als auch für die anderen Schülerinnen und Schüler.
- Hohe Ausbildungsleistung: Betrachtet man die Gymnasiale Oberstufe und berufsbildenden Schulen gemeinsam, haben im Schuljahr 2009/10 im Land Bremen im Vergleich zur dort lebenden Bevölkerung so viele Menschen einen allgemeinbildenden Bildungsgang oder einen Bildungsgang in einer berufsbildenden Schule begonnen wie in keinem anderen Bundesland. Dies ist auf die Zentrumsfunktion zurückzuführen. Dabei ist im Land Bremen der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine Ausbildung beginnen, vergleichsweise hoch. Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Land Bremen beginnen jedoch seltener eine Ausbildung und besonders häufig eine Maßnahme im Übergangsbereich. Dies gilt besonders für Migrantinnen und Migranten und für Schülerinnen und Schülern aus Ortsteilen der Gruppe A.

Literatur

- **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012):** *Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen.* Herausgegeben von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. Bremen.
- **Baumert, Jürgen / Stanat, Petra / Watermann, Rainer (2006):** *Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lernmilieus.* In: Jürgen Baumert/Petra Stanat/Rainer Watermann (Hg.): *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000.* 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95–188.
- **Böhme, Katrin / Tiffin-Richards, Simon P. / Schipolowski, Stefan / Leucht, Michael (2010):** *Migrationsbedingte Disparitäten bei sprachlichen Kompetenzen.* In: Olaf Köller/Michel Knigge/Bernd Tesch (Hg.): *Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich.* Münster; New York; München; Berlin: Waxmann, S. 203–225.
- **Bos, Wilfried / Hornberg, Sabine / Arnold, Karl H. / Faust, Gabriele / Fried, Lilian / Lankes, Eva M. et al. (Hg.) (2007):** *IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulern in Deutschland im internationalen Vergleich.* Waxmann.
- **BremSchulG (2009).** *Bremisches Schulgesetz, vom 28. Juni 2005 (Brem.GBl. S. 260, ber. S. 388, 398), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änd. schulrechtl. Bestimmungen vom 23.6.2009 (Brem.GBl. S. 237).*
- **Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2008):** *Bremer Schulentwicklungsplan 2008. Ergebnisse der Arbeit des Fachausschusses ›Schulentwicklung‹ der Deputation für Bildung.* Beschlussfassung vom 30.10.2008. Bremen.
Online verfügbar unter <http://www.bildung.bremen.de/fastmedia/13/Schulentwicklungsplan.pdf>
- **Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft (2011):** *Werkschule Bremen, Schuljahr 2011/2012, Februar 2011, 3. Auflage.*
- **Karakaşoğlu, Yasemin (2011):** *Wissenschaftliche Expertise mit Handlungsempfehlungen für einen ›Entwicklungsplan Migration und Bildung‹.* Im Auftrag der Senatorin für Bildung und Wissenschaft Bremen. Bremen.
Online verfügbar unter <http://www.bildung.bremen.de/fastmedia/13/Migration%20und%20Bildung%20lang.pdf>
- **Projektgruppe ›Lebenslagen in Bremen‹ (2009):** *Lebenslagen im Land Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen.* Hg. Von Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen.
Online verfügbar unter http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/anlage_1_lebenslagen_im_land_bremen.pdf, zuletzt aktualisiert am 25.05.2009, zuletzt geprüft am 17.02.2010.
- **Stanat, Petra / Rauch, Dominique / Segeritz, Michael (2010):** *Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.* In: Eckhard Klieme/Cordula Artelt/Johannes Hartig/Nina Jude/Olaf Köller/Manfred Prenzel et al. (Hg.): *PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt.* Münster, New York, München, Berlin: Waxmann, S. 200–230.

THOMAS SCHWARZER
Arbeitnehmerkammer Bremen

Sprachförderung – aber wie? Der (zu) lange Weg zu einer integrierten und lebenslaufbegleitenden Sprachförderung

Weltweit ist Mehrsprachigkeit die Regel, nicht die Ausnahme. In Deutschland wird seit den Ergebnissen der PISA-Studien heftig über die richtige Art der Sprachförderung gestritten. In der Öffentlichkeit verkürzt sich die deutsche Debatte auf die Frage, ob die erforderlichen Konzepte am Vorrang der deutschen Sprache oder am Leitbild der Mehrsprachigkeit ausgerichtet werden sollen?

Die sprachliche Integration ist ein vielschichtiger Prozess zwischen Menschen mit dem Ziel einer erfolgreichen Verständigung vor Ort. Sprache beruht nicht allein auf Worten, sondern umfasst unterschiedliche Ausdrucksformen (Laute, Mimik, Gestik). Trotz Globalisierung und internationaler Migration ist die Verständigung in der jeweiligen Verkehrs- und Verwaltungssprache erforderlich. Sie hinreichend zu praktizieren, bildet die Basis für den Zugang zu qualifizierter Bildung, Arbeit und politischer Einflussnahme. Für Zuwanderer behält jedoch die zuerst gelernte ›Muttersprache‹ von Geburt an eine wichtige emotionale Funktion für ihre Entwicklung zu einer mehrsprachigen Persönlichkeit und Identität. Für einsprachig aufwachsende Menschen hat ihre Sprache häufig eine gemeinschaftsstiftende soziale Funktion und somit ebenfalls für ihre Identität. Eine zentrale Herausforderung für erfolgreiche lokale Integrationspolitik ist die Balance zwischen Prozessen der Aufwertung der Verkehrs- und Verwaltungssprache, ohne die als ›fremd‹ wahrgenommenen Sprachen abzuwerten.

Das historische Erbe – die deutsche Einsprachigkeit

Deutschland steht, bezogen auf die Sprachentwicklung, in einer spezifischen 150-jährigen Tradition. Sie zielte auf ein forciertes Erlernen der deutschen Sprache bei gleichzeitiger Abwertung und Ausgrenzung nicht Deutsch sprechender Minderheiten. Die Idee der deutschen Einsprachigkeit als Regelfall folgte dem Gedanken einer als notwendig betrachteten Einheit von (Staats-)Volk, (Staats-)Sprache, (Staats-)Gebiet und Identität (Staatsangehörigkeit). Diese Vorstellung konnte sich auf zwei histo-

rische Integrationserfahrungen stützen. Zwischen 1880 und 1933 wurden die sogenannten Ruhrpolen, trotz anfänglich massiver Konflikte, relativ erfolgreich integriert.¹ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte außerdem die relativ erfolgreiche Integration von mehr als 14 Millionen deutschsprachigen Vertriebenen und DDR-Flüchtlingen. Das förderte vor allem in der älteren, einsprachig aufgewachsenen Nachkriegsgeneration die Vorstellung von einsprachigen deutschen Städten und Gemeinden als Normalfall. Aus dieser Perspektive konnte die extreme rassistische Ausgrenzung, Deportation und Ermordung von ›Minderheiten‹ zwischen 1933 und 1945 als eine kurze historische ›Ausnahmeperiode‹ verdrängt werden.²

Die zwiespältige Rolle der Großstädte

Bis zum neuen Zuwanderungsgesetz 2005 gab es vonseiten der Bundespolitik keine verpflichtenden Sprachkurse für erwachsene Zuwanderer nicht-deutscher Herkunft. Der Bund beschränkte sich auf die Förderung von Einzelmaßnahmen vorrangig für die über zwei Millionen (Spät-)Aussiedler aus Osteuropa ohne hinreichende Deutschkenntnisse.

Großstädte wie Bremen befanden sich durch die unzureichende Sprachenpolitik des Bundes in einer zwiespältigen Situation. Als Bundesländer sind sie für den Schulunterricht zuständig. Im Unterricht sollen die Kinder die zur Integration zentrale schriftsprachliche Kompetenz erwerben. Die ebenfalls erforderlichen Deutschkurse für Erwachsene, zum Beispiel über die Volkshochschulen oder über Wohlfahrtsverbände vermittelt, sind hingegen im doppelten Sinne ›freiwillige Leistungen‹. Sie waren abhängig vom Engagement einzelner Politikerinnen und Politiker sowie entsprechender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Einrichtungen. Ihr Umfang und ihre mehr oder weniger professionelle Gestaltung sind außerdem direkt von der jeweiligen Situation der öffentlichen Haushalte abhängig. Außerdem sind sie abhängig vom freiwilligen Engagement der Einwanderer. Bis vor wenigen Jahren waren vor allem die Erwachsenen, vielfach aber auch ein Teil der

Kinder, beim Erlernen der deutschen Sprache weitgehend sich selbst überlassen.

Diese Situation soll seit den bedenklichen PISA-Ergebnissen gerade für Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund verändert werden. Seitdem sind, neben den Schulen, vor allem die Kindertagesstätten in den Blick der Politik geraten. Als öffentliche Träger der Jugendhilfe sind die Kommunen direkt für diesen Bereich zuständig. Alle staatlichen Instanzen betonen seitdem die besondere Bedeutung des zuvor eher vernachlässigten Elementarbereiches. Die Kindertagesstätten sollen zu möglichst nachhaltig wirksamen Bildungseinrichtungen umgebaut werden. Sie haben für eine frühestmögliche Deutschförderung, vor allem von Kindern aus Migrantenfamilien mit einer nichtdeutschen Herkunftssprache, zu sorgen. So steht es im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung.³ Damit rücken die bisher dafür unzureichend ausgestatteten Kommunen als Träger der Jugendhilfe in eine zentrale Position, da sie für die Kindertagesbetreuung und die Elternbildung zuständig sind.

Früher haben sich alle staatlichen Instanzen (Bund, Länder, Kommunen) weitgehend auf die wirksame Kraft der vorherrschenden deutschen Sprache ›vor Ort‹ verlassen. Gleichzeitig wurden die Migrantinnen und Migranten in den städtischen Verwaltungen mit dem Satz ›die Amtssprache ist deutsch‹ auf Distanz gehalten. Das soll sich jetzt möglichst schnell, aber im Rahmen der örtlichen Haushaltslage verändern. Bis das der Fall sein wird, können die seit den PISA-Ergebnissen offensichtlich gewordenen ›Bildungs- und Sprachdefizite‹ weiterhin den vorgeblich bildungsfernen Eltern angelastet werden.

Mehrsprachigkeit ist in den großstädtischen Gesellschaften nach 50 Jahren nichtdeutscher Einwanderung zur Normalität geworden, insbesondere in der jüngeren Generation. Das zeigt sich zum Beispiel für die Stadt Bremen anhand der vielen verschiedenen Muttersprachen, die an den öffentlichen Schulen gesprochen werden. An den insgesamt 143 allgemeinbildenden Schulen wird lediglich an einer einzigen Schule nur Deutsch gesprochen. An drei weiteren Schulen werden neben Deutsch ledig noch zwei weitere Sprachen gesprochen. Dagegen werden an 56 Schulen, der größten Gruppen, zwischen 11 und 15 verschiedene Muttersprachen gesprochen, an weiteren 36 Schulen

sogar mehr als 15 Muttersprachen. Es gibt in Bremen eine Schule, an der 26 Muttersprachen gesprochen werden (siehe Abbildung 3, S. 29).

Viele Kinder und Enkel der ›Gastarbeiter‹ haben dennoch den Sprachwechsel ins Deutsche vollzogen. Dieser Trend ist auch bei den Polnisch oder Russisch sprechenden Familien der Spätaussiedler zu beobachten. Außerdem fördert die Konkurrenz zwischen den Städten um die qualifiziertesten und kreativsten ›Köpfe‹ die Toleranz gegenüber Mehrsprachigkeit und binationalen Partnerschaften. In diesen Familien werden zum Teil bewusst mehrere Sprachen mit den eigenen Kindern gesprochen. Auch die Europäische Union hat das Ziel formuliert, dass Kinder nach der Schulzeit möglichst drei Sprachen sprechen sollten. Doch im Alltag gibt es eindeutige ›Abstufungen‹. Häufig werden Muttersprachen wie Türkisch oder Arabisch weniger geschätzt. Die jeweiligen Kinder erfahren beim Sprechen dieser Sprachen oft wenig Anerkennung, wenn nicht sogar Geringschätzung. Wenn Kinder hingegen neben Deutsch schon früh Englisch, Französisch oder Spanisch sprechen, wird das meistens bewundert.

Insgesamt befinden sich die deutschen Städte und Gemeinden durch das Zusammenspiel im förderativen Bundesstaat in einer Art ›Zwickmühle‹. Einzelne Bundesressorts fördern den neuen Ansatz sprachlichkultureller Vielfalt.⁴ Die Kultusminister der Länder sind jedoch weit davon entfernt, gemeinsame Qualitätsstandards für Deutsch als Zweitsprache in der Schule umzusetzen und in der Lehrerbildung verpflichtend zu machen. Die Kommunen wiederum tragen durch ihre Verantwortung für den vorschulischen Bereich die Hauptlast für den Erwerb der deutschen Sprache bis zur Einschulung. Gleichzeitig bestimmen die Länder die finanziellen Bedingungen für die Sprachförderung in den Kindertagesstätten. Dessen Personal nimmt jedoch diese ›Verstaatlichung‹ als das wahr, was sie ist – eine Beschränkung ihrer bisherigen Freiheit im Umgang mit Sprache und Bildung –, ohne dass damit hinreichend Ressourcen zur Förderung einer qualifizierten Mehrsprachigkeit verbunden sind.⁵

1 Vgl. Herbert, Ulrich (1986), S. 71-81.

2 Vgl. Schweitzer, Helmuth (2009), S. 432.

3 Vgl. Die Bundesregierung (2007), S. 48 ff.

4 www.vielfalt-als-chance.de
www.wissen-und-wachsen.de

5 Vgl. Schweitzer, Helmuth (2009), S. 439.

Die bisherige Praxis der Sprachförderung

Die Politik der deutschen Einsprachigkeit setzte lange, zumindest bei den hier aufgewachsenen Kindern der Migranten, auf eine naheliegende und kostensparende Vorstellung. Der Spracherwerb sei durch die sie umgebende deutsche Sprache auch ohne spezielle Förderung möglich. Dazu sollen die Kinder schon möglichst früh von der deutschen Sprache »umgeben« sein. Auch deshalb wird insbesondere der freiwillige, aber kostenpflichtige Besuch einer Kindertagesstätte gefordert und dann vor allem durch den verpflichtenden Schulbesuch.

Erst durch die PISA-Ergebnisse wurde offensichtlich, worüber viele Praktiker »vor Ort« schon lange sprechen. Nicht alle Sprachgruppen an allen Orten erreichen in der gegebenen Zeit die erforderlichen Sprachfähigkeiten. Vermittelt werden kann durchaus die Basis für eine alltagstaugliche deutsche »Umgangssprache«. Viele Kinder erreichen jedoch nicht hinreichende Fertigkeiten in der Schriftlichkeit und der sogenannten Bildungssprache. Diese Kompetenzen können aber auch nicht durch mehr Sprachunterricht in herkömmlicher Form erreicht werden, wie zum Beispiel durch mehr Lernzeit in Ganztagschulen. Sowohl die Praktikerinnen und Praktiker aus den Einrichtungen, wie auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich auf Ergebnisse von entsprechenden Modellprojekten stützen, sind sich einig: Ein Teil der Kinder aus Einwandererfamilien erlernen die zusätzliche zweite Sprache weder spielend nebenbei noch durch Förderkurse von wenigen Stunden pro Woche ein Jahr vor der Einschulung. Doch gerade das ist die dominierende Erwartung und Praxis.

Eine andere wichtige Frage bei der Sprachförderung ist selbst international weiterhin umstritten. Erleichtert die Konzentration auf ein möglichst gutes Erlernen der Muttersprache das spätere Erlernen einer zweiten Sprache (hier Deutsch)? Oder behindert das Sprechen der Herkunftssprache den Erwerb der Verkehrssprache des Aufenthaltslandes? Weil dieser wissenschaftlich geführte Streit bisher ungeklärt ist, behelfen sich die für Sprachförderung Zuständigen mit einer pragmatischen Position. Wichtiger als die »Kür« der Mehrsprachigkeit sei als »Pflichtprogramm« das Erlernen der deutschen Sprache. Tatsächlich handelt es sich bei dieser Position um keinen wirklichen Gegensatz. Denn in der Praxis von Kindertagesstätten und

Schulen zeigt sich, dass die Anerkennung und die Einbeziehung der Herkunftssprache, den Lernerfolg auch in der zweiten Sprache keineswegs bremst, sondern befördert. Ganz abgesehen von der Wertschätzung, die den Kindern auch für ihr Selbstbewusstsein zugutekommt, wenn ihre Muttersprache nicht als nachrangig behandelt oder sogar unterbunden wird.

In den Alltag »integrierte Sprachförderung« ist nicht zum Nulltarif zu haben

Aufgrund der PISA-Ergebnisse haben Politikerinnen und Politiker und viele Einrichtungen begonnen, mehr Sprachförderung in der Kindergartenzeit anzubieten. Dadurch sind über die letzten zehn Jahre, in den einzelnen Bundesländern und bei den unterschiedlichen Trägern, ganz verschiedene Sprachförderprogramme eingeführt worden. Heute liegen die ersten Ergebnisse von wissenschaftlich begleiteten Modellprojekten vor. Sie zeigen, dass mit den meist relativ kurzen und auf die letzte Kindergartenphase begrenzten Förderprogrammen, die »Sprachrückstände« nicht aufgeholt werden können. Es gibt viel Engagement, aber wenig nachweisbare Effekte.

Allerdings stellt sich aufgrund der dargestellten Befunde die berechtigte Frage, ob die Erwartung eines raschen Erwerbs einer zweiten Sprache überhaupt realistisch ist? Was deutschsprachige Kinder (auch nicht alle!) in sechs Jahren lernen, kann in den Kindertagesstätten bei Kindern mit anderen Muttersprachen nicht in viel weniger Zeit erlernt oder sogar aufgeholt werden.

In den Modellprojekten hat sich außerdem gezeigt, dass es eher wenig hilft, wenn Eltern zu Hause Deutsch mit ihren Kindern sprechen, die selbst die deutsche Sprache nicht gut beherrschen. Dann besteht die Gefahr, dass die Kinder weder die deutsche Sprache noch die Muttersprache gut lernen. In diesen Fällen können die staatlichen Einrichtungen nicht auf große Unterstützung durch die Familien bauen.

Erforderlich ist in jedem Fall eine gezielte Sprachförderung auf dem pädagogisch »neusten Stand«. Doch trotz eines fast 30-jährigen Wissens mit Deutsch als Zweitsprache, existiert außerhalb einer überschaubaren Gruppe von sogenannten »Ausländerpädagog« weder Lehrpersonal in hinreichender Zahl für den Regelunterricht in den

Schulen noch werden an den Fachschulen für Erzieherinnen und Erzieher oder an den Hochschulen für Pädagogik genügend speziell ausgebildete Lehrkräfte qualifiziert. Mehr sprachsensibel ausgebildetes Personal in den Bildungseinrichtungen, gezielte Fortbildungen für Erzieherinnen/Erzieher und Lehrerinnen/Lehrer sowie Förderprogramme mit nachprüfbaren Standards sind jedoch zwingend erforderlich.

Im Bundesland Bremen wurde im Schulgesetz von 2005 eine verpflichtende Feststellung über die Kenntnisse der deutschen Sprache für alle Kinder zwischen vier und fünf Jahren verankert. Die erforderliche Sprachförderung derjenigen Kinder mit einem festgestellten Sprachförderbedarf, wurde jedoch erst mit dem Bremer Schulgesetz 2009 verpflichtend. Seitdem müssen Kinder mit nicht als ausreichend eingestuften Sprachkenntnissen, im Jahr vor der Einschulung, an Sprachförderkursen teilnehmen. Die Einstufung der Sprachkenntnisse erfolgt über ein computergestütztes Testverfahren, den sogenannten Cito-Sprachtest.

An diesem Test nehmen aktuell in Bremerhaven 94 Prozent aller Kinder im Alter von vier Jahren teil, in Bremen 92 Prozent. Als der Cito-Test erstmals zur Anwendung kam, wurde mit einem Förderbedarf von rund 15 bis 20 Prozent aller vierjährigen Kinder gerechnet. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass über die ganze Stadt Bremen zwischen 30 und 40 Prozent aller Kinder einen Förderbedarf hatten, in vielen Ortsteilen weit über 50 Prozent. Deutlich wurde außerdem nicht allein der große Förderbedarf für Kinder aus Familien mit einer Migrationsgeschichte, sondern auch für Kinder deutscher Herkunft.

In der Praxis wird der Cito-Test von den Kindertagesstätten und den Grundschulen, die ihn durchführen, als »notwendiges Übel« hingenommen. Aber erst seit der Einführung des Tests konnte erstmals der große Bedarf an Sprachförderung nachgewiesen werden. Auf dieser Grundlage erhalten die Kitas die finanziellen Ressourcen für Förderkurse. Diejenigen Kinder, die daraufhin in der Kita eine Sprachförderung erhalten haben, werden am Schulanfang noch einmal mit dem »Cito-Sprachtest« hinsichtlich ihrer Fortschritte untersucht. Durch das computergestützte Verfahren kann der Test zeitökonomisch durchgeführt und nach »objektiven« Kriterien ausgewertet werden: Das heißt, unabhängig von persönlichen Einschätzun-

gen durch die Lehrkräfte. Außerdem hat die Einführung des Testverfahrens zu verstärkten Anstrengungen bei der Sprachförderung in Bremen geführt.

Dennoch gilt das Cito-Testverfahren mittlerweile als veraltet und viele Praktikerinnen und Praktiker sehen den Test ausgesprochen kritisch. Faktisch handelt es sich nicht um ein kommunikatives Verfahren, sondern um eine Überprüfung des passiven Wortschatzes (Begriffe, Formen, Mengen, Größen) und des Textverständnisses. Die zugrunde liegenden Kategorien und Bewertungen des Tests »messen« außerdem eine einsprachige, »normale« Sprachentwicklung. Kinder, die zweisprachig aufwachsen, werden nicht speziell berücksichtigt. Aufgrund dieser Kritik ist das Cito-Testverfahren zum Beispiel in den Niederlanden längst wieder abgeschafft worden. In Nordrhein-Westfalen und Bremen wird der Cito-Test weitergeführt, weil er zeitökonomisch durchgeführt und ausgewertet werden kann. Die konkrete Sprachförderung erfolgt dann in Form von zwei zusätzlichen Stunden im letzten Jahr vor der Einschulung. Nicht allein der zeitliche Umfang ist jedoch deutlich zu gering. Auch der Zeitpunkt erst kurz vor der Einschulung liegt zu spät, um tatsächlich Chancengleichheit ermöglichen zu können.

Diese Kritik berücksichtigt der Bremer Schulentwicklungsplan von 2008 durchaus. Er charakterisiert Sprachförderung als »ganzheitliches Vorhaben«, das heißt, Sprachförderung soll in allen Bereichen des Alltags Berücksichtigung finden. Dieser Appell gilt ganz unabhängig von weiteren, speziellen und zusätzlichen Förderkursen vor der Einschulung.

■ 2011 nahmen in der Stadt Bremen 4.400 Kinder am Cito-Testverfahren teil und bei fast 40 Prozent von ihnen wurde ein Förderbedarf festgestellt. In der Stadt Bremerhaven wurden 1.200 Kinder getestet und für 54 Prozent von ihnen ein Förderbedarf erkannt. Im letzten Kindergartenjahr 2010/2011 nahmen in der Stadt Bremen 1.450 Kinder in 297 Kleingruppen zweimal in der Woche an einem Sprachförderkurs teil (30 Prozent der getesteten Kinder).

Quelle: Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 104

Wie das im Alltag aussehen soll, wird in der Trägerkonzeption des Eigenbetriebs der Stadtgemeinde Bremen (»KiTa Bremen«), in einem gesonderten Kapitel ausgeführt. Sprachförderung wird dort als »Querschnittsaufgabe« für alle Alltagsbereiche charakterisiert.⁶ Mehrsprachigkeit sei in den Einrichtungen von »KiTa Bremen« Normalität und ein Tor zu unterschiedlichen Menschen und Kulturen. Von der Begrüßung über das Mittagessen bis zum Abgeholtwerden, werde Sprachförderung als Querschnittsaufgabe bei allen Aktivitäten und in allen Bildungsbereichen berücksichtigt (Spiel, Gesang, kreatives Handeln, Körper- und Sinneserfahrungen, positiv erlebte Kontakte).

Zusätzlich dazu werden bis zu sieben Kinder in kleinen Sprachfördergruppen individuell und gezielt mit den Sprachfördermitteln infolge der Cito-Tests unterstützt. Seit dem Kindergartenjahr 2009/2010 beschäftigt »KiTa Bremen« rund fünfzig pädagogische Fachkräfte zusätzlich zu den bisher speziell mit Sprachförderung betrauten Fachkräften. Die Angebote der Sprachförderung und Sprachbildung werden bei »KiTa Bremen« von einer Koordinatorin unterstützt. Ihre Tätigkeit zielt insbesondere auf die Entwicklung von Qualitätsstandards und auf die Vernetzung mit träger- und behördenübergreifenden Arbeitsgruppen. Als langfristiges Ziel hat sich »KiTa Bremen« eine noch stärkere Integration von qualifizierter Sprachförderung in den Alltag der Kinder gesetzt.

Unbeantwortet ist bisher die Frage nach der Qualität und den Wirkungen einer derartigen »alltagsintegrierten Sprachförderung«. Dazu heißt es: »Es müsse im Einzelnen geprüft werden, ob in den Einrichtungen hinreichend fachliche Qualifikationen für integrierte Sprachförderung vorhanden sind.«⁷

Seit März 2011 hat sich außerdem auch die Bundespolitik, hinsichtlich ihrer Verantwortung für die Sprachförderung speziell in Kindertagesstätten, bewegt. Durch die Bundesinitiative »Offensive Frühe Chancen: Schwerpunktkitas Sprache und Intergration« werden bis 2014 pädagogische Fachkräfte mit einer Zusatzqualifikation als Sprachzieherin eingesetzt. Bei »KiTa Bremen« profitieren derzeit vierzehn Kinder- und Familienzentren von diesem Bundesprogramm.

Nach den Kindertagesstätten erfolgten auch im Bildungsbereich seit 2011 verstärkt Aktivitäten, um die bisherige Sprachförderung auch in den Bremer

Schulen zu verbessern. Dazu trägt insbesondere das Bundesprogramm »Lernen vor Ort« durch zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen bei. Den Rahmen dafür bilden die Planungen für das Programm QUIMS_Bremen – Qualität in multikulturellen Stadtteilen und Schulen. Dieser Ansatz ist stark orientiert an dem bereits lange etablierten, gleichnamigen QUIMS-Programm der Stadt Zürich. Mit dem Programm QUIMS_Bremen werden in den nächsten Jahren drei sogenannte Quartiersbildungszentren (QBZ) unterstützt und weiterentwickelt: das 2009 entstandene QBZ Blockdiek, das 2010 entstandene QBZ Huchtingen und das seit diesem Jahr sich im Aufbau befindende QBZ Gröpelingen.

In allen diesen drei Ortsteilen konzentrieren sich viele Familien in materiell schwierigen Lebenssituationen – mit und ohne Migrationshintergrund. Ein großer Teil der Kinder aus diesen Familien benötigt zusätzliche Anstrengungen und mehr Zeit, um die sprachlichen und sozialen Hürden für einen guten (Aus-)Bildungsweg zu schaffen. Dadurch sehen sich speziell die Bildungs- und Jugendeinrichtungen vor besondere Herausforderungen gestellt. Sie können aber allein den zusätzlichen Anforderungen nicht gerecht werden. Deshalb sieht der Ansatz eines Quartiersbildungszentrums (QBZ) eine systematische Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen Schule, Kita, Jugendhilfe, Kultur, Vereinen und lokalen Einrichtungen vor. Denn die arbeitsteilig tätigen Einrichtungen und Zuständigkeiten erschweren es gerade vielen dieser Familien zusätzlich, einen Erfolg versprechenden Bildungsweg zu gehen.⁸

Mit dem Programm QUIMS_Bremen werden die bestehenden Kooperationen unterstützt und die besonderen Herausforderungen der multikulturellen Vielfalt bearbeitet. Dabei spielt die Sprachbildung, im Sinne einer lebendigen Kultur des Sprechens und Schreibens, eine besonders wichtige Rolle. Als Ziele werden fundierte Deutschkenntnisse genannt, das Beherrschen der deutschen Sprache als Bildungssprache (Literalität) und die Förderung der Mehrsprachigkeit. Jedes Kind soll auf der Basis seiner sprachlichen Voraussetzungen angemessen gefördert werden. Dazu werden folgende Qualitätskriterien definiert:

- Sprachförderung wird in allen Fächern und Kooperationsprojekten aktiv umgesetzt (institutions-, jahrgangs- und stufenübergreifend).
- In Schulen, Stadtteilerrichtungen und Kooperationsprojekten wird eine umfassende Lese-, Schreib- und Sprechkultur entwickelt.
- Die eingebrachten Erstsprachen der Kinder und Eltern werden respektiert und gefördert, Mehrsprachigkeit als Potenzial verstanden.
- Deutsch als Zweitsprache und muttersprachlicher Unterricht werden inhaltlich mit dem Regelunterricht verzahnt.

Alltagspraktisch sollen diese Ziele durch monatliche Treffen der sogenannten QUIMS-Beauftragten der jeweiligen Einrichtungen umgesetzt werden. Zusätzlich finden moderierte Werkstätten zur Erarbeitung konkreter Vorhaben statt. Bisher werden folgende Werkstätten angeboten: Werkstatt Mehrsprachigkeit, Werkstatt Literalität, Werkstatt Eltern, Werkstatt Übergang Kita/Grundschule.

Literatur

- **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012):** *Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen. Bildungsberichterstattung für das Land Bremen.* Hrsg. von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Bremen 2012.
- **Die Bundesregierung (2007):** *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen.* Stand: Juli 2007.
- **Herbert, Ulrich (1986):** *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980,* S. 71–81, Bonn 1986.
- **KiTa Bremen (2011):** *Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen: Trägerkonzeption Bildung, Erziehung, Betreuung von Anfang an,* Bremen 2011.
- **Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (2012a) (Hrsg.):** *Informationen zum Programm QUIMS_Bremen. Qualität in multikulturellen Stadtteilen und Schulen.* Stand: Juli 2012.
- **Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (2012b) (Hrsg.):** *QBZ Morgenland. Das neue Quartiersbildungszentrum in Gröpelingen. Nutzungskonzept und Planungsstand Sommer 2012.*
- **Schweitzer, Helmuth (2009):** *Wi(e)der deutsche Einsprachigkeit – Kommunale Sprachförderung zwischen Assimilation und Mehrsprachigkeit.* In: F. Gesemann/R. Roth (Hrsg.): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft,* Wiesbaden 2009.

⁶ Vgl. KiTa Bremen (2011), S. 141 ff.

⁷ Ebenda: S. 145.

⁸ Indem sich Kitas und Grundschulen regelmäßig austauschen und gemeinsam planen. Oder indem Kultureinrichtungen und Vereine gemeinsam Angebote zur kulturellen Bildung organisieren. Oder indem Unternehmer, Vereine, Stiftungen, Moscheen und Kirchengemeinden sich für mehr Angebote in der dualen Ausbildung engagieren. Vgl. Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (2012b), S. 12.

Im Umgang mit Vielfalt eigene Stärken entwickeln

THOMAS SCHWARZER: Frau Lassek, können Sie sich noch erinnern, als Sie das erste Mal nach Tenever gekommen sind? Wie war das damals für Sie?

MARESI LASSEK: Ja, es war 1993, als ich mich für diese Schule in Tenever beworben habe und ich war unsicher.

THOMAS SCHWARZER: Ob Sie das machen wollen?

MARESI LASSEK: Nein, nicht ob ich es machen will, denn ich wusste, dass ich hierher möchte. Mein Ansatz war damals, eine andere Vorstellung von Schule und von Unterricht einzubringen. Ich habe vorher in einem bürgerlichen Stadtteil gearbeitet und mir vielleicht etwas blauäugig auf die Fahnen geschrieben, das Image einer Schule in einem Stadtteil wie Tenever mit zum Positiven verändern zu helfen. Jetzt, als wir den Schulpreis bekamen, habe ich so für mich ganz still und heimlich überlegt, ist dir das jetzt nach 19 Jahren ein bisschen gelungen – oder immer noch nicht? Deshalb ist Ihre Frage interessant, weil ich selbst diese Rück Erinnerung hatte.

Ich war damals auch unsicher, weil ich vorher eher Erfahrungen im bürgerlichen Umfeld hatte und nicht mit Kindern aus so vielen Kulturen. Aber ich hatte auch nicht gehaut, wie wunderbar diese Kinder sein können. Es braucht eine Weile, bis man das feststellt und dann anfängt, in eine andere Richtung zu denken und zu arbeiten. Nicht in die Richtung, hier musst du immer nur Lücken stopfen und ausgleichen und unterstützen, sondern hier gibt es auch Ressourcen.

THOMAS SCHWARZER: Aber ich habe in ähnlichen Stadtteilen oft erlebt, dass viele Kolleginnen stöhnen und über die Belastungen reden, durch die schwierigen materiellen Situationen, in denen viele dieser Kinder leben. Wie sind Sie hier auf den Weg gekommen in diese ›andere Richtung?‹

MARESI LASSEK: Also, ich gebe Ihnen recht mit dem Stöhnen. Als ich hier anfing, zu der Zeit als diese Schule im Aufbau war, kamen eine Reihe von Kolleginnen aus der Nachbarschule, die einfach zu groß geworden war, dazu. Der Pfälzer Weg wurde also mit einem Kollegium besetzt, das überwiegend aus dem Stadtteil kam. Zu der Zeit war genau dieses Stöhnen auch da. Es gab die Aussage, Kinder

INTERVIEW MIT MARESI LASSEK UND BEATRIX HARNISCH-SOLLER

Schulleitung Grundschule am Pfälzer Weg (Tenever), 2012 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet.

■ Fragen: THOMAS SCHWARZER, Referent für kommunale Sozialpolitik, Arbeitnehmerkammer Bremen

in diesem Quartier hätten keinen Zugang und wenig Interesse am Lernen in der Schule und am Erlernen der Kulturtechniken. Es wurde die viel zu geringe Lernmotivation der Kinder bedauert.

Hier in der Grundschule am Pfälzer Weg wurde ab 1993 der Ansatz verfolgt, den Schulanfang zu verändern. Kinder, denen es ohnehin nicht so gut geht, sollten nicht auch noch ständig ›sortiert‹ werden: in Vorklasse, erste Klasse, Sonderschule oder durch Rückstellung in den Kindergarten. Wir wollten einen Schulanfang, bei dem die Kinder ankommen in der Schule und bleiben. Die Schule muss sich auf die Kinder einstellen und nicht Kinder sortieren. Die Kinder sollten Zeit haben, um klarzukommen und mithilfe von pädagogischen Konzepten unterstützt werden. Wir sind daher eingestiegen in die jahrgangsübergreifende Arbeit, aber nicht allein als Schule, sondern in Zusammenarbeit mit dem Kindergarten (heute Familienzentrum Regenbogenhaus), von dem wir die meisten Kinder bekommen. Mit den Kita-Kolleginnen haben wir das Konzept vor Beginn des Schuljahres 1993/94 besprochen und dann diese neue Organisationsform realisiert.

Da eine so radikale Veränderung nicht im Alleingang bewältigt werden kann, hat sich ein Team von Lehrerinnen mit dem Ansatz des jahrgangsübergreifenden Lernens auseinandergesetzt. Dieses Team hat vor allem inhaltlich gearbeitet an Fragen wie: Welche Strukturen brauchen wir für die Arbeit, welche Arbeitsmaterialien, welche Methoden, wie richten wir die Räume ein und so weiter. Wir hatten ja das Glück, als neue Schule ein bisschen mitbestimmen zu können bei der Einrichtung der Räume und bei der Beschaffung der Materialien, das war gut. Im Laufe dieses Tuns, ich sag mal nach zwei bis drei Jahren, waren Diskussionen über die Einschätzung ›die Kinder sind nicht motiviert‹ hier in dieser Schule weg. Es fiel erst nach längerer Zeit auf, dass wir schon länger nicht mehr darüber gejamert haben.

Wir haben es an diesem Standort zu einem großen Teil mit Kindern zu tun, die unter erschwerten Bedingungen in die Schule kommen. Zum Teil, weil ihre Familien sehr arm sind und sie

nicht so ausstatten können wie andere Familien, mit guten Arbeitsmaterialien, gut gekleidet, saisongemäß gekleidet und solche Dinge. Oder weil sie aus großen Familien kommen und nicht so viel Zuwendung durch die Eltern erfahren können, weil mehrere Geschwister Aufmerksamkeit verlangen. Viele Kinder haben keinen Zugang zu bedeutsamem Umweltwissen, weil sie aus Tenever nicht rauskommen. Andere wiederum leben unter ganz schwierigen Bedingungen mit elementaren Problemen in den Familien. Diese Differenzierung hat sich immer mehr herausgebildet und auch das Wissen darum, wie unterschiedlich diese Kinder sind, wie stark oder schwach und welche unterschiedlichen Kompetenzen sie mitbringen. Es sind eben nicht pauschal ›die Kinder‹, die bildungsfern sind, die deutsche Sprache nicht beherrschen oder nicht regelmäßig in die Schule kommen.

THOMAS SCHWARZER: Ist nicht der Begriff ›bildungsfern‹ überhaupt ungeeignet für die Arbeit mit Kindern?

MARESI LASSEK: Also, ich definiere Bildungsferne anders. Es geht nicht um die Zuschreibung an die Familien oder an die Kinder, die mit Bildung ›nichts am Hut haben‹. Viele unserer Kinder haben zu wenig Gelegenheiten und Möglichkeiten, in denen sie sich bilden können. Wir verbinden Bildung immer mit dem, was in der Schule passiert, was sich jemand anliest, wie er sich in Fachthemen einarbeitet. Aber Bildung ist so viel mehr und davon sind unsere Kinder zu einem guten Teil abgeschnitten. Sie können nicht in den Urlaub fahren mit der Familie, um Erfahrungen mit anderen Sprachen zu machen und zu lernen, wie man reist, wie man in anderen Städten und Ländern lebt. Aber auch wie es zum Beispiel ist, im Zug zu fahren und Fragen stellen zu können. Wir müssen also schauen, was sie von Bildung fernhält oder wodurch diese Distanz zu dem entsteht, was wir Bildung nennen. Wir haben zum Beispiel auch eine Reihe von Kindern, die aus Akademikerfamilien kommen, nur hier leben sie in Armut, da die Eltern ihren Beruf nicht ausüben können. Aber diese Eltern haben ein Bildungsbewusstsein und möchten, dass ihre Kinder eine gute Schulausbildung machen.

Wir haben, als wir mit der jahrgangsübergreifenden Arbeit anfangen, eine Elternbefragung durchgeführt. Da gab es unter anderem die Frage, welchen Schulabschluss haben die Eltern und welchen wünschen sie sich für ihr Kind? Die Eltern

haben durchweg registriert, ihr Kind soll und muss einen besseren Bildungsabschluss haben als sie selbst. Ihnen war zum großen Teil auch klar, dass ein Abschluss mit dem Abitur ausgesprochen wünschenswert wäre – bei manchen kein realistischer Wunsch, aber trotzdem war er im Wissen der Eltern da. Also, die Erfahrung mit den Kindern zeigt, dass sie mit der Bezeichnung ›Bildungsferne‹ nicht richtig beschrieben werden: Sie sind neugierig, sie möchten viel wissen und sie genießen jede zusätzliche Anregung am Nachmittag oder bei Exkursionen. Sie sind begeisterungsfähig und sehr dankbar – unsere Kinder sind ausgesprochen dankbar – und das sind Stärken, die wir nutzen können.

THOMAS SCHWARZER: Und das ist wieder für die Lehrer motivierend, wenn die Kinder begeistert sind?

MARESI LASSEK: Ja, da kriegen wir viel zurück von den Kindern und das hält wahrscheinlich auch viele Lehrerinnen lange in diesem Stadtteil.

THOMAS SCHWARZER: Noch einmal zurück zu den Rahmenbedingungen. Sie haben ja gesagt, ein Team hat damals angefangen mit dem altersübergreifenden Lernen. Aber es braucht ja auch die Unterstützung der Schulleitung. War das auch für die Schulleitung klar, diesen Weg zu gehen?

MARESI LASSEK: Das war klar. Es gab eine Abstimmung mit dem Elternbeirat und in der Gesamtkonferenz und die Abstimmung hat ergeben: Ja, wir verändern den Schulanfang. Die Abstimmung hat gleichzeitig auch die Konditionen klargemacht. Die Lehrerinnen und Lehrer, die das möchten, arbeiten in den neuen, jahrgangsübergreifenden Lerngruppen und die anderen, die arbeiten wie bisher in Klasse drei und vier weiter. Es war wichtig, dass keiner gezwungen wird.

Das hat aber auch mit sich gebracht, dass nach zwei Jahren im Kollegium zwei Teams bestanden. Das Team der Lerngruppen eins/zwei hatte viel Unterstützung durch die Schulleitung und auch durch die Bildungsbehörde. Wir konnten damals mit der jahrgangsübergreifenden Arbeit beginnen, weil zum selben Zeitpunkt die freie Kinderschule in das staatliche Bildungssystem übernommen wurde und gezeigt werden sollte, dass altersgemischte Arbeit auch an ›normalen‹ staatlichen Schulen möglich ist.

Der Wechsel in die jahrgangsübergreifende Organisation ist für die Klassen drei und vier sehr viel später (2004) beschlossen worden, also nach elf Jahren. Dieser Prozess hat richtig lange gedauert,

was von der Entwicklung im Kollegium abhängig war. Erst dann waren alle soweit, die Umsetzung für die dritten und vierten Klassen durchzuführen. Diese Entscheidung hat viel nach sich gezogen. Wir mussten zum Beispiel überlegen: Wie macht man eigentlich Englischunterricht jahrgangsübergreifend, wenn ein Teil der Kinder schon ein Jahr Englisch hatte und der andere nicht? Wegen des Schwimmunterrichts in jahrgangsübergreifender Organisation haben wir mit der Bädergesellschaft verhandelt. Die Schwimmmeister haben schnell festgestellt, dass es Vorteile hat, wenn Schwimmkompetenzen in einer Gruppe deutlich unterschiedlich sind.

Wichtig für unsere Schule waren und sind außerdem vereinbarte, für alle geltende zeitliche Rhythmen und Arbeitsstrukturen sowie Rituale und Regeln, weil das – wie soll ich sagen – das Klima in der Schule ausmacht. Für alle muss klar sein, die Regeln sind überall so und nicht nur in einer Lerngruppe. Alle Lehrerinnen achten darauf und nicht nur die eigene. Also eine vereinbarte Übereinstimmung in wesentlichen Fragen, die das Gemeinschaftsleben betreffen. Für die Kinder ist wichtig zu erleben, dass möglichst überall gleich gehandelt wird und dies auch den Jüngeren selbstverständlich vorgelebt wird.

THOMAS SCHWARZER: *Dennoch ist doch so ein neuer Weg am Anfang auch mit zusätzlichen Anstrengungen für all die Neuerungen verbunden. Wie ist das zu schaffen?*

MARESI LASSEK: Ja, der neue Weg brauchte eine Extraanstrengung. Wir hatten zum Glück von der Bildungsbehörde zusätzlich Stunden bekommen und konnten damit Kooperationen aufbauen. Jede Kollegin bekam eine Ermäßigung von einer Stunde, die verpflichtend in Teamarbeit eingebracht wurde. Alle konnten dadurch erleben und lernen, dass wir eine gemeinsame Idee haben, auch wenn wir an verschiedenen Stellen arbeitsteilig arbeiten. Nicht jede muss jede Sache bearbeiten, das fördert das Vertrauen, schafft Transparenz und entlastet. Die Entlastung wirkte auch auf die Außendarstellung. Wenn man einen neuen Weg geht, ist das Umfeld ja sehr kritisch und man wird besucht und befragt. Da war es einfach wichtig, dass wir als Team auftreten konnten, auch den Eltern gegenüber. Für die Eltern war damals ja auch alles total neu, heute ist das jahrgangsübergreifende Lernen selbstverständlich. Die Unterstützung am Anfang ist wesentlich, damit die Anfangsinvestitionen

nicht nur auf den Schultern der einzelnen Kolleginnen liegen. Es ist wichtig, auch diese Infrastrukturen zu schaffen.

Hilfreich für den Pfälzer Weg war zum damaligen Zeitpunkt die Bremer Schulbegleitforschung. Über fünf Jahre wurde die jahrgangsübergreifende Arbeit im Rahmen der Bremer Schulbegleitforschung evaluiert. Das erfolgte gemeinsam mit Frau Prof. Dr. Milhoffer von der Uni Bremen und mit der Unterstützung des Landesinstituts für Schule. Diese Zusammenarbeit schulte den Außenblick, ermöglichte die eine oder andere Fortbildung und half über Zweifel hinweg.

THOMAS SCHWARZER: *Und die gibt es nicht mehr, die Bremer Schulbegleitforschung?*

MARESI LASSEK: Die Bremer Schulbegleitforschung ist 2007 verändert worden. Bis dahin konnten Schulen – auch mehrere Schulen gemeinsam – ein Projekt beantragen. Bei positivem Resultat kam man in den Zirkel der forschenden Schulen. Die Basis war immer Handlungsforschung. 2007, mit der neuen Bildungssenatorin Frau Jürgens-Pieper wurde das Konzept verändert. Es wurden fünf thematische Schwerpunkte festgelegt, für die sich Schulen bewerben konnten. Die Projekte waren grundsätzlich als Netzwerke angelegt. Wir waren an den Themen ›Übergänge‹ und ›Migration‹ beteiligt. Aber nicht nur unsere Schule, sondern der gesamte Schulbezirk Osterholz. Es war aber schon ein veränderter Ansatz, weniger Ressourcen gingen in die Schulen und mehr in das Begleitkonzept der Universität. Vor zwei Jahren wurde die Schulbegleitforschung leider abgeschafft, ein bedauerlicher Schritt.



Viele Sprachen – mehrsprachiges Lernen

THOMAS SCHWARZER: Es gibt ja den Standpunkt, gerade in Schulen mit so vielen internationalen Kindern, unbedingt pädagogische Kräfte mit einer Migrationsgeschichte einzustellen, die auch noch andere Sprachen sprechen. Suchen Sie aktiv nach solchen mehrsprachigen Kolleginnen und Kollegen?

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Wir haben immer schon eine türkische Kollegin und einen kurdischen Kollegen gehabt, wir hatten durch den muttersprachlichen Unterricht einen polnischen Kollegen und bei den pädagogischen Betreuern hatten wir eine Perserin über viele Jahre. Wir haben eine Russisch sprechende Sekretärin und jetzt, relativ neu, auch eine Russisch sprechende Lehrerin. Das ist einfach praktisch, wenn man Eltern vor sich hat, die wenig verstehen, dass man jemanden zur Verfügung hat, der helfen kann.

MARESI LASSEK: Unsere Verwaltungskraft ist sehr hilfreich, weil wir einen relativ hohen Anteil von Kindern aus Russland haben. Schon bei der Schulanmeldung, wenn Eltern merken, ich kann das in meiner Muttersprache regeln, werden formale Angelegenheiten sehr erleichtert.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Ich sage mal, bei den Grundschullehrern gab es bisher nicht viele Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund. Das ändert sich jetzt. Also bei den Studenten, die bei uns ins Praktikum kommen, ist der Anteil schon deutlich höher, bei den Referendaren geht es auch los und setzt sich bei den Kolleginnen und Kollegen fort.

MARESI LASSEK: Ja, es ist hilfreich, aber wir können natürlich nie alles abbilden, was an Sprachen von den Familien mitgebracht wird. Aber für die Hauptgruppen ist es sehr entlastend, wenn jemand die Sprache spricht, zum Beispiel für Übersetzungen bei Elterngesprächen.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Es hat auch eine Vorbildfunktion. Wir sehen das bei einem Arabisch sprechenden Physiklehrer hier in der Nachbarschule ›Koblenzer Straße‹. Besonders die Jungs nehmen das sehr positiv wahr, wenn es einen Lehrer aus ihrem ›Sprachraum‹ gibt.

THOMAS SCHWARZER: Gut, bleiben wir noch bei den Sprachen. In vielen Schulen wird gesagt, es ist notwendig, auf jeden Fall gut Deutsch zu lernen. Aber es gibt gleichzeitig die Forderung, auch die Herkunftssprache anzuer-

kennen und zu fördern. In Ihrem Bewerbungspapier zum Deutschen Schulpreis habe ich gesehen, dass Sie einen ›Dreischritt‹ praktizieren: Wichtig ist Deutsch, dann Englisch ab der dritten Schulklasse und gleichzeitig soll die Herkunftssprache aufgewertet werden. Wie genau sieht das im Schulalltag aus?

MARESI LASSEK: Wir haben zum Beispiel eine sehr engagierte türkische Pädagogin. Sie hat das Prinzip der Alphabetisierung im Fach Deutsch auf den türkischen Muttersprachenunterricht übertragen und arbeitet bei der Alphabetisierung in der türkischen Sprache sozusagen parallel zum Deutschunterricht. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die türkischen Kinder zu denen gehören, die am schnellsten lesen lernen. Sie bekommen das Prinzip in ihrer Muttersprache vermittelt und lernen alles praktisch zweimal. Durch die zusätzliche Praxis in der Muttersprache verstehen die Kinder den Prozess besser. Die Erfahrung spricht ganz klar für den Muttersprachenunterricht.

Aber wir müssen differenziert hingucken. Wir sagen nicht zu Eltern, sprecht Zuhause Deutsch und nicht mehr Türkisch. Es ist sehr wichtig, die Herkunftssprache gut zu sprechen, denn darin bilden Kinder Sprachstrukturen aus und können diese dann als Kompetenz auf andere Sprachen übertragen. Nach unseren Erfahrungen lernen Kinder, die ihre Muttersprache gut sprechen, auch besser die deutsche Sprache.

Aber dieses Sprachvermögen in der Muttersprache ist nicht bei allen Kindern vorhanden, darauf können wir nicht bauen. Wir stehen im Alltag vor der Frage, wie auch diese Kinder am besten Deutsch lernen können.

Für uns lag von jeher der entscheidende Ansatz zum Lernen (also auch zum Deutschlernen) in der Schul- und in der Unterrichtsorganisation mit dem Ansatz, Sprache zu lernen durch viel sprechen. Unser Konzept ist so angelegt, dass wir den Kindern möglichst viele Gelegenheiten zum Sprechen geben, und zwar beim Arbeiten, beim Üben, in freien Phasen und so weiter. Der Schwerpunkt liegt nicht auf Kleingruppenarbeit mit Wortschatz- und grammatikalischen Übungen, sondern auf dem Gesamtunterricht. Die Pause ist natürlich klassisch, dort dürfen unsere Kinder unbedingt ihre Muttersprache sprechen, also wir sagen hier nicht ...

THOMAS SCHWARZER: ... auf dem Schulhof ist nur Deutsch erlaubt.

Die Devise lautet, jeder Unterricht ist auch Sprachunterricht und das muss überall indirekt mitgedacht werden.

MARESI LASSEK: Das war mal ein Diskussionspunkt in den Medien, aber dieser Ansatz funktioniert nicht. Kleine Kinder müssen Gefühle und abstrakte Dinge in der Muttersprache ausdrücken können, das können sie nicht in der Fremdsprache. Es muss im Unterricht viele Möglichkeiten geben zum Sprechen, auch inhaltvolle Möglichkeiten und dafür ist ein rhythmisierter Schultag sehr hilfreich, mit Phasen, in denen die Kinder miteinander sprechen, wie sie wollen und können. Auch in den Arbeitsphasen, wenn die Kinder miteinander über ihre Arbeit sprechen und sich gegenseitig helfen, bewusste Absprachen treffen oder etwas präsentieren. Also, immer wenn das Sprechen miteinander eine wichtige Rolle spielt, sollen sie es tun können. Im Zentrum des Unterrichts steht bei uns nicht das Gespräch zwischen der Lehrerin hier und dem Kind dort, sondern das Gespräch der Kinder miteinander. Schon im Morgenkreis spricht nicht ein Kind zur Lehrerin, sondern die Kinder sprechen miteinander. So hat zum Beispiel die Morgenkreisleitung immer ein Kind, wodurch zentrierte Gespräche einen anderen Rahmen erhalten.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Auch im Sachunterricht, in Mathematik und so weiter können Fachbegriffe und andere neue Worte gelernt werden.

MARESI LASSEK: Also, die Devise lautet, jeder Unterricht ist auch Sprachunterricht und das muss überall indirekt mitgedacht werden: Welche neuen Begriffe sind in diesem Projekt wichtig, was müssen die Kinder lernen und wie bringe ich ihnen das ›über‹. Selbst bei jeder Knobelaufgabe muss man erst mal gucken, welche Begriffe kennen die Kinder und welche nicht.

THOMAS SCHWARZER: Das habe ich noch nicht ganz genau verstanden. Wenn die Kinder in der ersten Klasse eingeschult werden, läuft der Unterricht in Deutsch – immer –, aber es gibt für die türkischen, kurdischen, russischen oder arabischen Kinder am Nachmittag zusätzlich muttersprachlichen Unterricht?

MARESI LASSEK: Wenn die Kinder nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ist muttersprachlicher Unterricht Pflicht. Wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben, können die Eltern über die Teilnahme entscheiden. Wir empfehlen immer auch den muttersprachlichen Unterricht, aber es gibt Eltern, die sagen: ›Nein, mein Kind soll Deutsch lernen.‹ Es ist bei einem Teil der zugewanderten Eltern nicht verankert, dass es für ihre Kinder wichtig und hilfreich ist, auch die Mutter-

sprache zu festigen und schreiben zu lernen. Wir leisten dann Beratungsarbeit und häufig nehmen die Eltern den Rat auch an.

THOMAS SCHWARZER: Angenommen, eine deutsche Familie mit einer türkischen Migrationsgeschichte kommt zu ihnen und sagt, wir wollen, um den Kontakt in unsere Heimat pflegen zu können, dass unser Kind zusätzlich muttersprachlichen Unterricht bekommt, ist das möglich?

MARESI LASSEK: Ja, das unterstützen wir. Es gibt manchmal auch den Wunsch von deutschen Eltern, die wollen, dass ihr Kind am türkischen Unterricht teilnehmen kann. Das funktioniert nicht, denn es ist ein Muttersprachenunterricht.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Es gibt inzwischen auch türkische Familien, die überlegen, wieder zurück in die Türkei zu gehen, um sich dort eine Existenz aufzubauen und die wollen den türkischen muttersprachlichen Unterricht ganz dringend.

MARESI LASSEK: Ja und es gibt Umsiedler aus Russland, die sich früher als zugewanderte Deutsche von der russischen Sprache distanzieren haben, die aber jetzt russischen muttersprachlichen Unterricht wünschen. Denen ist klar, was für ein Pfund diese Zweisprachigkeit für die Zukunft ist. Aber leider können wir das bisher nicht finanzieren, da gibt es keine Möglichkeit.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben, haben sie keinen Anspruch darauf.

THOMAS SCHWARZER: Habe ich das richtig verstanden? Die Zuteilung von Stunden für den muttersprachlichen Unterricht ist an die Migrationsgeschichte gekoppelt?

MARESI LASSEK: Ja, es wird nach dem Migrationshintergrund entschieden, nicht nach der Staatsbürgerschaft. Die Schulbehörde filtert ganz genau heraus, wie viele Kinder das sind.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Und viele kurdische Kinder haben die türkische Staatsangehörigkeit, dann muss das erst mal diskutiert und ausgehandelt werden.

MARESI LASSEK: In solchen Fällen diskutieren auch unsere beiden Lehrkräfte: Das Kind gehört zu mir – nein, das gehört zu mir. Ist so, da muss ich manchmal schlichten.

THOMAS SCHWARZER: Beim Thema Sprache möchte ich gerne noch nach der Zusammenarbeit mit der Kita fragen. Wie ist das bei Ihnen, wenn Kinder etwa zwei Jahre den Kindergarten besucht haben, haben sie dann die erforderlichen sprachlichen Grundlagen für die Grundschulzeit?

Oder könnte in der Kita-Zeit mehr Sprach- und Lernförderung erfolgen?

MARESI LASSEK: Das lässt sich nicht pauschal beurteilen, denn wir haben in Bremen städtische Kitas, wir haben Kitas in freier Trägerschaft, von der evangelischen und der katholischen Kirche und auch Elternvereine und alle haben unterschiedliche Konzepte. Was wir nicht mehr haben, sind totale Sprachanfänger, die gab es früher, Kinder, die unter Umständen ein Jahr lang nichts gesagt haben. Sie hatten vielleicht einen Freund, der ihnen am Anfang alles übersetzt hat, später haben sie irgendwann Alltagsabläufe verstanden, aber immer noch nicht gesprochen. Also, solche Situationen haben wir nicht mehr. Sicher sagt man, das Sprachvermögen könnte besser sein, der Wunsch besteht schon, aber wir wissen, mit welcher geringen Sprachkenntnissen manche Kinder in die Kita kommen.

THOMAS SCHWARZER: Wo sprechen Sie denn über solche Wünsche, gibt es einen Austausch mit den Kindertagesstätten, einen Arbeitskreis oder Ähnliches?

MARESI LASSEK: Das ist zwischen den Ressorts Bildung und Soziales nicht so einfach, da gibt es eine hohe Empfindlichkeit, auch durch den Eindruck, hier wird etwas Top down entschieden.

THOMAS SCHWARZER: Nach dem Motto, jetzt kommen wieder die Lehrerinnen und Lehrer und wollen uns Vorschriften machen?

MARESI LASSEK: Ja, die wissen es immer besser und wir müssen doch schon in die Schule, um diesen Cito-Test dort durchzuführen.

THOMAS SCHWARZER: Aber diese wichtigen Fragen müssten im Grunde genommen doch in der Form eines kooperativen und konstruktiven Austausches möglich sein.

MARESI LASSEK: Die Situation ist sperrig. Wir haben im Rahmen unserer jahrgangsübergreifenden Arbeit einen runden Tisch Kita/Schule und selbst da sind bestimmte Anliegen hochsensibel. Das gilt auch für allgemein formulierte Themen. Wenn es zum Beispiel um das Schreiben von Buchstaben geht und Lehrerinnen sagen, es sei überhaupt nicht ihr Wunsch, dass die Kinder auf das Schreiben vorbereitet werden. Solches wird schnell als Einmischung empfunden.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Dabei können wir die Position der Kita-Kolleginnen sehr gut nachvollziehen. Unsere eigenen Kolleginnen haben genau diese Sensibilitäten auch gegenüber den weiterführenden Schulen gehabt. Das ist bei uns ein we-

nig aufgebrochen worden, weil wir gemeinsam an den »Übergängen« arbeiten. Aber es kommt nicht gut an, wenn zum Beispiel einer sagt: »Ich wünsche mir, Ihr würdet mit den Kindern besser das kleine Einmaleins lernen«, und wir wissen, wir pauken zwei Jahre lang Einmaleins und nach den sechs Wochen Sommerferien kommen die Kinder in die Schule und wissen nicht mehr, wie es geht. Das überträgt man und denkt, ja, das ist genau die gleiche Situation wie für die Kita-Erzieherinnen, die auch die ganze Zeit versuchen, ihr Bestes zu geben.

MARESI LASSEK: Das Bremer Problem ist, als der Bildungsplan für den Elementarbereich verfasst wurde, wurde zeitgleich der Rahmenplan für die Grundschulen gemacht.

THOMAS SCHWARZER: Und das ist damals nicht zusammengebracht worden?

MARESI LASSEK: Ja, das ist unglaublich. Es gibt viele Appelle: Macht mal! Aber wenn die mittlere Ebene in den senatorischen Behörden Kooperation nicht effektiv geregelt bekommt, wie soll es dann in den vielen Einrichtungen funktionieren, zumal die Trägerschaften im Elementarbereich ja sehr unterschiedlich sind, auch das muss bedacht werden. Aber wenn Rahmenpläne geschrieben werden, also Bildungspläne, dann sind diese für alle verbindlich – und die Chance hat Bremen so was von verpasst.

Lassen Sie uns abschließend noch Ihre Frage nach dem Englischunterricht klären. In Bremen haben alle Grundschülerinnen und -schüler ab der dritten Klasse Englisch. Vor der Einführung in den 1990er-Jahren wurde Englischunterricht in Pilot-schulen erprobt. Der Pfälzer Weg gehörte dazu. Wir vermuteten, den Beweis antreten zu können, dass das Englischlernen für Kinder, die in ihrer ersten Fremdsprache alphabetisiert werden, in der Grundschule eine viel zu hohe Anforderung ist. Wir wurden eines Besseren belehrt. Die Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache ließen sich mutig auf den Englischunterricht ein. Sie hatten hier dieselbe Ausgangslage wie deutschsprachige Kinder und waren also auf gleicher Augenhöhe. Der zweite Pluspunkt ergab sich aus der Tatsache, dass viele der Kinder mit anderer Muttersprache durch das Erlernen der Fremdsprache Deutsch ein differenziertes Sprachgefühl entwickelt hatten, sowohl für Aussprache als auch in der Fähigkeit, Wörter zu speichern. Unsere Skepsis wurde den Kindern nicht gerecht.

Der schwierige Weg von der Halbtagschule mit Hort zu einer Ganztagschule

THOMAS SCHWARZER: Zu einem Thema wollte ich auf jeden Fall noch kommen. Ich habe gesehen, dass Sie nach den vielen Jahren der Schulentwicklung Öffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr haben.

MARESI LASSEK: Ja, aber in Kooperation mit dem Hort. Wir sind noch Halbtagschule, haben aber in der Schule den Hort für 60 Kinder bis 17 Uhr. Und wir haben eine Betreuungseinrichtung für 40 Kinder, die bis 15 Uhr geht. In beiden Einrichtungen zusammen sind also 100 Kinder am Nachmittag versorgt. Da bekommen die Kinder auch Mittagessen, Hausaufgabenhilfe und pädagogische Angebote. 2013 wollen wir Ganztagschule werden.

THOMAS SCHWARZER: Ist die Nachfrage nach ganztägiger Betreuung hier so groß? Die offiziellen Zahlen zeigen ja, dass Familien mit einer Migrationsgeschichte ihre Kinder nicht so früh und nicht so häufig für den Ganztags anmelden.

MARESI LASSEK: Doch, die Nachfrage ist groß und es gibt lange Wartelisten, alle Kinder brauchen den ganzen Tag. Bisher haben wir uns aber gescheut, in den Ganztagsbetrieb einzusteigen, weil wir wissen, das bedeutet das Aus für unseren Hort. Wir haben eine gute Kooperation mit dem St. Petri Hort und von daher war das für uns bis zum vorletzten Jahr nicht denkbar. Angesichts der Platzknappheit hier haben wir aber das Gespräch gesucht und jetzt eine enge Kooperation mit St. Petri in der Frage der Entwicklung des Ganztags. Wir hoffen, einen Weg zu finden, über den die personelle Struktur auch im Ganztags erhalten bleiben kann – aber dann für mehr Kinder.

THOMAS SCHWARZER: Auch an anderen Bremer Schulen heisst es, das Hortkonzept sei pädagogisch sehr gut und wenn der Hort wegfällt, gäbe es eine Verschlechterung am Nachmittag. Deshalb waren Sie auch erst mal reserviert?

MARESI LASSEK: Ja, die Ganztagsausstattung ist bisher deutlich schlechter als die Hortausstattung. Wir hätten – davon war auszugehen – die gleiche Anzahl von Mitarbeitern gehabt, aber statt für 100 Kinder auf 180 Kinder verteilt. Das war für uns schon ein Grund zu sagen, wir geben etwas Gutes auf und nehmen zusätzlich den Wegfall der Ferienbetreuung in Kauf, wenn kein Hort gewährleistet ist. Jetzt haben sich aber die Bedingungen in

Bremen ein bisschen für den gebundenen Ganztags geändert. Zusätzlich kam aus dem Stadtteil das deutliche Signal, was ihr macht, das ist zu wenig.

THOMAS SCHWARZER: Und wird es dann von den Lehrerstunden hinreichend sein?

MARESI LASSEK: Seit diesem Jahr erfährt das Konzept des »offenen Ganztags« in Bremen plötzlich viel Zustimmung. So viel, dass Schulen im offenen Ganztags eine sehr viel bessere Lehrerausstattung zugesagt bekommen haben (für jede Gruppe acht Lehrerstunden zusätzlich) als gebundene Ganztags-schulen. Bei den gebundenen Ganztags-schulen bekam bisher jede Gruppe lediglich zwei Lehrerstunden zusätzlich. Diese Ungleichbehandlung ist offensichtlich geworden und nun sollen gebundene Ganztags-schulen in sogenannter »Brennpunkt-lage« Schritt für Schritt in diese Acht-Stunden-Ausstattung eingebunden werden.

THOMAS SCHWARZER: Und diese Ausstattung ist gut oder hinreichend?

MARESI LASSEK: Wir können es ja nicht aus eigener Erfahrung beurteilen. Aber es ist auf alle Fälle eine deutliche Verbesserung. Wir gehen davon aus, weil wir in der Sozialindikatorenliste ganz oben stehen, dass wir die acht Stunden bekommen werden und hoffen, damit ganz gut hinzukommen.

Aber noch mal zum Frühdienst, weil Sie sieben Uhr sagten, wir fangen kurz nach sieben Uhr an mit einem Frühstücksangebot. Das machen Mütter.

THOMAS SCHWARZER: Das heißt, jedes Kind startet auf jeden Fall mit einem Frühstück?

MARESI LASSEK: Ja, es muss aber angemeldet sein. Die Kinder können nicht heute kommen und morgen nicht, es gibt eine Verbindlichkeit. Insgesamt haben wir um die 20 Kinder, die am Frühstück teilnehmen. Das ist eine richtig große Gruppe und viel mehr ginge auch mit unserer Ausstattung nicht, denn das Frühstück finanzieren wir selbst, dafür gibt es keine Ressourcen aus dem Bildungshaushalt. Alle Lebensmittel und eine ganz geringe Aufwandsentschädigung für die Mütter müssen wir über Sponsorengelder finanzieren und Sponsoren finden wir hier nicht so leicht.

THOMAS SCHWARZER: Weil es nicht genug finanzkräftige Geschäftsleute gibt?

MARESI LASSEK: Auch das, aber Sponsoren kommen selten an Schulen wie unsere und sagen, wir möchten etwas Gutes tun. Sponsoring wird ja ganz anders wahrgenommen, wenn das Engagement in einem »respektablen Umfeld« geschieht.

THOMAS SCHWARZER: In einigen Schulen arbeiten heute ja nicht allein ›Lehrerinnen und Lehrer‹, sondern es gibt einen sogenannten Personal-Mix, auch mit Sozialarbeiterinnen/-arbeitern, Kita-Betreuerinnen/-betreuern oder Schulpsychologinnen/-psychologen. Wie ist das bei Ihnen, haben Sie solche speziell ausgebildeten Kräfte?

MARESI LASSEK: Wir haben bis dato immer eine Sozialpädagogin im Anerkennungs-jahr gehabt und das war wunderbar, sowohl für deren Ausbildung als auch für uns. Leider wurde diese Regelung durch das Amt für Aus- und Fortbildung (bei der Sozialsenatorin) gecancelt. Grundschulen bekommen keine Anerkennungspraktikanten mehr. Wir hier haben jetzt über das Bildungspaket der Bundesregierung, das die Bremer Bildungs-senatorin für das Projekt Schulsozialarbeit einsetzt, einen guten Ansatz. Doch leider müssen wir uns eine Sozialarbeiterin mit der Oberschule Koblenzer Straße teilen. Die Sozialarbeiterin ist lediglich an zwei Tagen in der Woche an unserem Standort und das ist viel zu wenig. Wir brauchen eine eigene Sozialarbeiterin und die Schule Koblenzer Straße ebenfalls, denn gerade bei Kindern mit einem sehr schwierigen familiären Hintergrund merken wir, wie entlastend die Unterstützung für die Lehrkräfte ist. Die Sozialarbeiterin baut Kontakt zu Kindern auf, macht zum Beispiel Elterngespräche oder schaltet eine Beratungsstelle ein. Der Anteil solcher Aufgaben ist bei uns hoch, das können sich Lehrkräfte an anderen Schulen nicht unbedingt vorstellen. Für den Austausch mit Horterzieherinnen, mit Familienhelferinnen und Eltern gehen viele Stunden weg. Die Sozialarbeiterinnen/-arbeiter sind dafür ja auch ausgebildet und die meisten Lehrerinnen und Lehrer eher nicht.

Elternarbeit

THOMAS SCHWARZER: In vielen Bremer Schulen und auch bei ›Lernen vor Ort‹ wird derzeit das Thema ›Elternarbeit‹ diskutiert. Wie sind Ihre Erfahrungen? Was heißt hier in dieser Schule Elternarbeit und was machen Sie konkret?

MARESI LASSEK: Wir haben irgendwann für uns zur Kenntnis genommen, dass wir uns auf die Kinder konzentrieren müssen. Wir müssen die Kinder starkmachen im Sinne von Resilienz entwickeln. In der Zeit, in der sie in der Schule sind, müssen wir ihnen an vielen Stellen eine Alternative zu ihrem Elternhaus bieten und ihnen zeigen, wie die Welt auch sein kann. Wir haben nicht auf alles Einfluss. Aber wir haben die Möglichkeit, die Kinder hier vor Ort zu stärken, ihnen Alternativen zu zeigen und sie diese auch erleben zu lassen. Das wirkt nachhaltig. Darauf konzentrieren wir uns.

Aber nichtsdestotrotz haben die Eltern einen wichtigen Stellenwert hier in der Schule und wir versuchen gezielt, Elternarbeit zu intensivieren. Mit einem speziellen Projekt gehen wir einen neuen Weg, weil wir die Erfahrung gemacht haben, mit Gremienarbeit erreichen wir zu wenige Eltern. Zwar kommt ein Teil zu Elternabenden, aber diese werden als Austauschgremium zu wenig wahrgenommen. Gut hingegen wirken Elterngespräche.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Wir haben uns sehr dahintergeklemt, dass zweimal im Jahr Elterngespräche stattfinden, zu denen die Eltern auch kommen. Anfangs, wenn sie nicht kamen, gab es noch eine Einladung und notfalls sind wir zu den Eltern nach Hause gegangen und die Eltern wissen mit der Zeit, dass es so läuft und das spricht sich rum. **THOMAS SCHWARZER:** Dass es einfach dazugehört?

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Ja, dass die Schule das einfordert und dass es auch gut funktioniert.

MARESI LASSEK: Außerdem haben wir ein spezielles Projekt, das wir aber leider nur für einige Kinder und ihre Eltern – also reduziert – anbieten können. Wir schaffen es, das Angebot parallel für zwei Lerngruppen finanziell zu unterstützen. Es gibt dabei achtmal im Jahr ein Treffen für einen Nachmittag mit den Eltern, deren Kindern, mit Geschwistern, den Lehrerinnen und einem Mitarbeiter von unserem Hort. Die Organisation ist so, dass die Eltern gemeinsam etwas tun, die Kinder ebenso und am Ende treffen sich Eltern und Kinder und machen in der großen Gruppe etwas gemeinsam. In der

Regel bereiten die Kinder diese Treffen mit den Eltern ein bisschen vor. Sie studieren ein Spiel, ein Lied oder einen kleinen Sketch ein oder machen Obstsalat und essen dann mit den Eltern.

Durch dieses Projekt durchlaufen die Eltern, gestaltet durch eine Sozialpädagogin/einen Sozialpädagogen aus dem Hort und die Lehrkraft einen gemeinsamen Prozess. In der ersten Phase lernen sie sich kennen, auch die verschiedenen Kulturen. Es wird geschaut, woher kommen die einzelnen Eltern (auf einer Weltkarte, aus welchem Land, wo ist das und es wird darüber gesprochen)? Was ist dort zum Beispiel das Liebessessen, welche Spiele spielen die Kinder, wie wohnt man dort, welche Erziehungsregeln gibt es, wie sieht Schule dort aus? Die deutsche Lehrkraft trägt Informationen zur Schule in Deutschland bei, auf die gleiche Art und auf gleicher Augenhöhe. In der nächsten Phase nimmt sich die Elterngruppe selbstgewählte Themen vor unter den Fragestellungen: Was ist uns wichtig? Worüber wollen wir mehr wissen? Worüber wollen wir uns austauschen? Es werden verschiedene Themen gewünscht: wie Ernährung, Erste Hilfe, wie viel Fernsehen guckt mein Kind? Wie kann ich ein Kind auch mal strafen, ohne es gleich zu schlagen? Oder wie sind Grenzen zu setzen? Als weiterer Teil gehört dazu, mehr von Bremen zu erfahren. Welche interessanten Orte gibt es hier in Bremen, wo kann man mit der Familie hingehen/hinfahren, ohne dass es viel Geld kostet, zum Beispiel in den Bürgerpark? Die Gruppe fährt dann auch wirklich dorthin und macht gemeinsam ein Picknick oder einen Spielesnachmittag. Oder es gibt eine Fahrt mit der Bahn nach Vegesack beziehungsweise nach Bremerhaven oder auch mit der Sielwall-Fähre in Verbindung mit einem Besuch in der ›Wildnis‹ (Abenteuerspielplatz) zum Spielen mit den Kindern. Wir zeigen einfach diese Orte, auch den Uni-See, das Schlittschuhstadion und so weiter. Unsere Kinder und ihre Eltern kommen nicht so oft aus Tenever raus, denn alles kostet zusätzlich Fahrgeld.

THOMAS SCHWARZER: Und das war ja vorher noch schwieriger, als noch gar nicht die Straßenbahn bis hierher ging, das ist ja ein weiter und umständlicher Weg bis in die Stadt rein.

MARESI LASSEK: Ja, die Anbindung ist jetzt sehr viel besser. In dem Projekt geht es uns darum, den Eltern zu zeigen, ihr könnt dahin, ihr könnt euch das auch mal leisten und ihr werdet da auch nicht

schief angesehen. Man kann in das Übersee-Museum gehen, zeigt die blaue Karte und muss keinen Eintritt bezahlen. Das muss man direkt erleben, es ist keine Schande, man blamiert sich nicht. Diese Erfahrungen mit den Eltern gemeinsam zu machen, ist ausgesprochen wichtig. Die Eltern, die an diesem Prozess teilnehmen, beteiligen sich in der Regel dann häufiger an den Elternabenden und kümmern sich mehr um die Belange der Kinder. Zum Beispiel sorgen sie beim Fahrradführerschein dafür, dass die Kinder auch einen Helm haben und tragen, dass das Fahrrad funktionstüchtig ist. Das Kind wird auch besser angehalten, auf seine Schulmaterialien zu achten.

Öffnung zum Stadtteil

THOMAS SCHWARZER: Viele Schulen öffnen sich in solchen Veränderungsprozessen auch stärker ›zum Stadtteil‹, also zu Sportvereinen oder Musikschulen. Ist das für Sie viel zusätzlicher Aufwand für solche Kooperationen oder ist das eher eine Entlastung?

MARESI LASSEK: Beides. Also, ›der Stadtteil‹ ist da sehr konsequent. Wer Joachim Baloschky und seinen Nachfolger Jörg Hermening kennt, weiß, niemand kommt hier ungeschoren durch. Jede Einrichtung muss sich im Stadtteil zeigen, sonst gibt es zum Beispiel auch keine Mittel aus dem WiN-Förderprogramm. Der regelmäßige Besuch der Stadtteilgruppensitzungen ist sozusagen Pflicht. Dieses Netzwerk ist sehr hilfreich, weil schon der Austausch von Nutzen ist. Hier kann keine Institution isoliert existieren. Wir arbeiten auch mit dem Sportverein zusammen, auch wenn nicht viele Kinder von uns Mitglied sind. Das ist schlicht eine Kosten- und Wegefrage. Einzelne Angebote des Sportvereins finden daher in unserer Sporthalle statt.

BEATRIX HARNISCH-SOLLER: Wir haben hier außerdem an vier Tagen die Woche den Kurs ›Mama lernt Deutsch‹, was ja praktisch ein Angebot für den Stadtteil ist, und die Kurse sind voll. Das ist auch für die Kinder wichtig, weil sie stolz sagen, meine Mama geht jetzt auch in die Schule. Oder die Mütter, die das Frühstück zubereiten. Da heißt es, meine Mama hat Arbeit und die arbeitet in der Schule, das ist richtig eine Pestfrage. Von solchen Stellen könnten wir noch viel mehr gebrauchen.

THOMAS SCHWARZER: Als Vorsitzende im deutschen Grundschulverband kriegen Sie viel mit, auch wie sich die Grundschulen in anderen Bundesländern entwickeln. Wie schätzen Sie die Situation in Bremen ein?

MARESI LASSEK: Eine Aussage dazu ist ganz schwer, denn im Grunde ist kein Bundesland mit dem anderen zu vergleichen. In jedem Bundesland herrschen andere Rahmenbedingungen und jedes ›strickt‹ sich seine eigene Schulstruktur. Bei der Schulpreisverleihung in Berlin habe ich mit einem Schulexperten aus Baden-Württemberg gesprochen, der in Bremen am Schulinspektionsprojekt beteiligt war. Er hat gesagt, ihm sei durch seine mehrjährige Arbeit in Bremen klar geworden, dass das Problem von Bremen die Armut ist und nicht das Versagen von Schulen. Es gibt hier gute strukturelle Ansätze, auch viele gute Schulen. Aber das Problem der Armut, sowohl die von Teilen der Bevölkerung als auch die Überschuldung unseres Bundeslandes, führt zu besonderen Schwierigkeiten.

Schwierig in Bremen ist auch, dass es in der Vergangenheit häufiger Veränderungen im Schulsystem als in anderen Bundesländern gab. Es mangelte an Ruhe und Kontinuität. Jetzt, durch den Schulkonsens zwischen den Parteien könnte zumindest eine Linie für zehn Jahre entstehen und wir können uns dran abarbeiten. Es wird zwar immer wieder versucht, diesen Konsens an vielen Stellen zu umgehen, aber er gibt zumindest ein Stückchen Sicherheit.

Allerdings hat sich Bremen mit der Inklusion vielleicht zu viel vorgenommen und muss sehen, was von dem Anspruch zu realisieren ist. Dabei zeigen die finanziellen Möglichkeiten deutliche Grenzen auf. Trotzdem kann man festhalten, dass Bremen gerade in den Grundschulen im inklusiven Ansatz sehr weit ist. Die Bremer Grundschulen waren in den vergangenen Jahren die Einzigen in der Republik, die konsequent integrativ gearbeitet haben, kein anderes Bundesland hat das gemacht.

THOMAS SCHWARZER: Tja, die Erfolge ... Viele Politikerinnen und Politiker wollen heutzutage ja lediglich dann zusätzliches Geld für Programme vorsehen, wenn es absehbare, positive Wirkungen gibt. Lernen die Schülerinnen und Schüler hier, in dieser ›ausgezeichneten‹ Schule nachweislich erfolgreicher?

MARESI LASSEK: Diese Frage lässt sich verständlicherweise schwer durch Fakten belegen, es gibt Beobachtungen und Rückmeldungen der aufnehmenden Schulstufe. Eine davon ist, dass wir mehr

Kinder mit gutem Lernstandard an die weiterführende Schule (Koblenzer Straße) abgeben, als es das Wohnumfeld erwarten lässt. Die Lehrerinnen und Lehrer aus dieser Schule berichten immer wieder von Kindern, die dann ab der siebten Klasse durchstarten. Ursächlich dafür scheint zu sein, dass die Zweisprachigkeit in den ersten Schuljahren den Kindern eine sehr hohe Anstrengung abverlangt. Wenn sie sich sprachlich gefestigt haben, werden Ressourcen für das Lernen und Lerninhalte frei. Zu den Rückmeldungen gehört auch, dass die Schülerinnen und Schüler durch ein konstruktives Sozial- und Arbeitsverhalten auffallen.

Erfreulich ist weiterhin, dass viele Romafamilien, deren Kinder unsere Schule besuchen, die Schulbildung ihrer Kinder sehr ernst nehmen. Einzelne Romakinder gehören zu denjenigen, die einen gymnasialen Bildungsweg schaffen.

Wir und andere Schulen in ähnlicher Lage müssen noch viel mehr nach außen tragen, dass die Kinder, mit denen wir arbeiten, einfach viel Kraft und mehr Zeit brauchen, um sich in der deutschen Sprache und in der deutschen Gesellschaft sicher zu fühlen. Die Grundbildung ist nicht mit der Grundschule abgeschlossen. Wir dürfen nicht schon nach der vierten Klasse prognostizieren, dass bestimmte Ziele wohl nicht erreicht werden können. Wir müssen diesen Kindern Zeit und Zuversicht geben, um ihre Möglichkeiten zu entwickeln. Aus dieser Perspektive ist die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre für unsere Kinder völlig widersinnig.

THOMAS SCHWARZER: Aber um das stärker nach ›außen‹ zu tragen, kann der Deutsche Schulpreis auch dazu beitragen.

MARESI LASSEK: Eine Reihe von Gratulationen beinhaltet genau dies, nämlich, wie wichtig die Anerkennung für unseren Stadtteil ist.



Der Deutsche Schulpreis

Mit dem Deutschen Schulpreis werden jährlich sechs Schulen ausgezeichnet. Die beste Schule des Jahres erhält einen Schulpreis in Höhe von 100.000 Euro, vier weitere Schulen erhalten Preise in Höhe von jeweils 25.000 Euro. Zusätzlich wird der ›Preis der Jury‹ verliehen, der ebenfalls mit 25.000 Euro dotiert ist. Es gibt sechs Leistungskategorien, die abgefordert werden und in denen sich die Schule im ersten Schritt schriftlich präsentieren muss. Schulen, die mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet werden, müssen in allen Bereichen gut und mindestens in einem Bereich weit überdurchschnittlich abschneiden.

Maresi Lassek: ›Was die Schule ausmacht, wird ziemlich umfassend abgebildet. In allen sechs Kategorien muss die Schule etwas bieten, um überhaupt bei der Bewerbung wahrgenommen zu werden. Im zweiten Schritt besucht ein Expertenteam zwei Tage lang die Schule – bei uns waren es fünf pädagogische Experten und Vertreter der Stiftung. Das Besucherteam überprüft, ob die beschriebene ›Papierlage‹ auch tatsächlich in der Schule umgesetzt wird. Sie spricht mit allen Beteiligten, den Kindern, den Eltern, den Lehrkräften, mit der Schulleitung. Vor allem der Unterricht spielt eine wesentliche Rolle, die Unterrichtsqualität und die Leistungen der Kinder.‹

Was uns in den Augen der Jury ausgezeichnet hat, ist einmal der Punkt ›Umgang mit Vielfalt und dabei eigene Stärken entwickeln. Aber auch die Schulentwicklung über viele Jahre im Sinne von *Schule als lernende Institution* hat große Beachtung gefunden. Die Jurymitglieder haben wahrgenommen, dass in den letzten sechs Jahren – damals haben wir uns auch am Wettbewerb um den Deutschen Schulpreis beteiligt – noch mal richtig viel passiert ist.‹

Die Jury-Bewertung zum Preis der Grundschule am Pfälzer Weg in Tenever: ›Mit großer Energie und Leidenschaft suchen die Lehrerinnen und Lehrer nach Wegen, die sozialen Teilhabechancen der Kinder und ihrer Eltern zu verbessern ... Herausragend ist das in langjähriger Zusammenarbeit mit der benachbarten Kindertageseinrichtung und der Sekundarschule entwickelte *Übergangsmanagement*.‹

Drehkreuz Ausbildung – für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund

Hauptstraße: Ausbildung

Eine abgeschlossene Ausbildung oder ein absolviertes Studium bildet die Basis für den Erfolg im Arbeitsleben, für wirtschaftliche Selbstständigkeit und eine umfassende gesellschaftliche Partizipation. Das wissen auch viele Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

Dem Bildungsbericht des Landes zufolge hatte im Schuljahr 2009/2010 rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Dabei lag ihr Anteil in den Schulen von Bremerhaven mit 36,2 Prozent über dem Anteil in den Schulen der Stadt Bremen (32,1 Prozent).¹ Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund lernen in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I (ohne Gymnasien). Hier liegen die Anteile mit 36 Prozent in Bremen und 42 Prozent in Bremerhaven deutlich über den angegebenen Gesamtzahlen. Hohe Anteile verzeichnen auch die Förderschulen des Landes. Dagegen erweist sich ein Abschluss mit der allgemeinen Hochschulreife noch immer als eine hohe Hürde. Hier sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil, in der Minderzahl.² Es muss festgehalten werden, dass in schulischer Hinsicht erheblicher Nachholbedarf besteht, damit auch Jugendliche mit Migrationshintergrund einen höheren Schulabschluss erreichen können. Die geringere Teilhabe an höherer Schulbildung weist dabei einen deutlichen Wohnortbezug auf. Sie ist auch eng mit der sozialen Herkunft verknüpft. Beide Faktoren weisen in die gleiche Richtung: Jugendliche aus Stadtteilen mit hohen Migrantenanteilen und Jugendliche aus Familien mit niedrigeren Einkommen finden sich seltener in Schulen mit höheren Abschlüssen.³

Für die Betrachtung der Auswirkungen der bestehenden ungleichen schulischen Teilhabe auf die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten im Ausbildungs- und Weiterbildungsgeschehen sind lediglich wenige systematisiert vorliegende Daten zugänglich. Bei der folgenden Analyse der gegebenen Datenlage zur Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

HERBERT RÜB

Diplom-Soziologe, Regionalbüro Nord der INBAS GmbH in Hamburg (Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik – Forschung – Planung – Beratung)

stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Wie erfolgreich sind Jugendliche mit Migration im Wettbewerb um einen Ausbildungsplatz? Welche Faktoren beeinflussen den Übergang von der Schule in die Ausbildung? Hat sich die Ausbildungssituation für sie aufgrund der konjunkturellen Entwicklung verbessert?

Einfahrt: Übergang in Ausbildung und Ausbildungsplatzangebot

Auch in Bremen klagen Betriebe über eine nicht ausreichende Zahl von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern und Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt.⁴ Diese Klagen sind im Einzelfall nicht unbegründet, bilden aber nur einen Teil der Realität ab. Denn insgesamt hat sich zwar aufgrund der konjunkturellen Entwicklung das Angebot an Ausbildungsplätzen auch im Land Bremen weiter verbessert, aber Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt decken sich rein rechnerisch noch nicht. So ist 2011 einerseits die Zahl der Ausbildungsbewerber nahezu gleich geblieben. Andererseits bestand im August 2011 mit 1.036 Ausbildungssuchenden und 649 unbesetzt gemeldeten Ausbildungsstellen noch ein erhebliches Missverhältnis.⁵ Dabei haben vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund Schwierigkeiten, eine Ausbildung aufzunehmen.

Eine genaue Analyse dieses Tatbestandes wird durch die noch unzureichenden statistischen Daten zu den Ausbildungssuchenden mit Migrationshintergrund erschwert. So stehen für das Bundesgebiet Analysen zur Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zur Verfügung, die Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Bremen beziehen sich jedoch jeweils auf die Teilgruppe der Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Betrachtet man das Bundesgebiet, dann hatten die gemeldeten Ausbildungssuchenden mit Migrationshintergrund häufiger einen Hauptschulabschluss und seltener einen mittleren oder höheren Schulabschluss als die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Dies deckt sich mit den Angaben

zum Schulabschluss für Bremen im vorherigen Abschnitt. Die Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigen dabei, dass auch Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund die Einmündung in eine Ausbildung umso besser gelingt, je höher der Schulabschluss ist. Dieser Effekt ist jedoch bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ausgeprägter, vor allem wenn ein mittlerer Schulabschluss vorliegt. Neben dem Schulabschluss und dem Migrationshintergrund bedingen auch andere Faktoren, wie zum Beispiel Alter, Geschlecht, die Schulnoten, der Such- und Bewerbungsprozess oder die Situation auf dem regionalen Ausbildungsmarkt den Erfolg bei einer Ausbildungssuche. Das BIBB kommt in seiner Gesamtbetrachtung dieser Faktoren jedoch zu dem Schluss, dass der Migrationshintergrund und das regionale Ausbildungsplatzangebot entscheidend für Erfolg oder Misserfolg sind. Bewerber/innen aus Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte hatten somit insgesamt gesehen selbst bei *ansonsten gleichen Bedingungen* [kursiv i. Orig.] schlechtere Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als Jugendliche mit einem Migrationshintergrund.⁶ So waren Ende 2010 28 Prozent der Ausbildungssuchenden mit Migrationshintergrund in eine betriebliche Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung (BBiG/HWO) eingemündet, bei den Bewerberinnen und Bewerbern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil dagegen bei 42 Prozent.⁷ Besser sieht die Ausbildungssituation für Migrantinnen und Migranten aus, wenn man die außerbetriebliche Ausbildung betrachtet. Dann erhöhen sich die Übergangschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich auf 34 Prozent, aber auch für die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund auf 48 Prozent.⁸ Insgesamt hat sich die Situation für alle Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt zwar verbessert, aber für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund noch nicht im erhofften Umfang.

Wie sieht die Ausbildungssituation für Jugendliche mit Migrationshintergrund nun in Bremen aus? Dazu zunächst ein Blick auf das vergangene Ausbildungsjahr 2010/2011 anhand der Statistiken der Arbeitsagentur. Auch wenn sie nicht den gesamten Ausbildungsstellenmarkt abbilden kann, da ihr nicht alle Ausbildungsstellen gemeldet werden und Ausbildungssuchende auch ohne Einschaltung der Agentur einen Ausbildungsplatz finden,

so deckt sie doch den größten Teil des Vermittlungsgeschehens ab. Die Bremer Arbeitsagentur verzeichnete in diesem Ausbildungsjahr insgesamt 4.420 Bewerberinnen und Bewerber um eine Ausbildungsstelle, darunter waren 573 Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit (13 Prozent): 293 junge Männer und 280 junge Frauen. Im Vergleich mit den Ausbildungssuchenden deutscher Staatsangehörigkeit (56 Prozent Männer, 44 Prozent Frauen) lag die Beteiligung der weiblichen ausländischen Ausbildungssuchenden relativ gesehen mit 49 Prozent deutlich darüber. 30 Prozent der ausländischen Ausbildungssuchenden verfügen über einen Hauptschulabschluss, 35,6 Prozent über einen mittleren und 29,1 Prozent über einen höheren Abschluss (Fachhochschulreife, allgemeine Hochschulreife). Bei den deutschen Jugendlichen verteilen sich die Schulabschlüsse wie folgt: 26 Prozent Hauptschulabschluss, 37 Prozent mittlerer Schulabschluss und 34 Prozent höherer Schulabschluss. Insgesamt unterscheiden sich also die Jugendlichen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit (deutsch-ausländisch) bezogen auf ihre Schulabschlüsse zwar, aber nicht so gravierend, wie vielfach außerhalb der Fachöffentlichkeit dargestellt. Vielmehr machen sich jeweils mehr als zwei Drittel mit einem mittleren bis höheren Abschluss auf die Suche nach einer Ausbildungsstelle.

Aus den veröffentlichten Angaben der Agentur für Arbeit Bremen lassen sich die Einmündungsquoten in eine betriebliche, schulische oder außerbetriebliche Ausbildung getrennt für die deutschen und ausländischen Jugendlichen nicht berechnen, da die Einmündung in eine Ausbildung nur insgesamt für alle Jugendlichen ausgewiesen wird. Insgesamt gesehen sind bis zum 30.9.2011 1.702 (39 Prozent) aller Bewerberinnen und Bewerber in eine Ausbildung eingemündet. Aufgrund fehlender Angaben der Agentur für Arbeit zur Einmündung der deutschen wie der ausländischen Jugendlichen in eine Ausbildung ist weder ein Vergleich auf der Ebene des Bundes, noch auf der Ebene des Landes, zumindest im Hinblick auf die seit Jahren in der amtlichen Statistik dokumentierte Staatsangehörigkeit, möglich. Letztlich lässt sich daher nicht bestätigen, ob und inwieweit die im Berufsbildungsbericht angeführten selektiven Zugangschancen zu einer Ausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund zutreffen. Vermuten lässt sich aber, dass Bremen in dieser Hinsicht

¹ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 170.

² Vgl. ebenda, S. 175 ff.

³ Vgl. ebenda, S. 176 ff.

⁴ Vgl. Weser-Kurier vom 28.06.2011.

⁵ Vgl. Arbeitnehmerkammer Bremen (2012): S. 47.

⁶ BIBB (2012), S. 83.

⁷ Vgl. ebenda, S. 79.

⁸ Vgl. ebenda, S. 81.

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund finden sich im Übergangssystem wieder, deutlich häufiger als Jugendliche ohne Migrationshintergrund mit gleichen Schulabschlüssen.

keine Sonderrolle einnimmt. Darauf weisen auch die Analysen des Bildungsmonitorings für das Land Bremen durch die Autorengruppe Bildungsbericht-erstattung aus diesem Jahr hin. Danach gelang den bremischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Zeitraum 2009/2010 mit 18,9 Prozent ein direkter Übergang von der allgemeinbildenden öffentlichen Schule in eine öffentliche berufsbildende Schule mit Ziel einer dualen oder schulischen Berufsausbildung deutlich seltener als den Landeskindern ohne Migrationshintergrund mit 34,2 Prozent. Dabei liegt der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in Bremerhaven direkt von der Schule in eine duale Ausbildung einmünden, mit 15,4 Prozent deutlich über dem Wert in der Stadt Bremen (12 Prozent). Umgekehrt sieht die Situation bei der schulischen Berufsausbildung aus. So wechselten in der Stadt Bremen 6,5 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund direkt in eine schulische Ausbildung, während dies in Bremerhaven nur bei 3,7 Prozent der Fall war. Während in beiden Städten die Übergangsquoten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine duale Ausbildung wesentlich unter denen der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund lagen, so gilt dies für den Übergang in eine schulische Berufsausbildung in Bremerhaven nicht. Hier mündeten etwas mehr Jugendliche mit als ohne Migrationshintergrund direkt nach der Schule in diese Ausbildungsform ein.⁹ Die »Alternative« zur Ausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist dagegen das sogenannte Übergangssystem, auf das in einem gesonderten Abschnitt eingegangen wird. Vorweg nur so viel: 52,5 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund wechselten im Land Bremen direkt nach der Schule in das Übergangssystem, bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es 38,3 Prozent.¹⁰

Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund interessieren sich sehr für eine Ausbildung, auch wenn der Übergang in eine Ausbildung für sie oft langwierig ist und oft nicht gelingt. So waren in der Befragung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern durch das Bundesinstitut für Berufsbildung von 2010, 70 Prozent aller Schüler daran interessiert, im kommenden Ausbildungsjahr (2010/2011) eine Ausbildung zu beginnen. Dabei war das Interesse bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit 78 Prozent noch deutlich

höher.¹¹ Am mangelnden Interesse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt es also nicht, dass sie relativ gesehen beim Übergang in Ausbildung weniger erfolgreich sind. Auch Befragungen von Schülerinnen und Schülern aus Abgangsklassen in Bremen-Nord und Gröpelingen in den Jahren 2010 und 2011 zeigen, dass das Interesse an einer Ausbildung bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund hoch ist. Es gibt bezüglich des Umfangs auch kaum einen Unterschied zwischen den Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.¹² Weder bezüglich des Interesses an einer Ausbildung noch hinsichtlich der erworbenen Schulabschlüsse liegen die Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund also weit auseinander.

Dennoch münden deutlich weniger Jugendliche mit als ohne Migrationshintergrund in eine Ausbildung ein. In seiner Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft vom 29.3.2011 weist der Senat darauf hin, dass 2009 die Ausbildungsbeteiligungsquote an einer dualen Ausbildung bei den 18- bis 21-jährigen ausländischen Jugendlichen lediglich bei 7,3 Prozent, bei den deutschen Jugendlichen jedoch bei 37,2 Prozent lag.¹³ Ergänzend führt der Senat aus, dass hier neben dem »Konkurrenzverhältnis« zwischen den deutschen und ausländischen Jugendlichen, zudem noch die »Konkurrenz« aus dem bremischen Umland, den Einstieg von ausländischen Jugendlichen in ein Ausbildungsverhältnis in Bremen erschwere.

Das Deutsche Jugendinstitut gibt für das Jahr 2009 an, dass im gesamten Bundesgebiet von den deutschen Jugendlichen etwa die Hälfte und bei den ausländischen Jugendlichen gerade einmal ein Drittel eine vollqualifizierende Ausbildung begonnen haben.¹⁴ Nach Ansicht des Bundesinstituts für Berufsbildung sind dafür, neben den schulischen Voraussetzungen, vor allem familiäre und personelle Ressourcen mitverantwortlich.¹⁵ So lässt sich empirisch belegen, dass junge Frauen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen haben als junge Männer mit Migrationshintergrund. Auch das Herkunftsland lässt sich als Faktor ausweisen, der die Chancen auf einen Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche mindert. Dabei ist es keineswegs so, dass sich Jugendliche mit oder Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Bewerbungsstrategie wesentlich unterscheiden.

Während es zum schwierigen Übergang für Jugendliche mit Migrationshintergrund von der

Schule in Ausbildung (sogenannte erste Schwelle) zahlreiche Studien und eine verhältnismäßig gute Datenlage gibt, liegen Informationen zur sofortigen Übernahme dieser Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis nach erfolgreicher Ausbildung noch wenig systematisiert vor. Folgt man den Ausführungen von Kock aus dem Jahr 2008, der sich auf eine Erhebung von Damelang und Haas aus 2006 bezieht, dann gestaltet sich der Einstieg für Jugendliche mit Migrationshintergrund auch an der sogenannten zweiten Schwelle schwieriger als für Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Die angegebenen Übernahmewerte von jeweils über 70 Prozent bei einem maximalen Abstand von sieben Prozent zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund lassen jedoch auf ein geringeres Ausmaß an Schwierigkeiten schließen.¹⁶

Abzweig Übergangssystem

An der ersten Schwelle, dem Übergang von der Schule in eine Ausbildung, entstanden in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von Maßnahmen schulischer, berufsorientierender und berufsvorbereitender Art, die Jugendlichen mit Startschwierigkeiten helfen sollen, eine Ausbildung aufzunehmen. Neben den Ländern im schulischen Bereich sind dabei die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter wesentliche Akteure. Zu den bekanntesten Maßnahmen gehören dabei die Berufsausbildungsvorbereitung, die Einstiegsqualifizierung, das ein- oder zweijährige Berufsfachschuljahr oder das schulische Berufsgrundbildungsjahr. Ohne Zweifel sind sie für viele Jugendliche, die noch nicht (ganz) die Anforderungen einer Ausbildung erfüllen, wichtige Förderinstrumente. Obwohl eigentlich zielgruppenorientiert angelegt, endet die Suche nach einer Ausbildung für viele Jugendliche jedoch oft in einer solchen Maßnahme. Vor allem im vergangenen Jahrzehnt ist das Übergangssystem aufgrund eines nicht ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen erheblich angewachsen. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund finden sich im Übergangssystem wieder, deutlich häufiger als Jugendliche ohne Migrationshintergrund mit gleichen Schulabschlüssen. Weniger stark ausgeprägt sind dabei die Unterschiede zwischen den Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund beim Übergang ins Schulberufssystem.¹⁷

Von den Bremer Landeskindern mit Migrationshintergrund wechselten 2009/2010 52,5 Prozent direkt von einer öffentlichen allgemeinbildenden Schule in den Übergangsbereich, erheblich mehr als bremische Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Migrationshintergrund (38,3 Prozent). Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund hier überrepräsentiert sind, zeigt auch der Blick auf die Gesamtzahl, die mit 43,2 Prozent aller in diesen Bereich wechselnden Schülerinnen und Schüler wesentlich niedriger ausfiel.

Die beiden Städte Bremerhaven und Bremen weisen hier große Unterschiede auf. In Bremerhaven scheint der direkte Übergang in ein Ausbildungsverhältnis für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund besonders schwierig zu sein. Hier waren 57,6 Prozent der Jugendlichen ohne und 59,3 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus der Stadt auf das Übergangssystem angewiesen. Auch in der Stadt Bremen wechselte zwar die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (50,8 Prozent), aber nur ein Drittel der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (33,2 Prozent) im Anschluss an die Schule in den Übergangsbereich. Diese Ergebnisse bestätigen auch indirekt, dass die Ausbildungsplatzsituation in ihrer Stadt für die Jugendlichen aus Bremerhaven nach wie vor besonders problematisch ist.¹⁸

Angesichts des nachlassenden demografischen Drucks auf das Ausbildungsangebot ist es an der Zeit, das Übergangssystem neu zu fokussieren, so dass es seinen ursprünglichen Aufgaben wieder gerecht wird. Zumal auch viele Jugendliche nicht erkennen, dass sie hier gegebenenfalls eine unnötige Warteschleife in ihren Berufsweg einziehen. Mit verstärkter Berufsorientierung in den Schulen und nach Schulende und Berufseinstiegsbegleitung von der Schule bis in die Ausbildung, versuchen die Partner der Bremer »Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung« hier gegenzusteuern und die Jugendlichen individuell beim Übergang in Ausbildung zu unterstützen. Dass dies unbedingt erforderlich ist, zeigen auch die Ergebnisse der Schülerbefragungen aus Bremen-Nord und Gröpelingen, die aufzeigen, dass immer noch viele Jugendliche trotz Ausbildungswunsch letztlich in einer Schulmaßnahme unterkommen.

⁹ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 223.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 223.

¹¹ Vgl. BIBB (2012), S. 186.

¹² Vgl. Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (2012).

¹³ Vgl. Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vom 29.3.2011, S.

¹⁴ Vgl. Stürzer, Monika u.a., S. 65.

¹⁵ Vgl. BIBB (2012), S. 186 ff.

¹⁶ Vgl. Kock, Klaus (2008), S. 14 f.

¹⁷ Vgl. Christe, Gerhard (2011), S. 18.

¹⁸ Vgl. Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 223.

Wartezeiten, verpasste Einstiege: Altbewerberinnen und Altbewerber

Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund beziehungsweise ausländischer Staatsangehörigkeit verfehlen den richtigen Zeitpunkt zum Einstieg in eine Ausbildung. Insbesondere wenn die Ausbildungsaufnahme nicht im Jahr des Schulabschlusses erfolgt, wird es immer schwieriger, bei der Suche nach einer Ausbildung erfolgreich zu sein. Solche Jugendlichen und junge Erwachsene werden als sogenannte Altbewerberinnen oder Altbewerber, deren Schulabschluss ein Jahr oder länger zurückliegt und die weiterhin aktiv nach einer Ausbildung suchen, geführt. Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund sind unter ihnen häufiger vertreten als junge Menschen ohne Migrationshintergrund, wie Stichtagsauswertungen der Bremer Arbeitsagenturen im Rahmen der ›Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung‹ belegen. So gehörten 40 Prozent der 815 Altbewerberinnen und Altbewerber, die 2010 in einer Stichtagsziehung durch die Bremer Arbeitsagentur ermittelt wurden, zur Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hinsichtlich ihrer Schulabschlüsse unterschieden sie sich dabei kaum von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Dass das Risiko für Jugendliche mit Migrationshintergrund weiterhin hoch ist, sich in der Gruppe der Altbewerberinnen und Altbewerber wiederzufinden, zeigen auch die Bewerberzahlen der Agentur für Arbeit aus dem Ausbildungsjahr 2010/2011. Von den 573 Bewerberinnen und Bewerbern mit ausländischer Staatsangehörigkeit hatten 319 (56 Prozent) die Schule nicht im Berichtsjahr verlassen und davon wiederum 170 (30 Prozent) nicht im Vorjahr, sondern vor mehr als zwei Jahren.¹⁹ Während die Bewerbungszahlen mit Schulabschluss aus den Vorjahren insgesamt abnahmen, ist bei den entsprechenden Zahlen für die ausländischen Jugendlichen immer noch ein Zuwachs zu verzeichnen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Übergang in Ausbildung verstärkt zu unterstützen. Dabei sollte jedoch nicht nur direkt am Ende in der Schule oder am Ende der Schulzeit eine verstärkte Unterstützung erfolgen. Vielmehr ist sie auch in den folgenden Jahren anzubieten.

Die Partner der Bremer Vereinbarungen haben die hohe Zahl junger Altbewerberinnen und Altbewerber mit Migrationshintergrund 2011 zum Anlass genommen, sie als eine besonders förderungswürdige Gruppe in das Landesprogramm ›Ausbildung und Jugend mit Zukunft‹ aufzunehmen. Mit der Initiative ›Chance betriebliche Ausbildung‹ will sie langjährig Ausbildungssuchende und ungelernete Jugendliche unter 25 Jahren zu einem Berufsabschluss führen. Unternehmen, die solchen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle bieten, können über diese Initiative eine finanzielle Förderung erhalten. Wie die bisherigen Rückmeldungen aus der Programmumsetzung ergeben, wird das Angebot von den Unternehmen noch zögerlich angenommen, da es an umfassender Beratung der Jugendlichen und gezielter Bewerbung bei den Unternehmen mangelt. Dies deckt sich mit den bisherigen Erkenntnissen: Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen eine individuelle und umfassende Unterstützung beim Übergang in Ausbildung. Gelingt diese, dann finden mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund den direkten Weg in eine Ausbildung und die Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber unter ihnen nimmt ab.

werber mit Migrationshintergrund 2011 zum Anlass genommen, sie als eine besonders förderungswürdige Gruppe in das Landesprogramm ›Ausbildung und Jugend mit Zukunft‹ aufzunehmen. Mit der Initiative ›Chance betriebliche Ausbildung‹ will sie langjährig Ausbildungssuchende und ungelernete Jugendliche unter 25 Jahren zu einem Berufsabschluss führen. Unternehmen, die solchen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle bieten, können über diese Initiative eine finanzielle Förderung erhalten. Wie die bisherigen Rückmeldungen aus der Programmumsetzung ergeben, wird das Angebot von den Unternehmen noch zögerlich angenommen, da es an umfassender Beratung der Jugendlichen und gezielter Bewerbung bei den Unternehmen mangelt. Dies deckt sich mit den bisherigen Erkenntnissen: Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen eine individuelle und umfassende Unterstützung beim Übergang in Ausbildung. Gelingt diese, dann finden mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund den direkten Weg in eine Ausbildung und die Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber unter ihnen nimmt ab.

Schwierige Rampen: Nachqualifizierung und Weiterbildung

Eine fundierte berufliche Grundbildung und durch Weiterbildung aktuell gehaltene Fachkenntnisse bieten nicht nur gute Verdienst- und Aufstiegschancen, sondern sie begrenzen auch das Risiko (dauerhaft) arbeitslos zu werden. Gleiche Partizipationsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger an Nachqualifizierungen über die Externenprüfung zu einem anerkannten Berufsabschluss sowie an Fort- und Weiterbildungen sind daher wichtige Voraussetzungen für gelungene Integration.

Noch immer hat jedoch ein erheblicher Anteil der bremischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter keinen anerkannten Berufsabschluss. Dies trifft insbesondere für die Bremerinnen und Bremer mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu. Nach Angaben des Statistischen Landesamts waren Ende 2011 20.033 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Land Bremen ohne Berufsabschluss, darunter 2.526 Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Während sich der Anteil der Menschen ohne Berufsabschluss

bei den deutschen Beschäftigten auf neun Prozent belief, lag er bei den Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 13,1 Prozent deutlich höher.²⁰ Menschen ohne Berufsabschluss tragen ein besonderes Arbeitsmarktrisiko. Sie sind häufiger und länger arbeitslos sowie öfter geringfügig beschäftigt.²¹

Zahlen der öffentlichen Statistik zur Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Weiterbildung liegen auf Landesebene nicht vor. Daher wird im Folgenden auf bundesweite Angaben aus dem Berufsbildungsbericht 2012 zurückgegriffen. Sie weisen darauf hin, dass im Bereich der beruflichen Weiterbildung, zu der auch die Nachqualifizierung gehört, die Beteiligungsquote von Deutschen ohne Migrationshintergrund erheblich über der Quote der Menschen mit Migrationshintergrund liegt. Dabei stehen Deutsche ohne Migrationshintergrund bei der Teilnahmehäufigkeit an erster Stelle, gefolgt von den Deutschen mit Migrationshintergrund. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bilden hinsichtlich der Beteiligung an beruflicher Weiterbildung das Schlusslicht. Diese Reihenfolge gilt sowohl insgesamt als auch bei der beruflichen und bei der betrieblich veranlassten beruflichen Weiterbildung. Bei Weiterbildungen, die aus individuellen beruflichen Gründen wahrgenommen werden, übertrifft die Teilnahmequote der Ausländerinnen und Ausländer zwar die Quote der Deutschen mit Migrationshintergrund, fällt aber immer noch niedriger aus, als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Weiterbildungsbeteiligung nach Berufen und Tätigkeitsbereichen erheblich variiert und viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund in Bereichen mit geringeren Teilnahmequoten arbeiten. Dennoch muss festgehalten werden, dass bei der beruflichen Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund Aufholbedarf besteht.

Über die Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund an der Nachqualifizierung über die Externenprüfung liegen weder für das Bundesgebiet noch für Bremen belastbare Zahlen vor. Die Beratungserfahrungen des Bremer Netzwerks Nachqualifizierung weisen auf ein etwa gleich hohes Interesse von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund am Erwerb eines Berufsabschlusses über die Externenprüfung hin. Ursache war hier

bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund die fehlende Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Berufs- und Studienabschlüsse.

Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss unter den Arbeitslosen im Land Bremen und die geringere berufliche Weiterbildung lassen es zwingend erforderlich erscheinen, aktiv ihre Nachqualifizierung und die Weiterbildungsbeteiligung zu fördern. Hier sind Wirtschaft und Politik gefordert, verstärkt den Migrationsaspekt in ihre Aktivitäten und bei der Ausgestaltung ihrer Angebote zu berücksichtigen. Aber auch bei den Betroffenen selbst braucht es ein mehr an Wissen über die Möglichkeiten und Chancen, die mit Weiterbildung verbunden sind. Mit der Ausgabe des ›Bremer Weiterbildungsschecks‹ in Höhe von bis 500 Euro für eine berufsbezogene Weiterbildung pro Jahr wurde vonseiten des Landes ein erster richtiger Schritt unternommen. Die Einrichtung einer unabhängigen Weiterbildungsberatung bei der Arbeitnehmerkammer und der Handelskammer ergänzt diesen durch die notwendige Beratung. Durch sie können viele, angesichts der Angebotsvielfalt bisher ergebnislose, Suchbemühungen nach einer passenden beruflichen Weiterbildung im Sinne der Ratsuchenden zu einem Erfolg geführt werden. Andere notwendige Schritte werden jedoch nur zögerlich in Angriff genommen. Dies betrifft vor allem die Frage, wie mit den gegebenenfalls erforderlichen Anpassungsqualifizierungen im Rahmen des ›Gesetzes über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz – BQFG)‹ zur Gleichwertigkeitssprüfung im Ausland erworbener beruflicher Abschlüsse vom 6.12.2011 verfahren werden soll. Bietet doch dieses Gesetz eine gute Möglichkeit, aktiv in Zukunft fehlende Fachkräfte für die bremische Wirtschaft aus der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu rekrutieren und den Betroffenen bessere Beschäftigungschancen zu eröffnen.

Fahrtziel: Mehr Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und Weiterbildung integrieren

Nach wie vor gilt, dass auch Bremens Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vor erheblichen Problemen stehen. Arbeits- und Ausbildungslosigkeit

¹⁹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2011), S. 14; eigene Berechnungen.

²⁰ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen. Bremen Informationssystem, Tabelle 255–48.

²¹ Vgl. Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2011), S. 61 ff.

keit sind zwei der Risiken, denen sie sich viel häufiger ausgesetzt sehen, als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne Migrationshintergrund. Insbesondere der Übergang von der Schule in eine Ausbildung erweist sich, als eine erste, nur schwer oder auf komplizierten Wegen zu überwindende Schwelle auf dem beruflichen Lebensweg. Die bestehenden Anzeichen für eine Entspannung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt signalisieren hier noch keine Entwarnung.

Auf den schwierigen Übergang nehmen eine Reihe von Faktoren Einfluss, die sich teils gegenseitig bedingen und ineinandergreifen. Wohnlage und -umgebung sind dabei genauso beteiligt wie der familiäre und kulturelle Hintergrund oder der erreichte Schulabschluss oder die Geschlechtszugehörigkeit. Deutliche Unterschiede hinsichtlich des Erfolgs bei der Einmündung in eine Ausbildungsstellensuche gibt es dabei auch innerhalb der Gesamtgruppe der Jugendlichen, wie der Berufsbildungsbericht betont. So haben insbesondere Jugendliche türkischer oder arabischer Herkunft schlechtere Chancen auf eine Ausbildung. Dennoch bleibt ein bestehender oder auch nur zugeschriebener Migrationshintergrund die wesentlichste Ursache, die über den Erfolg im Wettbewerb um einen Ausbildungsplatz entscheidet.

Die Angebote von Schule und Arbeitsagentur oder Jobcenter im Übergangssystem erweisen sich dabei nicht immer als zielführend. Oft verzögern sie die Ausbildungsaufnahme unnötig oder lenken die Jugendlichen in eine falsche Richtung. Dabei ist das Interesse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an einer dualen Ausbildung zunächst hoch, wie die Befragungen von Schülerinnen und Schülern in Bremen-Nord, aber auch die Ergebnisse der Forschungen des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigen. Dennoch finden sich Viele am Ende des Vermittlungsjahres im Übergangssystem wieder oder gehen einer nicht qualifizierenden Arbeit nach. Für nicht wenige von ihnen erweist sich dies als Sackgasse. Denn je länger der Übergang in eine Ausbildung dauert, desto seltener gelingt noch der Wechsel in ein Ausbildungsverhältnis. Als sogenannte Altbewerberinnen und Altbewerber bleiben ihnen dann nur noch wenige Möglichkeiten, vor allem wenn sie über 25 Jahre sind und die Förderinstrumente der Jobcenter und Arbeitsagenturen für Jugendliche nicht mehr greifen.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund stoßen auch nach der Ausbildung bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis auf mehr Probleme als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Hier sind die Unterschiede zwischen den Gruppen jedoch deutlich weniger ausgeprägt. Nicht überraschend sollte es sein, dass auch im weiteren beruflichen Verlauf bei der Teilnahme an beruflicher Weiterbildung deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen bestehen und sich Integrationsdefizite offenbaren.

Mit dem ersten Monitoringbericht der Autorengruppe Bildungsberichterstattung aus diesem Jahr liegt nun für die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein umfassender Überblick vor, der zeigt, wie sich die geringeren Teilhabechancen im Schulsystem zum Ausbildungssystem tradieren. Aus Sicht der Arbeitnehmerkammer wäre zu wünschen, dass in einer Neufassung oder Fortführung des Monitoringberichts das gesamte Aus- und Weiterbildungsgeschehen für Bremens Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund unter die Lupe genommen wird. Dabei sollten auch ihre Bewerbungsprozesse und Ausbildungserfolge sowie der Übergang an der sogenannten zweiten Schwelle in die Analysen einbezogen werden, um vielfach vermutete Stigmatisierungseffekte gegebenenfalls ausschließen zu können.

Eine Verbesserung der Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund braucht Ansätze auf mehreren Ebenen. Dies betont auch der »Entwicklungsplan Partizipation und Integration« vom März 2012 mit seinen 14 Handlungsfeldern und einer Vielzahl von Eingriffsmöglichkeiten. Frühzeitige Berufsinformation und -orientierung in der Schule, Elternarbeit, Einbezug der Nachbarschaftsnetzwerke, adressatengerechte und kultursensible Beratung, Berufseinstiegsbegleitung bis in die Ausbildung hinein und auch Begleitung in der Ausbildung sollten dabei – nicht nur, aber vor allem auch – für Jugendliche mit Migrationshintergrund wichtige Handlungsansätze für alle sein, die sich professionell oder ehrenamtlich engagieren. Dabei sollten die Interessen der Jugendlichen und ihre Entwicklung im Mittelpunkt stehen. Besonderes Augenmerk gehört dabei meines Erachtens auch den professionell und ehrenamtlich engagierten Kräften. Eine Verbesserung ihrer Ausbildungs-, Verdienst- und Fortbildungsmöglichkeiten sollte eine gemeinsame Aufgabe der Tarifpartner, der zustän-

digen Stellen und Arbeitsmarktakteure wie der Landesverwaltung werden. Neben guten Ideen sind hier vor allem auch praktische Hilfen gefordert.

Lebenslanges berufliches Lernen ist eine zentrale Aufgabe für alle Erwerbstätigen. Daher ist auch eine Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Beschäftigten, Arbeitslosen und Arbeitssuchenden an Nachqualifizierungen oder Weiterbildungen gezielt in Angriff zu nehmen. Einerseits gilt es dabei, die eingeschlagenen Wege, etwa in Sachen unabhängige Weiterbildungsberatung und Weiterbildungsscheck, Nachqualifizierung und die Beratung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse kontinuierlich fortzuführen. Andererseits wäre es erforderlich, die Förderung von Anpassungsqualifizierungen und Nachqualifizierungen zwischen den Akteuren im Land abzustimmen und sie in eine umfassende Initiative einzubetten, die auch die Unternehmen und ihre Beschäftigten mit Migrationshintergrund erneut verstärkt einbindet.

Ein »Parken« von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in sogenannten Alternativen, die Nichtnutzung aller Aus-, Nachqualifizierungs- und Weiterbildungsressourcen können sich die bremische Wirtschaft, Verwaltung und Politik nicht mehr leisten, wenn es darum geht, den Fachkräftebedarf der Zukunft zu sichern und Bremen für die kommenden Generationen zu einem attraktiven, lebenswerten und chancengerechten Stadtstaat weiterzuentwickeln.

Literatur

- **Arbeitnehmerkammer Bremen (2012) (Hrsg.): Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen, Bremen 2012.**
- **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012): Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen. Bildungsberichterstattung für das Land Bremen. Hrsg. von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Bremen 2012.**
- **Bundesagentur für Arbeit (2011): Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Deutschland, September 2011. Statistik: Arbeitsmarkt in Zahlen, Ausbildungsstellenmarkt.**
- **BIBB (2012): Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung.**
- **Christe, Gerhard (2011): Notwendig, aber reformbedürftig! Die vorberufliche Bildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund. In: WISO Diskurs, Mai 2011. Expertise im Auftrag des Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung.**
- **Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (2012) (Hrsg.): Vorlage Nr. L 41/18 für die Sitzung der Deputation für Bildung am 10.05.2012. Vom Pilotprojekt zum Übergangcontrolling: Die Weiterentwicklung der »Ausbildungskonferenzen«. [Internet: http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/L41_18_00_%DChbergangscontrolling_Ausbildungskonferenzen_Vorlage_mit_Anlagen.pdf]**
- **Kock, Klaus (2008): Auf Umwegen in den Beruf. Destandardisierte und prekäre Beschäftigung von Jugendlichen an der zweiten Schwelle – eine Auswertung empirischer Befunde. TU Dortmund, März 2008.**
- **Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vom 29.3.2011: Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007–2011. [Internet: <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/2011-03-29%20Konzeption%20zur%20Integration%20von%20Zuwanderern%20und%20Zuwanderinnen%20im%20Land%20Bremen%202007%20202011.pdf>]**
- **Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2011): Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 36 der Forschungsgruppe des Bundesamtes aus der Reihe »Integrationsreport«, Teil 9, erschienen 2011.**
- **Statistisches Landesamt Bremen: Bremen Infosystem. Tabelle 255-48: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Beschäftigungsumfang und Art der Ausbildung.**
- **Stürzer, Monika/Täubig, Vicki/Uchronski, Mirjam/Bruhns, Kirsten (2012): Schulische und außerschulische Bildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Jugend-Migrationsreport. Ein Daten- und Forschungsüberblick. Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.).**
- **Weser-Kurier vom 28.06.2011: Tausende Lehrstellen in Bremen frei. Unternehmen suchen händeringend nach Bewerbern. <http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Wirtschaft/402373/Tausende-Lehrstellen-in-Bremen-frei.html>**

3 Teilhabe und Partizipation durch Erwerbsarbeit in Bremen



THOMAS SCHWARZER
Arbeitnehmerkammer Bremen

Die Migrationsbevölkerung am Bremer Arbeitsmarkt

Wie auch in der früheren Bundesrepublik, erfolgt Einwanderung nach Deutschland und in das Bundesland Bremen nach genau festgelegten, gesetzlichen Regeln. Diese Regelungen waren in der Vergangenheit phasenweise stärker marktorientiert, zeitweise aber auch an staatlichen (politischen) Interessen ausgerichtet. Das relativ offene System der Europäischen Union beruht zum Beispiel weitgehend auf »Marktprinzipien«. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger können, im Rahmen der sogenannten Arbeitnehmerfreizügigkeit, dort arbeiten und leben, wo sie Arbeit finden oder wo sie sich zumindest Chancen auf Arbeit ausrechnen.

Bis heute ist das Zuwanderungsland Deutschland und insbesondere eine Großstadtregion wie Bremen, zutiefst arbeitgesellschaftlich geprägt. Die regionalen Arbeitsmärkte gelten als Schlüsselinstanzen gesellschaftlicher Teilhabe, auch für die Migrationsbevölkerung. Diese Grundüberzeugung prägt weite Teile der öffentlichen Meinung, die Politik und auch die großstädtischen Integrationskonzepte. Ob die Integration der Migrationsbevölkerung gelingt, entscheidet sich vor allem auf den regionalen Arbeitsmärkten.

Die erste Phase der Einwanderung zwischen 1955 und 1973

In der ersten Phase der »alten« Bundesrepublik, zwischen 1955 und 1973, wurde die Einwanderung ausschließlich nach (markt-)wirtschaftlichen Erfordernissen organisiert. Deutsche Unternehmen formulierten sehr genau, wie viele und was für Arbeitskräfte sie benötigten. Weil Deutschland keine ehemaligen Kolonien wie Belgien, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien hatte, wurden sogenannte »Anwerbeabkommen« geschlossen: 1955 mit Italien, 1960 mit Griechenland und Spanien, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien. Organisiert durch die Bundesanstalt für Arbeit wurden in diesen Ländern Gastarbeiter ausgesucht, die vorübergehend in den deutschen Unternehmen arbeiten sollten. Neben der »Integration in Arbeit« war durch ihren Gaststatus an eine umfassende Integration nicht gedacht. Vor dieser

Anwerbephase lebten und arbeiteten im Jahr 1954 im gesamten Bundesgebiet (noch ohne Saarland) lediglich 73.000 beschäftigte ausländische Arbeitnehmer (0,4 Prozent).¹

Im Bundesland Bremen erfolgten die ersten Anwerbungen von »Gastarbeitern« durch die großen Werften (AG Weser, Bremer Vulkan, Rickmers-Werft) und die Fischindustrie in Bremerhaven. In einer Zeit der Hochkonjunktur mit Arbeitskräftemangel forderte 1960 der Präsident des bremischen Arbeitsamtes neben der vermehrten Einstellung von Frauen, als zweite Lösung, die Anwerbung italienischer Migranten.² Ihre Arbeitsverträge sollten in der Regel für die Dauer von neun Monaten abgeschlossen werden, so sah es die Zielvorgabe der Bundesregierung³ vor. Da sich aber die Unternehmen gegen das permanente Anlernen neuer und zumeist ungelerner Arbeiter sträubten, wurden aus vielen kurzzeitig geplanten Aufenthalten langfristige.

Bis Anfang der 1960er-Jahre war die Zuwanderung aus den südeuropäischen Anwerbeländern ins Bundesland Bremen jedoch noch relativ gering⁴, insbesondere im Vergleich mit der viel höheren Zuwanderung aus der damaligen DDR und der noch stärkeren Zuwanderung aus anderen Regionen des Bundesgebietes. Das Landesarbeitsamt Bremen verzeichnete 1960 lediglich 2.312 beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen.⁵ Das waren bei insgesamt 297.655 Beschäftigten lediglich 0,8 Prozent.

Im Verlauf der 1960er-Jahre stieg dann die Gesamtzahl der »Gastarbeiter« kontinuierlich an, auch weil nach der Errichtung der innerdeutschen Grenze 1961 keine Arbeitskräfte aus der DDR mehr zur Verfügung standen. Bis zum Jahr 1970 hatte sich die Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte im Bundesgebiet bis auf 1,84 Millionen erhöht (8,5 Prozent). Ganz ähnlich verlief die Entwicklung im Land Bremen, das bis Anfang der 1970er-Jahre rund 11.000 bis 12.000 Zuzüge von »Ausländern« pro Jahr verzeichnete. Tatsächlich aber blieben nicht alle von ihnen dauerhaft, sondern etwa 4.000 »Ausländer« pro Jahr verließen Bremen auch wieder.⁶ Die Arbeit der »Gastarbeiter« erfolgte überwiegend auf der Grundlage von Tarifverträgen und ab

¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (1971).

² Vgl. Hergesell, Burkhard (2005), S. 14.

³ Vgl. Nordseezeitung vom 21.12.1955.

⁴ 1965 waren 638 »Gastarbeiter« in Bremerhaven beschäftigt: darunter 164 Spanier, 137 Italiener, 71 Türken, 39 Griechen, 35 Portugiesen und 26 Jugoslawen. Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (1982.), S. 28.

⁵ Vgl. Landesarbeitsamt Bremen (1962).

⁶ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2011).

1972 erlangten sie das aktive und passive Wahlrecht zu den Betriebsräten. Beides sollte verhindern, dass eine Lohndrift nach unten einsetzt. Weil die Gastarbeiter dorthin vermittelt wurden, wo Arbeitskräfte benötigt wurden, unterstützten sie die Dynamik des deutschen Wirtschaftswunders – auch in Bremen.

Die zweite Phase der Einwanderung zwischen 1973 und 1989

Mit dem Jahr 1973 begann eine zweite Phase der Einwanderung. Durch den Beginn der sogenannten ›Ölkrise‹ erfolgte das Ende der Anwerbung durch die damalige, neue sozialdemokratisch-liberale Bundesregierung. Dieser Stopp, mitinitiiert durch die bundesdeutschen Gewerkschaften, war allein durch die beginnenden Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt nicht zu erklären. Die offizielle Arbeitslosigkeit betrug damals lediglich 1,2 Prozent der Erwerbstätigen. Ein weiterer Grund war, dass sich insbesondere die Zuwanderung aus der Türkei nicht mehr gänzlich am Bedarf der Arbeitsmärkte orientierte und kulturelle Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung zunahm.

1973 lebten 3,6 Millionen Ausländer in Deutschland, von denen 3,1 Millionen die Staatsangehörigkeit eines der Anwerbeländer besaßen. Seit dieser Zeit versucht die deutsche Politik die Arbeitsmigration aus Nicht-EG-Ländern, den sogenannten ›Drittstaaten‹, strikt zu unterbinden. In den Achtzigerjahren gab es sogar eine Zeit lang ›Anreize für Gastarbeiter‹, die freiwillig in die Herkunftsländer zurückwandern sollten. Weil die finanziellen ›Rückkehrhilfen‹ aber lediglich geringe Erfolge erbrachten, wurden aus vielen ›Gastarbeitern‹ dauerhaft in Deutschland lebende Immigranten. Viele von ihnen versuchten in den Folgejahren, im Rahmen der staatlich geregelten ›Familienzusammenführung‹, ihre Angehörigen in die Bundesrepublik zu holen. Dadurch setzte sich die Zuwanderung auch in Bremen und Bremerhaven trotz Anwerbestopp weiter fort, jedoch reduziert von etwa 12.000 Menschen Anfang der 1970er-Jahre auf rund 7.000 Menschen bis 1978.⁷

Seit dem Anwerbestopp 1973 wurde die Auffassung, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist, weitgehend akzeptiert und zur vorherrschenden politischen Meinung. Um auch die weitere Zuwanderung durch Familienzusammen-

führung einzuschränken, beschlossen die Bundesländer 1981 ein Gesetz zur Begrenzung des Ehegatten- und Kindernachzugs. Durch Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik wurden vermehrt befristete und eingeschränkte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse möglich sowie die bevorzugte Vermittlung von deutschen Arbeitslosen durch die Arbeitsämter.

Eine andere, politisch motivierte Zuwanderungspolitik wurde hingegen gegenüber Aussiedlern und Spätaussiedlern mit deutscher Abstammung verfolgt. Zusätzlich zu den rund acht Millionen ›Vertriebenen‹, die nach dem Zweiten Weltkrieg integriert werden mussten, und weiteren 2,6 Millionen DDR-Übersiedlern, erfolgte seit Anfang der 1950er-Jahre eine kontinuierliche Zuwanderung aus osteuropäischen Gebieten mit deutschsprachigen Minderheiten. Bis 1986 reisten jährlich etwa 20.000 bis 60.000 amtlich als ›Aussiedler‹ bezeichnete Menschen aus Osteuropa und Zentralasien in die Bundesrepublik ein. Auch in Bremen und Bremerhaven war die Zahl der zuwandernden Aussiedler zwischen 1960 und 1970 in etwa gleich groß mit dem Zuzug aus dem übrigen Bundesgebiet. In den 1970er- und 1980er-Jahren reduzierte sich dann die Zahl der zuwandernden Aussiedler bis auf rund 5.000 Menschen jährlich und stieg dann nach dem Fall der ›Mauer‹ 1989 erheblich an.

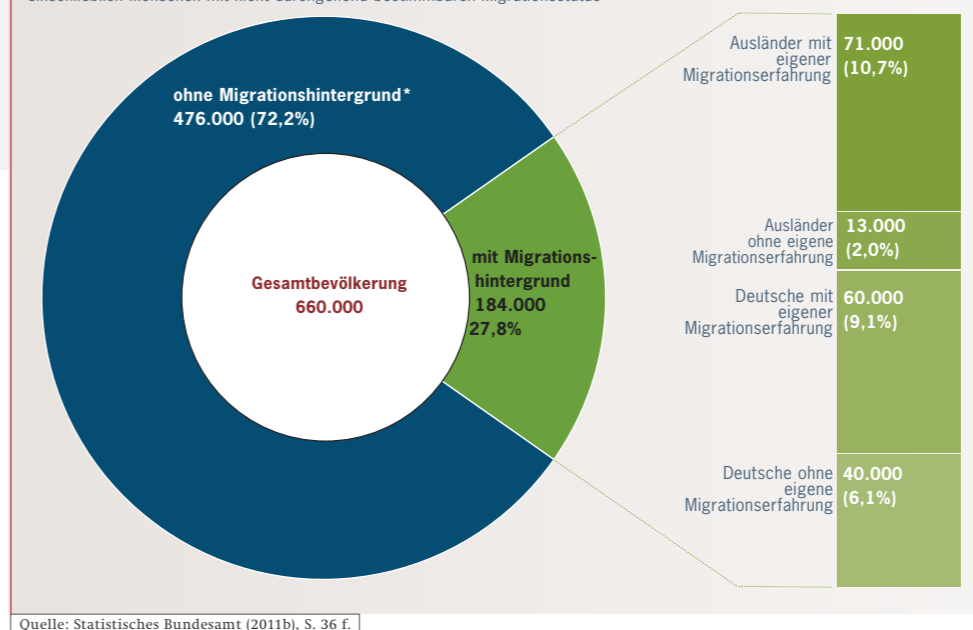
Die dritte Phase der Einwanderung seit Anfang der 1990er-Jahre

Allein im Jahr 1990 kamen 400.000 Aussiedler nach Deutschland. Im Gegensatz zur ökonomisch motivierten Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, erfolgt die Verteilung der Aussiedler und auch von sogenannten ›humanitären Immigranten‹⁸ (Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge⁹, jüdische Zuwanderer¹⁰) nach politischen Vorgaben. Sie werden nach dem sogenannten ›Königsteiner Schlüssel‹ anteilig auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Auch im Bundesland Bremen stieg nach dem Fall der innerdeutschen Grenze 1989 vor allem die Zahl der Aussiedler stark an, aber auch die der humanitären Immigranten. Lag noch 1987 die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland bei etwa 6.000 Menschen, stieg sie 1990 auf rund 10.000 Menschen und stabilisierte sich bis ins Jahr 2008 knapp auf diesem Niveau.

Abb. 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Land Bremen

In absoluten Zahlen, Anteile an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 2010

*einschließlich Menschen mit nicht durchgehend bestimmbareren Migrationsstatus



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011b), S. 36 f.

Der starke Zuzug von Aussiedlern Anfang der 1990er-Jahre verlief außerdem gleichzeitig mit einem ebenfalls starken Anstieg der Anträge auf politisches Asyl¹¹. Bis Ende der 1970er-Jahre wurden in der Bundesrepublik in jedem Jahr nicht mehr als etwa 20.000 solcher Anträge gestellt. In den 1980er-Jahren stieg die Zahl der Asylanträge dann auf rund 60.000 im Jahr und bis 1992 auf einen Höchstwert von 440.000. Das waren in diesem Jahr mehr Asylanträge als in allen anderen OECD-Ländern insgesamt gestellt wurden. Dieser starke Anstieg von Asylanträgen und der gleichzeitig starke Zuzug von Aussiedlern dominierte Anfang der 1990er-Jahre die einsetzende Debatte um die ›richtige Ausländerpolitik‹. Zwischen 1991 und 1993 kam es zu einer Reihe von ausländerfeindlichen Anschlägen auf Wohnhäuser von Ausländern, Asylbewerbern und Flüchtlingen. In den hitzigen öffentlichen Diskussionen wurde jedoch weniger der Zuzug von Aussiedlern thematisiert, sondern fast ausschließlich die Zunahme der Zahl der Asylbewerber.

Als Folge dieser öffentlichen und politischen Debatten wurden 1993 erhebliche rechtliche Einschränkungen beschlossen (Kriegsfolgenbereinigungsgesetz 1993; Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl¹²). Deutschstämmige aus anderen Ländern können seitdem nur einwandern, wenn sie aufgrund ihrer deutschen Abstammung in ihrem Ursprungsland Nachteile erleiden. Neben diesem Nachweis müssen sie seit 1996 außerdem einen Sprachtest im Heimatland absolvieren. Es hatte sich gezeigt, dass viele Spätaussiedler lediglich geringe Deutschkenntnisse besitzen, was ihre Integration in die deutsche Gesellschaft erschwerte. Mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 wurden die Kriterien für die Anerkennung als Spätaussiedler

weiter verschärft. Seitdem müssen auch die Familienangehörigen Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen, wenn sie zusammen mit dem (deutschstämmigen) Hauptantragsteller einwandern wollen.

Zusammenfassend wird deutlich, dass Deutschland und auch das Bundesland Bremen seit dem Zweiten Weltkrieg Länder mit mehreren Phasen starker Zuwanderung sind. Dieser Trend beschleunigte sich seit Ende der 1980er-Jahre. Damals war der Umfang der Zuwanderung wesentlich größer als in sämtlichen anderen OECD-Staaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Diese Zuwanderung seit Anfang der 1990er-Jahre bestand hauptsächlich aus Aussiedlern und aus ›humanitären Migranten‹, deren Zuzug nicht mit der damaligen Arbeitsmarktlage in Verbindung stand.

Die Beschäftigungssituation der Migranten aus den verschiedenen Phasen der Einwanderung auf dem Bremer Arbeitsmarkt lässt sich lediglich bruchstückhaft rekonstruieren. Fast immer werden die Migranten in den Statistiken anhand ihrer Nationalität identifiziert. Aussiedler und Zuwanderer, welche die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, können nicht mehr gesondert betrachtet werden. Sie sind in den Statistiken nicht von den in Deutschland geborenen Deutschen zu unterscheiden. Die Kritik an der statistischen Infrastruktur wurde seit vielen Jahren immer wieder erneuert und führt aktuell dazu, dass zumindest in der Bevölkerungsstatistik eine Umstellung begonnen hat. In der Arbeitsmarktstatistik ist sie geplant, aber es liegen noch keine entsprechenden Zahlen für die einzelnen Agenturen vor – auch nicht für Bremen und Bremerhaven. Daher lässt sich derzeit nur sehr unvollkommen zeigen, welchen Einfluss Unterschiede im Migrationsstatus

7 Vgl. ebenda.

8 Die dritte Gruppe nach den ›Gastarbeitern‹ und den ›Aussiedlern‹ bilden in Deutschland die sogenannten humanitären Immigranten, aktuell etwa 1,1 Million Menschen in Deutschland.

9 1996 gewährte Deutschland etwa 345.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina vorübergehenden Schutz, da ein großer Teil dieser Kriegsflüchtlinge das Land in den Folgejahren wieder verließ.

10 Seit 1991 existiert in Deutschland außerdem ein Aufnahmeprogramm für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Die jüdischen Zuwanderer müssen keinerlei Beziehung zu Deutschland nachweisen und mehr als 200.000 haben diese Möglichkeit bis heute genutzt.

11 Seit dem Jahr 1949 gilt für die Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, jeden Asylantrag zu prüfen.

12 1993 wurde durch eine Grundgesetzänderung der Asylanspruch eingeschränkt. Deutschland trat außerdem dem neugegründeten sogenannten Schengen- und Dublin-System bei, mit dem die Asylpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union koordiniert werden soll.

auf die Arbeitsmarktchancen haben und wie weit Benachteiligungen auf besondere Risiken der Einwanderungssituation oder auf einen unterprivilegierten ökonomischen Status zurückgehen. Auch welche Migrantengruppen das Arbeitskräfteangebot der jeweiligen Arbeitsmarktregion prägen, lässt sich statistisch nicht gut angeben. Deshalb muss berücksichtigt werden, dass die soziale Wirklichkeit in einem Bundesland wie Bremen, besonders für Migrantinnen und Migranten, erheblich vielfältiger ist, als die statistisch vorliegenden Informationen.

In Bremen und Bremerhaven hatten im Jahr 2010 von den 660.000 Bewohnerinnen und Bewohnern 184.000 einen Migrationshintergrund (27,8 Prozent). Die größte Bevölkerungsgruppe mit 100.000 Menschen sind deutsche Staatsbürger (15,2 Prozent). Etwas weniger als die Hälfte (84.000) hat eine ausländische Staatsbürgerschaft (12,7 Prozent). Von den 100.000 deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit Migrationshintergrund sind 40.000 in Deutschland geboren und haben keine eigene Migrationserfahrung (6,1 Prozent). Das gilt ebenso für 13.000 in Deutschland geborene Ausländer der sogenannten »zweiten und dritten« Generation (2,0 Prozent).

Von den 184.000 Menschen »mit Migrationshintergrund« im Land Bremen haben demnach 53.000 selbst keine Migration erlebt und sind keine Migranten (29 Prozent). 131.000 Bremer haben selbst Migrationserfahrungen und sind quasi »Zweihemische« (71 Prozent). Ihre Wurzeln liegen vor allem in der früheren Sowjetunion und in der Türkei, in Süd- und Osteuropa, im früheren Jugoslawien und in den letzten Jahren auch zunehmend in asiatischen und afrikanischen Ländern.

Die aktuelle Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2011 zeigt eine Stabilisierung der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bei 661.301. Der leichte Zuwachs konzentriert sich auf die Stadt Bremen (+979), während Bremerhaven einen leichten Rückgang verzeichnet (-384). Trotz dieses leichten Rückgangs in Bremerhaven hat diese Entwicklung auch einen positiven Aspekt, weil es sich um den geringsten Einwohnerverlust seit 2002 handelt. Interessanter als diese geringfügigen Verschiebungen der Einwohnerzahlen ist ein anderer Trend. Nicht allein Bremerhaven, sondern auch Bremen wäre in den letzten Jahren eine »schrumpfende Stadt«, ohne die erheblichen Zuzüge aus dem Aus-

Tabelle 1

Altersklasse in Jahren	Land Bremen 2010		
	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	in Prozent
unter 3	8.000	6.000	43%
3 bis unter 6	8.000	7.000	47%
6 bis unter 18	40.000	29.000	42%
18 bis unter 25	41.000	16.000	28%
25 bis unter 65	260.000	99.000	28%
über 65	128.000	18.000	12%

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Sonderauswertung

land. Von der Größenordnung bilden die Zuzüge aus den anderen deutschen Bundesländern zwar die größte Gruppe (22.699 Menschen). Da aber im Jahr 2011 gleichzeitig mehr als 23.000 Menschen in andere Bundesländer abgewandert sind, trägt diese Entwicklung nicht den Bevölkerungszuwachs. Die stabile oder leicht positive Bevölkerungsentwicklung in Bremen wird insbesondere von einer Zunahme der Zuzüge aus dem europäischen Ausland und aus Drittstaaten getragen (insgesamt 9.927 Menschen, +12,5 Prozent), bei einem gleichzeitigen Rückgang der Fortzüge ins Ausland auf 6.655 Menschen (-24,3 Prozent).¹³ Positive Wanderungsergebnisse gibt es insbesondere mit Polen, Bulgarien, Spanien, Italien und Rumänien.

Der Durchschnittswert von etwa 28 Prozent an Bewohnerinnen und Bewohnern mit einem »Migrationshintergrund« verdeckt aber die erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen. Tatsächlich gilt der Wert für die große Bevölkerungsgruppe im erwerbstätigen Alter (18 bis 65

Tabelle 2: Aufenthaltsdauer der Migrantinnen und Migranten

Aufenthaltsdauer	Land Bremen 2010	
	mit Migrationshintergrund	in Prozent
über 30 Jahre	13.850	18%
20–30 Jahre	7.580	10%
10–20 Jahre	16.050	21%
5–10 Jahre	11.500	15%
weniger als 5 Jahre	13.250	17%
in Bremen geboren	14.230	19%
»ausländische« Bevölkerung	76.460	100%

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Sonderauswertung

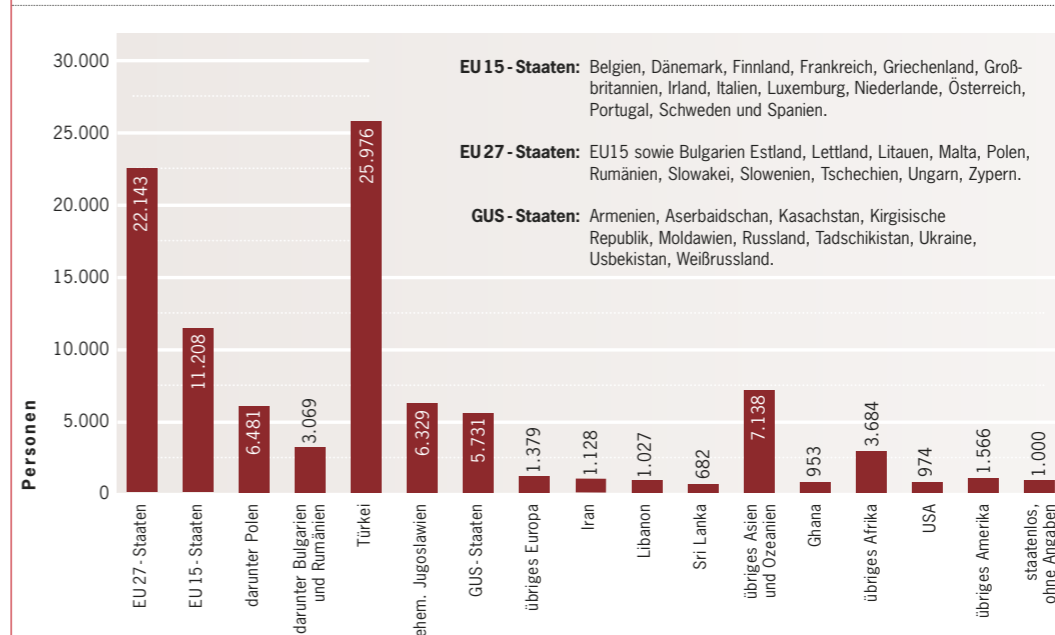
Jahre). Erheblich weniger Menschen im Alter von über 65 Jahren haben einen »Migrationshintergrund« (12 Prozent), aber nahezu fast die Hälfte der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren (42 bis 47 Prozent).

Die Unterscheidung in verschiedene Altersgruppen zeigt außerdem, dass von den 184.000 Bremerinnen und Bremern, die in der Statistik mit einem Migrationshintergrund bezeichnet werden, rund 115.000 im erwerbsfähigen Alter sind. Ihre Arbeitsmarktchancen unterscheiden sich auch dadurch erheblich, weil sie zu unterschiedlichen Phasen der Einwanderung nach Bremen gekommen sind. Manche in Phasen mit vergleichsweise besserer Nachfrage-situation, manche in Phasen steigender Arbeitslosigkeit. Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass Zuwanderer, die schon länger im Land Bremen leben, in der Regel auch besser in den Arbeitsmarkt integriert sind. Sie sind bereits vertrauter mit den Gegebenheiten, insbesondere mit der Sprache und besitzen außerdem schon mehr Erfahrungen und Kontakt-netze in die Arbeitswelt. Insofern ist die Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung zwar lediglich ein Anhaltspunkt unter vielen anderen, er beeinflusst aber nachhaltig die Arbeitsmarktintegration.

Im Durchschnitt« lebt die ausländische Bevölkerung im Jahr 2010 seit etwa 17 Jahren in Bremen, wobei fast jeder Fünfte mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft in Bremen geboren wurde (19 Prozent). Weniger als fünf Jahre, also erst relativ kurz, leben rund 17 Prozent der ausländischen Bevölkerung im Bundesland Bremen und weitere 15 Prozent leben hier fünf bis zehn Jahre. Für diese Gruppen der ausländischen Bevölkerung ist es nicht ohne Bedeutung, dass es in Deutschland nach acht Jahren Aufenthaltsdauer möglich wird, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Sie zählen also zur ausländischen Bevölkerung, weil allein aufgrund der Regelungen des Einwanderungsgesetzes kein anderer Status möglich ist – egal ob sie ihn anstreben oder nicht. Die größte Gruppe, mit etwas mehr als 16.000 Menschen (21 Prozent) lebt schon seit 10 bis 20 Jahren im Bundesland Bremen. 28 Prozent leben hier bereits relativ lang, über 20 Jahre. Es gibt mittlerweile sogar 4.400 ausländische Menschen, die schon länger als 40 Jahre in Bremen leben und in der Anwerbephase als »Gastarbeiter« nach Bremen gekommen sind.

Neben der Aufenthaltsdauer in Bremen ist das Herkunftsland beziehungsweise die Staatsangehörigkeit ein weiterer wichtiger Aspekt, weil

Abb. 2: Ausländerinnen und Ausländer nach Staatsangehörigkeit im Land Bremen 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Darstellung: Rohmeyer

damit Unterschiede im rechtlichen Status auf dem Arbeitsmarkt verbunden sind. Eine genaue Differenzierung der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer zeigt Abbildung 2.

Die insgesamt größte Gruppe unter den Ausländerinnen und Ausländern im Bundesland Bremen sind die Menschen türkischer Staatsangehörigkeit, gefolgt von denjenigen aus der Europäischen Union.

Die Gruppe der türkischen Staatsangehörigen setzt sich überwiegend aus Arbeitsmigranten der Anwerbephase (1961 bis 1973) und deren Nachkommen sowie Familienmitgliedern, die im Rahmen des Familiennachzugs immigriert sind, zusammen. Die Menschen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind zum einen ebenfalls Arbeitsmigranten aus der Anwerbezeit sowie deren nachfolgende Generation(en), zum anderen aber auch Kriegsflüchtlinge aus den Jahren 1991 bis 1999. Die Gruppe der Menschen aus Polen, Bulgarien und Rumänien sind überwiegend neuere Arbeitsmigranten. Bei den Zuwanderern aus dem Iran, dem Libanon, Sri Lanka und Ghana handelt es sich dagegen in erster Linie um (Kriegs-)Flüchtlinge beziehungsweise politisch Verfolgte.

Durch die weiter oben dargestellten verschiedenen Phasen der Zuwanderung in das Bundesland Bremen, besitzen die einzelnen Migrantengruppen verschiedene, für ihre Chancen auf dem Bremer Arbeitsmarkt, bedeutsame Statusunterschiede. Diese beruhen auf ungleichen Aufenthalts-, arbeitserlaubnis-, sozial- und bürgerrechtlichen Situationen, die mehr oder weniger direkt ihre Bildungs-, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten betreffen. Das führt zugespitzt gesagt zu einer abgestuften Bevorzugung von Arbeitskräften mit deutscher Staatsbürgerschaft gegenüber EU-Bürgern, die wiederum gegenüber Arbeitskräften aus »Drittstaaten« im Vorteil sind, wobei auch »Drittstaatler« über gute Chancen verfügen, wenn es sich um hoch qualifizierte Unternehmer, Wissenschaftler und Spezialisten handelt. Über die schlechtesten oder gar keine Chancen verfügen Flüchtlinge mit befristeten Aufenthaltsrechten und Asylbewerber ohne jede Arbeitserlaubnis. Auch die neuen EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien verfügen noch nicht über die volle Freizügigkeit, sondern erst ab 2014.

Statusmerkmale der Migrantinnen und Migranten

- EU-Binnenmigranten
- (Spät-)Aussiedler
- Flüchtlinge, Asylbewerber
- Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion
- Saisonarbeiter
- Werkvertrags-Arbeitnehmer
- IT-Fachkräfte (über »green-card«)
- Ehegatten- und Familiennachzug aus Drittstaaten
- Ausländische Studierende
- Irreguläre Migranten (ohne Aufenthaltsrecht)
- Migranten ohne eigene Wanderungserfahrung (zweite und dritte Generation)

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen

Die Entwicklungen auf den regionalen Arbeitsmärkten verliefen in den letzten Jahren insgesamt für viele überraschend positiv, so dass in der Öffentlichkeit von einem »Jobwunder« gesprochen wurde. Eine insgesamt positive Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigt sich auch für das Bundesland Bremen, wenn auch in abgeschwächter Form. Anders als oft behauptet, erhöhte sich die Erwerbstätigkeit auch nicht allein durch prekäre Jobs, zum Beispiel in der Leiharbeit (aber dort besonders stark), sondern auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Bundesland Bremen war das zwischen 2006 und 2011 immerhin ein Zuwachs von rund 19.000 Beschäftigten (7 Prozent). Einen höheren Zuwachs gab es im gleichen Zeitraum bei den ausländischen Beschäftigten (16,7 Prozent), ausgehend jedoch von einem vergleichsweise geringen Niveau. Das wird deutlich, wenn als

Tabelle 3:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Land Bremen		Veränderung 2006/2011 in %
	2006	2011	
gesamt	271.900	291.100	+ 7,1
Ausländer	16.800	19.600	+ 16,7
mit Migrationshintergrund ¹⁴	33.900	39.600	+ 16,8
ohne Berufsausbildung	36.581	35.000	- 4,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Nordost

¹⁴ Da bisher in der Arbeitsmarktstatistik lediglich die Kategorie der Ausländer erhoben werden kann, handelt es sich bei den Menschen mit Migrationshintergrund lediglich um eine hochgerechnete, nicht jedoch reale Zahl.

Tabelle 4:
Beschäftigung

	Land Bremen			Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort 2011									
insgesamt	291.062	271.371	19.589	244.130	227.295	16.745	46.932	44.076	2.844
Männer	164.062	151.806	12.198	137.584	127.134	10.401	26.478	24.672	1.797
Frauen	127.000	119.565	7.391	106.546	100.161	6.344	20.454	19.404	1.047
geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort 2011									
insgesamt	70.465	62.014	8.324	58.982	51.426	7.453	11.483	10.588	871
Männer	28.258	24.317	3.887	23.853	20.322	3.484	4.405	3.995	403
Frauen	42.207	37.697	4.437	35.129	31.104	3.969	7.078	6.593	468

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Nordost

ein zentrales Merkmal für eine gute oder weniger gute Integration der Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt die Beschäftigungsquote betrachtet wird: Gezählt wird der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Im Vergleich der Bundesländer hatte Berlin im Jahr 2011 für alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit einer Quote von 44 Prozent den niedrigsten Wert, gefolgt von Bremen mit 47 Prozent. Die höchsten Beschäftigungsquoten haben Bayern (55 Prozent) und Thüringen (56 Prozent). Der Bundesdurchschnitt liegt bei 54 Prozent.

Erheblich niedriger als die Quoten für alle Beschäftigten, sind die Beschäftigungsquoten der Ausländerinnen und Ausländer. Sie liegen wiederum am höchsten in Bayern mit 41 Prozent sowie in Hessen mit 42 Prozent. Die niedrigsten Quoten in den westlichen Bundesländern finden sich im Saarland (26 Prozent), in Schleswig-Holstein und Niedersachsen (27 Prozent), gefolgt von Bremen mit 29 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 34 Prozent. Dementsprechend ist im Bundesland Bremen die Gruppe der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer vergleichsweise klein, mit rund sieben Prozent. Es wird geschätzt, dass es etwa doppelt so viele Beschäftigte gibt, wenn der Migrationshintergrund erhoben werden würde (14 Prozent).

Viel umfangreicher stellt sich die Integration in den Arbeitsmarkt dar, wenn nicht allein die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sondern alle Erwerbstätigen, und zwar am Arbeitsort, einbezogen werden (einschließlich der Pendler). Auf dieser Berechnungsgrundlage zeigt sich für das Land Bremen ein deutlich höherer Anteil Erwerbstätiger. Von den Einwohnerinnen und Einwohnern im

Bundesland Bremen zählten im Jahr 2009 insgesamt 64,3 Prozent zu den Erwerbstätigen: 66,7 Prozent der Männer und 61,8 Prozent der Frauen. Wird auch bei den Erwerbstätigen der Migrationshintergrund als Merkmal berücksichtigt, liegt die Quote bei Männern ohne Migrationshintergrund bei 70 Prozent, bei Männern mit Migrationshintergrund bei 58,4 Prozent, also über zehn Prozentpunkte niedriger. Frauen ohne Migrationshintergrund haben eine Erwerbstätigenquote von 66,7 Prozent gegenüber lediglich 49,3 Prozent bei den Frauen mit einem Migrationshintergrund. Das sind bei den Frauen 17,4 Prozentpunkte weniger.¹⁵ Der erheblich größere Abstand bei den Frauen mit einem Migrationshintergrund ist aber nicht »bremenspezifisch«, sondern ein bundesweites Phänomen.

Die insgesamt positiven Entwicklungen, auch am Bremer Arbeitsmarkt, sind jedoch lediglich ein Aspekt von einer insgesamt widersprüchlichen Entwicklung. Denn die Lage auf dem Bremer Arbeitsmarkt ist weiterhin angespannt, nicht zuletzt durch die hohe Zahl von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Die Anzahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten hat sich in den letzten Jahren (seit 2008) bei den deutschen Beschäftigten nicht weiter erhöht und liegt im Bundesland Bremen relativ stabil bei 62.014 Menschen. Im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist das ein Anteil von 23 Prozent. Die Anzahl der geringfügig entlohnten ausländischen Beschäftigten ist in diesem Zeitraum jedoch weiter gestiegen, von rund 7.700 auf 8.324 Beschäftigte. Außerdem ist im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil der ausländischen geringfügig Beschäftigten mit 42 Prozent erheblich höher. Bei den ausländischen Frauen sind es sogar 60 Prozent.

¹⁵ Vgl. Integrationsministerkonferenz (2011), S. 147.

Von den ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist die Mehrzahl in Wirtschaftsabteilungen beschäftigt wie dem Groß- und Einzelhandel (1.771), der Arbeitnehmerüberlassung (1.680), in der Logistik/Lagerei, Verkehr, Kurierdienste (1.500), in der Gastronomie (1.496), in der Gebäudebetreuung (1.241), in Erziehung und Unterricht (1.008), in der Nahrungsmittelindustrie (956), im Gesundheitswesen (796) und im Baugewerbe (607).

Ein Blick auf die ausländischen gering entlohnten Beschäftigten zeigt, dass die Mehrzahl in Wirtschaftsabteilungen beschäftigt ist wie in der Gebäudebetreuung (1.738), in der Gastronomie (1.693), dem Einzelhandel (774), in überwiegend persönlichen Dienstleistungen (450) und als Hauspersonal (215), in Erziehung und Unterricht (363) sowie im Gesundheitswesen (245) und der Arbeitnehmerüberlassung (268).

Durch die schwierige Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt, besonders für die ausländischen Beschäftigungssuchenden, hat in den letzten Jahren die Selbstständigkeit als ein Weg zur wirtschaftlichen Integration an Bedeutung gewonnen. Sie wird mittlerweile als Alternative zur abhängigen Beschäftigung auch gefördert.¹⁶ Diese Entwicklung kann aber nicht allein als beruflich-soziale Aufstiegschance interpretiert werden. Trotz steigender Gründungsraten bei ausländischen gegenüber deutschen Unternehmerinnen und Unternehmern, haben erstere höhere Konkurs- und Insolvenzraten.¹⁷ Außerdem hat sich seit dem Jahr 2007 die Gruppe der Selbstständigen, die aufstockende Hartz-IV-Leistungen beziehen, auf mehr als 1.800

verdoppelt. Für das Bundesland Bremen liegen über die Gesamtzahl der ausländischen Selbstständigen jedoch keine offiziellen Zahlen vor. Schätzungen für die Stadt Bremen gehen von einer Gesamtzahl von rund 9.000 Menschen aus (vgl. dazu genauer den Beitrag: Stadtteilökonomie Bremen-Gröpelingen).

Arbeitslosigkeit von Deutschen und Ausländern im Bundesland Bremen

Die insgesamt positiven, aber auch widersprüchlichen Entwicklungen auf den regionalen Arbeitsmärkten, haben auch in Bremen in den letzten Jahren zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Ein Vergleich der Arbeitslosenquoten¹⁸ von Deutschen und Ausländern zeigt einen insgesamt sehr ähnlichen Verlauf, jedoch auf einem ganz unterschiedlichen Niveau. Sie lag im Jahr 2011 bei den Ausländern und Ausländerinnen bei 26 Prozent, während die Arbeitslosenquote der Deutschen 11 Prozent betrug. Insgesamt verringerte sich die Anzahl der Arbeitslosen im Bundesland Bremen seit dem Jahr 2006 von 47.710 auf 37.470 im Jahr 2011 (-21,5 Prozent). Auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer reduzierte sich von 9.500 im Jahr 2006 auf 8.100 im Jahr 2011 (-14,7 Prozent).

Betrachtet man die Gruppe der jungen Erwerbstätigen (ab 15- bis unter 25 Jahren) verschärft sich dieser Kontrast: Während die Arbeitslosigkeit der Deutschen dieser Altersgruppe insgesamt »nur« bei 9,7 Prozent liegt, weisen die ausländischen Menschen eine Arbeitslosigkeit von 28 Prozent¹⁹ auf. Bei der Altersklasse der ab 55- bis unter 65-Jährigen

zeigt sich ein ähnliches Verhältnis: Weist die Gruppe der Deutschen eine Arbeitslosigkeit von 9,8 Prozent auf, liegt diese bei der Gruppe der Ausländer mit 16,2 Prozent deutlich höher.

Trotz der Verringerung der Zahl der Arbeitslosen insgesamt, bleibt die Situation am Bremer Arbeitsmarkt schwierig. Denn der erheblich größere Teil der Arbeitslosen profitiert von der stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften kaum. Das ist vor allem der erheblich größere Teil der Arbeitslosen, die sich im Arbeitslosengeldbezug des SGB II (Hartz IV) befinden. Dagegen verliert die Gruppe im Arbeitslosengeldbezug des SGB III, mit Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung, immer stärker an Bedeutung. Das gilt in zugespitztem Maße für die ausländischen Arbeitslosen. Es gibt im Bundesland Bremen lediglich noch wenige Hundert Menschen, die überhaupt noch Ansprüche an die gesetzliche Arbeitslosenversicherung erworben haben.

Die geschilderten Verbesserungen auf dem Bremer Arbeitsmarkt relativieren sich weiter, weil sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht bei allen Erwerbstätigen auch in einer angemessenen finanziellen Verbesserung ihrer Situation niederschlägt. Denn im Bundesland Bremen nimmt seit dem Jahr 2007 die Zahl der Erwerbstätigen weiter zu, die trotz Arbeit weiterhin auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) angewiesen sind. Das waren 2007 15.700 Erwerbstätige, im Jahr 2010 aber bereits 18.400.²⁰ Die weiterhin schwierige Lage unterstreicht außerdem ein Blick auf die sogenannte »Unterbeschäftigung« im Land Bremen. Denn zusätzlich zu den offiziell registrierten Arbeitslosen befinden sich auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nicht in einem regulären Beschäftigungsverhältnis. Wird dieser Personenkreis berücksichtigt, waren im April 2012 im Land Bremen 37.921 Menschen offiziell arbeitsuchend, tatsächlich aber 50.392 unterbeschäftigt.²¹

Die besondere Armutproblematik im Bundesland Bremen

Trotz der geschilderten positiven, aber auch widersprüchlichen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Bundesland Bremen, führte das nicht zu einem nennenswerten Rückgang der überdurchschnittlichen Armut. Weiterhin ist die Betroffenheit durch materielle Armut in Bremen und

Bremerhaven höher als im Bundesdurchschnitt, höher als in den anderen Bundesländern (außer Berlin) und auch höher als in den meisten deutschen Großstädten (außer den Ruhrgebietsstädten). Die überdurchschnittliche Armut ist aber nicht allein für die Stabilisierung des sozialen Zusammenhalts eine schwierige Zukunftsaufgabe. Auch für die Zukunftsaussichten der nachwachsenden Generation ist eine familiäre Armutssituation eine nur schwer zu überwindende Bürde (vgl. Teil 2). Auch aus diesen Gründen wird insbesondere der Armutsbekämpfung in der kommenden Förderperiode der Europäischen Union mit der Strategie Europa 2020 (Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds) eine hohe Bedeutung beigemessen.²² Aufbauend auf die langjährige Tradition der Armuts- und Sozialberichte der Arbeitnehmerkammer und der 2009 begonnenen Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bremer Senats, müssen die vorliegenden Vorschläge und denkbaren Maßnahmen endlich in wirksame Strategien zur Verringerung der Armut umgesetzt werden.

Erklärungsansätze

Bei Vergleichen zwischen Deutschen und zugewanderten Menschen werden immer wieder Erklärungen für die deutlich geringeren Quoten bei den Beschäftigten und den Erwerbstätigen oder für die höheren Quoten bei Arbeitslosen und von Armut betroffenen Menschen gesucht. Untersuchungen zu diesem Thema betonen häufig einzelne Gründe, die zu einer Benachteiligung beitragen. Fast immer spielen jedoch mehrere Gründe gleichzeitig zusammen und führen im Ergebnis zu schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Tabelle 6: Armutsgefährdungsquoten

Armutsgefährdung gemessen am Bundesmedian	Land Bremen			Veränderung 2006/2010 in %-Punkten
	2006 in %	2008 in %	2010 in %	
insgesamt	20,4	22,2	21,1	+0,7
Männer	21,1	22,7	20,6	-0,5
Frauen	19,8	21,8	21,5	+1,7
Ausländer/innen	50,9	53,7	48,3	-2,6
mit Migrationshintergrund	41,6	43,0	40,4	-1,2

Quelle: Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2012), S. 41

20 Vgl. Arbeitnehmerkammer Bremen (2012a), S. 40.

21 Vgl. Arbeitnehmerkammer Bremen (2012b), S. 12.

22 Die Strategie »Europa 2020« sieht im Bereich der sozialen Sicherung eine Armutsbekämpfung für 20 Millionen Menschen vor.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit

	Land Bremen			Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer
Arbeitslosenzahlen im SGB III (Arbeitslosengeld) 2011									
insgesamt	6.402	5.576	826	5.314	4.611	703	1.088	964	124
Arbeitslosenzahlen im SGB II (Hartz IV) 2011									
insgesamt	31.068	23.821	7.247	23.200	17.198	6.002	7.868	6.623	1.245
Arbeitslosenzahlen insgesamt									
insgesamt	37.470	29.397	8.073	28.514	21.809	6.705	8.956	7.587	1.369

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Nordost

16 Durch Gründungsberatung und Gründungszuschüsse der Agenturen für Arbeit sowie Beratungen und Gründungsinitiativen der Industrie und Handelskammern (IHK).

17 Vgl. Jung, Martin u. a. (2011).

18 Die Bundesagentur für Arbeit kann die Arbeitslosenquoten nur nach Staatsangehörigkeit unterschieden ausweisen.

19 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2011).

■ Der am häufigsten genannte Grund ist das insgesamt geringere Bildungs- und Ausbildungsniveau zwischen Zuwanderern und der im Land geborenen Menschen. Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen den in Bremen geborenen und den zugewanderten Menschen besonders groß. Im Bundesland Bremen ist im Jahr 2009 bereits die Bevölkerungsgruppe der Deutschen ohne Berufsabschluss mit fast 20 Prozent vergleichsweise umfangreich. Bei den Menschen mit einem Migrationshintergrund ist es jedoch nahezu die Hälfte. Dieser Anteil ist auch deshalb so groß, weil ein erheblicher Teil von ihnen durchaus einen Beruf erlernt hat, dieser in Deutschland aber nicht anerkannt wird. Aber selbst Zuwanderer mit hohen Bildungsabschlüssen und anerkannten Berufsausbildungen finden seltener eine qualifizierte Beschäftigung als nicht zugewanderte Menschen mit vergleichbaren Qualifikationen. Auch hier gilt, dass die entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse lediglich ein Aspekt unter anderen sind.

■ Das Problem nicht anerkannter Abschlüsse und von Berufserfahrungen im Ausland spielt jedoch bei der bereits in Bremen geborenen, sogenannten zweiten und dritten Generation keine Rolle mehr. Deshalb wird besonders intensiv auf diese nachwachsenden Generationen geschaut. Sind sie erfolgreich im Bildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft? Hier belegen die OECD-/PISA-Daten, dass der Abstand der »zweiten Generation« zu den übrigen Schülerinnen und Schülern in vielen europäischen Ländern – und besonders in Bremen und in Deutschland – weiterhin erheblich ist. Ein Teil dieses vergleichsweise großen Abstands lässt sich durch die unterschiedliche materielle Lage vieler Familien mit einem Migrationshintergrund erklären. Denn bei vergleichbarer materieller Lage erreichen auch Kinder aus deutschen Elternhäusern nicht wesentlich bessere Schul- oder Ausbildungsabschlüsse. Werden auch diese Einflüsse berücksichtigt, bleibt immer noch eine Erklärungslücke.

■ Ein weiterer Erklärungsgrund sind die häufiger fehlenden persönlichen oder familiären Netzwerke. Wie Arbeitsmarktuntersuchungen in Deutschland zeigen, wird mehr als ein Drittel der offenen Stellen über persönliche Kontakte besetzt. Einwanderer und ihre Kinder verfügen aber häufig über weniger Kontakte zu möglichen Arbeitgebern oder zu sogenannten »Schlüsselpersonen«, die als Vermittler hilfreich sein können.

■ Eine weitere, nachgewiesene Erklärung sind außerdem verschiedene Formen offener oder verdeckter Diskriminierung. Das klassische und häufig nachgewiesene Beispiel sind Bewerbungen, die aufgrund eines ausländisch klingenden Namens und einer »schlechten« Adresse (»benachteiligender Stadtteil«), von Anfang an aussortiert werden. Aber auch ein häufig vorgebrachtes Argument von Arbeitgebern ist zwiespältig. Sie argumentieren, dass sie bei Tätigkeiten mit Kundenkontakt, Rücksicht auf die Vorbehalte ihrer Kundinnen und Kunden gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nehmen müssten. Wenn nicht, müssten sie um ihren Umsatz und ihre Kundschaft fürchten und würden womöglich das gesamte Unternehmen gefährden. Bei solchen Argumentationen ist es kaum möglich zu unterscheiden, ob die Kundschaft tatsächlich Vorbehalte gegenüber Ausländerinnen und Ausländern haben oder ob es sich um vorgeschobene, eigene Vorbehalte handelt?

Tabelle 7: Berufliche Abschlüsse der Bevölkerung im Alter von 25 bis 65 Jahren im Land Bremen im Jahr 2009 in Prozent

	Männer	Frauen
ohne Berufsabschluss		
insgesamt	25,5	28,1
mit Migrationshintergrund	47,7	47,5
ohne Migrationshintergrund	17,1	20,7
mit abgeschlossener Berufsausbildung		
insgesamt	49,3	49,7
mit Migrationshintergrund	34,7	34,0
ohne Migrationshintergrund	54,9	55,7

Quelle: Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012), S. 62

Eine arbeitsmarktorientierte Förderung von ausländischen Beschäftigten, von Aussiedlern und Menschen mit Migrationshintergrund steht demnach vor der komplexen Herausforderung, möglichst an der Förderung von höherwertigen Schul- und Berufsabschlüssen; bei einer weitergehenden Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Berufserfahrungen; durch den Aufbau und die Einbindung in regionale Netzwerke der öffentlichen und privaten Arbeitgeber (Mentoren, Patenschaften, Kontaktforen, Praktika) sowie durch den Abbau struktureller und direkter Diskriminierung.

Literatur

- **Arbeitnehmerkammer Bremen (2012a):** Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande Bremen, März 2012.
- **Arbeitnehmerkammer Bremen (2012b):** Statistischer Jahresbericht 2012. Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialstatistik, Juni 2012.
- **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven (2012):** Bildung – Migration – soziale Lage. Voneinander und miteinander lernen. Bildungsberichterstattung für das Land Bremen. Hrsg. von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Bremen 2012.
- **Bundesagentur für Arbeit (1971):** Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 19. Jg. Sondernummer: Arbeitsstatistik 1970, Jahreszahlen.
- **Bundesagentur für Arbeit (2011):** Analytikreport der Statistik. Analyse des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, Oktober 2011.
- **Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2012):** Jahresbericht 2011 des Landes Bremen, 2011 ESF Durchführungsbericht V_1 2, 29. Mai 2012.
- **Hergesell, Burkhard (2005):** Eine Hand voll Zukunft. Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in Bremerhaven 1955–2005.
- **Integrationsministerkonferenz (2011):** Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK). Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005–2009, Teil 2, Datenband, Februar 2011.
- **Jung, Martin u.a. (2011):** Jung, Martin/Unterberg, Michael/Bendig, Mirko/Seidl-Bowe, Britta: Unternehmensgründungen von Migranten und Migrantinnen. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Juli 2011.
- **Landesarbeitsamt Bremen (1962):** Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik 1961, 1962.
- **Nordseezeitung vom 21.12.1955.** In: Hergesell, Burkhard (2005), S. 14.
- **Senatspressestelle (2012):** Pressemitteilung: Bevölkerungszuwachs in Bremen im Jahr 2011, vom 16.07.2012.
- **Statistisches Bundesamt (2011a):** Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2010, erschienen am 06.09.2011.
- **Statistisches Bundesamt (2011b):** Fachserie 1, Reihe 2.2, Migration in Deutschland 2010, erschienen am 26.09.2011.
- **Statistisches Landesamt Bremen (1982):** Statistisches Handbuch 1975–1980.
- **Statistisches Landesamt Bremen (2011):** Wanderungen über Gemeinde- und Landesgrenzen nach Staatsangehörigkeit. Lange Reihe 1971 bis 2011.

Stadtteilökonomie Bremen-Gröpelingen

PROF. DR. FELICITAS HILLMANN

FU Berlin, Institut für
Geographische Wissenschaften

LEA ROHMEYER

Institut für Geographie
Universität Bremen

Großstädte wie Bremen müssen seit vielen Jahren lernen, mit mehr Vielfalt, mit einer stärkeren Polarisierung der Einkommen und wachsenden Ungleichheiten zwischen wohlhabenden und ärmeren Quartieren zu leben (»Spaltung der Stadt«). Gerade durch die Vielfalt der migrantischen Bevölkerung treten diese Entwicklungen augenfällig hervor. Aussiedler, Ausländer und Deutsche mit einem Migrationshintergrund »unterschichten« zum einen die etablierten einheimischen Milieus, während gleichzeitig ein wachsender Teil von ihnen eine gut gebildete Mittelschicht herausbildet. Angesichts dieser Veränderungen in der Bremer Stadtgesellschaft hat die Arbeitnehmerkammer im Frühjahr 2012 eine lokale Expertise für den Stadtteil Gröpelingen in Auftrag gegeben.¹ Neben den Hauptgruppen der sozialversicherungspflichtigen und der geringfügig Beschäftigten sollte auch das »dritte Standbein« migrantischer Erwerbstätigkeit, die Selbstständigen näher untersucht werden.

Der Stadtteil Gröpelingen wurde ausgewählt, weil er wie kaum ein anderer schon seit vielen Jahrzehnten in einem besonderen Maße durch Migration geprägt ist (Zu- und Abwanderung). Obwohl Gröpelingen für die Gesamtstadt eine weit überdurchschnittliche Integrationsleistung erbringt, ist das Image des Stadtteils zwiespältig. Gröpelingen ist ein junger und internationaler Stadtteil mit erheblichen Zukunftspotenzialen. Die räumliche Nähe zu den aufgewerteten Wasserlagen der Überseestadt und den ehemaligen Hafengebieten bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten. Im Alltag ist jedoch gerade der Kontrast zwischen dem modernen Wohnen in der Überseestadt und den angrenzenden Quartieren mit hoher Arbeitslosigkeit (25 Prozent) und einem hohen Armutsrisiko der jungen Menschen besonders schroff (50 Prozent der unter 18-Jährigen). Diese Spannungsverhältnisse haben aktuell dazu geführt, dass der »Bremer Westen«, einschließlic von Gröpelingen, zu einem Schwerpunkt der Bremer Stadtentwicklung und der Bildungsförderung erklärt wurde. In neuen Ansätzen der Stadt- und Stadtteilentwicklung² gilt besonders die Förderung und Weiterentwicklung der Stadtteilökonomie als ein zentraler

»Hebel« für lokale Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung, zur Verbesserung des »Images« und des sozialen Zusammenhalts. Damit kommt den dort tätigen Selbstständigen, insbesondere den vielen migrantischen Geschäftsleuten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, eine wichtige Funktion zu. Sie betreiben im Stadtteil überwiegend Kleinunternehmen und wenige mittelgroße Betriebe.

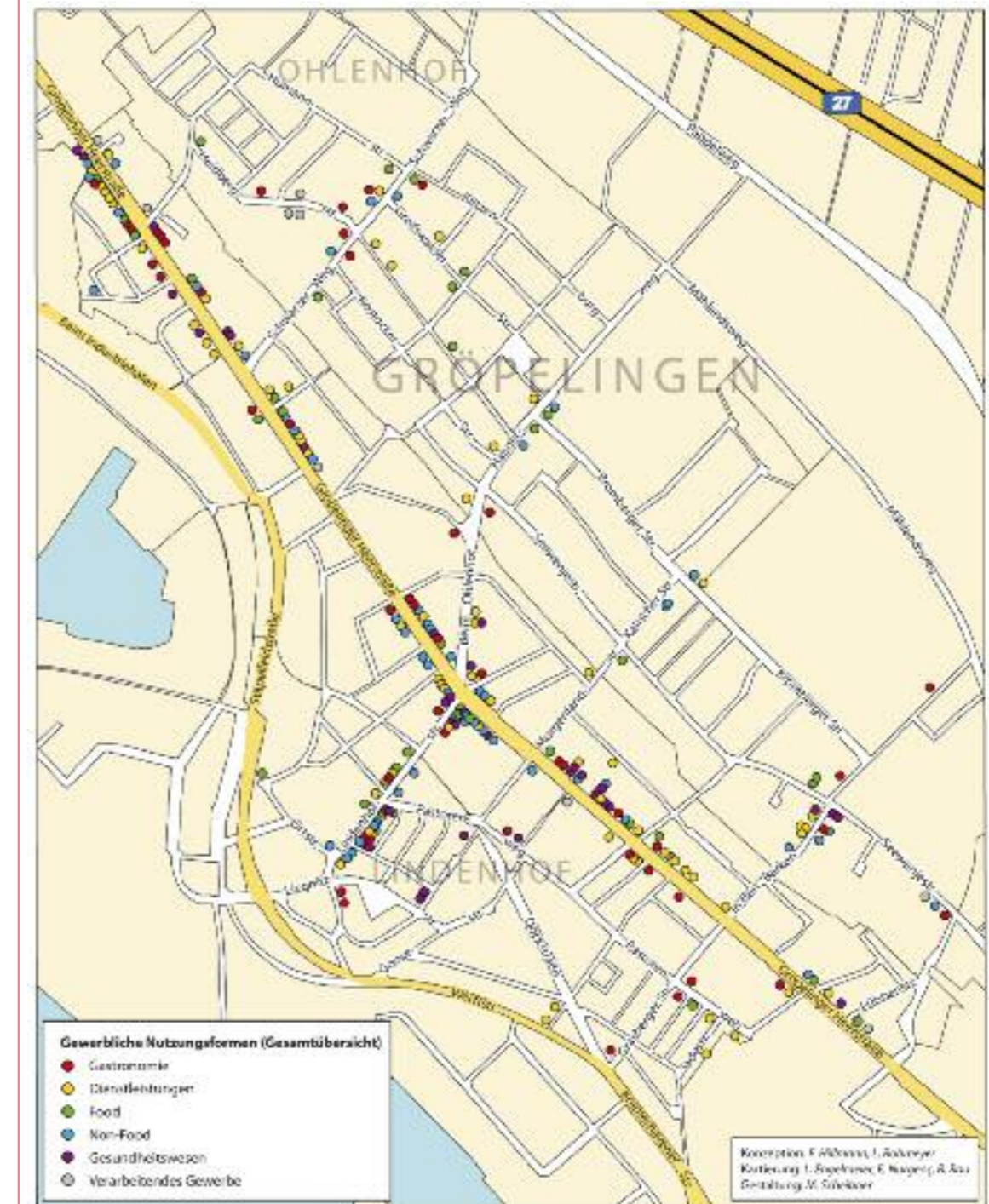
Die Ziele der lokalen Expertise zu den migrantischen Gewerbetreibenden in Gröpelingen lagen in der näheren Klärung folgender Fragen:

- In welchen Bereichen und unter welchen Bedingungen arbeiten die Menschen mit einem Migrationshintergrund (Arbeitszeiten, Beschäftigte, Qualifikation, Einkommen, Stabilität beziehungsweise Ertrag der Gewerbe)?
- Welche Rolle spielt das migrantische Unternehmertum, inwiefern trägt es zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in den Quartieren bei und wie kann es weiterentwickelt werden?

Für die Expertise und zur Beantwortung der genannten Fragen wurden in den Ortsteilen Gröpelingen, Lindenhof und Ohlenhof insgesamt 268 gewerbliche Nutzungsformen erfasst und in einer Karte festgehalten (siehe Abb. 1). Die Karte zeigt, dass sich die Unternehmen besonders entlang der »Gröpelinger Heerstraße« zwischen »In den Barken« und »Morgenlandstraße«, an der Ecke »Gröpelinger Heerstraße«/»Lindenhofstraße«, in der »Lindenhofstraße« am »Schwarzen Weg« und zwischen »Rostocker Straße« und »Humannstraße« konzentrieren.

Die Betriebe wurden in die Kategorien »Einzelhandel«, »Dienstleistungen«, »Gastronomie«, »Gesundheitsbereich«, »verarbeitendes Gewerbe« und »Sonstiges« unterteilt. Unter »Einzelhandel Food« sind sämtliche Bäcker, Discounter, Kioske, Obst- und Gemüsehändler und (kleine) Supermärkte gefasst. Mit »Einzelhandel Non-Food« sind Drogerien, Fachhandel, Blumenläden und so weiter gemeint. Die Kategorie »Dienstleistungen« umfasst Friseure, Änderungsschneidereien, Fahrschulen, Versicherungsbüros und anderes, zur Kategorie »Gastrono-

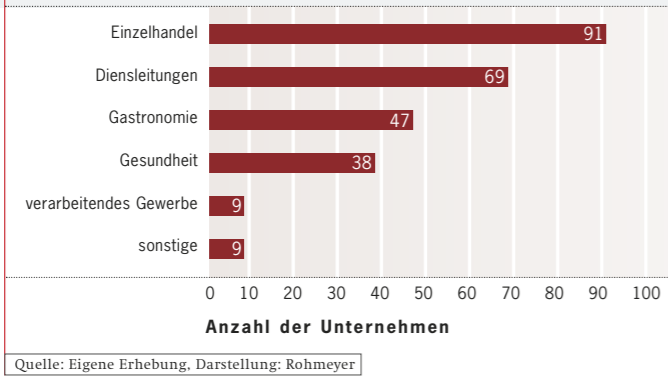
Abb. 1: Verteilung der erhobenen gewerblichen Nutzungen nach Kategorien



¹ Vgl. Hillmann/Rohmeyer (2012).

² Der Senator für Wirtschaft und Häfen verweist in seiner Mittelstands- und Existenzgründungsinitiative auf die besonderen Potenziale und den engen Zusammenhang zwischen lokaler Ökonomie und der Kreativwirtschaft (vgl. Der Senator für Wirtschaft und Häfen 19.05.2009). Ebenso die Ansätze und Projekte des IBA-Programms »Lokale Ökonomie« im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg.

Abb. 2:
Die Unternehmen der Kartierung nach Branchen



mie« gehören Einrichtungen wie Restaurants, Imbisse, Kneipen, Gaststätten und Cafés. Der »Gesundheitsbereich« vereint Arztpraxen, Orthopäden und Physiotherapeuten. Unter »sonstige« sind in dieser Studie Gemeinschaftshäuser, Kulturvereine und soziale Einrichtungen gefasst (Abb. 2).

Abbildung 2 zeigt, dass der Einzelhandel in den Ortsteilen Ohlenhof, Gröpelingen und Lindenhof dominiert. Ein ebenfalls bedeutsamer Bereich sind die Dienstleistungen, gefolgt von der Gastronomie. 38 Betriebe sind der Kategorie »Gesundheit« zuzuordnen und neun dem verarbeitenden Gewerbe.

Bei 87 von insgesamt 268 Unternehmen hat der Geschäftsinhaber oder die Geschäftsinhaberin einen Migrationshintergrund, dies entspricht 33 Prozent. Bereits dieser Befund widerspricht vielen in der Stadt und im Stadtteil Gröpelingen verbreiteten Vorurteilen, dass die Stadtteilökonomie »in türkischer Hand« sei oder einem »Basar« gleiche (»Klein-Istanbul«). Rund 43 Prozent aller Geschäftsleute der Gastronomiebetriebe und 37 Prozent der Einzelhandelsbetriebe (»Food« und »Non-Food«) besitzen einen Migrationshintergrund, ebenso wie 35 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und 21 Prozent aus dem Gesundheitsbereich.

Es gibt in Gröpelingen aber nicht allein die einzelnen Unternehmen, sondern ein gewachsenes Netzwerk, das über eine klassische Interessenvertretung der Einzelhändler weit hinausgeht. Ursprünglich gefördert mit EU-Mitteln (EFRE³-Projekten), verfolgt dieses Netzwerk eine integrierte Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung des Stadtteils. Wichtig für die Arbeit des Netzwerkes ist, dass keine besonderen Unterschiede zwischen Mitgliedern mit oder ohne Migrationshintergrund gemacht werden: »Alle spielen nach den gleichen Regeln«. Insgesamt ist es aber auch im Gröpelinger Alltag nicht immer einfach, die sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Geschäftsleute »unter einen Hut« zu bringen. Alle Beteiligten benötigen Ausdauer, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit und auch unterstützende Ressourcen.

Vor allem in den vergangenen fünf Jahren wurde verstärkt in den Gewerbestandort Gröpelingen investiert: »Vom Stand der privaten Investitionen, die hier gemacht wurden, sehe ich gute Perspektiven, wenn das ordentlich begleitet wird.« Derzeit steigen außerdem langsam die Immobilienpreise, nachdem sie über Jahre eher gesunken sind. Bei diesen Entwicklungen handelt es sich jedoch um recht allgemeine Trends.

Genauere Anhaltspunkte über die ökonomische Situation in den Ortsteilen Gröpelingen und Ohlenhof bietet die Steuerstatistik. Die Abbildung 3 gibt zum einen Auskunft über die Jahreseinkommen der Steuerpflichtigen und damit indirekt auch über die lokale Kaufkraft.

Auch diese Angaben widersprechen dem langläufigen Vorurteil, der Stadtteil sei vor allem durch weitverbreitete Armut gekennzeichnet. Hier soll keineswegs die vorhandene Armut im Stadtteil Gröpelingen infrage gestellt werden, die für einen

viel zu großen Teil der Bewohnerschaft als verfestigte Armut zu Perspektivlosigkeit führt. Und das gerade in Familien mit Kindern, die zu 50 Prozent in Haushalten aufwachsen, die mit Hartz IV wirtschaften müssen. Diese prekäre materielle Situation unterstreicht die extrem steil abfallende Linie auf der linken Seite der Abbildung. Sie zeigt eine Art »Armutsspitze« durch eine weit überdurchschnittlich hohe Anzahl von Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von unter 10.000 Euro. Auch diese steuerpflichtigen Personen leben in Armut oder sind armutsgefährdet – zusätzlich zu denjenigen, die von öffentlichen Sozialleistungen leben müssen. Neben dieser »Armutsspitze« in beiden Ortsteilen ist aber auch ein »Plateau« von bescheidenen und mittleren Einkommen zu erkennen (20.000 bis 50.000 Euro). Gerade diese »Mittelschicht« ist für die Stabilisierung des sozialen Zusammenhalts von zentraler Bedeutung, wie auch für die »Nachfrage« nach Gütern und Dienstleistungen der Stadtteilökonomie.

Was bedeuten diese Anhaltspunkte zur materiellen Situation im Stadtteil Gröpelingen nun aber genau für die Stadtteilökonomie und die Situation der migrantischen Unternehmerinnen und Unternehmer? Wie schätzen sie ihre Geschäftssituation und ihren Arbeitsalltag ein?

Ergebnisse der Befragung selbstständiger Geschäftsleute in Gröpelingen

Von den insgesamt 87 Geschäftsleuten wurden insgesamt 30 Selbstständige mit Migrationshintergrund exemplarisch befragt. Die Ausgewählten spiegeln recht genau die tatsächliche Verteilung der verschiedenen Herkunftsländer der migrantischen Bevölkerung in Gröpelingen wider sowie die Verteilung auf die unterschiedlichen Branchen. Von den Befragten waren sechs weiblich und 24 männlich. Ihr Alter lag zwischen 27 und 55 Jahren.

Herkunft

Von den 30 Befragten sind lediglich fünf in Deutschland geboren, ein Befragter ist in den 1960er-, sechs in den 1970er-, fünf in den 1980er-, ein Drittel der Befragten in den 1990er-Jahren und vier seit 2000 zugewandert. Die kürzeste Aufenthaltsdauer liegt bei sechs Jahren. Sieben Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, einer die türkische und die deutsche. 16 Befragte besitzen die türkische Staatsangehörigkeit, zwei die griechische und jeweils ein Befragter die französische, libanesische, afghanische und syrische.

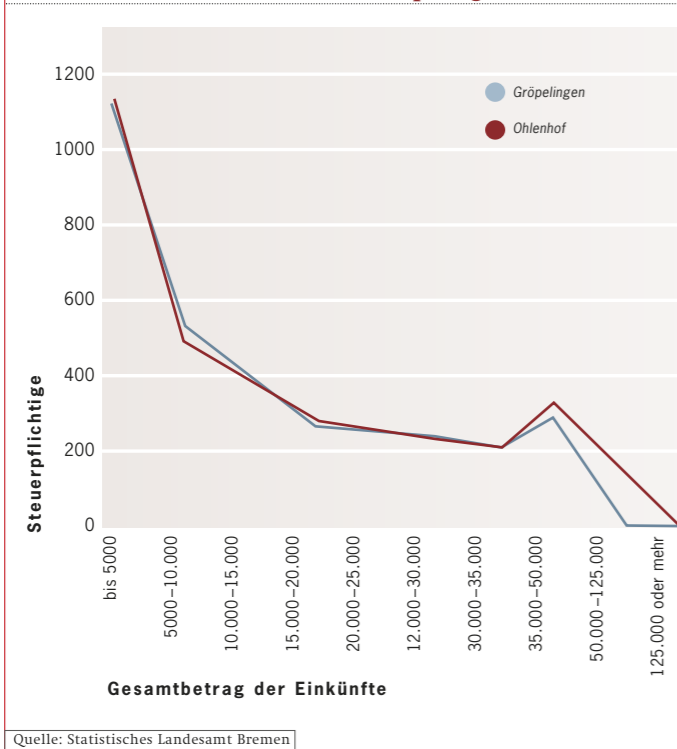
Es dominiert eine abgeschlossene Lehre, oft nicht im deutschen Bildungssystem erworben

Eine abgeschlossene Lehre ist der häufigste Abschluss, lediglich zwei Befragte haben ein Hochschulstudium. Fast die Hälfte der Befragten hat die berufliche Ausbildung nicht im deutschen Bildungssystem absolviert. Beinahe die Hälfte aller Befragten hat auch ihren Schulabschluss nicht in Deutschland erworben. Von den sechs weiblichen Befragten haben zwei eine abgeschlossene Berufsausbildung samt Meistertitel. Eine Frau hat einen Hochschulabschluss, eine die Realschule absolviert und zwei geben an, die Ausbildung nicht im deutschen Ausbildungssystem absolviert zu haben. Von den männlichen Befragten geben 14 an, ihre Ausbildung nicht im deutschen Bildungssystem vollendet zu haben, sieben haben eine Lehre abgeschlossen als höchsten Bildungsabschluss (teilweise nicht nach deutschem Bildungssystem) und einer einen deutschen Universitätsabschluss in Wirtschaftswissenschaften.

Die Hälfte ist durch Familiennachzug eingereist, fünf sind in Bremen geboren

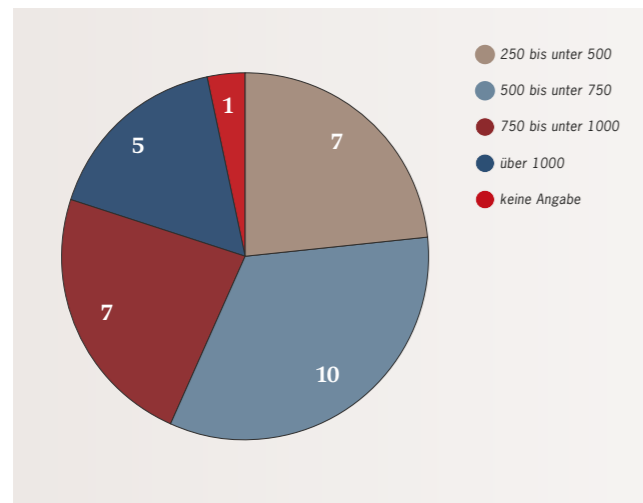
Fast die Hälfte der Befragten sind als Familienangehörige zugewandert (14), ein Fünftel ist mit einem Touristenvisum eingereist, drei sind als Flüchtlinge (zwischen 1988 und 1993) nach Deutschland gekommen und einer ist illegal eingereist. Lediglich fünf sind in Bremen aufgewachsen (Alter: zwischen 27 und 43 Jahren). In Bremen aufgewachsen zu sein stellt demnach eine Ausnahme dar – was angesichts der jungen Bevölkerungsstruktur im Stadtteil überraschend ist.

Abb. 3:
Steuerstatistik für die Ortsteile Gröpelingen und Ohlenhof



³ EFRE ist ein EU-Förderprogramm, in dessen Rahmen Projekte in Städten und Stadtrandgebieten mit wirtschaftlichen und sozialen Defiziten gefördert werden.

Abb. 4:
Darstellung der Monatsmiete für die Geschäfte in Euro



Quelle: Eigene Erhebung, Darstellung: Rohmeyer

Die Geschäfte bieten den meisten ökonomische Unabhängigkeit

Knapp zwei Drittel der Befragten geben an, dass die Einnahmen aus dem Geschäft den kompletten Unterhalt der Familie decken, wenn auch teilweise knapp. Bei acht Befragten sind durch die Einnahmen die laufenden Kosten gedeckt. Wie bei allen Untersuchungen zur Selbstständigkeit, gestaltet sich die Frage nach den Einnahmen und Ausgaben schwierig. Die Befragten fürchten häufig, dass die gemachten Angaben doch irgendwie bei der falschen Adresse landen könnten. Dennoch hat etwas mehr als die Hälfte der Interviewpartner diese Frage beantwortet. Das monatliche Familieneinkommen liegt bei einer/einem Befragten bei unter 500 Euro, bei drei zwischen 500 Euro und unter 1.000 Euro, bei fünf zwischen 1.000 Euro und unter 1.500 Euro, bei einer/einem zwischen 2.000 Euro und unter 2.500 Euro und bei fünf der Befragten über 2.500 Euro. Bei acht dieser Geschäftsinhaberinnen und -inhaber tragen noch weitere Einkünfte zum Lebensunterhalt der Familie bei. Diese sind zum einen Gehälter des Partners oder auch eines Kindes sowie Harz IV/Sozialhilfe. Rund 67 Prozent der Befragten geben an, über keine Ersparnisse zu verfügen. Fallen Ersparnisse an, werden diese größtenteils auf Sparbüchern angelegt, meistens für die Kinder.

Ein Drittel dynamisch, ein Drittel stagnierend, ein Drittel in schwieriger Situation

Die Entwicklung der Geschäfte seit der Eröffnung verlief bei den Befragten erwartungsgemäß sehr unterschiedlich. Neun geben an, dass sich der Umsatz verbessert habe, bei der gleichen Anzahl an Befragten verschlechterte sich der Umsatz jedoch. Dieses relativ ausgeglichene Bild wird von der Tatsache, dass etwa bei einem Drittel der Geschäftsleute das Einkommen etwa gleich geblieben ist, weiter bestätigt. Als Gründe für eine Verbesserung sehen die Geschäftsleute den Aufbau eines festen Kundenstamms, zunehmende »Mundpropaganda« und Erfahrungsgewinne. Die Gründe für eine Verschlechterung liegen an zunehmender Konkurrenz (größere Filialen, Internet), einer veränderten wirtschaftlichen Lage (zunehmende Arbeitslosigkeit) sowie einer lediglich jahreszeitlich bedingten Flaute (»Januar und Februar sind schlechte Monate«). Auch ein Blick auf die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten bestätigt das relativ ausgeglichene Bild: Zwölf Befragte haben heute mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als zur Eröffnung des Geschäfts, fünf geben an, weniger zu haben, bei sieben ist die Anzahl der Beschäftigten gleich geblieben. Damit »kämpfen« die Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem sogenannten Migrationshintergrund mit ganz ähnlichen Problemen wie auch die einheimischen Unternehmen.

Die meisten Geschäfte sind jüngeren und mittleren Datums

Das älteste Geschäft in der Befragung besteht seit dem Jahr 1994. Im Zeitraum von 1995 bis 2005 liegt die Gründung von vier weiteren Unternehmen. Fast 50 Prozent der Unternehmen wurden hingegen zwischen 2006 und 2010 eröffnet und weitere 27 Prozent seit 2011. Werden die Befragten, die in Deutschland geboren wurden, nicht einbezogen, zeigt sich, dass zwischen der Einreise ins Land und der Eröffnung eines eigenen Geschäfts im Durchschnitt etwa 15 Jahre vergehen. Konkret zeigen sich jedoch sehr unterschiedliche Zeitspannen bis zu einer Gründung. Sechs Unternehmen wurden sofort beziehungsweise bis zu fünf Jahre später gegründet, sieben Geschäfte 9 bis 15 Jahre nach der Einreise nach Deutschland. Vier Eröffnungen fanden 16 bis 20 Jahre später, fünf 21 bis 25 Jahre später und drei 26 bis 30 Jahre später statt. Insgesamt sind die Unternehmen zeitlich relativ stabil.

Meist ein bis zwei Räume auf 50 bis 99 Quadratmetern bei überwiegend 500 bis 1.000 Euro Miete

Die Geschäftsräume sind zwischen 20 und 1.050 Quadratmetern groß, wobei die 1.050 Quadratmeter mit großem Abstand eine Ausnahme darstellen. Über die Hälfte der Unternehmen haben zwischen 50 und 99 Quadratmeter Ladenfläche, rund 17 Prozent zwischen 20 und 49 Quadratmeter, zwei weitere Läden zwischen 110 und 115 Quadratmeter. Die Hälfte der Läden besteht aus ein bis zwei Räumen (14), neun weitere haben drei oder vier Räume. Die Miete der Geschäftsräume liegt zwischen 250 Euro und über 1.000 Euro. Lediglich in einem Fall ist das Geschäft im Eigentum. Sieben Geschäftsleute zahlen zwischen 250 und 499 Euro Miete, 17 zwischen 500 und 1.000 Euro. Über 1.000 Euro Miete fallen bei fünf der Befragten an.

Gründungsmotive: drohende Erwerbslosigkeit, mehr Selbstbestimmung und Vorbilder aus der Familie

18 Befragte haben ihr Geschäft selbst eröffnet, zwölf hingegen haben es übernommen. Eine Übernahme erfolgte überwiegend von Geschäftsleuten aus dem Bekannten- oder Familienkreis. Von ihnen hatten sie die Information, dass das Geschäft übernommen werden kann. Als Gründe für die Selbstständigkeit wurden schlechte Beschäftigungsperspektiven genannt, wenn zum Beispiel die eigene Ausbildung nicht anerkannt wird, eine Alternative zum Angestelltenverhältnis, sein »eigener Chef« sein zu können sowie über mehr Selbstbestimmung oder über mehr Geld verfügen zu können. Eine wichtige Rolle spielt für viele auch die Vorbildfunktion der Eltern, die das Leben als Selbstständige »vorgelebt« haben. »Ich hatte keinen guten Job und meine Eltern waren auch immer selbstständig, daher war mir das nicht unbekannt.« »Wir sind da hineingeboren, es war immer klar, dass ich das Geschäft übernehme.« Außerdem hat mein Vater ein ähnliches Geschäft.« Ein Drittel der Befragten war bereits vor der Geschäftsübernahme oder der Neugründung selbstständig. Als Motive für einen »Neubeginn« als Geschäftsleute wurden Umzüge aus dem Ausland oder auch im Quartier genannt oder weil das alte Geschäft »nicht lief«.

Gründungsfinanzierung durch eigene Ersparnisse, Verwandte, kaum über Gründungszuschüsse

19 Befragte mussten Geld für die Neugründung auf den Tisch legen. Im Durchschnitt lagen diese Kosten zwischen 10.000 und 15.000 Euro, vereinzelt wurden bis zu 20.000 Euro gezahlt. Die Gründungsfinanzierung erfolgte dabei bei einem Drittel der Befragten über eigene Ersparnisse und über Verwandte. Acht Befragte nahmen Kredite bei einer Bank in Anspruch, nur einmal wurden staatliche Gründungszuschüsse erwähnt. Sie spielten bei den Befragten keine Rolle. Die Kredite zur Gründungsfinanzierung wurden von zwei der sechs weiblichen Befragten und von sechs der männlichen Personen aufgenommen. Die entsprechenden Geschäftsinhaber sind alle im mittleren Alter (zwischen 31 und 48 Jahren).

Arbeitszeiten im Durchschnitt neun bis zehn Stunden pro Tag

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten arbeitet zwischen sieben und zehn Stunden am Tag, vier müssen zwischen elf und zwölf Stunden und zwei zwischen 13 und 14 Stunden pro Tag arbeiten. Letztere haben keine festen Pausen, nehmen sich jedoch eine Auszeit von etwa einer halben Stunde pro Tag. Noch längere Arbeitszeiten nannten fünf der Befragten: drei gaben an, dass sie zwischen 15 und 16 Stunden arbeiten. Es handelt sich bei ihnen um Geschäftsleute aus dem Einzelhandel (Lebensmittel) und der Gastronomie. Ebenfalls aus der Einzelhandelsbranche stammen die beiden Geschäftsinhaber, welche die längsten Arbeitszeiten mit bis zu 19 Stunden angeben. Gemeinsam ist diesen beiden, dass ihre Läden erst vor Kurzem eröffnet wurden. Sie geben an, auch keinen Ruhetag einzulegen, genauso wie zehn weitere Befragte. Die Hälfte der Befragten hat allerdings einen festen Ruhetag, zumeist am Sonntag.

Keine Einschränkung auf eine bestimmte Klientel

Bei fast zwei Drittel der Befragten sind Kunden unterschiedlicher Nationalitäten üblich. In acht Geschäften ist der Kundenstamm überwiegend deutsch und bei nur drei Geschäften überwiegend türkisch. In diesen drei Läden sind auch alle Beschäftigten türkischer Nationalität. Die Geschäftsleute haben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über private Netzwerke und Eigeninitiative der Beschäftigten »gefunden«. Es handelt sich bei den Angestellten in zwei Fällen teilweise, in einem ausschließlich um Familienangehörige. Als Vorteile der Beschäftigung von Familienangehörigen sehen die Befragten vor allem das gegenseitige Vertrauen. Die Befragten, die angeben, dass ihr Kundenstamm überwiegend deutscher Herkunft ist, beschäftigen Angestellte verschiedener Nationalitäten. In dieser »Gruppe« gibt jeweils nur ein Befragter an, die Angestellten über private Netzwerke gefunden zu haben oder aus dem Familienkreis zu beschäftigen (und auch dies nur teilweise und nicht ausschließlich).

Inhaber überwiegend männlich, Personal überwiegend weiblich

Insgesamt beschäftigen die Befragten 72 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen die Mehrheit zwischen 25 und 45 Jahren alt ist. Je nach Unternehmen sind von keinem bis zu zwölf Beschäftigte angestellt. Bei sechs Betrieben handelt es sich um »Ein-Mann-« oder »Eine-Frau-« Betriebe. Von den insgesamt sechs Frauen sind in dieser Gruppe zwei Frauen vertreten. Sieben Betriebe haben jeweils einen, sechs Betriebe drei und vier zwei Beschäftigte. Viele der Angestellten sind türkischer Herkunft, quantitativ gefolgt von denen deutscher Herkunft, von Rumänen, Griechen und Persern (jeweils deutlich weniger Personen). 44 Angestellte sind weiblich und 28 männlich. 13 Geschäftsleute haben »ihre Angestellten« über private Netzwerke gefunden, acht über Bekanntschaften, drei über die Zeitung und sieben über Eigeninitiative. Lediglich drei Betriebe beschäftigen ausschließlich Familienan-

gehörige, acht der Befragten teilweise und zwölf beschäftigen keine Familienangehörigen in ihren Geschäften. Als Gründe für die Beschäftigung von Familienangehörigen wurden vor allem das gegenseitige Vertrauen und der monetäre Zugewinn im Familieneinkommen genannt.

Leichte Tendenz zu Minijobs, bei etwa acht Euro Stundenlohn

Die Art der Anstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist sehr unterschiedlich. Von einer Vollzeitbeschäftigung über Teilzeitanstellungen bis hin zu Minijobs ist alles vertreten. Die Minijobs überwiegen insgesamt leicht. In 13 Fällen wird ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis angegeben, für zwölf Beschäftigte Teilzeitverträge sowie für 17 Minijobs. 13 Befragte machten darüber hinaus Angaben zum Verdienst ihrer Angestellten. Die Stundenlöhne liegen demnach im Durchschnitt bei rund acht Euro Stundenlohn (netto).

Kaum Zeit und kaum Ressourcen, um ein Ausbildungsbetrieb zu werden

Vier Betriebe bilden aus. Die Gründe der Geschäftsleute, die sie davon abhalten, in ihren Betrieben auszubilden, sind fehlende Meisterbriefe oder die »anstrengende« Ausbildereignungsprüfung. Dafür sei weder Zeit noch Geld vorhanden.

Im Großen und Ganzen zufrieden, aber Bedrohung durch Filialisten

Zufrieden mit ihrer Situation als Selbstständige sind die Befragten vor allem aufgrund ihrer Kundenkontakte, ihrer Selbstbestimmung, bei einer guten Entwicklung des Geschäfts, wenn sie mit den Angestellten zufrieden sind und teilweise auch mit dem Einkommen. Als Faktoren der Unzufriedenheit wurden zu lange Arbeitszeiten genannt, zu wenig Zeit für die Familie sowie der Konkurrenzdruck (vor allem gegenüber großen Filialen und Ketten). Pläne für die Zukunft des Unternehmens zielten immer wieder auf eine Umsatzsteigerung, mehr Aufgaben an das Personal abzugeben, eventuell neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen oder weitere Filialen zu eröffnen. Vier Befragte sehen hingegen die Schließung des Geschäfts voraus, zwei davon wollen Deutschland dann verlassen. Fünf Befragte haben keine konkreten Pläne und sind zufrieden, wenn es so weiterläuft wie bisher.

Für die eigenen Kinder möchten nur wenige Befragte, dass sie das Geschäft übernehmen, einige wollen dies sogar auf keinen Fall. Sie begründen diese Aussage mit der Hoffnung, dass die nachfolgende Generation etwas »Besseres« oder etwas »Vernünftiges« machen soll.

Bessere finanzielle Lage, aber weniger Zeit für die Familie

Neben der Bedeutung der Familienbeziehung im Geschäft durch Beschäftigte aus der Familie oder durch die Unterstützung bei der Gründungsfinanzierung, wurde auch nach den Auswirkungen der Geschäftseröffnung auf die familiäre Situation gefragt. Die wesentlichen Veränderungen sind hierbei, dass die Familien finanziell durch die Selbstständigkeit zwar überwiegend besser gestellt sind, dies jedoch mit weniger Zeit für Familie und Privatleben einhergeht. Oftmals sind die Befragten die Alleinverdiener und für den Familienunterhalt zuständig. Es konnten dabei keine großen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Befragten festgestellt werden. Auf die Frage nach Zukunftswünschen für die Familie nennen die meisten Gesundheit und Glück sowie eine gute Ausbildung oder ein Studium für die Kinder. Für die eigenen Kinder möchten nur wenige Befragte, dass sie das Geschäft übernehmen, einige wollen dies sogar auf keinen Fall. Sie begründen diese Aussage mit der Hoffnung, dass die nachfolgende Generation etwas »Besseres« oder etwas »Vernünftiges« machen soll.

Freunde und Bekannte als wichtigste Ratgeber und Kontaktpersonen

Rund 87 Prozent der Befragten haben eine Partnerin oder einen Partner, 77 Prozent von diesen sind verheiratet, häufig sind bei den Geschäftsinhabern die Ehefrauen als »Hausfrauen« tätig. Aber nicht alle Befragten leben mit ihren Partnern zusammen, zwölf leben allein und 17 mit ihrer Familie. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat der Großteil der Selbstständigen regelmäßigen Kontakt zu anderen Geschäftsleuten, sieben regelmäßig zu offiziellen Behörden und fünf zu Verbänden. Nur zwei der Befragten geben an, keine regelmäßigen Kontakte zu einer dieser Gruppen zu pflegen. Als weitere wichtige Einrichtungen wurden soziale Einrichtungen, Sportvereine und die Moschee genannt. Die Frage nach einer intensiven Zusammenarbeit mit anderen Unternehmerinnen und Unternehmern bejahten fünf Geschäftsleute. Bei beruflichen Fragen wenden sich die Befragten an Freunde und Bekannte oder an andere Geschäftsleute im Stadtteil mit mehr Erfahrung, den Steuerberater oder an die jeweilige »Kammer«. Bei der Unterstützung spielen insgesamt die Familie und

Freunde eine wichtige Rolle. Einige äußern auch direkt den Wunsch nach mehr staatlicher Unterstützung, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Form eines »Coachs«.

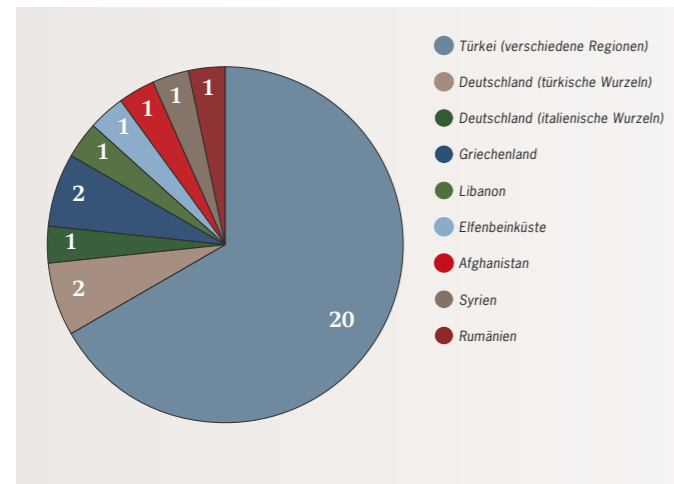
Vernetzung im Stadtteil: auf einem guten Weg – in der Stadt: noch zu leisten

Die überwiegende Mehrheit gab in der Befragung an, dass ihr Geschäft im Stadtteil bekannt sei. Als eine grundlegende Bedingung für den Erfolg der Unternehmung deutet dieses Ergebnis auf eine gute Vernetzung im Stadtteil hin. Ganz anders jedoch zeichnet sich die Situation hinsichtlich anderer Stadtteile ab. Nur neun Befragte gehen davon aus, dass ihr Geschäft über die Grenzen Gröpelingens bekannt ist. Zwei Drittel der Befragten leben auch privat in Gröpelingen, einige in Bremen-Nord. Eher eine Ausnahme sind Geschäftsleute aus Ritterhude, Tenover und aus der Gartenstadt Vahr. Die Mehrheit ist zufrieden mit dem aktuellen Wohnort. Gefragt nach Verbesserungen für den Stadtteil, antworteten die Selbstständigen, man müsste das Image des Stadtteils, vor allem nach außen, verbessern, die Bildungseinrichtungen stärken, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und langfristig eine Aufwertung der Sozialstruktur erreichen. Veränderungswünsche wurden selten genannt und zielten dann in Richtung Schwachhausen, Borgfeld, in die Neustadt oder ins Bremer Umland.

Mehr als nur Versorgung: Kommunikation und Orientierung – Integration!

Die Funktion ihres Unternehmens für den Stadtteil sehen viele Besitzer neben der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, Waren und Dienstleistungen vor allem auch in der Kommunikation. Die Geschäfte seien soziale Treffpunkte, in denen auch Hilfe und Orientierung gegeben werden. Darüber hinaus sehen sich viele Geschäftsleute als Vorbilder für andere Menschen und auch für die nachfolgende Generation. Wichtig seien neben den vielen Gesprächen auch Freizeitaktivitäten (Vereine, Sport) und für einige auch Treffen in den Moscheen (Mevlana und Fatih Moschee). Am intensivsten sei die Einbindung über die eigenen Kinder, die überwiegend im Stadtteil in Kindertageseinrichtungen oder in die Schulen gehen und ihrerseits über Freizeitaktivitäten in soziale Netze eingebunden sind.

Abb. 5:
Die Herkunftsländer der Befragten



Quelle: Eigene Erhebung, Darstellung: Rohmeyer

Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind, steigt in den letzten Jahren die Zahl der Selbstständigen in Deutschland. Dennoch greift die weitverbreitete Ansicht zu kurz, Migrantinnen und Migranten würden sich vor allem selbstständig machen, wenn sie keinen akzeptablen Arbeitsplatz finden. Es handelt sich lediglich um einen Aspekt unter anderen. Lag die Quote der ausländischen Selbstständigen zu Beginn der 1990er-Jahre noch bei rund sechs Prozent⁴, hatte sie sich bis 2010 mehr als verdoppelt, auf 12,3 Prozent. Sie lag damit auch höher als bei den Menschen mit Migrationshintergrund (9,9 Prozent) und deutlich höher als bei den Zuwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit (7,5 Prozent).⁵ Aktuell gibt es in Deutschland etwa 600.000 Unternehmen von Migranten mit geschätzten 2 bis 2,5 Millionen Erwerbspersonen. Demnach hat ungefähr jeder zwanzigste Erwerbstätige in Deutschland einen Arbeitsplatz in einem Migrantenunternehmen. Durch diese Entwicklung gewinnt die Selbstständigkeit als ein Weg zur wirtschaftlichen Integration an Bedeutung und wird als Alternative zur abhängigen Beschäftigung auch gefördert. Diese Entwicklung kann aber nicht allein als beruflich-soziale Aufstiegschance interpretiert werden. Trotz steigender Gründungsraten

Fazit

Migrantische Gewerbetreibende stabilisieren die lokale Mittelschicht, den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil und können zukünftig ein »Motor« der Stadtteilentwicklung sein.

Weil Menschen mit Migrationshintergrund, besonders aber Ausländerinnen und Ausländer, häufiger von Arbeitslosigkeit und unsicheren

bei ausländischen gegenüber deutschen Unternehmerinnen und Unternehmern, haben erstere höhere Konkurs- und Insolvenzraten.⁶

Für das Jahr 2009 liegen, neben den Zahlen für die Selbstständigen in Deutschland, auch Zahlen für die Bundesländer vor. In Hamburg lag die Quote der Selbstständigen insgesamt bei 16 Prozent, da 22 Prozent der Erwerbstätigen mit einem Migrationshintergrund und 15 Prozent ohne Migrationshintergrund selbstständig waren. In Berlin lag im selben Jahr die Quote insgesamt bei 13,5 Prozent, da in etwa zu gleichen Teilen Erwerbstätige mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund in diesem Umfang selbstständig waren. Für das Bundesland Bremen liegen für diesen offiziellen Vergleich keine vergleichbaren Daten vor. Geschätzt wird in der Stadt Bremen eine Gesamtzahl von rund 9.000 ausländischen Selbstständigen.

Durch diesen Mangel an vergleichbaren, offiziellen Zahlen für Bremen kann als ein wichtiger Anhaltspunkt für den Zeitraum von 2000 bis 2011 auf die Zahl der Gewerbeanmeldungen zurückgegriffen werden. Sie reduzierte sich von 6.527 Anmeldungen im Jahr 2000 auf 5.925 im Jahr 2011. Gleichzeitig verdoppelten sich die Gewerbeabmeldungen von 1.366 im Jahr 2000 auf 3.170 im Jahr 2011 (Abb. 6).

Interessant ist vor allem die insgesamt gegenläufige Entwicklung zwischen den Anmeldungen von Deutschen und von Ausländern. Während die Gewerbeanmeldungen von deutschen Selbstständigen von einem höheren Niveau aus rückläufig sind, steigen die Gewerbeanmeldungen der Ausländer kontinuierlich. Sowohl bei den Deutschen als auch den Ausländerinnen und Ausländern liegt die Zahl der Anmeldungen konstant über der Zahl der Gewerbeabmeldungen. Die Zahl der Selbstständigen steigt dadurch auch im Bundesland Bremen. Weil Selbstständige rechtlich nicht dazu verpflichtet sind, ein Gewerbe auch abzumelden, sind die Gewerbeabmeldungen aber lediglich unter Vorbehalt zu betrachten. In den Jahren zwischen 2000 und 2011 gehörten im Bundesland Bremen die Gewerbetreibenden mit türkischer und polnischer Nationalität⁷ zu den aktivsten ausländischen Gruppen.

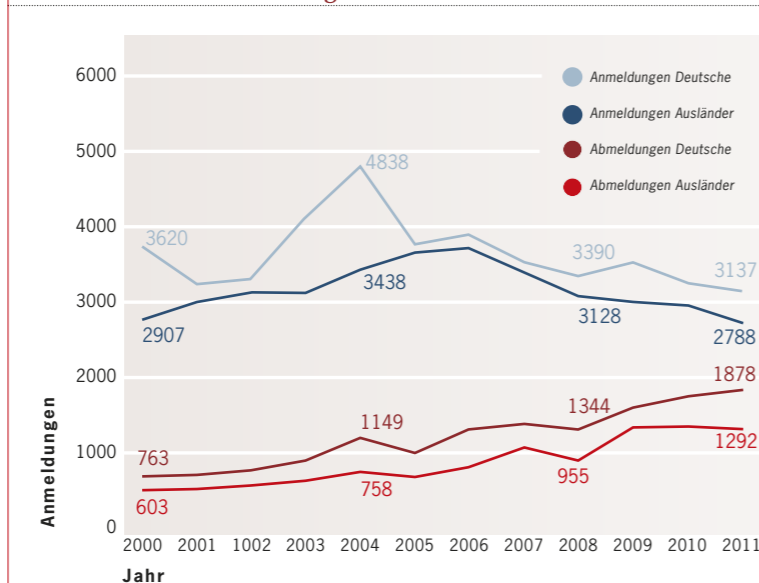
Unter den geschilderten Rahmenbedingungen bestätigt die lokale Expertise zum Stadtteil Gröpelingen einige der allgemeinen Entwicklungen und konkretisiert sie gleichzeitig detailreich. Es

bestätigt sich, dass die Motivation lediglich zum Teil mit den schwierigen Arbeitsmarktchancen, insbesondere für Ausländerinnen und Ausländer zusammenhängt. Ein erheblicher Teil der in Gröpelingen Befragten machte sich selbstständig, um selbstbestimmter arbeiten zu können (»sein eigener Chef sein«) oder um über mehr Geld verfügen zu können. Ein Teil von ihnen kannte eine Kultur der Selbstständigkeit bereits von den Eltern oder aus dem weiteren Familienkreis oder war bereits vor der Geschäftsübernahme beziehungsweise einer Neugründung selbstständig.

Obwohl die befragten Selbstständigen in einem Stadtteil mit vergleichsweise niedriger Einkommensstruktur leben und wirtschaften, sehen sich zwei Drittel der Befragten in einer insgesamt gesicherten materiellen Situation. Lediglich ein Drittel der Befragten schildert eine schwierige Geschäftslage und erzielt monatlich weniger als 1.500 Euro beziehungsweise muss ergänzend Sozialleistungen beantragen. Ein weiteres Drittel der Befragten ist hingegen insgesamt zufrieden, ohne dass es größere Verbesserungen oder Verschlechterungen gibt. Sie erzielen bescheidene Einkommen, mit denen sie jedoch den Betrieb und die Familie unterhalten können. Es gibt aber auch eine Gruppe von Selbstständigen, die ihre Geschäftslage als gut charakterisieren, ein solides Einkommen erzielen, weitere Beschäftigte eingestellt haben und zuversichtlich in die Zukunft schauen. Sie beklagen lediglich, dass ihnen für den wirtschaftlichen Erfolg weniger Zeit für die Familie und für Privates bleibt. Insgesamt spiegeln die migrantischen Geschäftsleute in etwa die ungleichen Lebensverhältnisse des gesamten Stadtteils wider, seine materiell schwierigen Facetten, aber auch seine Chancen.

Auffällig ist, dass fast alle Gewerbetreibenden die Geschäftsräume angemietet haben und nicht Eigentümer sind. Zwei Drittel von ihnen mussten allein für die Geschäftsübernahme beziehungsweise eine Neugründung erhebliche Investitionen tätigen (10.000 bis 20.000 Euro). Dazu haben sie vor allem auf eigene Ersparnisse oder auf Unterstützungsleistungen von Familienangehörigen und Freunden zurückgegriffen. Öffentliche Fördermittel oder Darlehen zur Existenzgründung⁸ spielten hingegen fast überhaupt keine Rolle. Vergleichbar mit der sehr ungleichen materiellen Situation der Unternehmen im Stadtteil, ist auch ihre zeitliche Stabilität. Es gibt Unternehmen, die schon über 20

Abb. 6:
Gewerbean- und -abmeldungen im Land Bremen von 2000 bis 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Darstellung: Rohmeyer

4 Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010), S. 159.

5 Alle Zahlen aus Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012), S. 253 und Tabelle 39.

6 Vgl. Jung, Martin u. a. (2011).

7 Für die polnischen Gewerbetreibenden stehen erst seit dem Jahr 2005 Daten zur Verfügung, was durch den Beitritt Polens zur EU 2004 veranlasst wurde.

8 Zu sehr ähnlichen Ergebnissen kommt eine von der Robert Bosch Stiftung geförderte Umfrage des Sachverständigenrats unter 478 Selbstständigen mit Migrationshintergrund.

Jahre im Stadtteil angesiedelt sind. Fast die Hälfte schaut aber lediglich auf bis zu sechs Jahre zurück und etwas weniger als ein Drittel ist ganz neu (Gründung 2011). Neben Kontinuität und einer relativen Stabilität, existiert auch ein Segment starker unternehmerischer Gründungsaktivitäten mit hoher Fluktuation.

Bisher sind die migrantischen Selbstständigen in Gröpelingen (noch) überwiegend in den »typischen« Branchen des Einzelhandels, der Gastronomie und der alltäglichen Dienstleistungen tätig. Es zeichnet sich jedoch mit dem Wechsel von der zweiten zur dritten Generation ein Wandel zu vielfältigeren und höherwertigen Angeboten ab. Diese jüngere Generation von Selbstständigen unterscheidet sich von der vorherigen durch eine andere Art des Wirtschaftens. Sie verfolgen ein gezielteres Marketing und sind seltener der prekären Ökonomie zuzuordnen. Aus Stadtteilsicht ist diese Entwicklung lediglich dann ambivalent, wenn erfolgreiche Selbstständige ihre Geschäfte in andere Stadtteile mit einer insgesamt höheren Kaufkraft verlagern, was selten geschieht. Es gibt eher Geschäftsleute, die sich aufgrund der spezifischen Käuferstruktur gezielt in Gröpelingen ansiedeln. Eine weitere Entwicklung, die mit dem Wechsel der Generationen einhergeht, ist die Zunahme qualifizierter Dienstleistungen, bei der Mehrsprachigkeit bewusst als Kompetenz eingesetzt wird.

Die personelle Situation in den migrantischen Unternehmen ist relativ »typisch«. Von den 30 selbstständigen Inhaberinnen und Inhabern sind die meisten männlich (24 Männer, 6 Frauen), bei den 72 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dominieren die Frauen (44 Frauen, 28 Männer).

Die Geschäftsleute haben etwa zur Hälfte weder ihre Schulbildung noch ihre Berufsausbildung in Deutschland absolviert. Dennoch verfügen fast alle mindestens über eine berufliche Ausbildung, wenige haben einen Meistertitel und lediglich zwei haben einen Hochschulabschluss. Ihr Arbeitsalltag ist durch relativ lange Arbeitszeiten gekennzeichnet, wie sie ebenfalls typisch für viele Selbstständige sind. Die Hälfte gibt Arbeitszeiten von sieben bis zehn Stunden an, einige arbeiten 12 Stunden oder sogar 15 bis 16 Stunden. In zwei gerade neu eröffneten Unternehmen wurden 19 Stunden genannt. Vier der Selbstständigen bilden in ihrem Betrieb aus. Die Kundschaft in den befragten Unternehmen ist vielfältig, lediglich drei haben über-

wiegend türkische Kunden, aber immerhin acht überwiegend deutsche Kunden.

Die Beschäftigten finden ihre Arbeitsstellen in den migrantischen Unternehmen überwiegend über private Netzwerke, einige aber auch durch Eigeninitiative und nur wenige über die Zeitung. In lediglich drei Unternehmen sind ausschließlich Familienangehörige beschäftigt, in fast der Hälfte keine. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu etwa gleichen Teilen in Vollzeit oder Teilzeit angestellt, rund 60 Prozent haben einen Minijob. Als durchschnittlichen Nettostundenlohn für ihre Beschäftigten gaben die Geschäftsleute rund acht Euro an.

Den migrantischen Selbstständigen wird im Stadtteil eine wichtige Bedeutung zugesprochen, die über die Versorgung mit alltäglichen Gütern und Dienstleistungen hinausgeht. Betont wird vor allem ihre besondere Rolle als Ansprechpartner für die lokalen Einrichtungen und öffentlichen Institutionen. Sie sind aber gleichzeitig für die migrantischen Bewohnerinnen und Bewohner und besonders für neu Zugewanderte auch Sprach- und Kulturinseln, wo Informationen und Tipps ausgetauscht werden und sie in ihrer Herkunftssprache sprechen können. Sie sind Orte der Kommunikation, der Information und auch der Identifikation. Die Ergebnisse der Studie zeigen außerdem, dass der weit überwiegende Teil der migrantischen Selbstständigen nicht eine materiell prekäre Nischenökonomie bildet. Sie sind Teil der im Stadtteil ebenfalls vorhandenen Mittelschicht und stabilisieren diese. Sie sind gleichzeitig ein stabilisierendes Element für die gesamte Stadtteilökonomie in Gröpelingen, die zu einem Drittel von ihnen getragen wird.

Die Einbindung der Selbstständigen in den Stadtteil verläuft in erster Linie über (informelle) familiäre Netze und Kontakte zu anderen Gewerbetreibenden. Letztere genießen den Vorteil, dass es im Stadtteil seit 2007 einen richtungweisenden lokalen Ansatz für eine integrierte Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung des Stadtteils gibt. Dieser geht über die klassische Interessenvertretung lokaler Einzelhändler in einem Gewerbeverein weit hinaus und besteht aus zwei Partnern: dem Verein Gröpelinger Marketing und dem Verein Kultur vor Ort.



Dieses Netzwerk besitzt derzeit 120 Mitglieder, neben Einzelhändlern und Gewerbetreibenden auch Vereine und Institutionen aus dem Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich. In der Vergangenheit konnte mithilfe dieses Netzwerks und durch öffentliche Fördermittel (EFRE und URBAN) wesentlich zur internen Stabilisierung, zur Vernetzung der Stadtteilökonomie und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beigetragen werden. Denn es sind häufig die nicht formalisierten Einbindungen in Bildungs-, Sozial- und Kulturaktivitäten, durch die auch viele Selbstständige und Gewerbetreibende erreicht werden, die einer formalen Mitgliedschaft in einem Gewerbeverein erst mal distanziert gegenüberstehen. Gerade durch die spezifische Verknüpfung der Bildungs-, Sozial- und Kulturnetzwerke mit den lokalen Wirtschaftsnetzwerken konnten migrantische Unternehmerinnen und Unternehmer eingebunden und mit kommunalen Förder- und Qualifizierungsangeboten in Kontakt gebracht werden. Zukünftig muss dieser besonders erfolgreiche Ansatz durch die bereits beginnenden Stadtentwicklungsplanungen für den ›Bremer Westen‹ weiter gestärkt und fortentwickelt werden. Dazu sind vor allem interkulturelle Kompetenzen zwingend erforderlich und Teile der migrantischen Selbstständigen in Gröpelingen können für diese Prozesse ein wichtiger ›Motor‹ sein.

Literatur

- **Der Senator für Wirtschaft und Häfen**
19.05.2009: Vorlage Nr. 17/188-L für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft und Häfen am 10. Juni 2009. Az.: 710-01-01/2-6-1 vom 19.05.2009. Strukturkonzept Land Bremen 2015 / Mittelstands- und Existenzgründungsoffensive.
- **Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010):**
8. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2010.
- **Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012):**
9. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2012.
- **Hillmann, Felicitas (2011) (Hg.):** Marginale Urbanität: Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung.
- **Hillmann, Felicitas/Rohmeyer, Lea:** Expertise im Auftrag der Arbeitnehmerkammer Bremen. Projektzeitraum: 01.01.2012–31.03.2012. Unter Mitarbeit bei der Datenerhebung von Lukas Engelmeier, Esra Nurgunç, Rafaella Rau.
- **IBA Hamburg:** IBA-Programm ›Lokale Ökonomie‹.
- **Jung, Martin/Unterberg, Michael/Bendig, Mirko/Seidl-Bowe, Britta (2011):** Unternehmensgründungen von Migranten und Migrantinnen. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Juli 2011.

RALF LORENZEN

Soziologe, freier Journalist

Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Aussiedler auf dem Bremer Arbeitsmarkt – ein Streifzug durch Betriebe, Verwaltungen und Beratungsstellen

Manchmal gehört ein magischer Moment dazu, den Mut für eine Entscheidung zu fassen, die dem Leben eine neue Richtung gibt. Da beobachtet der 19-jährige Abiturient Nermin Sali während einer Abiklausur, wie seine Lehrerin die Prüfungsaufgaben nicht einfach auf den Tisch knallt und die Schüler ihrem Schicksal überlässt – er sieht, wie sie sich in den Stress und die Angst der Schüler hineinversetzt, geradezu mitleidet und versucht, ihnen die Situation emotional zu erleichtern.

›Da wurde mir das Menschliche klar, das ein Lehrer ja in sich tragen muss, die Fähigkeit zur Empathie. Das war das erste Mal, dass ich überhaupt daran dachte, Lehrer werden zu können‹, erzählt der heutige Lehrer Nermin Sali. ›Vorher hätte ich jeden ausgelacht, der mir gesagt hätte, dass das möglich ist. Selbst Kindern und Jugendlichen, die hier geboren sind und sich als Deutsche fühlen, weil sie perfekt Deutsch sprechen und die Kultur kennen, fehlt oft der Mut, sich hinzustellen und zu sagen: Ich kann so etwas erreichen, wie einen akademischen Grad, einen verantwortungsvollen Beruf. Ich muss nicht am Fließband stehen.‹

Diese Selbstzweifel werden in der Regel nicht aus den Herkunftskulturen mitgebracht, sondern entstehen in der Auseinandersetzung mit den Institutionen hierzulande. Auch diesen Wirkungszusammenhang bringt Nermin Sali auf den Punkt. ›Die Gesellschaft transportiert ein Bild, dass Menschen mit Migrationshintergrund etwas Besonderes leisten müssen, um anerkannt zu werden. Diese Message kommt bei Kindern an, die bildungsfern aufwachsen. Wenn man das im Elternhaus hört und von den Medien transportiert bekommt und dann in der Schule noch mit offener oder verdeckter Diskriminierung konfrontiert ist, ist es für eine Kinderseele programmiert, dass die Selbsteinschätzung nicht hinhaut.‹

Neben dieser Produktion eines Unterlegenheitsgefühls gibt es weiterhin Faktoren, die ohne Umwege auf die Bildungs- und Erwerbsbiografien von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund einwirken: diskriminierende Einstellungs- beziehungsweise Beförderungspraxen, vorenthaltene Sprachkurse oder, wie bei

Flüchtlingen, gesetzliche Vorschriften, die das Arbeiten gleich ganz verbieten. Dazu kommen Faktoren, die nichts mit der ethnischen Herkunft zu tun haben, aber trotzdem die Stellung auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen, wie die soziale Herkunft, das Geschlecht oder die Situation einer alleinerziehenden Mutter.

Dieser Bericht kann es nicht leisten, die Faktoren in ihrem Zusammenspiel genau zu analysieren oder ein in irgendeiner Weise repräsentatives Bild der Situation von Migrantinnen und Migranten auf dem Bremer Arbeitsmarkt zu vermitteln. Aber die elf Interviews geben Einblicke in Lebensgeschichten, die sich beständig mit diesen Faktoren auseinandersetzen und die erlebten Hürden sichtbar machen.

Die Interviews haben nicht nur einseitig nach Benachteiligungen gesucht, sondern auch nach Faktoren, die eine Integration auf dem Arbeitsmarkt befördert haben oder nach Ansätzen, solche Prozesse künftig bewusster zu initiieren. Dabei wird zum Beispiel deutlich, wie wichtig es für die zweite Generation türkischer Arbeitsmigranten war, dass Bremer Großbetriebe Ende der 1970er-Jahre in großem Stil ungelernete Arbeitskräfte eingestellt haben. Und wie wichtig es für die dritte Generation sein könnte, dass zumindest im öffentlichen Dienst die allorts kursierenden ›Diversity‹-Sprechblasen ernst genommen werden und Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund bevorzugt eingestellt werden.

Die Interviewpartner dieses Berichts wurden relativ zufällig ausgewählt. Die Auswahl sollte lediglich gewährleisten, möglichst viele unterschiedliche Lebenslagen in den Blick zu bekommen. Dazu gehören auch jene Biografien, die gemeinhin als Erfolgsgeschichten bezeichnet werden. Diese Geschichten machen besonders deutlich, wie falsch und verzerrend die übliche Konnotation Migration=Defizit ist. Andererseits lässt sich gerade an ihnen besonders gut ablesen, welche Faktoren nötig sind, damit der Migrationshintergrund keine Rolle spielt und sich sowohl im Selbstbild als auch in der Wahrnehmung der anderen irgendwann verflüchtigt.

Aber, was ist schon Erfolg?! Für Ganesh N. aus Sri Lanka wäre es die Erfüllung des Kindheitstraums, wenn er nach Jahrzehnten endlich das zeigen könnte, was er kann: in einer festen Elektrikerstelle.

Arbeitsmigranten

Nermin Sali – stolzer Exot mit Vorbildfunktion

›Nicht weil ich blöd bin, sondern weil mir die Mittel fehlten.‹

Ein Café auf dem Domshof. Nermin Sali kommt gerade von einer Konferenz, auf der er über seine Vorbildrolle als Lehrer gesprochen hat. Er nimmt an einem Projekt teil, das mehr Schüler mit Migrationshintergrund dazu motivieren möchte, Lehrer zu werden. Im Laufe des Gesprächs, das sich immer wieder gegen die Domglocken durchsetzen muss, wird deutlich, dass es wohl keinen besseren Botschafter für dieses Anliegen gibt. So leidenschaftlich und ansteckend begeisternd erzählt Nermin Sali von seinem Beruf. Immer aus der Perspektive eines Menschen, der vor allem eines lernen musste: Dass er überhaupt für eine akademische Tätigkeit geschaffen ist und nicht automatisch unten ins Räderwerk treten muss. Die Reflektiertheit, mit der er den Lernprozess vom Unterlegenheitsgefühl zum Selbstbewusstsein beschreibt, macht seine Geschichte auch zum passenden Einstieg in diesen kleinen Streifzug durch die Biografien von Bremern mit Migrationsgeschichte. Denn dort treffen wir auch auf Menschen, die irgendwo auf diesem Weg stecken geblieben sind.

Nermin Salis Vater, ein Fabrikarbeiter, war vor 35 Jahren in Berlin einer der ersten Arbeitsmigranten vom Balkan. Die Familie stammt aus Mazedonien im ehemaligen Jugoslawien, wo drei verschiedene Volksgruppen zusammenleben.

›Von der Kultur her bin ich eher Roma‹, sagt Nermin Sali. ›Von der Sprache aber albanisch geprägt. Die Sprache, die ich am besten kann, ist mazedonisch.‹

Nach Bremen kommt Nermin Sali mit acht Jahren.

SALI: Die ersten Lebensjahre waren nicht so toll, weil meine Familie die typischen Merkmale einer Arbeitsmigrantenfamilie aufwies. Meine Mutter hat relativ lange nicht gut Deutsch gesprochen und nicht gearbeitet. Mein Vater hat umso mehr gearbeitet, so dass ich mich nicht an eine ausgewo-

gene Kindheit im Hinblick auf Integration erinnern kann. Als wir nach Bremen gekommen sind, hat die Mehrheitssprache in Kindergarten und Schule eine größere Rolle gespielt. Inzwischen spricht auch meine Mutter sehr, sehr gut Deutsch. **LORENZEN:** Können Sie sich an Ihren ersten Berufswunsch erinnern?

SALI: Nein. Das liegt, glaube ich, mit am Migrationshintergrund. Man bekommt relativ spät ein Bild davon, was man überhaupt machen kann. Bis zur zehnten Klasse habe ich mir darüber keine Gedanken gemacht. In der Schulzeit kann ich mich an eine einzige Bewerbung erinnern, die ich geschrieben habe: als Graveur. Aber auch nur, weil ich den Namen so schön fand.

LORENZEN: Was für ein Schüler waren Sie denn?

SALI: Ein schlechter. Bis zur neunten Klasse war ich eher ein Schüler, der schwänzte, wo es nur ging und die Zeit lieber mit Freunden verbrachte. In der neunten Klasse bin ich dann mit Fünfen sitzen geblieben und musste die Klasse wiederholen. Durch diesen Umstand bin ich dann langsam mit der Schule warm geworden.

LORENZEN: Welche Rolle hat in der Schulzeit Ihr Migrationshintergrund gespielt?

SALI: Bis zur zehnten Klasse kann ich mich nicht erinnern, dass der irgendeine Rolle gespielt hat. Selbst viele Lehrer wussten nicht, wo ich herkomme. Bei mir kam hinzu, dass es komplex war, da hörten die Lehrer schnell auf mitzudenken. Sie haben das nie hinterfragt. Das meine ich aber negativ. Sie haben sich recht wenig Zeit genommen, um den Schüler als Menschen richtig vor Augen zu haben. Und wenn man nicht das Gefühl hat, als Mensch interessant zu sein, dann demotiviert das. **LORENZEN:** Wann kam denn der Kick, mehr in die Schule zu investieren?

SALI: Gar nicht. Als ich nach der neunten Klasse sah, dass der Notendurchschnitt auf meinem Zeugnis ausreichen könnte, um eine höhere Schule zu besuchen, war das für mich einfach die Möglichkeit, weiter zur Schule zu gehen und mich nicht mit Arbeit und Ausbildung zu befassen. Selbst in der Oberstufe wusste ich nicht, was ich machen will. Es hat mich auch niemand in die Bredouille gebracht, darüber nachzudenken. Die Oberstufe konnte ich nur mit sehr vielen Hürden meistern. Nicht weil ich blöd bin, sondern weil mir die Mittel fehlten. Ich hatte kaum Training, ich hatte nicht die gleichen Vorkenntnisse wie die

deutschen Schüler, das musste ich mir dann selbst hart aneignen.

LORENZEN: Spielte denn der Migrationshintergrund für Ihr Selbstbild irgendeine Rolle?

SALI: Als Exot mit drei verschiedenen Volksgruppen in mir, war ich immer ein sehr stolzer Mensch. Ich habe Gott sei Dank gesehen, dass es etwas Positives ist, wenn man Verschiedenes in sich trägt und das hat mich unbewusst gelenkt.

LORENZEN: Wann hatten Sie denn das erste Mal die Idee, Lehrer zu werden?

SALI: Es gab ein Schlüsselerlebnis, das mich dazu gebracht hat, darüber nachzudenken. Bei meinem schriftlichen Abitur gab es eine Lehrerin, die uns die Aufgaben auf den Tisch legte. Sie hatte etwas Benommenes, Mitleidendes, das mir sehr imponierte. Ich fragte mich: Warum nimmt sie das so mit, dass wir hier jetzt fünf Stunden lang eine Klausur schreiben müssen? Da wurde mir das Menschliche klar, das ein Lehrer ja in sich tragen muss, die Fähigkeit zur Empathie. Das war das erste Mal, dass ich überhaupt daran dachte, Lehrer werden zu können. Vorher hätte ich jeden ausgelacht, der mir gesagt hätte, dass das möglich ist. Selbst Kinder und Jugendliche, die hier geboren sind und als Deutsche fühlen, weil sie perfekt Deutsch sprechen und die Kultur kennen, fehlt oft der Mut, sich hinzustellen und zu sagen: Ich kann so etwas erreichen, wie einen akademischen Grad, einen verantwortungsvollen Beruf. Ich muss nicht am Fließband stehen.

Nach dem Schlüsselerlebnis beim Abitur bewirbt sich Nermin Sali umgehend für einen Lehramtsstudienplatz in Bremen und wird angenommen.

SALI: Ich hatte aber weiter Selbstzweifel, das schaffen zu können. Und wenn man dann mit Diskriminierung seitens der Professoren und Dozenten konfrontiert wird, rückt der Traum immer mehr in die Ferne. Dann denkt man sich, dass sich anschließend sowieso keine Tür mehr öffnen wird. **LORENZEN:** Welche Form von Diskriminierung haben Sie an der Uni erlebt?

SALI: Man merkt das schon, wenn Intoleranz da ist, wenn keine Wertschätzung da ist, wenn Professoren sagen, dass man als Student mit Migrationshintergrund mehr leisten muss, um zu zeigen, dass man sich das verdient hat. Das habe ich so gehört. Das ist demotivierend und bringt einen dazu zu zweifeln. Das hatte ich bis zum Abschluss.

Im dritten Semester lernt Nermin Sali seine Frau kennen, heiratet, Tochter und Sohn kommen zur Welt. Jetzt muss er neben dem Studium viel arbeiten, in Tankstellen, in der Gastronomie und im Einzelhandel.

SALI: Ich hatte Glück, dass ich bei meinen Jobs irgendwann auf die Bildungsschiene gekommen bin und den Internationalen Bund kennengelernt habe.

Dort fängt er als Dozent an, wird sozialpädagogischer Betreuer und schließlich stellvertretender Projektleiter.

SALI: Das war mein Ding, da habe ich die Wertschätzung bekommen, die man als arbeitender Mensch braucht.

Trotz der Doppelbelastung absolviert er sein Studium mit der Note 1,5 und beginnt sein Referendariat.

SALI: Der Rollenwechsel war schwierig. Von der selbstbewussten Rolle an der Tafel zum Lernenden. Leider war es so, dass im Referendariat das Thema meiner Migration hier und da in ein Licht gerückt wurde, das mich traurig gemacht hat. Das war zwar keine offene Diskriminierung mehr, aber es war mit einigen Seminarleitern schwierig. Es gab auch Seminarleiter, die mir ein Übermaß an Respekt entgegengebracht haben und die mich dazu gebracht haben, darüber nachzudenken, was es identitätstechnisch für mich bedeutet, ein Vorbild für Kinder zu sein. Das hatte ich mich vorher nicht gefragt. Da kam der Stein ins Rollen. Da habe ich dann auch gemerkt, dass ich für viele meiner Schüler tatsächlich eine Vorbildrolle habe. In der Schule habe ich mich vom ersten Tag an als vollwertiger Lehrer gefühlt. Da war ich nie ein Außenseiter.

Das zweite Staatsexamen besteht Nermin Sali mit Auszeichnung und wird von seiner Schulleitung an einer Oberschule sofort übernommen. Einige Leute haben sich für ihn eingesetzt.

SALI: Das war eine Wertschätzung ohne Gleichen. **LORENZEN:** Viele, die hier geboren sind, sind ja eher genervt, nach all den Jahren immer noch auf ihren Migrationshintergrund angesprochen zu werden. Sie thematisieren das offensiv. Wie ist das zu dieser Entscheidung gekommen?

SALI: Ich hatte mir erst nicht so viele Gedanken gemacht, was ich denn identitätstechnisch bin, Deutscher oder Migrant. Während des Referendariats habe ich von einigen Leuten den Rat bekom-

men, mich nicht in diese Migranten-Schublade stecken zu lassen, weil das oft mit Nachteilen verbunden ist. Aber dann wurde mir klar, dass der Bedarf dafür da ist, dass Lehrer zu dem stehen, was sie sind. Ich habe praktisch erlebt, dass Kinder sich gut gefühlt haben, wenn ich ihnen gesagt habe, wer ich bin. Dieses Gefühl, vor den Kindern offen über mich zu sprechen, hat mich dazu gebracht, diesen Weg zu gehen. Mir ist klar geworden, dass es mir guttut, dass ich im Erwachsenenalter im Hinblick auf Identitätsfragen offensiv mit meiner Herkunft umgehe. Mir persönlich tut es gut.

LORENZEN: Was wiegt schwerer als Bürde: Auf dem Arbeitsmarkt seinen Platz zu finden, die eigenen Zweifel und Unterlegenheitsgefühle oder die Diskriminierungen der Außenwelt?

SALI: Es ist eine Mischung verschiedener Ebenen. Die Gesellschaft transportiert ein Bild, dass Menschen mit Migrationshintergrund etwas Besonderes leisten müssen, um anerkannt zu werden. Diese Message kommt bei Kindern an, die bildungsfern aufwachsen. Wenn man das im Elternhaus hört und von den Medien transportiert bekommt und dann in der Schule noch mit offener oder verdeckter Diskriminierung konfrontiert ist, ist das für eine Kinderseele vorprogrammiert, dass die Selbsteinschätzung nicht hinhaut. Ich glaube, dass es auch viele gute Lehrer ohne Zuwanderungsgeschichte gibt, die versuchen, darauf einzugehen. Ein wenig Hilfe oder Vitamin B tut der Gesellschaft aber sehr gut.

Um diese Hilfe zu koordinieren und sich gegenseitig bei dieser Aufgabe zu unterstützen, hat sich das Bremer Netzwerk der Pädagoginnen und Pädagogen mit Zuwanderungsgeschichte gegründet. Deren Sprecher in Bremen ist Nermin Sali.

LORENZEN: Glauben Sie, dass es für Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte schwieriger ist, in Führungspositionen oder Funktionsstellen zu kommen?

SALI: Gute Frage. Ich habe darauf nicht wirklich eine Antwort. Ich für mich selber denke, dass mir keine Steine in den Weg gelegt werden würden. Aber insgesamt ist die Frage wirklich schwer zu beantworten. Es gibt zwar eine Frauenbeauftragte, die darauf achtet, dass bei Bewerbungen auf Führungspositionen alles glattläuft. Einen Migrationsbeauftragten, der einen den Rücken stärkt, gibt es nicht.

LORENZEN: Würden Sie das befürworten?

SALI: Ich fände es schön, wenn es das Angebot geben würde. In Bremen wird viel davon gesprochen, dass mehr Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte in Führungspositionen kommen sollen. Das ist vielleicht auch mein Weg.

Ibrahim Akbal und Dervis Yildirim – Gewerkschaftsarbeit in Zeiten der Globalisierung

Im Betriebsrats-Büro der Daimler-Werke herrscht großes Gewusel, kollegialer Ton. Ständig gehen Leute rein und raus, wollen etwas wissen, holen oder loswerden. Mittendrin nehmen sich Vertrauensmann Dervis Yildirim, der mich an Tor 11 abgeholt hat, und Betriebsrat Ibrahim Akbal eine Stunde Zeit, über drei Generationen türkischer Arbeitsmigranten in Bremen zu sprechen. Von den Träumen ihrer Väter bis zu den Plänen ihrer Töchter. Sie stehen mittendrin: im Arbeitsleben, in der Gewerkschaftsbewegung, im Familienleben, in der Community.

Wie Nermin Sali sind Ibrahim Akbal und Dervis Yildirim Kinder früher Arbeitsmigranten. Ihr Weg scheint deutlicher vorgezeichnet wie der von Nermin Sali – aber nur, wenn man ihn von heute aus betrachtet. Vater bei Daimler, Sohn bei Daimler – das ist nicht immer ein gerader Weg, auch da kann es Umwege, Sackgassen und Abkürzungen geben. Und konjunkturelle Glücksfälle.

Ibrahim Akbal ist in der Osttürkei geboren und 1972 nach Deutschland gekommen, wo sein Vater schon vier Jahre lebte. 1975 zieht die Familie aus Delmenhorst nach Bremen-Osterholz.

LORENZEN: Wie war denn Ihre Schulzeit? Waren Sie ein guter Schüler?

AKBAL: Na ja, mittelmäßig.

LORENZEN: Welchen Abschluss haben Sie gemacht?

AKBAL: Hauptschule. Später, als ich Betriebsrat geworden bin, habe ich noch an der Akademie für Arbeit Kurse gemacht und abgeschlossen. Damit hatte ich dann auch Abitur und hätte dann auch studieren können.

LORENZEN: Und direkt nach der Schule, hätten Sie da auch schon Lust gehabt, weiterzumachen?

AKBAL: Nein, eigentlich nicht. Ich wollte lieber arbeiten.

LORENZEN: War es denn schwer für Sie, eine Lehrstelle zu bekommen?

AKBAL: Ja, das war schwer, aber heute ist es noch schwerer. Heute ist es in der Tat schwer, wenn du als Migrant hierherkommst, so wie früher die Gastarbeiter Anfang der 1980er-Jahre. Mittlerweile sagen sie ja ›Migranten‹, weil sie hier ansässig sind und die Kinder hier schon in der dritten oder vierten Generation leben. Mittlerweile gibt es auch in den Betrieben Ingenieure, Abteilungsleiter, Teamleiter, die auch Migranten sind, sogar Werksleiter.

LORENZEN: Wäre es als Deutscher leichter gewesen, eine Lehrstelle zu bekommen?

AKBAL: Bei denen gab es auch Probleme. Logischerweise, wenn ihre Zeugnisse nicht hundertprozentig waren. Aber als Ausländer hat man es natürlich nicht einfach.

LORENZEN: Woran haben Sie das gemerkt?

AKBAL: Dazu fällt mir folgende Geschichte ein. Ein Jugendsekretär wollte einem türkischen Jugendlichen helfen, eine Lehrstelle zu finden. Dann haben sie im Weser-Kurier nachgeschlagen und eine Lehrstelle gefunden. Daraufhin hat der Jugendliche da angerufen und wollte nur einen Termin, damit er sich mit seinen Unterlagen vorstellen kann. Als er seine Adresse und seinen Namen durchgegeben hat, wurde ihm gesagt, dass alle Plätze belegt sind. Daraufhin hat der Sekretär dem Jugendlichen gesagt, er soll noch mal als Kurt Müller anrufen, denn er sprach akzentfrei Deutsch. Und da wurde ihm gesagt: ›Ja, wir haben noch zwei Plätze.‹ Jetzt sind wir ja schon so weit, dass Bewerbungen anonym abgegeben werden. Aber es ist immer noch schwierig für Migrantenkinder.

Die Lehre als Schlosser macht Ibrahim Akbal nicht wie gewünscht in einem großen Betrieb, wie den Stahlwerken, weil er den Eignungstest nicht besteht. Stattdessen fängt er in einer kleinen Firma an, bei der er schon als Schüler sauber gemacht hat.

AKBAL: Die Lehre war gut. Nur eins hat mich gestört. Mein Geselle und ich haben Alufenster und Gitter hergestellt und von dem Trinkgeld, das wir bekommen haben, hat er alles gekriegt. Ich habe nicht mal 50 Pfennig abbekommen.

LORENZEN: Haben Sie die Lehre dann abgeschlossen?

AKBAL: Nein, die habe ich abgebrochen. Die wollten mich noch länger behalten, aber Ende der 1970er-Jahre hat Daimler viele junge Leute eingestellt. Mein Vater hat ja auch hier gearbeitet und sein Führungszeugnis war okay. Dann haben sie

gesagt: Wenn das ihr Sohn ist, dann stellen wir ihn ein.

LORENZEN: Aber war das nicht ein Nachteil, ohne abgeschlossene Lehre hier anzufangen?

AKBAL: Nein, am Band war das kein Unterschied. Heute ist das auch nicht anders. Das ist auch gut so, dass die alle das gleiche Geld bekommen. Gleiche Arbeit, gleiches Geld. Sagt ja auch der Slogan der IG Metall.

Ibrahim Akbal wird schnell Vertrauensmann, später in die Vertrauenskörperleitung für die Migranten gewählt und 1990 dann Betriebsrat.

LORENZEN: War das schon immer Ihre Art, sich für andere zu engagieren?

AKBAL: Ja schon. Da wo ich herkomme, da ist alles sehr demokratisch geprägt.

LORENZEN: Noch mal rückblickend auf ihre Arbeitsgeschichte hier bei Daimler: Sind Sie zufrieden, wie das gelaufen ist?

AKBAL: Ja klar, das ist okay. Ich hatte ja keine andere Wahl. Okay, früher hat es mal mehr Spaß gemacht. Heute kommt man als Betriebsrat immer so in eine Sackgasse rein. Früher in den 1980ern konnte man immer noch mehr erreichen.

LORENZEN: Woran liegt das?

AKBAL: Wenn wir früher auf Seminaren nicht weiterkamen, haben wir gesagt: Das liegt am System, am Kapitalismus. Heute ist die ganze Welt Kapitalismus. Ein anderes System gibt es nicht. Dann kommt man in eine Sackgasse. Wie soll man die Leute noch motivieren? Entweder Pest oder Cholera, mehr hat man nicht. Wir haben früher für den Internationalismus gesungen. Alle sollten gleich sein. Heute, in der Globalisierung, denkt jeder Standort und jedes Land nur an seine Mitarbeiter. Wenn wir Arbeitsplätze verlieren, verliert die Gewerkschaft auch Mitglieder, deswegen ist jeder für sein Land. Das ist heute Mode.

LORENZEN: Wie sieht denn heute Ihre Betriebsratsarbeit aus?

AKBAL: Da hat sich einiges geändert. Wegen der Globalisierung. Daimler ist natürlich im Inland und im Ausland aufgestellt, wie in den USA, in China, Ungarn, Indien, Russland. Neulich haben wir uns das Werk in Ungarn angeguckt. Dieser Kapitalismus ist enorm. Die Leute verdienen 350 Euro im Monat. Der Liter Sprit kostet da aber auch 1,50 Euro. Die Arbeitnehmerrechte werden immer mehr gekappt, die Pressefreiheit haben sie schon infrage gestellt. Früher wurden die Länder durch

›Viele landen in der Sackgasse.‹

Kriege erobert, heute ist Ungarn durch Wirtschaftlichkeit in deutscher Hand. Alles Lidl, Aldi, Metro.
LORENZEN: Hat das für Sie hier auch schon Auswirkungen, dass die Leute woanders so wenig Geld verdienen?
AKBAL: Das ist klar. Ungarn ist ja nicht weit weg von uns. Wenn die da soweit sind, dann kann uns der Arbeitgeber natürlich auch unter Druck setzen.

LORENZEN: Noch mal zurück zu der Situation migrantischer Arbeitnehmer. Sie sagten, dass Ihr Vater hier ja schon gearbeitet hat und ich nehme an, dass Sie auch schon aus dem Bekanntenkreis viele Anfragen bekommen haben, ob Sie noch Bekannte unterbringen können?

AKBAL: Ja, aber seit Mitte der 1980er-Jahre stellt Daimler so gut wie keine ungelerten Mitarbeiter mehr ein, sondern nur noch mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Mitte der 1980er-Jahre gab es auch viele Migranten, die keinen Beruf erlernt haben, gemeinsam mit IG Metall und dem Betriebsrat haben wir es ermöglicht, dass hier einige 100 Kollegen, auch wenn sie keine Berufsausbildung hatten, eine Chance bekommen.

LORENZEN: Haben Sie das Gefühl, dass die dritte Generation es jetzt leichter oder schwerer hat?

AKBAL: Überleg mal, die Leute der ersten Generation, die waren für Daimler dankbar. ›Gott sei Dank, dass ich bei Daimler arbeiten darf, dass ich mein tägliches Brot verdienen kann.‹ Das war immer wieder der Gedanke, wenn sie ihre Abrechnung bekommen haben. Mit dem Gedanken haben sie gearbeitet. Sie haben nie Nein gesagt. Wenn es Überstunden gab, dann haben sie Ja gesagt. ›Ja Meister, ja Vorgesetzter.‹ Weil sie ja ihre Ziele hatten. Sie bleiben für eine Zeit. Dann gehen sie nach Hause. Haben sie gedacht. Mit der Zeit hat sich die Lage geändert, sie konnten nicht mehr nach Hause. Dann haben sie Frau und Kinder hierhergeholt und langsam angefangen, hier ein Haus zu bauen. Dann haben sie hier 20 Jahre gearbeitet, dann in Altersteilzeit und dann sind sie ausgeschieden. Okay, durch die kürzere Arbeitszeit gab es auch weniger Rente. Dann haben sie Betriebsrente bekommen. Aus der Türkei, wenn sie da gearbeitet haben, haben sie auch ein paar Euro Rente bekommen. So kamen sie über die Runden. Aber die jetzige Generation, die hat es ganz hart. Die können perfekt Deutsch, aber sie kommen nicht weiter. Die stecken in der Sackgasse.

LORENZEN: Warum?

AKBAL: Die Konkurrenz ist enorm geworden. Die Anforderungen sind höher geworden. Durch die Globalisierung haben sich die Arbeitszeiten verändert, die Betriebsabläufe haben sich verändert durch mehr Roboter, mehr Rationalisierung. Früher haben wir im Rohbau viel mehr körperlich gearbeitet. Wir hatten in den 1980er-Jahren vielleicht mal 50 Roboter, heute hast du 500 oder 1.000. Es gibt Jugendliche, die sagen, sie haben 30 Bewerbungen abgeschickt und nur Absagen erhalten. Also, es ist ja nicht so, dass alle Deutschen einen Ausbildungsplatz bekommen, das muss man fairerweise sagen. Aber Migranten haben einen Tick mehr Probleme. Es gibt auch viele, die die Uni abgeschlossen haben und jetzt Ingenieure oder Architekt sind. Die fahren jetzt Taxi, weil sie keine andere Möglichkeit haben. Die würden jetzt gerne bei Daimler anfangen.

LORENZEN: Auf der anderen Seite wird ja immer gesagt, es fehlen Fachkräfte in Deutschland. Wieso bekommen gut Ausgebildete dann keine Stelle?

AKBAL: Das Problem ist natürlich, wenn ich einen Ingenieur einstelle, dann ist die Forderung der Arbeitgeberseite, er muss relativ jung sein und Erfahrungen haben. Dann hat derjenige, der 40 Jahre alt ist und in seiner Branche fünf oder zehn Jahre nicht gearbeitet hat, kaum eine Chance.

LORENZEN: Gibt es etwas, was man konkret tun könnte. Mehr Förderprogramme?

AKBAL: Die deutsche Regierung will natürlich die Migrantenkinder integrieren. Weil sie ja merken, dass die Deutschen immer älter werden. Frau Merkel hat auch vor ein paar Wochen in einer Pressemitteilung gesagt: Wir müssen mehr Lehrstellen für Migrantenkinder schaffen. Wir als Gewerkschafter wollen nur das Beste für die Menschen rausholen, ohne Nationalitäten. Das ist mühsam.

LORENZEN: Wie ist das denn mit der gewerkschaftlichen Organisationskraft? Ist die genauso wie bei den Deutschen? Oder gibt es da Unterschiede?

AKBAL: Früher hat es da Unterschiede gegeben, heute ist das identisch. Die sind ja hier groß geworden, die dritte Generation. Die sind ja gemeinsam hier groß geworden.

LORENZEN: Haben Sie Kinder? Und wie ist deren beruflicher Weg?

AKBAL: Mein Sohn ist erwachsen, der arbeitet hier. Der hat sich hier beworben, das hat nicht geklappt. Dann hat er in Hemelingen seine Ausbildung gemacht, dann war er selbstständig. Letztes Jahr



haben wir 300 Leute fest eingestellt. Und er hat einen Festvertrag bekommen. Unsere Tochter arbeitet beim Jugendamt, im öffentlichen Dienst. Da hat sie ihre Ausbildung gemacht.

LORENZEN: Haben Sie noch ein berufliches Ziel, das Sie sich erfüllen möchten?

AKBAL: Nein, nein, ich bin zufrieden und gut. Was ich mir wünsche, ist, dass meine Gesundheit erhalten bleibt und dass man dann auch seine Rente genießen kann.

An dieser Stelle des Gesprächs kommt Dervis Yildirim wieder dazu, der kurz zu einer Besprechung wegmusste. Dervis Yildirim kommt aus dem gleichen Ort in der Osttürkei wie Ibrahim Akbal. Schon ihre Väter kannten sich.

YILDIRIM: Ich bin 1974 mit meinen ganzen Geschwistern von meinem Vater geholt worden. Nach drei Jahren bin ich dann zurück in die Türkei und nach zwei Jahren wieder nach Deutschland gekommen. Da war ich 12 oder 13 Jahre alt. Mit der Schule war es so, dass ich immer wiederholen musste. Mal Deutsch, mal Türkisch, da litt meine Schulleistung drunter und dann auch die ganze Ausbildung und Zukunft.

LORENZEN: Wären Sie damals lieber in der Türkei geblieben, als Sie geholt wurden?

YILDIRIM: Also, damals hatte ich eine ganz andere Ansicht, da wäre es mir lieber gewesen, dazubleiben.

Dervis Yildirims schulischer Weg führt über die Hauptschule zu einer Berufsausbildung mit Metallrichtung. Doch zuerst arbeitet er als Reinigungskraft, bis er sich 1990 bei Daimler bewirbt und eingestellt wird. Sieben Jahre arbeitet er als Schweißer im Rohbau und seitdem im Bereich Qualitätssicherung.

LORENZEN: Das haben Sie alles hier intern gelernt?

YILDIRIM: Ja, das habe ich alles hier gelernt.

LORENZEN: Ging das alles glatt oder gab es da auch Momente, an denen es mal nicht weiterging?

YILDIRIM: Ich hatte auch Glück. Ich habe Unterstützung von Kollegen bekommen. Dann ging es. Natürlich musste man sich auch persönlich anstrengen und offen sein.

LORENZEN: Heute sind Sie auch Vertrauensmann für die Migranten. Mit welchen Problemen kommen die dann zu Ihnen?

YILDIRIM: Also, erst mal bin ich Vertrauensmann für meine Gruppe in der Qualitätssicherung. Größtenteils sind das keine Migranten, das mache ich

seit 18 Jahren. Und seit 15 Jahren bin ich für dieses Mandat gewählt worden. Meine spezielle Aufgabe ist es, die Belange und Erwartungen von Vertrauensleuten und Migranten zu vertreten, gemeinsame Lösungen auszuarbeiten. In den letzten Jahren haben wir viel dazu beigetragen, dass auch qualifizierte Migranten in leitenden Funktionen stehen. Die größte Kritik von unseren Migranten, die größtenteils türkischer Abstammung sind, ist aber trotzdem noch, dass sie nicht die gleichen Chancen haben, in qualifizierte Arbeitsplätze reinzukommen. Viele, die eine Meisterausbildung haben, haben sich beworben und sind nicht genommen worden und sehen das so, dass sie benachteiligt wurden. Das Unternehmen sagt natürlich, wir machen keinen Unterschied, wir nehmen den Besten.

LORENZEN: Und was können Sie da in ihrer Position tun, um Ihre Kollegen zu unterstützen?

YILDIRIM: Wir können die Geschäftsleitung darauf aufmerksam machen, dass es diese Fälle gibt, dass es Chancengleichheit geben muss. Es gibt auch Betriebe hier in Deutschland, da gibt es eine Betriebsverordnung, die Chancengleichheit vereinbart. Es gibt auch Muster-Betriebsvereinbarungen.

LORENZEN: Gibt es auch bei Daimler eine Betriebsvereinbarung?

YILDIRIM: Nein, bei Daimler gibt es andere Sachen für die Gleichstellung.

LORENZEN: Gibt es hier denn bestimmte Förderprogramme, die extra auf Migranten zugeschnitten sind?

YILDIRIM: Nein. Es sind aber schon einige Fortschritte gemacht worden. Durch das Engagement des Betriebsrats haben sich Kleinigkeiten schon verbessert, aber das ist noch nicht ausreichend: bei Daimler, wie in anderen Betrieben und in der ganzen Gesellschaft. Das ist noch dramatischer. Da müssen wir ein Augenmerk drauflegen. Wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund heute weniger Chancen auf Lehrstellen haben, dann wird diese Gesellschaft Probleme bekommen. Dann soll man sich nicht wundern, dass die Leute nicht fähig sind, sich zu integrieren und dass es soziale Probleme gibt. Man kann nicht Integration wollen und dann keine Chancengleichheit gewährleisten. Das ist ein Widerspruch und der sollte gelöst werden. Ausbildung, Lehrstellen, Qualifizierung und Arbeitsmarkt, das ist das größte Problem. Jeder, der hier bei Daimler eine Ausbildung bekommt, der hat auch eine bestimmte Zukunftsvision. Der hat

andere Verantwortungsgefühle für die Gesellschaft. Anders als bei jemandem, der sich überall bewirbt, der nicht weiterkommt, nicht gefördert wird und dann in eine Randgruppe gedrängt wird.

LORENZEN: Hatten Sie das Gefühl, Sie mussten sich in Ihrem Leben mehr anstrengen als andere Kollegen, um das so hinzukriegen?

YILDIRIM: Natürlich, der Konkurrenzkampf ist groß. Um unter den Qualifizierten arbeiten zu können, muss man sich schon besonders anstrengen.

LORENZEN: Haben Sie denn noch berufliche Ziele?

YILDIRIM: Ziel ist natürlich, sich noch weiterzubilden und noch qualifizierter arbeiten zu können.

Die Ziele hören hier noch nicht auf. Ich bin 46 und ich habe noch ein paar Jahre vor mir. Es gibt hier immer viele technische Veränderungen, Arbeitsplätze, Gegebenheiten verändern sich. Mein Ziel ist natürlich auch, als Interessenvertreter gewerkschaftlich noch humanere Arbeitsplätze, noch gerechterer Löhne und Chancengleichheit zu schaffen!

LORENZEN: Bringt Ihnen Ihre jetzige Arbeit Spaß?

YILDIRIM: Also, Spaß kann ich mir auch anders vorstellen. Das ist eine relative Frage. Hier sind 13.000 Menschen beschäftigt. Hier in der Montage sind 6.000 Menschen, die im Schichtdienst und am Montageband arbeiten. Ich finde es ungerecht diesen Menschen gegenüber, wenn ich jetzt sage, das ist eine Scheißarbeit. Das würde ich den Kollegen nicht antun.

— Mehmet K.* – unten im Räderwerk

Wie Ibrahim Akbal und Dervis Yildirim kam Mehmet K. Anfang der 1970er-Jahre nach Deutschland. Aber im Gegensatz zu den Vätern der beiden Daimler-Mitarbeiter, wurde sein Vater hier nicht sesshaft und riss ihn immer wieder aus seiner Umgebung. Als Mehmet K. dann 1992 endgültig in Deutschland landet, hat er einen völlig verkorksten Bildungsweg hinter sich und die Bremer Großbetriebe haben ihre Pforten für ungelernete Arbeitnehmer fest verschlossen.

Auf dem Vorplatz einer Bremer Kultureinrichtung stellt Mehmet K. den Besen zur Seite und setzt sich zum verabredeten Interview hin.

LORENZEN: Was ist Ihre Tätigkeit hier?

MEHMET K.: Meine Tätigkeit ist Reinigung, Putzen. Seit 18 Jahren.

Ursprünglich kommt Mehmet K. aus einem Ort am Schwarzen Meer. Das erste Mal holte sein Vater die Familie 1972 nach Deutschland. Als Mehmet K. die erste Klasse hier halb beendet hatte, ging es zurück.

MEHMET K.: Mein Papa war ein Kerl, der nirgendwo bleiben konnte, der musste immer weg. 1976 sind wir zurück, diesmal nach Istanbul. Das hat mich meine Schule gekostet, dieses Hin und Her. Anfang der 1980er-Jahre sind wir wieder hierhergekommen. Ich musste von vorn anfangen, Deutsch zu lernen. Und 1984 ging es wieder nach Istanbul. Ich bin in der achten Klasse ohne Abschluss von der Schule abgegangen. Ich bin wütend, dass mich mein Vater überall hingeschleppt hat. Ich hätte gern eine bessere Schulausbildung.

In der Türkei macht der Vater ein Café auf, in dem Mehmet K. arbeiten muss.

MEHMET K.: Selber hat er nicht gearbeitet.

Erst nach dem Tod des Vaters kam Mehmet K. dann wieder nach Bremen und heiratete seine heutige Frau, die schon hier lebte.

MEHMET K.: Die ersten beiden Jahre waren stressig. Ich hatte keine Arbeit und keine Unterstützung.

Und keine Arbeitserlaubnis. Ich brauchte erst eine Stelle, um eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

LORENZEN: Hätten Sie denn gern irgendeine Qualifizierung gemacht oder einen Sprachkurs?

MEHMET K.: Ja, aber das habe ich nicht bekommen. Ich bekam ja keine Leistungen vom Arbeitsamt.

Wir Türken standen in der dritten Reihe damals. Erst die Deutschen, dann die EU-Ausländer.

»Dieses Hin und Her hat mich meine Schule gekostet.«

LORENZEN: Gibt es einen Beruf, den Sie gern gelernt hätten?

MEHMET K.: Damals wollte ich gern Mechaniker werden, aber das hat nie geklappt. Ich habe hier in Deutschland auch nicht an eine Lehre gedacht, sondern versucht, gleich Arbeit zu bekommen und Geld zu verdienen.

Ein Bekannter gibt ihm dann den Tipp, es doch mal bei der jetzigen Stelle zu versuchen. Ein Mitarbeiter der Einrichtung setzt sich für ihn ein und so schafft er den Einstieg, zunächst mit einer halben Stelle.

MEHMET K.: Die Stelle war wichtig, das war Glück für mich.

Zwischendurch schickt er mithilfe eines Cousins auch mal Bewerbungen weg, um vielleicht doch noch seinen Mechaniker-Traum zu verwirklichen: an Daimler und die BSAG. Bekommt aber nicht mal eine Einladung zu Vorstellungsgesprächen.

LORENZEN: Haben Sie irgendwann mal auf einer Behörde jemanden getroffen, der Sie unterstützt hat?

MEHMET K.: Nein, ich war ja noch nie auf einer Behörde. Auf dem Arbeitsamt war ich noch nie. Seit 20 Jahren.

LORENZEN: Würden Sie gern Ihren Aufgabenbereich hier noch mal erweitern? Sie sagten, Sie wären gern mal Mechaniker geworden?

MEHMET K.: Früher wollte ich hier bei den Technikern etwas mitarbeiten. Ich habe denen gesagt, dass ich dafür nichts haben will, sondern nur ein bisschen lernen. Aber die haben mich nicht ran gelassen. Das wäre schön gewesen, wenn ich da etwas gelernt hätte. Vielleicht könnte ich das in der Türkei gebrauchen.

LORENZEN: Zieht es Sie irgendwann zurück?

MEHMET K.: Ich habe das Gefühl, dass ich als Rentner dort leben werde. Aber dafür muss ich hier noch etwas älter werden und Geld sparen.

Mehmet K.'s Frau arbeitet als Friseurin, die beiden Kinder sind inzwischen 9 und 14 Jahre alt.

MEHMET K.: Für die sehe ich alle Chancen, die müssen sie nur nutzen. Dann können sie alles werden. Der Große geht aufs Gymnasium, aber der hat es im Moment schwer. Aber noch steht er auf vier. Für mich ist es sehr, sehr wichtig, dass er den Abschluss schafft. Ich habe das nicht geschafft, er soll das schaffen. Ich werde ihn unterstützen, bis er mit allem fertig ist. Man muss ihn immer schieben und drücken. Wenn man keinen Druck

macht, tut er nichts und sitzt nur an den Computerspielen.

Und dann kommt er wieder zu dem Moment zurück, der seiner Meinung nach sein eigenes Leben entschieden hat.

MEHMET K.: Wenn mein Vater mich 1976 nicht aus der Schule genommen hätte, hätte ich wenigstens vernünftig Deutsch gelernt und könnte heute Deutsch schreiben.

LORENZEN: Sie können das immer noch lernen.

MEHMET K.: Das traue ich mir nicht mehr zu.

In der Geschichte Mehmet K.'s tritt der Faktor am deutlichsten hervor, der in jedem der Interviews eine mehr oder weniger große Rolle spielt: Sprachkenntnisse als Einstellungsvoraussetzung. Man könnte es sich leicht machen und sagen: Hätte der Vater doch mehr auf die Schulbildung seines Kindes geachtet. Andererseits ist Mehmet K., als er von sich aus hierherzog und einen Neuanfang machen wollte, jede Form der Sprachförderung versagt geblieben. Er musste sich mit seinen mäßigen Sprachkenntnissen allein durchschlagen und war dankbar für jede Arbeit, die man ihm gegeben hat. Als Teil der neuen ‚Reservearmee‘ auf dem Arbeitsmarkt, die dort eingesetzt wird, wo kein anderer mehr hin will. Und trotzdem erhält er sich den für die türkischen Arbeitsmigranten der zweiten Generation typischen Bildungsoptimismus und versucht mit allen Mitteln, seinen Kindern die bestmöglichen Startbedingungen zu verschaffen.

Güler Binici – Migrationshintergrund erwünscht

Dieser Bildungsoptimismus hat sich bei Ibrahim Akbal erfüllt. Im Interview sprach er so stolz von seiner Tochter, die beim Jugendamt arbeitet, dass es naheliegend war, auch deren Geschichte in diesen Bericht mit aufzunehmen. Güler Binici war sofort bereit für ein Interview und nach Rücksprache mit ihrer Chefin, kam es zu dem Treffen im Volkshaus in Walle.

LORENZEN: Frau Binici, wie war Ihre Schulzeit?

BINICI: Ich glaube, dass Frauen weniger das Problem haben.

LORENZEN: Welches Problem meinen Sie?

BINICI: Dass sie Schwierigkeiten mit dem Migrationshintergrund haben. Das hatte ich in der Schulzeit gar nicht. Auch in der Ausbildungszeit nicht.

Ich kann mich nur an eine Szene erinnern, da wollten wir ein Haus kaufen, da hat die Besitzerin zu meinem Vater gesagt: An Türken verkaufen wir nicht. Aber ich persönlich hatte nie Probleme. Ich habe Fachabitur gemacht und anschließend beim Senator für Finanzen eine kaufmännische Ausbildung. Das war mir aber zu trocken, nur vorm PC zu sitzen und dann habe ich Sozialpädagogik studiert.

LORENZEN: War es Ihren Eltern wichtig, dass Sie eine gute Ausbildung machen?

BINICI: Sie haben uns nicht zum Studium gezwungen, es war ihnen aber wichtig, dass wir eine Ausbildung machen, etwas in der Hand haben. Aber mit mir hatten sie da kein Problem.

LORENZEN: Welche Sprache wurde bei Ihnen zu Hause gesprochen.

BINICI: Gemischt, dadurch dass meine Eltern so früh hier waren, konnten sie auch einigermaßen Deutsch. Immer wenn ich in die Türkei fahre, merke ich, dass Deutsch jetzt meine Muttersprache ist, weil mir dort bestimmte Begriffe fehlen.

LORENZEN: War das für Sie früh klar, dass Sie mal in einen sozialen Beruf wollen?

BINICI: Nein. Mein erster Berufswunsch war Ärztin. Irgendwann habe ich dann gedacht, ich mache BWL, deshalb habe ich das Wirtschaftabitur gemacht und etwas Kaufmännisches gelernt. Da musste ich verschiedene Abteilungen durchlaufen und war auch sechs Monate an der Uni am Ausländersekretariat. Das hat mir total Spaß gebracht, weil ich mit Publikum zu tun hatte. Das war ein Mix aus Büroarbeit und Arbeit mit Klienten. Da habe ich gemerkt: Das brauche ich. Und dann habe ich Sozialpädagogik an der Hochschule studiert.

LORENZEN: War es einfach für Sie damals, den Ausbildungsplatz zu bekommen?

BINICI: Erst mal kam gar nichts, aber dann wurde ich plötzlich zu ganz vielen Einstellungstests eingeladen. Da hatte ich dann mehrere Angebote. Nach der zehnten Klasse hatte ich mich schon einmal beworben, da hat es nicht so funktioniert, nach dem Fachabitur war das anders.

LORENZEN: Warum haben Sie das Gefühl, dass Männer mit Migrationshintergrund es schwerer haben als Frauen?

BINICI: Mein Bruder hatte viel größere Probleme in der Schule als ich, teilweise mit den gleichen Lehrerinnen. Wenn er frech war, hieß es gleich: Das liegt am Elternhaus. Da gab es Vorurteile. Das Problem haben wir hier auch öfter mit Lehrern,

dass sie schnell stigmatisieren, wenn die Kinder nicht funktionieren. Das sind dann gleich Machos. Und bei meinem Mann merke ich auch, dass die Nachbarn, als wir in die neue Wohnung gezogen sind, ihm gegenüber erst mal zurückhaltender waren.

LORENZEN: Hatten Sie denn bei Ihren Bewerbungen irgendwann mal das Gefühl, dass Sie benachteiligt wurden?

BINICI: Das Gefühl hatte ich nicht. In der Behörde sind wir auch mehr geworden. Das liegt natürlich zum großen Teil daran, dass wir auch Klienten haben, die die deutsche Sprache nicht beherrschen und wo man dann auch die Funktion des Übersetzers hat. Das ist natürlich praktisch. Aber diese Klienten fühlen sich dann manchmal auch besser verstanden.

LORENZEN: Da könnte Ihre Herkunft dann bei der Einstellung vielleicht sogar ein Vorteil gewesen sein?

BINICI: Als ich mich beworben habe, stand bei vielen Anzeigen: Migrationshintergrund gewünscht. Und in der Familienhilfe zum Beispiel, wo es wenig Männer gibt: männlicher Migrationshintergrund gewünscht. Im sozialen Bereich ist das schon üblich. Bei Bekannten bekomme ich aber mit, dass in anderen Bereichen die Arbeitsuchenden mit Migrationshintergrund es schwer haben. Ich habe es auch mal bei einem Freund von uns mitbekommen, der Ingenieur ist und telefoniert hatte. An der Aussprache haben sie seine Herkunft nicht bemerkt. Erst als sie seinen Namen hören, wurden sie stutzig und es ist nicht zum Vorstellungsgespräch gekommen. Dann hat er es mal mit einem anderen Namen versucht, dann ist er eingeladen worden. Er hat auf jeden Fall sehr lange gesucht. Dann hat er es in der Türkei versucht, da wollten sie ihn nicht aufgrund seiner mangelnden Türkisch-Kenntnisse. Dann hat er sich irgendwann mal selbstständig gemacht.

LORENZEN: Welche Rolle spielt die Herkunft bei Ihren Klienten?

BINICI: Da habe ich schon mal mitbekommen, dass einer gesagt hat: Nach Gröpelingen will ich nicht, da sind zu viele Türken. Oder als ich mit meiner Kollegin, die auch einen türkischen Nachnamen hat, mal ein Kind in Obhut nehmen sollte, bekamen wir zu hören: Jetzt holen schon die Ausländer unsere Kinder weg, wo sind wir denn gelandet?

»Frauen haben es leichter.«

Güler Binici ist beim Jugendamt in einem Projekt beschäftigt. Ursprünglich war die Stelle auf zwei Jahre befristet, wurde aber schnell in eine Festanstellung umgewandelt. Demnächst geht sie in Erziehungsurlaub, arbeitet aber noch fünf Stunden in der Woche weiter, damit sie auf der Stelle bleiben kann.

BINICI: Ich merke schon, dass die Vorgesetzte guckt: Wer kann was und alle unterstützt. Ich arbeite gerne hier.

LORENZEN: Ist der öffentliche Dienst Vorreiter für solche Arbeitsbedingungen?

BINICI: Klar, in der freien Wirtschaft sind natürlich ganz andere Bedingungen. Hier haben wir auch viele Kollegen mit Kindern, darauf wird Rücksicht genommen. Da ist es nicht so ein Problem, wenn das Kind mal krank ist. Auf das Wohlbefinden der Arbeitnehmer wird hier mehr geachtet.

LORENZEN: Was müsste generell getan werden, um Menschen mit Migrationshintergrund mehr zu fördern?

BINICI: Es wird schon mehr getan, auch in Banken werden schon mehr Leute mit Migrationshintergrund eingestellt. Was mir auffällt ist, dass man sie eher selten in höheren Positionen, als Vorgesetzte sieht.

LORENZEN: Woran liegt das?

BINICI: Das weiß ich nicht. Vielleicht trauen sie sich noch nicht. Ich traue mich das auch noch nicht. Aber zwei Jahre sind ja noch zu früh, um daran zu denken. Vielleicht probiere ich das irgendwann mal, ich weiß es nicht. Aber in anderen Bereichen gibt es immer mehr: Makler, Psychologen.

LORENZEN: Und Ihre Träume? Wo wollen Sie mal hin?

BINICI: Erst mal Erfahrungen sammeln, das kann man hier sehr gut. Irgendwann würde ich gern noch eine Psychotherapieausbildung machen.

LORENZEN: Und das weiß Ihre Chefin auch?

BINICI: Ja, es gibt hier viele, die noch eine Zusatzausbildung machen und auch dafür freigestellt werden. Zur Supervisorin zum Beispiel.

Zum Schluss gibt Güler Binici noch einen Einblick in ihre Arbeit mit Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund haben.

BINICI: Jugendliche haben oft das Problem, dass sie zwischen den Stühlen sitzen. Die Eltern wollen teilweise das Alte, die Tradition beibehalten. Umso mehr die Jugendlichen anders leben wollen, versuchen die Eltern sie festzuhalten. Es passiert öfter, dass die Mädchen hierher mit dem Wunsch der

Fremdplatzierung kommen. Sie leben einfach zwischen zwei Kulturen. Wenn ich dann zu den Eltern gehe, habe ich es etwas leichter, von ihnen angehört und anerkannt zu werden. Das Vertrauensverhältnis ist ein anderes. Dann versuche ich einerseits Empathie zu zeigen, aber auch Verständnis für die Bedürfnisse der Kinder zu wecken.

Pelin Ögüt – selbstverständlich Bildung

Ohne Umwege zum Studium verlief der Weg bei Pelin Ögüt. In ihrem Elternhaus galt Bildung nicht als Schlüssel zum sozialen Aufstieg, sondern als Selbstverständlichkeit. Auch und gerade für Frauen. Schon für ihre Großeltern war die Vorstellung abwegig, eine Frau könne von ihrem Mann ökonomisch abhängig sein. Das Interview findet in Pelin Ögüts Rechtsanwaltspraxis statt, Bremer Innenstadt, beste Lage. Das bunte Aquarium verschönert die Wartezeit. Pelin Ögüt kommt gerade aus Hamburg, wo sie Betriebsräte in einem Arbeitskonflikt vertritt.

Pelin Ögüt ist in Ankara geboren. Als sie fünf Jahre alt ist, geht der Vater als Direktor des türkischen Kulturzentrums nach Köln, ursprünglich nur für ein Jahr. Die Familie bleibt zunächst in der Türkei und zieht nach, als der Aufenthalt des Vaters sich doch verlängert. Die erste Klasse besucht sie noch in der Türkei und lernt Türkisch lesen und schreiben. In Deutschland beginnt sie in der zweiten Klasse ohne Deutschkenntnisse.

ÖGÜT: Das geht in dem Alter aber sehr schnell. Meine Mutter war schon in der Türkei Deutschlehrerin und hat in Köln jeden Tag mit uns gelernt. Sie saß abwechselnd bei mir und meiner Schwester in der Klasse und hat simultan übersetzt. Insofern hatten wir es relativ einfach, diese erste Zeit zu überbrücken.

In ihrer Klasse kann sie sich nur noch an einen anderen türkischen Jungen erinnern – und auch das nur wegen einer besonderen Geschichte.

ÖGÜT: Zum Karneval trug er sein Beschneidungskostüm. Er hat mich inständig gebeten, das nicht zu verraten, weil alle anderen dachten, er sei ein Prinz.

Nach einem Jahr in Köln zieht die Familie nach Hannover, wo die Mutter bis zur Pensionierung als Lehrerin in einer Hauptschule mit einer Integrationsklasse für Kinder mit Migrationshintergrund unterrichtet.

ÖGÜT: Ich kannte es nie anders, als dass Frauen berufstätig sind. Meine Eltern kommen zwar beide nicht aus akademischen Familien, haben sich aber selber im Studium kennengelernt. Bei meinen Eltern war es ganz selbstverständlich, dass meine Schwester und ich studieren. Für meine Mutter war es ganz wichtig, finanziell selbstständig und nicht von einem Mann abhängig zu sein. Das hat sie uns früh mitgegeben. Selbst für meine Großeltern war es nichts Ungewöhnliches, dass ihre Kinder und Enkel diesen Weg eingeschlagen haben. Ich habe erst später begriffen, warum es wichtig ist, nicht abhängig zu sein. Als Kind habe ich mir darüber keine Gedanken gemacht. Mir hat die Schule einfach Spaß gebracht und ich bin automatisch von Stufe zu Stufe gegangen.

Als Kind spielt sie mit deutschen Kindern, wächst nicht in einem Ghetto auf. Die Diskriminierungserfahrungen sind entsprechend harmloser Natur.

ÖGÜT: Im Gymnasium in Hannover hat unsere Direktorin, wenn sie mit mir sprach, automatisch ihre Sprache in Zeitlupe umgewandelt. Es gab da schon Anekdoten, über die man nur den Kopf schütteln konnte. Aber nicht so viele, da habe ich wahrscheinlich Glück gehabt.

LORENZEN: Können Sie sich an den ersten Berufswunsch erinnern?

ÖGÜT: Architektin war so ein früher Wunsch. Ich habe immer gern geschwungene Treppen gemalt. Und eine Zeitlang habe ich an Meeresbiologie gedacht, aber das waren Kindheitswünsche, die aus Hobbys entstanden.

LORENZEN: Wann kam die Idee auf, Rechtsanwältin zu werden?

ÖGÜT: Ich kann nicht ausschließen, dass die Idee aus irgendwelchen amerikanischen Spielfilmen stammt, mit völlig falschen Vorstellungen über den Beruf.

LORENZEN: Eine ausgeprägte soziale Ader steckte nicht dahinter?

ÖGÜT: Ein Gemisch aus beiden. Ich weiß, dass meine Familie mich immer schon damit aufgezogen hat, ich solle Rechtsanwältin werden, weil ich mich für Sachen eingesetzt habe und schon für

meine ältere Schwester Dinge mit erstritten habe. Ich war auch immer gerne Klassensprecherin. Aber als ich dann mit dem Studium begann, hatte ich noch gar kein klares Berufsbild.

LORENZEN: Gab es vielleicht Beispiele positiver Diskriminierung?

ÖGÜT: Mir fällt nur ein Beispiel aus der Zeit ein, als ich schon gearbeitet habe. Da hatte ich mal einen Mandanten, der sagte, er sei auf mich gekommen, weil er annahm, dass eine Frau mit Migrationshintergrund, die es so weit gebracht hat, schon bissig sein müsste.

Zum Studium kommt Pelin Ögüt nach Bremen, weil die Eltern ihr in Hannover keine eigene Wohnung finanzieren wollen.

ÖGÜT: Das hätten sie komisch gefunden.

Nach fünf Jahren macht sie Examen, obwohl sie nach eigener Aussage »das erste Jahr durchgefeiert« hat. Während der Wartezeit auf eine Referendarinnenstelle beginnt sie, gewerkschaftliche Schulungen für Betriebsräte zu machen. Die Entscheidung für Arbeitsrecht war bereits mit der Schwerpunktwahl im siebten Semester gefallen.

ÖGÜT: Da wusste ich sofort: Dafür mache ich das. Arbeitsrecht berührt alltägliche Fragen und es macht Sinn, weil es zum Schutze der abhängig Beschäftigten entstanden ist.

Im Referendariat engagiert sie sich im Ausbildungspersonalrat. Doch dann führt der Zufall sie zunächst auf einen verlockenden Umweg.

ÖGÜT: Wir hatten beim Unistreik den Lehrstuhl »Recht der Geschlechterbeziehungen« erkämpft. Nun wurde dort eine wissenschaftliche Mitarbeiterin für eine Promotion gesucht. Als ich die Ausschreibung las, dachte ich: Wieso steht da nicht mein Name?

Sie unterrichtet viel und promoviert schließlich.

ÖGÜT: Die drei Jahre haben mich aber darin bestätigt, dass ich anwenden und nicht nur diskutieren will.

Mit zwei Freunden macht sie sich als Anwältin selbstständig und schult weiterhin Betriebsräte. Vor acht Jahren fängt sie in ihrer jetzigen Kanzlei an, wo sie seit ein paar Jahren Partnerin ist. Dort vertritt sie nur Arbeitnehmer und Betriebsräte.

»Ich habe schon immer Sachen erstritten.«

ÖGÜT: Wenn man meinen Lebenslauf liest, hat man das Gefühl, zack, zack, zack, genau darauf war es ausgerichtet. Es gab aber keinen Masterplan, es hat sich immer aus dem entwickelt, was mich gerade interessiert hat.

LORENZEN: Mussten Sie auf diesem Weg Hürden überspringen?

ÖGÜT: Bewusst nicht.

LORENZEN: Spielt das Thema Migration in ihrer beruflichen Praxis eine Rolle? Haben Sie überproportional viele Klienten mit Migrationshintergrund?

ÖGÜT: Das nicht. Aber ich habe ab und zu Mandanten, die sehr glücklich sind, wenn sie ihr Anliegen in der türkischen Sprache vorbringen können. Aber wir haben keine Regelung, dass alle, die Türkisch sprechen, bei mir landen. Manchmal finde ich es ganz süß, eine gewisse andere Mentalität mitzubekommen. Es ist nun mal etwas anderes, ob eine ältere Dame mit türkischer Herkunft hier sitzt und mich als Töchterchen bezeichnet.

LORENZEN: Haben Sie das Gefühl, dass sich die Anliegen der Mandanten mit Migrationshintergrund von denen der anderen unterscheiden?

ÖGÜT: Meistens nicht. Doch es ist schon so, dass bestimmte Berufsfelder überproportional oft an Menschen mit ausländischer Herkunft vergeben werden, Reinigungsarbeiten zum Beispiel. Oder Leiharbeitsfirmen, die ihre Leute als ungelernete Kräfte in alle möglichen Tätigkeiten reinstecken. Da tauchen überdurchschnittlich viele ausländische Mandanten auf. Ich glaube nicht, dass sie mehr Probleme haben als Deutsche. Denn häufig sind bestimmte Arbeitgeber hier bekannt, die ihre Arbeitnehmer nicht so behandeln, wie es sein sollte. Oft führt dann das Sprachproblem dazu, dass die Arbeitnehmer sich dem Arbeitgeber gegenüber hilflos fühlen und lange warten, bis sie herkommen. Ich will aber nicht den Eindruck vermitteln, dass hier alle Menschen mit ausländischem Hintergrund Sprachprobleme haben. Das ist nicht so.

LORENZEN: Haben Sie oft mit dem Antidiskriminierungsgesetz zu tun?

ÖGÜT: Mehr über Betriebsratstätigkeiten als über individuelle Mandate. Für Betriebsräte, die ich berate, ist das schon ein Thema, wie man gemeinsam mit den Arbeitgebern Spielregeln aufstellen und Betriebsvereinbarungen treffen kann, die Diskriminierungen vermeiden helfen.

LORENZEN: Gibt es weiterhin Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt? Zum Beispiel, wenn es um Aufstiegsmöglichkeiten geht?

ÖGÜT: Das denke ich schon. Es ist natürlich immer schwer zu beweisen, woran es liegt. Aber es ist genauso auffällig, wie die nach wie vor geringe Anzahl von Frauen in Führungspositionen.

LORENZEN: Was müsste Ihrer Meinung nach passieren?

ÖGÜT: Es wäre zum Beispiel gut, wenn es eine Verpflichtung für Arbeitgeber gäbe, bestimmte Sprachkurse anzubieten. Wenn meine Schwester und ich die Sprache nicht so schnell beherrscht hätten, wäre vieles anders verlaufen. Es gibt im Betriebsverfassungsgesetz das hehre Ziel, Menschen mit anderer Herkunft zu fördern. Es wäre gut, wenn der Gesetzgeber verbindliche Formen finden könnte, die es den Betriebsräten ermöglichen, konkrete Maßnahmen auch verbindlich durchzusetzen.

LORENZEN: Haben Sie noch weitere berufliche Ziele?

ÖGÜT: Ich finde super, was ich mache.

__ Josip T.* – warten auf den nächsten Job

Im Arbeitslosenzentrum in Osterholz-Tenever ist es heute relativ ruhig beim wöchentlichen Frühstückstreff. »Die Ferienzeit hat schon angefangen«, sagt eine Mitarbeiterin. Und jemand, der auf das Suchraster »arbeitslos mit Migrationshintergrund« zutrifft, lässt sich unter den Anwesenden auch nicht auf den ersten Blick identifizieren. Auf die kurze Vorstellung des Anliegens meldet sich auch niemand. Immerhin erfolgt der Hinweis, dass Josip da ist. Der sei nur gerade drinnen in der Beratung. Eine halbe Stunde später kommt jemand aus der Tür, der Josip sein muss.

LORENZEN: Sind Sie öfter hier?

JOSIP T.: Ja, jeden Donnerstag.

Er kommt ursprünglich aus Belgrad, in Deutschland lebt er, seit er neun Jahre alt ist. In seiner Heimat ist er wegen einer Krankheit kaum zur Schule gegangen. Auch im Emsland, wo die Familie mit vier Kindern zunächst landet, wird er nach kurzer Zeit wieder von der Schule genommen.

JOSIP T.: Dann bin ich bis 17 zu Hause bei Mama geblieben. Deutschkurse habe ich allerdings gemacht. Bis 15 hatte ich den Anschluss sprachlich geschafft. Mit 17 bin ich dann zur Kinderhilfe gekommen und habe da in der Schlosserei gearbeitet und nebenbei die Ausbildung zum Schweißer gemacht.

Zehn Jahre ist er dort geblieben, bevor er nach Bremen kommt und hier über verschiedene Leihfirmen als Schlosser und Messebauer arbeitet.

JOSIP T.: Wir kämpfen, um uns unser Leben aufzubauen. Hier besuche ich alles, was ich kriegen kann. Habe gerade die Prüfung für den Staplerschein gemacht. Ich gehe auch in einen Kurs für meine Muttersprache.

Seine Wohnung in Tenever hat Josip T. mithilfe der Mitarbeiter des Arbeitslosenzentrums gefunden. Dort lebt er mit seiner Frau, die vier Kinder mit in die Ehe gebracht hat. Seit eineinhalb Jahren ist Josip T. arbeitslos. Zuletzt hat er in einem Hotel gearbeitet.

JOSIP T.: Hier in Bremen geben die Leute einem meist nur einen Vertrag für ein Jahr oder eine 400-Euro-Stelle. Dann gucken sie sich an, ist der gut, ist der nicht gut? Ich war bisher immer gut und habe hundert Prozent gegeben. Im Hotel wollten sie mir schon einen Vertrag geben, aber da kam einer zurück, der dort schon mal gearbeitet hat.

Zwanzig Bewerbungen hat Josip T. mittlerweile geschrieben.

JOSIP T.: Am liebsten würde ich wieder in der Gastronomie arbeiten. Oder im Messebau. Aber etwas Festes, nicht wieder eine Leihfirma. Ich hatte einen Anruf, dass die mich als Spüler haben wollten. In Lingen war ich schon Oberspüler, da hatte ich fünf Spüler unter mir, für die ich die Dienstpläne gemacht habe. In einem großen Restaurant mit 160 bis 250 Essen täglich. Ich musste aufpassen, dass immer genug Tassen und Teller da sind und hatte den Überblick über das Lager. Ich habe die Leute auch eingearbeitet. Ich suche eine Arbeit, wo ich möglichst selbstständig arbeiten kann, wo ich das anwenden kann, was ich gelernt habe. Jetzt wird wohl bald was kommen.

LORENZEN: Sind Sie irgendwann mal benachteiligt worden, weil sie kein Deutscher sind?

JOSIP T.: Nein, das war vor meiner Zeit vielleicht mal so. Das, was man machen will, muss man selber entscheiden.

LORENZEN: Würden Sie gern noch mal eine Ausbildung machen?

JOSIP T.: Normalerweise ja, aber dafür bin ich schon zu alt.

LORENZEN: Hat Ihnen die Arbeitsagentur schon mal eine Qualifizierung angeboten?

JOSIP T.: Nein, das muss man selbst machen.

LORENZEN: Hätten Sie sich an irgendeiner Stelle mehr Unterstützung gewünscht?

JOSIP T.: Ja, vom Jobcenter und vom Arbeitsamt. Die bieten wenig Unterstützung an für Leute, die arbeiten wollen und Hilfe brauchen. Die machen ihren Job, ihren Papierkram, aber sonst nichts. Deswegen komme ich hierher, hier kann ich mir bei meinen Bewerbungen und anderem helfen lassen.

LORENZEN: Haben Sie Zukunftsängste?

JOSIP T.: Nein, wenn man die hat, hat man in Bremen schon verloren. Ich baue mir meinen Mut selber auf. Wenn ich aufgeben würde, könnte ich einpacken. Ich habe damals gelernt, stark zu sein.

Flüchtlinge

Flüchtlinge haben auf dem Arbeitsmarkt noch einmal wesentlich schlechtere Karten als Arbeitsmigranten und deren Kinder. Im ersten Jahr dürfen sie überhaupt nicht arbeiten. Und auch danach bekommen sie nur unter größten Schwierigkeiten eine Arbeitserlaubnis – wenn überhaupt. Sie haben keinen Anspruch auf Sprachförderung und müssen mit weniger Geld auskommen als Hartz-IV-Bezieher (was das Bundesverfassungsgericht vor Kurzem als verfassungswidrig erklärt hat). Dazu kommt die ständige Unsicherheit, in vielen Fällen die Angst vor Abschiebung. Und selbst wenn irgendwann Anerkennung und Arbeitserlaubnis da sind, hängen die schlechten Startbedingungen noch Jahre später bleischwer in den Kleidern. Die einzige Perspektive heißt dann oft Leiharbeit. So wie bei Ganesh N.

»Wenn man Angst hat, hat man in Bremen schon verloren.«

›Man muss jemanden kennen, um vorwärts-zukommen.‹

Ganesh N.* – ohne den richtigen Draht nach oben

GANESH N.: Als ich klein war, bin ich schon mit Kabeln rumgelaufen, ich wollte immer Elektriker werden.

Das erzählt Ganesh N. in einem McDonald's-Restaurant im Bremer Süden. Den Treffpunkt hat er gewählt, weil er in der Nähe mit seiner Frau und seinen beiden Kindern lebt. Und wohl auch, weil er während seiner Odyssee durch Bremer Leiharbeitsfirmen auch hier mal Station gemacht hat.

Ganesh N. kommt mit 19 Jahren als Flüchtling aus Sri Lanka, wo er zur unterdrückten tamilischen Minderheit gehört, nach Deutschland, wo seine Mutter schon lebt. Aus seiner Heimat bringt er einen Realschulabschluss und eine Ausbildung als Elektriker mit.

GANESH N.: Meine Schulzeit war beschissen, da gab es noch Prügelstrafe. Hier wäre ich gern zur Schule gegangen. Aber als Flüchtlinge durften wir das nicht, arbeiten zunächst auch nicht.

Erst nach acht Jahren wird er als Asylbewerber anerkannt.

Dafür lauten die ersten Stationen: Eine-Mark-Arbeit, drei Monate Deutschkurs, sechs Monate Arbeitsvorbereitungskurs, Hauptschulabschluss, Ausbildung zum Elektriker in einer Ausbildungs-kooperative.

GANESH N.: Da musste ich sechs Monate länger machen, weil ich die Theorie das erste Mal nicht geschafft habe.

Dann eine Stelle bei einem Elektrobetrieb im Laborbereich; immer wieder muss er die Stellen wechseln, weil keine Aufträge mehr da sind. Irgendwann kommen die Jobs nur noch über Leiharbeitsfirmen. Seit zweieinhalb Jahren ist er jetzt bei der gleichen Arbeitsstelle als Elektriker eingesetzt.

GANESH N.: Das Problem ist: Die nehmen viele Leute an, aber mich übersehen die irgendwie. Ich habe mich zweimal beworben, aber die haben mich abgelehnt. Als Festangestellter verdient man mit Zuschlägen fast doppelt so viel. Letzte Woche haben sie wieder drei Monteure von außen eingestellt, mich haben sie abgelehnt.

Vor eineinhalb Jahren hatte Ganesh N. einen Herzinfarkt, ist inzwischen aber wieder voll belastbar.

GANESH N.: Aber ich habe diese Angst, dass sie morgen sagen: Wir haben keine Arbeit mehr, melden Sie sich ab. Dann muss ich wieder neu anfangen. Ich bin eingearbeitet, ich kenne die Leute, das nervt mich. Wenn ich nicht arbeite, bekomme ich 400 Euro weniger. Dann ist ein großes Loch da, deshalb spare ich immer schon Stunden an. Wenn man nach Jobs guckt, laufen 90 Prozent der Angebote über Zeitarbeitsfirmen. Ich weiß nicht, was morgen passiert, ich brauche unbedingt eine größere Wohnung.

LORENZEN: Haben Sie während Ihres Berufslebens Diskriminierungen erlebt?

GANESH N.: Vor acht Jahren musste ich ein Netzwerk installieren. Ich hatte zwei Wochen Zeit und war in einer Woche fertig. Und dann haben sie mich abgemeldet, obwohl sie noch Arbeit hatten. Der Vorarbeiter hat direkt zu mir gesagt, dass irgendeiner nicht mit meiner Hautfarbe einverstanden ist. Der Chef der Zeitarbeitsfirma hat zu mir gesagt, ich muss ein dickes Fell bekommen, um das zu ignorieren. Blöde Witze höre ich auch immer wieder. Aber ich weiß, dass sie Spaß machen und nehme das nicht so ernst. Neulich sollte ich früher anfangen, weil wir so viel Arbeit hatten. Da kommt einer zu mir und sagt: Wieso arbeitest du eine Stunde früher, du Scheiß-Leiharbeiter, du nimmst uns unsere Arbeit weg. So hat er mich beschimpft. Solche Unfälle gibt es. Aber rassistisch ist es in Bremen nicht.

LORENZEN: Haben Sie das Gefühl, Stellen nicht zu bekommen, weil Sie kein Deutscher sind?

GANESH N.: Ja. Ich spreche vielleicht nicht so gut Deutsch wie die anderen. Die haben einen anderen Leiharbeiter übernommen, der meine Vertretung war. Der ist älter als ich und hat weniger Erfahrung. Den haben sie übernommen. Man muss hier jemanden kennen, um vorwärtszukommen. Einen Verwandten oder so, das habe ich begriffen.

LORENZEN: Und so jemanden kennen Sie dort nicht?

GANESH N.: So gut nicht. Sie sagen über mich: Er ist gut und macht alles. Ich habe vielen geholfen, wenn sie einen Fernseher gekauft und angeschlossenen haben. Es gibt einige, die sagen: Ich will nicht, dass du gehst. Aber die können das nicht entscheiden.

Im Laufe der Jahre hat sich nach Ganesh N.'s Wahrnehmung die Kultur der Leiharbeitsfirmen verändert.

GANESH N.: Mittlerweile gibt es ja an jeder Ecke eine Zeitarbeitsfirma. Die sind unpersönlicher geworden. Früher waren die mindestens einmal pro Woche auf der Arbeitsstelle. Oder bei den Geburtstagen! Ich habe meiner Firma persönlich gesagt: ›Warum könnt ihr nicht eine Karte zu meinem Geburtstag schreiben? Ihr habt doch meine Daten!‹ Früher kamen die mit einem kleinen Geschenk. Das ist wichtiger als Geld. Meine Videothek weiß, wann ich Geburtstag habe. Ich will kein riesiges Geschenk. ›Alles Gute‹, das reicht. Von meiner Arbeitsstelle haben viele im Krankenhaus angerufen und mir gratuliert. Die haben meinen Geburtstag im Kalender markiert.

LORENZEN: Haben Sie noch Hoffnung, dass Sie dort übernommen werden?

GANESH N.: Die Hoffnung ist das Letzte, das bleibt. Aber wenn ich sehe, dass immer neue Leute anfangen und ich werde übersehen. Das tut richtig weh.

LORENZEN: Was wäre Ihr Traumjob?

GANESH N.: Den ich gerade mache.

LORENZEN: Werden Sie sich noch mal bewerben?

GANESH N.: Weiß ich nicht, die Enttäuschung sitzt noch. Ich habe da eine Macke, ich will keine schlechte Nachricht mehr hören. Die wissen doch, dass ich da bin. Warum muss ich mich denn noch mal bewerben? Ich bin der Einzige in der Abteilung, der alles machen kann. Das habe ich mir alles abgeguckt. Aber das weiß der da oben, der den Scheck unterschreibt, nicht.

LORENZEN: Haben Sie schon mal versucht, mit dem Chef selbst zu sprechen?

GANESH N.: Bis jetzt noch nicht. Das hat mir ein Kollege auch geraten, Termin machen, hingehen und fragen. Vielleicht mache ich das noch.

LORENZEN: Wenn Sie an die Zukunft denken, was für ein Gefühl haben Sie dann?

GANESH N.: Ein unsicheres Gefühl. Ich kann nicht sparen, keine vernünftige Wohnung suchen. Ich stehe auf der Kippe. Ich sage zu meiner Frau, in Deutschland ist keiner arm, mache dir keine Sorgen. Wir sind glücklich.

Und dann kommt er über Umwege wieder auf seinen großen Traum zurück, der doch ein kleiner ist und mit zwei Kabeln zu tun hat.

GANESH N.: Wir versuchen meinem Großen, etwas beizubringen. Meine Frau kann besser Deutsch als ich. In Mathe ist er ganz gut. Er will mal Pilot werden, das ist ein Kindertraum. Aber vielleicht macht er es. Als ich klein war, wollte ich Elektriker

werden. Wir hatten ein Radio, da habe ich zwei Drähte genommen und zwei Zimmer weiter einen Lautsprecher angeschlossen. Dann konnte man da auch Radio hören. Da war ich neun. Da wusste ich, dass ich es schaffen werde.

Auf dem Rückweg zur Wohnung steht Frau N. schon am Fenster und winkt freundlich lächelnd herunter. Von dieser Freundlichkeit haben die N.'s sehr viel mit nach Deutschland gebracht. Vielleicht zu viel, um sich auf diesem Arbeitsmarkt zu behaupten.

Ramin Popalzai – bei Unternehmen begehrt, beim Amt keine Chance

Im Gegensatz zu Ganesh N. ist Ramin Popalzai erst seit zwei Jahren in Bremen und noch nicht als Asylant anerkannt. Dafür bringt er alle anderen Voraussetzungen mit, sofort in eine qualifizierte Beschäftigung einsteigen zu können. Sogar jede Menge Arbeitgeber, die ihn mit Kusshand einstellen würden.

Das Gespräch vermittelt Udo Casper vom Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz, das arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge koordiniert. In dessen kleinem Büro in Walle ist zum von Ramin Popalzai vorgeschlagenen Gesprächstermin leider kein Raum frei. Das benachbarte Eiscafé fällt als Interviewort auch aus, da gerade der Ramadan begonnen hat. Was bleibt, ist das Auto des Interviewers. Das unwirtliche Ambiente dieses Ortes passt allerdings ganz gut zu dem, was Ramin Popalzai, der zu dem Gespräch seinen Bruder Rashid mitbringt, zu erzählen hat.

Ramin Popalzai ist 2010 mit seinen drei Geschwistern und der Mutter aus Kabul in Afghanistan nach Deutschland geflohen.

RAMIN POPALZAI: Ich dachte, es wird einfacher sein, Deutsch zu lernen, aber es ist schwer.

LORENZEN: Ich verstehe Sie gut. Was für eine Ausbildung haben Sie in Kabul gemacht?

RAMIN POPALZAI: Ich habe Wirtschaftswissenschaften studiert und das Diplom gemacht. Und dann habe ich fünf Jahre in einer amerikanischen Firma in der Finanzabteilung gearbeitet.

LORENZEN: Sind Sie aus Kabul gleich nach Bremen gekommen?



RAMIN POPALZAI: Erst sind wir nach Hamburg gegangen und haben dort den Asylantrag gestellt. Doch dann sind wir sofort nach Bremen weitergeschickt worden. In Bremen haben wir einen Monat im Bundesamt gewohnt, dann sind wir in ein Heim nach Vegesack verlegt worden. Nach einer neuen Bestimmung konnten wir uns aber selbst eine Wohnung suchen und leben nun seit sieben Monaten mit der ganzen Familie in einer Wohnung in Burglesum.

LORENZEN: Was haben Sie hier gemacht, seit Sie angekommen sind.

RAMIN POPALZAI: Ich habe angefangen Deutsch zu lernen und versucht, Arbeit zu finden.

LORENZEN: Wo lernen Sie Deutsch?

RAMIN POPALZAI: An der Volkshochschule, aber das ist teuer für mich.

LORENZEN: Das müssen Sie selbst bezahlen?

RAMIN POPALZAI: Ja, das muss ich selbst bezahlen. Ich muss auch meinen Anwalt bezahlen und ich muss meine Fahrkarten bezahlen. Und die Lehrbücher. Und Strom. Das ist sehr schwer.

LORENZEN: Wie viel Geld bekommen Sie denn?

RAMIN POPALZAI: 180 Euro im Monat, wie jeder Asylbewerber.

LORENZEN: Welche Erfahrungen haben Sie bei der Arbeitssuche gemacht?

RAMIN POPALZAI: Ich spreche gut Englisch und habe nach einer Arbeit gesucht, wo ich Englisch sprechen kann. Ich habe auch einige gute Stellen gefunden. Bei Zechbau und bei verschiedenen Hotels. Aber ich habe von der Ausländerbehörde keine Arbeitserlaubnis bekommen. Ich habe das sechsmal versucht.

LORENZEN: Mit welcher Begründung ist Ihnen die Erlaubnis nicht gegeben worden?

RAMIN POPALZAI: Sie haben gesagt: Erst wenn kein Deutscher oder ein EU-Ausländer die Arbeit machen können, kannst du die Stelle bekommen.

An dieser Stelle meldet sich der jüngere Bruder Rashid zu Wort, der auf der Rückbank sitzt.

Er geht zur Schule und spricht deshalb noch besser Deutsch als Ramin Popalzai.

RASHID POPALZAI: Eigentlich darf man nach einem Jahr arbeiten. Man muss erst die Arbeit finden, dann bekommt man die Arbeitserlaubnis. Die Regel ist so, dass man eine Arbeit finden muss, die andere nicht machen können.

LORENZEN: Wie kann man das denn beweisen, wenn ein Arbeitgeber einen haben will?

RASHID POPALZAI: Das wissen wir nicht. Mein Bruder hätte dreimal in einem Hotel anfangen können, der Chef hat gesagt, dass er ihn braucht. Wegen der Sprache und den anderen Qualifikationen. Aber das Amt hat gesagt: Das geht nicht.

LORENZEN: Welche Arbeiten dürften Sie denn machen?

RAMIN POPALZAI: Gar keine. Ich habe einen afghanischen Verein gegründet. In Bremen gibt es viele junge afghanische Flüchtlinge. Sie wollen alle arbeiten. Ich kenne nur einen Einzigen, der eine Arbeitserlaubnis bekommen hat.

LORENZEN: Und wie gehen Sie damit um?

RAMIN POPALZAI: Ich versuche es noch mal und noch mal und noch mal.

LORENZEN: Wann wird über Ihren Asylantrag entschieden?

RAMIN POPALZAI: Das ist auch kompliziert. Ich kenne viele afghanische Familien, die seit vier oder sechs Jahren auf die Entscheidung warten.

RASHID POPALZAI: Jetzt haben wir eine Aufenthaltsgestattung, die alle sechs Monate verlängert werden muss. Wir warten auf den zweiten Gerichtstermin, um die Anerkennung zu erhalten. Aber der Richter hat keine Zeit.

RAMIN POPALZAI: Ich möchte noch sagen, die Leute aus Afghanistan schämen sich, Geld vom Sozialamt zu bekommen. Deshalb wollen wir alle arbeiten. Ich kenne viele Afghanen in Hamburg, davon arbeiten 90 Prozent.

RASHID POPALZAI: In Hamburg ist es einfacher, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen als in Bremen. Die Regeln sind anders.

RAMIN POPALZAI: Für die Bremer Wirtschaft wäre es auch besser, wenn wir arbeiten könnten. Ich verstehe wirklich nicht, warum das in Bremen so ist. Ich würde gern lernen, wie das Finanzsystem in deutschen Firmen läuft.

RASHID POPALZAI: Wir hören im Radio und im Fernsehen, dass sich die Ausländer hier nicht so gut integrieren. Aber die Afghanen wollen sich integrieren, zur Schule gehen und arbeiten. Aber das Sozialamt bezahlt nicht mal die Sprachkurse. Es ist schwer sich zu integrieren, wenn man nur zu Hause sitzt und nichts machen darf.

Die Brüder steigen aus und gehen – wahrscheinlich zur nächsten Bushaltestelle. Und der Interviewer ärgert sich, dass er nicht wenigstens angeboten hat, die beiden nach Hause zu fahren. Aber dazu war er zu sprachlos über die Geschichte, die er gerade gehört hat.

Aussiedler

Neben den Arbeitsmigranten und den Asylbewerbern sind die Aussiedler die dritte große Gruppe derjenigen, die in den letzten fünfzig Jahren zugezogen sind. Im Gegensatz zu den Flüchtlingen sind sie hier gewünscht – jedenfalls offiziell. Auf dem Arbeitsmarkt müssen Aussiedler aus Osteuropa und deren Kinder mit Benachteiligungen rechnen. An dieser Stelle kommt der Sohn einer Aussiedlerfamilie zu Wort, der seine Ziele hier weitgehend umsetzen konnte. Und an seinem jetzigen Arbeitsplatz im Personalmanagement bei Daimler einen guten Einblick in die Situation anderer Arbeitnehmer hat.

Gregor Kruppa – über die Produktion ins Büro

Lange war die Suche nach einem Personalmanager mit einem Migrationshintergrund vergeblich. Der entscheidende Tipp kam dann vom Daimler-Betriebsrat. Irgendwann klingelte das Telefon und Gregor Kruppa war dran. Er hatte zwar gerade viel zu tun, weil er unter anderem für den Einsatz der Ferienkräfte zuständig ist, nahm sich aber gern die Zeit für ein Gespräch.

Gregor Kruppa wurde 1966 in Polen geboren. Die Großeltern waren Deutsche und die Eltern hatten ziemlich lange vergeblich die Ausreise nach Deutschland beantragt. Im oberschlesischen Kohlerevier sind Arbeitskräfte knapp. Bis zur siebten Klasse wächst Gregor Kruppa in Polen auf, die Eltern verstehen zwar noch Deutsch, gesprochen wird aber nur Polnisch beziehungsweise Oberschlesisch. Gregor Kruppa ist ein guter Schüler, dem das Lernen leichtfällt.

1980 bleiben die Eltern während eines Urlaubs in Deutschland. Die Kinder kommen nach acht Monaten nach.

KRUPPA: Ich war davon nicht so begeistert, weil ich meine ganzen Freunde in Polen hatte, aber ich wurde nicht gefragt. Am Anfang bin ich von den Eindrücken erschlagen worden, allein schon von den Einkaufsmöglichkeiten. Bei meiner Ankunft hat mein Vater gleich ein Kilo Bananen gekauft. Das war hier eine andere Welt als in Oberschlesien.

Aber nicht nur die äußeren Eindrücke machen dem Neuankömmling zu schaffen.

KRUPPA: Ich hatte mich nicht getraut, nach draußen zu gehen und Kontakt mit anderen Kindern zu knüpfen, weil ich Probleme mit der deutschen Sprache hatte.

Er ist mit einem guten Zeugnis nach Deutschland gekommen und muss nun Ende der siebten Klasse in der Hauptschule einsteigen. Er bekommt Förderunterricht in Deutsch, versteht aber anfangs nur im Matheunterricht etwas, wo er vom Stoff her wesentlich weiter ist als seine Mitschüler.

KRUPPA: Nach den Ferien bin ich dann in die Realschule gewechselt und habe weiter nebenbei Förderunterricht gehabt. Ich hatte weiter wenig Kontakt, aber nach etwa einem halben Jahr Aufenthalt in Deutschland bin ich einmal rausgegangen. Und ab dem Zeitpunkt bin ich ständig mit den neuen Freunden draußen gewesen.

Der Vater arbeitet als Schlosser im Montagebereich, die Mutter war in Polen kaufmännische Angestellte und arbeitet in Deutschland als Raumpflegerin im Krankenhaus. Als Gregor Kruppa 18 Jahre alt ist, ziehen die Eltern aus beruflichen Gründen weg. Er bleibt in Bremen, unter anderem, weil er schon eine Beziehung zu seiner späteren Frau hat.

LORENZEN: Was war Ihr erster Berufswunsch?

KRUPPA: Zahntechniker. Aber meine Lehrer haben meine Eltern immer bekräftigt, mich aufs Gymnasium zu schicken, deshalb habe ich mich nicht um eine Lehrstelle beworben. Die Schule habe ich dann jedoch abgebrochen. Die meisten meiner Freunde hatten schon Geld, da sie eine Ausbildung angefangen hatten. Ich war hier mit 18 Jahren auf mich allein gestellt, habe es auf dem Gymnasium etwas schleifen lassen und mich um eine Ausbildungsstelle bemüht.

Nach einer Ausbildung zum Kaufmann und zweijähriger Berufstätigkeit bewirbt er sich wegen der fehlenden Perspektive in seiner Firma bei Daimler.

KRUPPA: Aber bei Daimler hieß es, dass sie für den kaufmännischen Bereich keine Externen einstellen. Es gab nur die Möglichkeit, erst einmal in der Produktion anzufangen und dann zu versuchen, sich intern zu bewerben. Davon hat mir die damalige Personalberaterin aufgrund meiner Ausbildung abgeraten. Ich hatte einen Tag Bedenkzeit und habe mich nach Rücksprache mit meiner Freundin doch dafür entschieden. Im Nachhinein eine gute

Entscheidung. Ich hatte das Glück, dass ich nicht direkt in der Produktion am Band anfangen musste, sondern im Logistikbereich, im Wareneingang. Da hatte ich auch etwas mit ›Papierkram‹ zu tun. Die Umstellung aus einem Einzelbüro war trotzdem schwer. Die ersten drei Wochen waren eingearbeitet hatte und Kontakt zu anderen Kollegen geknüpft hatte, waren die Probleme vergessen. Nebenbei habe ich noch eine Ausbildung zum praktischen Betriebswirt gemacht. Das wurde erst etwas belächelt. Es hieß, es hätten schon ganz andere versucht, in den kaufmännischen Bereich zu kommen, sogar mit akademischen Abschlüssen.

Zu der Zeit versuchen einige qualifizierte Arbeitnehmer, die eventuell auch aus finanziellen Gründen in die Produktion gegangen sind, wieder in eine Bürotätigkeit zu gelangen. Gregor Kruppa schafft das mit der ersten Bewerbung und landet in der Zeitabrechnung. Dort wird er nach vier Jahren stellvertretender Teamleiter. Als der Teamleiter 2004 in Vorruhestand geht, wird er bis 2007 Fachvorgesetzter. Dann spricht ihn ein Teamleiter aus der Personalabteilung an, wo er seitdem in wechselnden Funktionen arbeitet.

KRUPPA: Ich bin eher der Zahlenmensch. Jetzt bin ich hauptsächlich für das Thema Arbeitnehmerüberlassung zuständig, für die ganze Prozesskette vom Recruiting bis zur Abrechnung.

LORENZEN: Gibt es bei Ihnen Programme oder Instrumente für Mitarbeiter mit Migrationshintergrund?

KRUPPA: Unter dem Stichwort ›Diversity‹, also Vielfalt, haben wir ein Programm, das sich mit den Themen Migration, Frauengleichstellung, Fair Play und anderem beschäftigt.

LORENZEN: Wie sehen Sie die augenblickliche Situation von Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund hier im Unternehmen?

KRUPPA: Die Migranten sind bei uns voll integriert, gerade die türkischen Mitarbeiter sind ja bereits seit den Anfängen von Daimler in Bremen dabei.

LORENZEN: Kann es eventuell zu Benachteiligungen bei Beförderungen kommen?

KRUPPA: Das kann ich mir nicht vorstellen. Bei den Versetzungsprozessen guckt man auf die Qualifikationen und nicht auf die Staatsangehörigkeit.

LORENZEN: Haben Sie selbst noch weitergehende Ziele?

KRUPPA: Ich fühle mich im Moment sehr wohl und habe keine Ambitionen, den Bereich zu wechseln.

Vom Fach

Zum Schluss dieses Streifzuges durch Bremer Betriebe, Verwaltungen und Beratungsstellen soll ein Mann vorgestellt werden, der aus seiner eigenen Geschichte weiß, dass es manchmal gerade die Umwege sind, die zum Ziel führen. Der Biografien daraufhin abklopft, wo jemand eine Fähigkeit anbietet und nicht daraufhin, wo ein Defizit verborgen sein könnte. Genau wie Nermin Sali am Anfang dieses Berichtes, betont er die Notwendigkeit, die Gleichung: ›Migrationshintergrund= Defizit‹ endlich auszuradieren und stattdessen nach Potenzialen zu suchen (was bei jedem anderen Arbeitssuchenden mittlerweile selbstverständlich ist). Und das Beste: Milton Reimann befindet sich auf einer Stelle, wo er diese Erkenntnis auch umsetzen und vorantreiben kann: mitten in der Arbeitsagentur.

Milton Reimann – der Vermittler

Die Gänge in der Bremer Arbeitsagentur am Dovensteinweg sind noch genauso lang und verschlungen wie zu der Zeit, als der Interviewer nach dem Studium die Vermittlungsstelle für Akademiker aufsuchte. Dort sitzt heute Milton Reimann und zeigt den Weg durchs Labyrinth.

Milton Reimann ist in Kolumbien als Sohn einer Kolumbianerin und eines Deutschen geboren. Der Vater arbeitete bei VW in Brasilien und Kolumbien und kehrte mit der Familie nach Deutschland zurück, als Milton Reimann vier Jahre alt war. Seine Schul- und Studienzeit verläuft relativ reibungslos. Die Integration gelingt ihm unter anderem mithilfe seines großen Fußball-Talents sehr gut. Mit der B-Jugend von Werder Bremen wird er sogar Deutscher Vize-Meister, als Erwachsener spielte er unter anderem für den FC Bremerhaven in der Regionalliga.

LORENZEN: Hatten Sie mal den Traum, Profifußballer zu werden?

REIMANN: Nicht wirklich. Ich gehörte eher zu den Ökos. Also von daher hatte ich eher eine gesunde Einstellung dazu und ich wollte sogar nach dem zweiten Jahr B-Jugend eigentlich lieber aufhören.

LORENZEN: Bereuen Sie das manchmal, dass Sie da nicht mit mehr Ehrgeiz rangegangen sind?

REIMANN: Nein, eine meiner besonderen Eigenschaften ist, mich gut einschätzen zu können.

›Ich bin eher der Zahlenmensch‹

›Man sollte auf das achten, was vorhanden ist, nicht auf das, was fehlt.‹

Und da war ich Realist.

Milton Reimann studiert in Bremen Jura, orientiert sich nach dem Studium aber schnell um und landet im Bildungsbereich.

LORENZEN: *Wie kamen Sie denn, als Sie sich entschlossen hatten, Ihren sozialen Interessen zu folgen, zu dem Job hier als Arbeitsvermittler?*

REIMANN: Meine Aufgabe war es, Bildungsangebote für Akademiker zu schaffen und zu vermarkten. Deshalb bin ich dann hier auch regelmäßig aufgeschlagen und hatte hier auch Präsentationen. So kam das Gespräch zu dem damaligen Teamleiter hier zustande.

LORENZEN: *Gibt es spezielle Aspekte, die bei Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen sind?*

REIMANN: Das spielt schon eine Rolle, aber es wird jetzt nicht besonders darauf geachtet. Wie bei jedem anderen gucken wir uns die Rahmenbedingungen an. Sind die Sprachkenntnisse da? Sind die Fachkenntnisse da? Sind die Arbeitserfahrungen da? Gib es zeitliche oder gesundheitliche Einschränkungen? Einfach sämtliche Rahmenbedingungen, und bei Menschen mit Migrationshintergrund gibt es keine Besonderheiten außer den Sprachkenntnissen.

LORENZEN: *Im Akademikerbereich gibt es auf Arbeitgeberseite wahrscheinlich keine Vorbehalte gegenüber Migranten? Oder?*

REIMANN: Ich denke schon, dass alle Beteiligten, die Behörde, die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber, ein bisschen mehr tun können. Wir müssen uns schon fragen, warum wir hier spezifische Fachkräfte haben, die wir eigentlich gar nicht hier haben dürfen, wenn wir tatsächlich einen Fachkräftemangel hätten. Also von daher kann man gewisse Tendenzen schon merken.

LORENZEN: *Was für Tendenzen?*

REIMANN: Also man fragt sich natürlich schon, warum ein Maschinenbauer mit Migrationshintergrund und deutschem Abschluss eineinhalb Jahre arbeitslos ist. Wir gucken uns die Unterlagen an wie bei jedem anderen, die Rahmenbedingungen und der Abschluss sind gut. Da würde ich schon sagen, das dauert von der Tendenz her schon länger als in anderen Bereichen.

LORENZEN: *Haben Sie da eine Erklärung für?*

REIMANN: Ich nehme teilweise als Feedback von den Kunden auf, dass sie sich benachteiligt fühlen.

LORENZEN: *Sie sagten, man könnte noch mehr tun, von der Behördenseite, aber auch vonseiten der Arbeitgeber.*

REIMANN: Ich denke, es gibt unterschwellig sicher überall Vorbehalte. Das ist erwiesen und überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Das gibt es in jedem Teil der Gesellschaft. Und da sollte der Arbeitgeber mehr auf die fachlichen Kenntnisse, auf die persönlichen Stärken und die anderen Pluspunkte achten. Wie zum Beispiel einen anderen kulturellen Hintergrund, Erfahrungen mit anderen Menschen aus dem Bereich und Sprachkenntnisse. Diese Punkte sollten ein bisschen höher gewichtet werden. Und vonseiten der Behörde sollte man mehr darauf achten, was vorhanden ist und nicht auf das, was fehlt. Das ist ja mit dem Anerkennungsgesetz, das seit dem 01.04.2012 in Kraft getreten ist, auch tatsächlich besser möglich.

LORENZEN: *Haben Sie irgendwie eine Möglichkeit, die Arbeitgeberseite für diese Sichtweise zu sensibilisieren?*

REIMANN: Ja, wir versuchen das sicherlich über unseren Arbeitgeberservice. Solche Dinge sprechen wir immer an, da haben wir unsere eigene Abteilung, die unser Ansprechpartner für die Arbeitgeber ist. Es ist nur die Frage, wie fruchtbar das dann letztendlich ist. Einer unserer Vorstände hat einen Brief geschrieben mit genau diesem Tenor. Wir müssen alle mehr tun. Also auch die Behörden und die Arbeitgeber.

LORENZEN: *Sie haben ja wenig mit dem gewerblichen Bereich zu tun, aber Sie kriegen ja wahrscheinlich mit, was Ihre Kollegen so erzählen. Haben Sie das Gefühl, dass das, was Sie aus dem akademischen Bereich kennen, sich dort noch mal potenziert? Oder kann man das so gar nicht sagen?*

REIMANN: Das würde ich mir jetzt nicht anmaßen zu beurteilen. Ich würde sagen, insgesamt ist noch nicht die entsprechende Haltung an den Tag gelegt worden. Dass man offener ist und auf das Vorhandene und zusätzlich Vorhandene guckt und nicht auf das, was fehlt. Aufgrund des neuen Gesetzes ist eine Art von Netzwerk entstanden. Es fand im April eine Auftaktveranstaltung in der Arbeitnehmerkammer statt, an der ich als Vertreter für die Agentur teilnahm. Daraus haben sich Netzwerktreffen ergeben, wo sich alle Beratungsstellen für Migranten und Behörden regelmäßig treffen und das Gesetz als Aufhänger nehmen, mehr zu machen.



LORENZEN: Ich hab jetzt von Anwälten bis zu Arbeitslosen und Reinigungskräften viele unterschiedliche Migranten interviewt. Man trifft auf sehr viele Kämpferbiografien. Da gibt es mehrfach gebrochene Biografien, Leute, die vielleicht erst später noch mal so einen Schub bekommen und sich Zusatzqualifikationen aneignen. Wenn die über 30 sind, müssen die sich das alles selbst zusammenorganisieren. Dort fehlt es oft an Unterstützung.

REIMANN: Das ist ja auch das, was ich meine. Da ist zum Beispiel ein Lagerarbeiter. Da guckt man dann nicht, was er denn vorher gemacht hat. Was hat er vorher für Abschlüsse gemacht? Hat er vielleicht einen Abschluss im Ausland gemacht? Hat er hier vielleicht noch Praktika gemacht? Vielleicht im Pflegebereich? Vielleicht gibt es da noch andere Möglichkeiten. Wenn da eine Lücke ist, muss man gucken, was da passiert ist. Das gehört auch zum Job.

LORENZEN: Gibt es etwas, was Sie sich organisatorisch-strukturell wünschen, das Ihnen die Arbeit erleichtern würde?

REIMANN: Bei Kunden mit schwierigerem Hintergrund würde ich mir mehr Zeit wünschen. Das ist aber auch ein Thema, das erkannt wurde, in diese Richtung geht es. Es wird irgendwann so kommen, dass wir dann auch innerhalb des Teams jemanden haben, der keine 250 Kunden mehr hat. Und dafür mehr Zeit für den Einzelnen im Gespräch, mehr Zeit, die Bewerbungsunterlagen intensiver anzugucken oder zu einem Bewerbungsgespräch mitzugehen.

LORENZEN: Haben Sie für sich das Gefühl, dass Sie hier an dem richtigen Platz gelandet sind? Dass Sie hier Ihre Erfahrungen, Fähigkeiten gut einsetzen können?

REIMANN: Ja, ich denke das Thema Beratung ist eines meiner Kernkompetenzen. Was das Thema Ideen einzubringen und umzusetzen anbelangt, ist es in einer Behörde schwierig. Wir haben ganz bestimmte Vorgaben, aber innerhalb dieser Vorgaben kann man das auch.

Milton Reimann kann sich vorstellen, irgendwann einmal Migrationsbeauftragter oder Berufsberater im akademischen Bereich bei der Arbeitsagentur zu werden.

Das Gespräch hat den Eindruck hinterlassen, dass auf fachlicher Ebene ein Umdenken eingesetzt hat und um neue Lösungsmöglichkeiten gerungen wird.

Zusammenfassung

Aus den in den Interviews aufgezeigten Lösungsansätzen sollen zum Schluss noch einmal drei herausgefiltert und gesondert erörtert werden.

Gesetzgebung

Es gibt im Betriebsverfassungsgesetz das hehre Ziel, Menschen mit anderer Herkunft zu fördern. Es wäre gut, wenn der Gesetzgeber verbindliche Formen finden könnte, die es den Betriebsräten ermöglichen, das auch durchzusetzen, sagt Pelin Ögüt. Über 1.200 Unternehmen und Organisationen in Deutschland haben die Charta der Vielfalt unterschrieben und sich der Anerkennung der Vielfalt verpflichtet. Dazu gehört auch die Förderung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund. Doch Diversity-Programme bleiben zahnlöse Tiger, wenn die Betriebsräte sie nicht in verbindliche Betriebsvereinbarungen gießen können. Zu den Förderinstrumenten, die gesetzlich verpflichtend sein sollten, gehören auch Sprachkurse für die Mitarbeiter. Ohne den Staat aus der Verantwortung für die Bereitstellung der nötigen Förderinstrumente zu entlassen. Aber mit Eintritt ins Arbeitsleben kann Sprachförderung wesentlich besser auf betrieblicher Ebene organisiert werden. Nachzudenken ist über eine verbesserte Zusammenarbeit betrieblicher und öffentlicher Angebote im Sinne einer biografiebegleitenden Sprachförderung, die auch auf die Brüche in den Lebensgeschichten reagieren kann.

Manchmal würde schon eine humanere Auslegung von Gesetzen reichen, um jemanden eine qualifizierte Arbeit zu ermöglichen, wie die Geschichte von Ramin Popalzai zeigt.

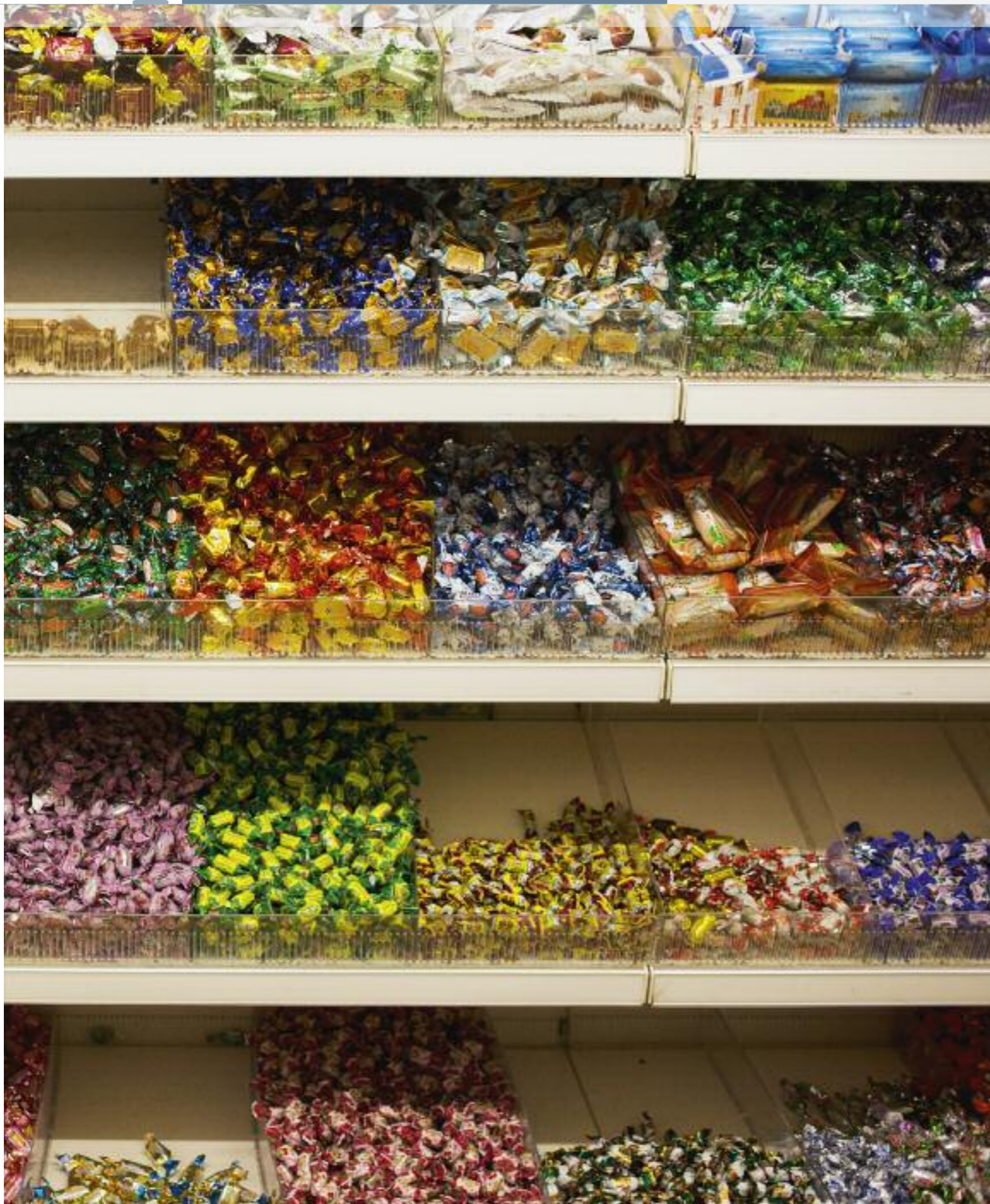
Öffentlicher Dienst als Vorreiter

Als ich mich beworben habe, stand bei vielen Anzeigen: Migrationshintergrund gewünscht. Die Geschichte von Güler Binici zeigt, wie wichtig es ist, gezielt Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. In München, das als ein Vorreiter auf diesem Weg gilt, liegt der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst durch gezielte Fördermaßnahmen schon bei 20 Prozent (Bremen: 17 Prozent).

Bildet Netzwerke

Daraus haben sich Netzwerktreffen ergeben, wo sich alle Beratungsstellen für Migranten und Behörden regelmäßig treffen, sagt Milton Reimann. Um den nötigen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel weg vom Defizitdenken zu bewerkstelligen, ist es wichtig, dass die Akteure in den unterschiedlichen Bereichen zusammenarbeiten. Die in den Beratungsstellen, die Lehrer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, die Betriebsräte und Vertrauensleute und und und. Und noch besser wäre es, wenn diese Vernetzung auch bereichsübergreifend stattfindet. Oder wie Nermin Sali sagt: Ein bisschen Vitamin B tut der Gesellschaft ganz gut.

4 Ausblick: Politische Partizipation in Bremen



Ausblick – eine neue Phase der Bremer Integrations- und Partizipationspolitik?

THOMAS SCHWARZER
Arbeitnehmerkammer Bremen

Der Ausgangspunkt für die Integration der zugewanderten Bevölkerung, oder besser gesagt ihre Partizipation an der Gesellschaft, ist vor allem ihr rechtlicher Status. Er strukturiert maßgeblich den weiteren Zugang zu Bildung, Wohnraum, Erwerbstätigkeit und zu den sozialen Sicherungssystemen. Der rechtliche Status der Zugewanderten wird durch zentralstaatliche Gesetze der Bundespolitik reguliert. Bis in die späten 1990er-Jahre wurde jedoch ein realistisches Selbstbild als Einwanderungsland gerade durch die Bundespolitik abgewehrt. Das konnten sich diejenigen deutschen (Groß-)Städte mit relativ hohen Migantenanteilen, wie Bremen, nicht leisten. Anders als die staatliche Politik, mussten sich besonders die Großstädte viel früher mit den Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft auseinandersetzen und nach praktikablen Lösungen »vor Ort« suchen. Dabei befinden sie sich in einer komplexen Situation von sich überlagernden Verantwortlichkeiten zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Auf zentrale rechtliche, wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Regulierungen durch die Bundespolitik hat Bremen als Zwei-Städte-Staat und Bundesland lediglich begrenzte Einflussmöglichkeiten.

Bis Anfang der 1970er-Jahre begrenzte sich die Bundespolitik auf die sozialrechtliche Eingliederung der sogenannten »Gastarbeiter« über ihre Arbeitsverhältnisse. Erst als 1973 die Familienzusammenführung gesetzlich geregelt werden musste, entstanden in vielen Kommunen, vor allem in den Großstädten, erste Ansätze kommunaler »Ausländerarbeit«. Zuvor waren es vor allem gewerkschaftliche, oft ausländische »Sozialberater« in den Betrieben, die sich um die Belange der ausländischen Kolleginnen und Kollegen kümmerten. Seit Mitte der 1970er-Jahre leisteten dann verstärkt die Wohlfahrtsverbände Beratungs- und Unterstützungsarbeiten für ausländische Familien. Durch diese »Weichenstellung« wurden andere gesellschaftliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Schulen, soziale Dienste und die Kinder- und Jugendhilfe eher »entlastet«. Aus heutiger Sicht war diese Entwicklung folgenreich, weil sie die interkulturelle

Öffnung dieser zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen nicht unbedingt förderte.

1978 wurde im Bund das neue Amt eines Ausländerbeauftragten der Bundesregierung gegründet. Sein erster Leiter, Heinz Kühn, legte 1979 das sogenannte »Kühn-Memorandum«¹ vor. Darin forderte er bereits eine gezielte Integrationspolitik des Bundes und ein umfassendes Integrationskonzept. Faktisch wurden in den folgenden Jahren aber besonders die Kommunen in die Pflicht genommen. Vor allem in den Großstädten entstand eine Vielzahl von durchaus innovativen (Modell-)Projekten mit Hilfen zur Kompensation von »Integrationsschwierigkeiten«. Diese Projekte zielten überwiegend auf Probleme im Lebenslauf der sogenannten »zweiten Generation« und antworteten mit: Hausaufgabenhilfe, sozialpädagogischer Begleitung, Sprachkursen, dem nachträglichen Erwerb von Schul- und Ausbildungsabschlüssen sowie Hilfen beim Übergang vom Kindergarten in die Schule oder von der Schule in den Beruf. Durch Fördermaßnahmen sollte insbesondere den Kindern und Jugendlichen der Zugewanderten der Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit erleichtert werden. Auch diese Integrationsprojekte waren überwiegend außerhalb der Regelinstitutionen angesiedelt oder lediglich lose mit ihnen verknüpft. Dadurch verfestigte sich der spezifische Entwicklungspfad einer separierten »Ausländerarbeit« beziehungsweise einer »Ausländerpolitik«. Im Mittelpunkt standen in erster Linie vermeintliche »Defizite« der Migrationsbevölkerung und weniger die Bedingungen und Hindernisse aufseiten der (Stadt-)Gesellschaft und ihrer zentralen Institutionen.

Angesichts dieser Gesamtsituation wurden einige deutsche Großstädte zu Vorreitern einer gezielten Integrationspolitik und entwickelten erste Integrationskonzepte. Das 1989 in Frankfurt am Main gegründete erste »Amt für multikulturelle Angelegenheiten« sorgte damals für kontroverse Debatten und symbolisiert eine neue Phase städtischer Integrationspolitik. Der Zwei-Städte-Staat Bremen kann sich zugutehalten, schon 1991 als erstes Bundesland ein Landesressort für Kultur-

¹ Der Titel des Kühn-Memorandums lautete »Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland«. Das Memorandum ist ein Meilenstein der Integrationspolitik und Deutschland wird faktisch als Einwanderungsland gesehen. Verwiesen wird auf die schlechten Zukunftsperspektiven der »Gastarbeiter«, vor allem der rund eine Million Kinder und Jugendlichen. Deutschland habe eine soziale Verantwortung gegenüber den Gastarbeitern und dürfe sie nicht als Variable des Arbeitsmarktes missbrauchen. Gefordert wird eine Änderung der bisher durch den Arbeitsmarkt bestimmten Politik hin zu einer Sozial- und Gesellschaftspolitik, die den »Gastarbeitern« eine dauerhafte Integration ermöglicht.

und Ausländerintegration eingerichtet zu haben. Zu den Vorreitern gehört auch die Landeshauptstadt Stuttgart. Ihr damaliger Oberbürgermeister betrachtete ebenfalls schon 1990 eine multikulturelle Stadtgesellschaft der Vielfalt² nicht als Zumutung oder Problem, sondern als Vorteil und politische Aufgabe. Anknüpfend an diese Sichtweise, wurde 2001 erstmals in Stuttgart die Integrationspolitik zur ›Chefsache‹. Im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters wurde eine Stabsabteilung eingerichtet und Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert. Gestützt auf ein ›Bündnis für Integration‹ und auf das erste kommunale Integrationskonzept in einer deutschen Großstadt, wurde Stuttgart schon mehrfach für diese innovative Integrationspolitik ausgezeichnet. In der Stadt Bremen war die Ausländer- und Integrationspolitik ebenso wie der Integrationsbeauftragte im Sozialressort angesiedelt.

In der Phase nach dem Mauerfall und einer starken Zuwanderung nach Deutschland hat dann auch die Bundespolitik mit dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz (2000) und dem Zuwanderungsgesetz (2005) überfällige Rahmenbedingungen für eine bundesstaatliche Integrationspolitik beschlossen. Im Verlauf dieser Zentralisierung der Integrationspolitik beauftragte die Bundesregierung 2005 das neu geschaffene Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit der Entwicklung eines Integrationsprogramms. Mit diesem 2007 vorgelegten Nationalen Integrationsplan soll die Integrationspolitik zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen koordiniert werden.

Seit dieser neuen Phase einer aktiveren nationalen Integrationspolitik, gibt es mittlerweile eine Fülle integrationspolitischer Aktivitäten der Bundesregierung: seit 2007 einen Nationalen Integrationsplan und seit 2012 einen Nationalen Aktionsplan; regelmäßige ›Integrationsgipfel‹ und ›Islamkonferenzen‹; regelmäßige Migrationsberichte und Berichte zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer und bereits zwei Integrationsindikatorenberichte zur ›Messung‹ von Integrationsfortschritten und -rückschritten. Seit 2010 erscheinen außerdem unabhängige Jahresgutachten mit einem Integrationsbarometer durch den Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Kurz gesagt, die Ausländer, Aussiedler und Deutschen mit einer familiären Migrationsgeschichte sind seit einigen Jahren eine der meist

untersuchten und befragten Bevölkerungsgruppe in Deutschland.

Aus dem Blickwinkel einer Großstadt wie Bremen oder Bremerhaven bleibt eine koordinierte Integrationspolitik weiterhin kompliziert, trotz der verstärkten Aktivitäten der Bundespolitik. Beide Städte sind einerseits in eigener Zuständigkeit für die Sozialhilfe und in Auftragsverwaltung für Einbürgerungen verantwortlich. Sie müssen im Bedarfsfall Wohnungen für neue Zuwanderergruppen und Asylbewerber beschaffen. Sie sind außerdem für die Erwachsenenbildung zuständig, nicht aber für die Integrationskurse, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordiniert und finanziert. Sie haben außerdem lediglich einen begrenzten Einfluss auf die regionale Arbeitsmarktpolitik, die zentral von der Bundesagentur für Arbeit bestimmt wird. Beide Städte sind außerdem für weite Teile der Migrationsverwaltung zuständig (z. B. für das ›Ausländeramt‹) und in der Bildungspolitik darüber hinaus auch für die Gesetzgebung.

Insgesamt stehen die unklaren Abgrenzungen bei den Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern einer effektiveren Bündelung integrationspolitischer Maßnahmen häufig im Weg. Selbst wenn diese Aufgabenverteilung auch Chancen für flexible, subsidiäre und sachnahe Regelung eröffnet. Ob jedoch letztendlich durch die Integrationspolitik des Bundes seit 2007 tatsächlich effektiv koordinierte Maßnahmen für eine zielgerichtete Integrationspolitik ›vor Ort‹ entstehen, ist angesichts der kurzen Zeit und der knappen Ressourcen auf der lokalen Ebene derzeit noch nicht genau absehbar.

Die Entwicklung der integrationspolitischen Konzepte in Bremen

Auch in Bremen begann kurz nach der Wiedervereinigung mit dem 1991 neu gegründeten Ressort für Kultur und Ausländerintegration eine neue Phase der Integrationspolitik. Die neuen Regelungen zum Staatsbürgerschaftsrecht im Jahr 2000 führten dann zu dem Beschluss, in einer Landeskonzepion Grundsätze, Leitlinien und Handlungsempfehlungen für die bremische Integrationspolitik zu entwickeln. Diese Konzeption bildete die Grundlage für das erste Bremer Integrationskonzept (2003 bis 2007), dem ein zweites Integrationskonzept (2007 bis 2011) folgte.



² ›Die multikulturelle Gesellschaft existiert bereits. Die Vielfalt gehört zur Kultur und um die Vielfalt zu haben, braucht man auch Toleranz. Wenn hier Angehörige verschiedener Länder in einer Stadt sich begegnen, dann ist dies kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Es wird immer so getan, als ob eine Politik, die die Interessen der ausländischen Mitbürger berücksichtigt, gegen die Deutschen gerichtet wäre. Im Gegenteil‹ (Manfred Rommel (CDU) am 13.12.1990).

In diesen Integrationskonzepten wurden die vielfältigen Projekte und Initiativen zusammenfassend dargestellt und in einen konzeptionellen Rahmen mit Handlungsempfehlungen gestellt. Das zweite Integrationskonzept entstand parallel zum Nationalen Integrationsplan 2007, in dem die 16 Bundesländer in Form von Selbstverpflichtungen mit dem Bund gemeinsame integrationspolitische Leitlinien und ein koordiniertes Vorgehen verabredeten. Seit dem zweiten Integrationskonzept zielt die Bremer Integrationspolitik nicht allein auf die strukturelle und soziale Integration von Migrantinnen und Migranten. Orientiert an dem Grundsatz der interkulturellen Öffnung sollen sich auch die städtischen Institutionen und sozialen Dienste öffnen. Integration wird damit als Prozess wechselseitiger Öffnung betrachtet.

Als ein wichtiger ›Baustein‹ für die Stärkung der Bremer Integrationspolitik hat sich der im Dezember 2004 gebildete Rat für Integration erwiesen. Für diesen Rat wurden insgesamt 28 stimmberechtigte, ehrenamtliche Mitglieder benannt. Anfangs gehörten diesem Rat vor allem gebürtige Bremerinnen und Bremer an (ein Teil mit einer türkischen Migrationsgeschichte), die als Sprecherinnen und Sprecher in Wohlfahrtsverbänden, religiösen Gemeinschaften, Flüchtlingsorganisationen, der Sport- und Jugendarbeit, der Bildung und Weiterbildung sowie in der Wissenschaft, der Kultur und den Medien aktiv waren. Vom Magistrat der Seestadt Bremerhaven wurden weitere vier Mitglieder benannt. Der Bremer Rat für Integration hat die Aufgabe, Politik und Verwaltung in allen Fragen, die Migrantinnen und Migranten betreffen, zu beraten. Im November 2007 strukturierte sich der Bremer Rat um und hat seitdem einen fünfköpfigen Vorstand und regelmäßig tagende Arbeitsgruppen zu zentralen migrationspolitischen Themen. Aktuell sind überwiegend aktive Migrantinnen und Migranten mit ganz unterschiedlichen familiären Migrationsgeschichten aus ganz unterschiedlichen Ländern im Rat vertreten. Über die Jahre sind neue Mitglieder hinzugekommen, wie zum Beispiel der Zentralelternbeirat und mittlerweile alle Religionsgemeinschaften. Die Amtszeit des Rates für Integration beträgt vier Jahre.

Trotz der üblichen Konkurrenz zwischen einzelnen Gruppen und Nationalitäten im Bremer Rat konnte er seine Arbeit über die Jahre verstetigen und professionalisieren.³ Zum Beispiel startete er

zur letzten Bürgerschaftswahl 2011 eine erfolgreiche Kampagne, um möglichst viele Bremerinnen und Bremer mit einer Migrationsgeschichte zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren. Aktuell hat der Bremer Rat für Integration einen eigenen Büroraum im Gebäude der Bürgerschaft bezogen (im ›Europa-Punkt‹). Erstmals konnte, zur Unterstützung und Koordination der immer umfangreicher werdenden ehrenamtlichen Arbeit, eine eigene Verwaltungskraft eingestellt werden.

Insgesamt ist es in den letzten Jahren durch die geschilderten Entwicklungen in Bremen, in der Bundespolitik und auch durch öffentliche Debatten zu einer deutlichen Aufwertung der Integrationspolitik gekommen. Einen weiteren, starken Rückwind hat die Bremer Integrationspolitik aber vor allem durch das neue Wahlrecht bei der Bürgerschaftswahl 2011 erhalten. Dadurch bestand die Möglichkeit, mit seinen Stimmen nicht allein Parteilisten, sondern gezielt auch Kandidatinnen und Kandidaten – selbst von hinteren Plätzen – durch eine Konzentration der Stimmen zu wählen. Das führte dazu, dass erheblich mehr Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund als jemals zuvor und auch mehr als in anderen Stadt- und Landesparlamenten in die Bremische Bürgerschaft eingezogen sind. Aktuell ist die Bremische Bürgerschaft das Parlament in Deutschland mit den meisten Abgeordneten mit einer familiären Migrationsgeschichte. Diese durch die Wählerinnen und Wähler forcierte Öffnung der politischen Parteien und des parlamentarischen Betriebs hat zu einem erheblichen Schub an politischen und parlamentarischen Initiativen und Debatten um Integration, Partizipation und Migration geführt.

Diese folgenreichen Entwicklungen in Bremen, die sich auch in anderen deutschen Großstädten in ähnlicher Art und Weise beobachten lassen⁴, haben zu einer weiteren, überfälligen Aufwertung des Politikfeldes der Integration und Partizipation geführt. Das hat sich im Politikbetrieb in Bremen auch in der institutionellen Verankerung der Integrationspolitik niedergeschlagen. Zum einen wurde in der Bürgerschaft ein neuer Ausschuss speziell zur Integrationspolitik eingerichtet. Zum anderen wurde das Politikfeld Partizipation und Integration endlich auch in Bremen als Querschnittsthema konzipiert und der Bereich Integrationspolitik sowie die Integrationsbeauftragte zentral in der Bremer Senatskanzlei angesiedelt.

Damit einher ging die Neubesetzung der Positionen der Staatssekretärin für Europa, Entwicklungszusammenarbeit und Integration und der Integrationsbeauftragten. Die Integrationspolitik ist seitdem nicht mehr separat im Sozialressort angesiedelt. Dort verblieb lediglich das Referat Zuwanderungsangelegenheiten. Es ist weiterhin für die Aufnahme und Versorgung von Asylbewerbern, Flüchtlingen, Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingsen zuständig sowie für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für die Förderung von Migrationsberatungsstellen, für die Selbsthilfeförderung und für die Härtefallkommission. Ob mit dieser institutionellen ›Zweiteilung‹ eine Integrationspolitik ›erster Klasse‹ (in der Senatskanzlei) und ›zweiter Klasse‹ (im Sozialressort) verbunden sein könnte, muss aufmerksam beobachtet werden.

Die personelle und institutionelle Aufwertung des Politikfeldes der Partizipation und der Integration hat außerdem das Selbstbewusstsein der neu gewählten und der engagierten Politikerinnen und Politiker sowie der Mitglieder des Bremer Rates für Integration bestärkt. Dadurch kam es zu einer deutlichen öffentlichen Kritik an dem Entwurf des Integrationskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2015. Das Konzept beruhe auf zu vielen unverbundenen Einzelprojekten und Maßnahmen, deren Wirkungen weder genau verfolgt, noch evaluiert werden. Erstmals in Deutschland wurde ein von der Verwaltung vorgelegtes Integrationskonzept in einem vom Bremer Rat für Integration organisierten öffentlichen Hearing mit Expertinnen und Experten diskutiert und kritisiert. Durch diese konstruktive Auseinandersetzung wurde eine zeitgemäße und dynamische Gesamtstrategie entwickelt, mit zugespitzten Schwerpunkten, konkreteren Zielen und dem Auftrag, den verbindlichen Entwicklungsplan durch ein Evaluationskonzept zu überprüfen. Bei der Neuformulierung sind wesentliche Aspekte und Empfehlungen der Anhörung und des Bremer Rates für Integration berücksichtigt worden. Der im Juni 2012 veröffentlichte Entwicklungsplan Partizipation und Integration stellt eine Orientierungs- und Entwicklungsgrundlage für die Jahre 2012 bis 2015 dar. Definiert werden fünf Leitgedanken der bremischen Integrationspolitik:

- *gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung;*
- *Diversity-Ansatz;*
- *Bildungsfähigkeit stärken und Arbeitsmarktintegration fördern;*
- *Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung verhindern;*
- *Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern fördern.*

Ferner wurden im Konzept 14 Handlungsfelder bestimmt, welche die Lebensumstände der Menschen umfassend abdecken sollen. Als ›neue Qualität der bremischen Integrationspolitik‹ beschreibt das Konzept selbst den Ansatz konkreter Evaluationskonzepte zur Überprüfung der Ergebnisse in den einzelnen Handlungsfeldern. Der Entwicklungsplan soll dabei bewusst nicht statisch angelegt werden, sondern durch einen konstruktiven Dialog mit den entsprechenden Fachressorts kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Die Umsetzung des sehr ambitionierten Entwicklungsplans Partizipation und Integration wird viel weitergehende Anstrengungen und Maßnahmen erforderlich machen als bisher. Denn die Öffnung und der beteiligungsorientierte Umbau der sogenannten Regelinstitutionen (öffentliche Verwaltungen, Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Unternehmen) ist bei wenigen schon lange selbstverständlich, er steht bei vielen aber erst am Anfang.

³ Dennoch hat der Bremer Rat für Integration derzeit keine eigene Rechtsform und kann dadurch keine eigenen Projektmittel einwerben, verwalten oder aber Stiftungsgelder annehmen.

⁴ Bei der Zunahme der Bürgerschafts- oder Ratsmitglieder in den deutschen Großstädten handelt es sich nicht um vereinzelte Entwicklungen in einigen wenigen Großstädten, sondern um einen generellen Trend. Vgl. die Studie ›Vielfalt sucht Rat‹. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Schriften zur Demokratie, Band 27, S. 23. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011.



INTERVIEW MIT EVA QUANTE-BRANDT

Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Integration

■ Fragen: THOMAS SCHWARZER,
Referent für kommunale Sozialpolitik, Arbeitnehmerkammer Bremen

Ein großer Schritt

THOMAS SCHWARZER: Der Entwicklungsplan ›Partizipation und Integration 2012 bis 2015‹ für Bremen ist im April dieses Jahres erschienen – er wurde von Ihnen überarbeitet und trägt somit auch Ihre Handschrift. Was hat sich verändert im Vergleich zum letzten? Worin unterscheidet sich das Konzept?

EVA QUANTE-BRANDT: Der große Schritt, den wir mit dem Plan ›Partizipation und Integration‹ gemacht haben, ist, dass wir dank des Bremer Rates für Integration eine Verwaltungsvorlage in einen öffentlichen Diskurs mit breiter Beteiligung eingebracht haben. Das war für uns eine ganz große Chance, um aus der Routine, die sich entwickelt hatte, herauszutreten zu können. Das Integrationskonzept wird seit zwölf Jahren in jeder Legislaturperiode herausgegeben und wir mussten nun noch einmal überdenken und diskutieren, was daran zeitgemäß ist und was nicht. Der Bremer Rat für Integration hat in einer sehr kooperativen und solidarischen Art und Weise angeboten, diese Diskussion mit uns zu führen. Aus meiner Sicht konnte mir zum Start in meine neuen Aufgaben nichts Besseres passieren, als dass dieses Thema in einen öffentlichen Diskurs eingebracht wird. Beachtlich fand ich, mit welcher Ernsthaftigkeit und Mühe sich die migrationspolitische Community sowie Expertinnen und Experten auf die Verwaltungsvorlage eingelassen haben. Ich glaube, ich habe 120 Seiten Stellungnahmen dazu gelesen und das hat mir die Augen geöffnet, dass unsere Verwaltungsvorlage nicht mehr den Diskussionsstand wiedergibt, der in der Community und Fachöffentlichkeit vorhanden war und der auch das Verwaltungshandeln selbst zum Teil nicht mehr abbildet.

THOMAS SCHWARZER: Was kennzeichnet diesen neuen Diskussionsstand?

EVA QUANTE-BRANDT: Heute sind wir gesellschaftspolitisch an einem Punkt angelangt, an dem wir Integration nicht mehr ohne Diversität und ohne Partizipation denken können. Diversität besagt im Kern, dass eine positive Berücksichtigung von Unterschieden zwischen den Menschen anerkannt werden sollte. Das bedeutet unter anderem das bewusste Anerkennen und Erkennen von Unterschieden, ein umfassendes Wertschätzen von Individualität. Im Vordergrund steht der proaktive

Nutzen von Potenzialen der Unterschiedlichkeit, wodurch Vielfalt gezielt gefördert wird. Damit steht der konstruktive und positive Umgang von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Orientierung im Mittelpunkt. Unsere Gesellschaft ist bereits heterogen geworden. Das Streben nach Homogenität, das der Integrationsbegriff impliziert, bildet damit den gesellschaftlichen Entwicklungsstand nicht mehr ab.

THOMAS SCHWARZER: Es geht also nicht darum, dass wir eine deutsche Gesellschaft oder auch eine Bremer Stadtgesellschaft haben und in diese muss sich ein Migrant nun integrieren, sondern, wenn man sich einen Stadtteil anschaut, in dem Menschen aus 50 verschiedenen Nationen leben, dann integriert man sich nicht in eine deutsche Gesellschaft, sondern in den vorhandenen Zusammenhang des Stadtteils und damit der Stadt? Ändern sich damit auch die Konzepte zur Integration oder dann ja besser zur Partizipation?

EVA QUANTE-BRANDT: Das hoffe ich doch! Aus meiner Sicht ist Integration der Begriff, den wir für die Strukturierung von sozialer Teilhabe verwenden sollten. Wir benötigen soziale Pfade für Menschen, die Hilfe brauchen, um Anschluss in der Gesellschaft zu finden. Das richtet sich übrigens nicht nur an Migrantinnen und Migranten. Diese Aufgabe gibt uns die fortschreitende soziale Spaltung unserer Gesellschaft auf.

Soziale Teilhabe bedarf aber der Anerkennung von Diversität, um die unterschiedlichen Voraussetzungen der Menschen zu verstehen. Nur auf diesem Wege können die Lebensverhältnisse angeglichen werden und das bedeutet Förderung und Unterstützung der Menschen, die ohne Hilfe den Anschluss nicht finden konnten.

Es handelt sich also um zwei Perspektiven, die sich ergänzen und zusammengeführt einen positiven Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft leisten können, die soziale Teilhabe unterstützt.

Für das Bildungs- und Beschäftigungssystem bedeutet es, dass wir überprüfen müssen, ob die Angebote für Menschen, die Unterstützung benötigen, angemessen sind. Für Menschen mit Migrationshintergrund sollten Anschlüsse im Bildungs- und Beschäftigungssystem erkennbar und in denen gegebenenfalls vorhandene Qualifizierungslücken geschlossen werden können. Dabei ist es

Wir benötigen Brücken, die für Kinder und Eltern begehbar sind, um gerade Familien mit Migrationshintergrund näher an die Institutionen Schule und Kita heranzuführen.

von zentraler Bedeutung, dass vorhandene Kompetenzen Berücksichtigung finden.

THOMAS SCHWARZER: Konkret wird im Integrationsplan davon gesprochen, dass flächendeckend muttersprachlicher Unterricht ermöglicht werden soll. Davon sind wir in Bremen weit entfernt, oder?

EVA QUANTE-BRANDT: Das ist ja ein umstrittenes Thema und es freut mich, dass das Bildungsressort diesen Schritt mitgegangen ist. Zunächst vertreten wissenschaftliche Disziplinen unterschiedliche Auffassungen: Die Sprachwissenschaft sagt im Großen und Ganzen, dass diejenigen, die in ihrer Muttersprache gebildet sind, den Spracherwerb der deutschen Sprache leichter meistern. Aus einer bildungswissenschaftlichen Perspektive wird dies nicht angenommen. Hier wird eher davon ausgegangen, dass es keine Belege dafür gebe, dass jemand, der muttersprachlich ausgebildet ist, im Erwerb der deutschen Sprache bessere Startmöglichkeiten vorfindet. Lehrerinnen und Lehrer fokussieren eher auf den zweiten Ansatz.

Also: Wenn eine Person mit einem Migrationshintergrund aufgewachsen ist, dann sollte sie vorrangig die deutsche Sprache lernen, um sich besser zurechtzufinden. Nach dem Erwerb kann sich ohne Weiteres die Herkunftssprache dazugesellen. Dieses eher normativ ausgerichtete Verständnis dominiert in unserer Gesellschaft und in unseren Schulen. Insofern finde ich es aber gut, dass wir den Punkt ›muttersprachlicher Unterricht‹ im Entwicklungsplan aufgenommen haben. Mir ist aber auch bewusst, dass wir vermutlich erst mal mit Modellprojekten arbeiten müssen, um zu zeigen, dass muttersprachlicher Unterricht nicht nur den Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern etwas bringt, sondern auch für den interkulturellen Dialog und für die Anerkennung von Unterschiedlichkeit. Es ist auch ein Gewinn für deutschsprachige Kinder und Jugendliche, weitere Sprachen kennenzulernen.

THOMAS SCHWARZER: Schule ist eins, die Kitas sind das andere. Wo muss Ihrer Ansicht nach der Schwerpunkt in der frühkindlichen Erziehung und in den Kitas liegen aus integrationspolitischer Sicht?

EVA QUANTE-BRANDT: Zunächst mal müssen wir die Elternarbeit insgesamt stärken: Wir benötigen Brücken, die für Kinder und Eltern begehbar sind, um gerade Familien mit Migrationshintergrund näher an die Institutionen Schule und Kita heran-

zuführen. Wenn wir eine vielfältige Gesellschaft als Normalität stärken wollen, müssen wir die interkulturelle Kompetenz von Pädagoginnen und Pädagogen fördern. Dabei hat die Weiterbildung einen hohen Stellenwert. Natürlich bleibt ebenso auch die Sprachförderung zentral. Aber es geht mir hier nicht ausschließlich um die deutsche Sprache, sondern auch um die Förderung der Muttersprache. Meine Vorstellung geht ja insgesamt in die Richtung, dass wir gerade die Stärken der Menschen in den Vordergrund rücken – und das ist zum Beispiel die Mehrsprachigkeit.

THOMAS SCHWARZER: Noch mal etwas grundsätzlicher. Es ist in der Bundesrepublik mittlerweile unumstritten, dass das Thema Integration, Partizipation insbesondere für die Großstädte wichtiger wird. Auch in Bremen gibt es eine Aufwertung, der Bürgermeister hat den Integrationsplan mit vorgestellt, das Thema wird in der Senatskanzlei angesiedelt – gleichzeitig findet man im Bericht auch eine sehr funktionale Sichtweise: Wegen der Überalterung der Gesellschaft, aber auch aufgrund des Fachkräftemangels müssen wir uns jetzt verstärkt um die Migranten kümmern? Wie sehen Sie das? Warum kommt es zu dieser Aufwertung?

EVA QUANTE-BRANDT: Ich halte die ›funktionale‹ Sicht für fragwürdig, nach dem Motto: Jetzt brauchen wir Euch, jetzt kümmern wir uns mal! Ich frage mich auch: Haben wir überhaupt ein so großes Problem mit dem Fachkräftemangel? Ist er so frappierend? Denn es wird auf der anderen Seite Personal abgebaut und das betrifft viele Menschen, denen Kompetenzen fehlen und jene, die diskriminiert werden.

Aber die öffentliche Diskussion ist von diesem Gedanken geprägt, mein Interesse und auch mein Wunsch ist es, eine umfassende, gesellschaftliche und humanistische Perspektive zu wählen. Wir sollten die Chancen des Zusammenlebens endlich mehr sehen und ich bedaure, dass der Begriff der Multikulturalität so negativ besetzt ist. Denn sie bedeutet Vielfalt, die wir in unserem Einwanderungsland bereits erreicht haben. Die Gestaltung von Vielfalt ist der sinnvolle Ausgangspunkt für Konzepte der Partizipation und sozialen Teilhabe.

THOMAS SCHWARZER: In der Tat gehört es ja in weiten Teilen der Gesellschaft inzwischen zum ›guten Ton‹, sich für ein gutes Miteinander, für mehr ›Normalität‹ im Zusammenleben mit Migranten auszusprechen. Gleichzeitig gibt es zum Beispiel die alarmierende Studie von



Wir werden uns an die Handels- und Handwerkskammer wenden, aber auch an die Betriebe und die Interessenvertretungen direkt herantreten. Wir werden dafür werben, dass Migrantinnen und Migranten gezielt und auch für hoch qualifizierte Bereiche eingestellt werden.

Wilhelm Heitmeyer, auf die Sie im Integrationsplan auch Bezug nehmen, die sagt, dass sich die Ablehnung von Migrantinnen und Migranten in der Gesellschaft verschärft hat. Vor diesem Hintergrund ist der Integrationsplan ja sehr ambitioniert. Sie sprechen zum Beispiel auch davon, dass in Bremen strukturelle Diskriminierung beseitigt werden soll. Wo gibt es die denn?

EVA QUANTE-BRANDT: Wir haben ja vorhin zum Beispiel über den Arbeitsmarkt gesprochen. Es ist einfach nicht nur eine Frage der Kompetenzen, ob jemand einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz erhält, es ist leider unter anderem auch eine Frage der Herkunft sowie des Geschlechts beziehungsweise anderer diskriminierender Merkmale. Das müssen wir thematisieren! Wir sollten alles unternehmen, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz erhalten und das auch mit einer positiven antidiskriminierenden Botschaft verbinden. Dieses Brett, das wir da zu bohren haben, ist außerordentlich dick. **THOMAS SCHWARZER:** Die Anfänge der Migrationsgesellschaft waren ja vom Mangel an Arbeitskräften geprägt. Die Betriebe haben Zuwanderung gebraucht. Über 40 Jahre später kann man heute auch sehen, dass die Zusammenarbeit mit migrantischen Kollegen zum Beispiel in großen Industriebetrieben heute kaum noch Probleme aufwirft. Da hat Integration durch Arbeit funktioniert. Aber dieser Integrationsmechanismus Arbeit, so will ich es mal sagen, versagt heute in vielen Fällen. Einfach, weil nicht genug Arbeit da ist. Dadurch entstehen doch sicherlich neue Notwendigkeiten für Integration und Partizipation – oder ist Arbeit immer noch das zentrale Feld?

EVA QUANTE-BRANDT: Bildung und Arbeit sind für die Menschen von hoher Bedeutung und bleiben zentral für die gesellschaftliche Teilhabe. Über den Arbeitsprozess kommen Menschen ins Gespräch. Sie handeln gemeinsam und lernen sich dabei kennen. Sie haben eine gemeinsame, eine dritte, Sache, die Arbeit. In diesem Prozess der Vergesellschaftung und des gemeinsamen Handelns können Vorurteile abgebaut werden und ein tieferes Verständnis füreinander entwickelt werden.

Im Rückblick muss man aber sagen: Das Anwerbeabkommen für ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen sowie das Verhalten der deutschen Gesellschaft und Politik war fast ausschließlich instrumentell. Heute, in der Gegenwart hat sich das ›Leben‹ durchgesetzt. Viele Menschen sind geblieben, haben Kinder und Enkel und leben gerne in Deutschland.

Wobei wir auch wissen: Sie hätten schon vor langer Zeit Förderung und Unterstützung erfahren müssen, um ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln. Das haben wir aber auch nicht zur Kenntnis genommen!

Wir sind mit unserer Integrations- und Partizipationspolitik ja im Grunde 20, 30 Jahre zu spät. Jetzt stehen wir auch vor Anforderungen, die durch Versäumnisse alter Zeiten entstanden sind.

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich durch den Wegfall der Einfacharbeitsplätze verschärft, denn es bestehen nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit geringen Qualifikationen. Dies betrifft auch insbesondere die älteren Migrantinnen und Migranten. Damit sind sie von gesellschaftlicher Teilhabe durch Arbeit ausgeschlossen. Das erfordert, dass wir auch für sie, die nicht direkt einen Arbeitsplatz finden können, ein Beschäftigungsangebot vorhalten: Eines, das weiterqualifiziert, den Lebensunterhalt sichert und Wertschätzung ausdrückt.

THOMAS SCHWARZER: Wenn Sie sagen, Arbeit ist nach wie vor das Zentrale, welche Rolle kommt denn dem öffentlichen Dienst als einem der großen Arbeitgeber zu?

EVA QUANTE-BRANDT: Der öffentliche Dienst kann nicht alle Lücken auf dem Arbeitsmarkt beziehungsweise mangelnde Angebote kompensieren. Auch wenn wir ambitionierte Ziele für die Ausbildungsplatzzahlen im öffentlichen Dienst haben: Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird sich erst auf sehr lange Sicht erhöhen. Wir haben einen Einstellungsstopp, das wissen Sie, das heißt, wir können nur über die Zielzahlen bei der Ausbildung steuern. Insofern sind wir darauf angewiesen, dass die Unternehmen auf dem sogenannten freien Markt ihre Strategien weiterentwickeln, um mehr Migrantinnen und Migranten in unsere Arbeitsgesellschaft zu integrieren.

THOMAS SCHWARZER: Wie?

EVA QUANTE-BRANDT: Es bedarf der offensiven Werbung für die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund einerseits und veränderter anonymisierter Auswahlverfahren andererseits.

Wir können natürlich nicht in die Einstellungsverfahren der Unternehmen eingreifen, wir können nur überzeugen. Wir werden uns an die Handels- und Handwerkskammer wenden, aber auch an die Betriebe und die Interessenvertretungen direkt herantreten. Wir werden dafür werben, dass Migrantinnen und Migranten gezielt und

auch für hoch qualifizierte Bereiche eingestellt werden.

THOMAS SCHWARZER: Stichwort hoch qualifiziert: Die migrantische Bevölkerung Bremens ist ja hochgradig ausdifferenziert. Es gibt viele sehr gut gebildete und ausgebildete Migrantinnen und Migranten, die ganz selbstverständlich hier wohnen, arbeiten, leben. Die Kinder machen normale Bildungswege et cetera, diese Gruppe könnte aber auch Vorbildfunktionen übernehmen. Sind sie auch Zielgruppe Ihres Integrations- und Partizipationsplans?

EVA QUANTE-BRANDT: Ziel des Plans ist es, Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund zu erweitern oder überhaupt zu ermöglichen. Dabei wenden wir uns an diejenigen, die Qualifikationslücken haben, die Unterstützung brauchen.

Meine These ist aber, dass uns das nur gelingt, wenn wir auch diejenigen erreichen, die ihren Weg bereits gegangen sind. Deshalb auch der Blick auf Partizipation. Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie bunt unsere Gesellschaft schon ist. Stützangebote brauchen wir nicht an Menschen zu richten, die schon mittendrin sind. Aber an sie ergeht die Bitte: Zeigt euch, beteiligt euch am gesellschaftlichen Leben in Vereinen, Betrieben, Parteien, Projekten und in politischen Gremien. Wir haben viele, viele Kinder und Jugendliche in den Sportvereinen, aber viel zu wenige Übungsleiterinnen und -leiter mit einem Migrationshintergrund. Auch in den Beiräten in den Stadtteilen finden sich zu wenig Menschen mit Migrationshintergrund in den Strukturen wieder. Das fällt schon auf. Unser Arbeitsschwerpunkt sollte gezielt darauf gelegt werden und der Frage nachgehen: Wie sollten Strukturen weiterentwickelt werden, in denen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gerne miteinander an der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft mitwirken?

THOMAS SCHWARZER: Zuerst mal müssten Sie dann ja herausfinden, wo ist die Beteiligung von Migranten gut, wo nicht, wo gibt es Nachholbedarfe? Das heißt, und das sagt der Bericht auch, Sie brauchen ein umfassendes Monitoring für alle möglichen Bereiche. Diesen Anspruch formuliert der Plan auch sehr klar und durchgängig. Und Sie wollen auch evaluieren, also nach einer Zeit nachsehen, haben unsere Bemühungen zu etwas geführt. Haben wir jetzt mehr Migranten im Polizeidienst? Haben mehr Beiratsmitglieder einen Migrationshintergrund? Können mehr Kinder dem Unterricht folgen?

EVA QUANTE-BRANDT: Das haben wir in der Tat sehr anspruchsvoll im Entwicklungsplan formu-

liert. Es ist jedenfalls so, dass ich festgestellt habe, dass wir an vielen Stellen nicht wissen, über welche konkrete Situation wir reden. Wo benötigen wir soziale Pfade der Integration, wo haben wir sie, wo erreichen unsere Angebote die Menschen und an welchen Stellen gehen sie am Ziel der Partizipation vorbei? Ist es Partizipation, wenn ich in einzelnen Bereichen Projekte anbiete, die sich nur an Migrantinnen und Migranten wenden? Darüber muss man einmal nachdenken.

THOMAS SCHWARZER: Dann denken Sie auch über den Migrantenteil im Theater am Goetheplatz nach?

EVA QUANTE-BRANDT: Ja, natürlich! Also, wir benötigen ein möglichst einheitliches Evaluationskonzept und anschließend richten wir den Fokus auf bestimmte Bereiche, um sie auszuleuchten. Dieses Evaluationskonzept wird mit den Ressorts entwickelt.

THOMAS SCHWARZER: Haben Sie denn die Macht, zu sagen, an das und das Feld gehen wir jetzt mal intensiv ran oder müssen Sie immer alle überzeugen? Können Sie zum Beispiel Zielvorgaben machen, an die die anderen Ressorts sich halten müssen? Wie steuern sie das?

EVA QUANTE-BRANDT: Meine ›Macht‹ liegt in der Verpflichtung, alle Themen miteinander zu kommunizieren. Ich kann den Ressorts nichts vorschreiben. Aber es bietet sich für die Ressorts an, mit uns, dem Referat für Integrationspolitik, zusammenzuarbeiten, denn wir haben Zugänge, Kontakte und sind sehr gut vernetzt. Das nützt den Ressorts in der Umsetzung ihrer inhaltlichen Vorhaben und dem Integrationsreferat verbleiben Handlungsspielräume. Es besteht der gemeinsame politische Wille, dass dieser Entwicklungsplan gemeinsam umgesetzt wird. Ich bin da ganz hoffnungsfroh.

THOMAS SCHWARZER: Sie schreiben im Entwicklungsplan auch, dass Sie die Zahlen eingebürgerter Migrantinnen und Migranten erhöhen wollen. Es gab dazu bereits früher Kampagnen. Was gibt es Neues?

EVA QUANTE-BRANDT: Wir wollen die Kampagne zur Einbürgerung mit dem Innensenator gemeinsam neu auf- und vor allem auch mit Beratungsangeboten hinterlegen. Manchmal scheitern Einbürgerungen an einfachen Hürden, die leicht übersprungen werden könnten. Manchmal sind es Kosten, die entstehen, wenn jemand aus seinem Herkunftsland ausbürgern möchte et cetera. Wir müssen über diese und andere Fragen besser informieren. Das stimmen wir mit dem Senator für Inneres ab.

5 Zahlen, Daten, Fakten zur Armut im Land Bremen



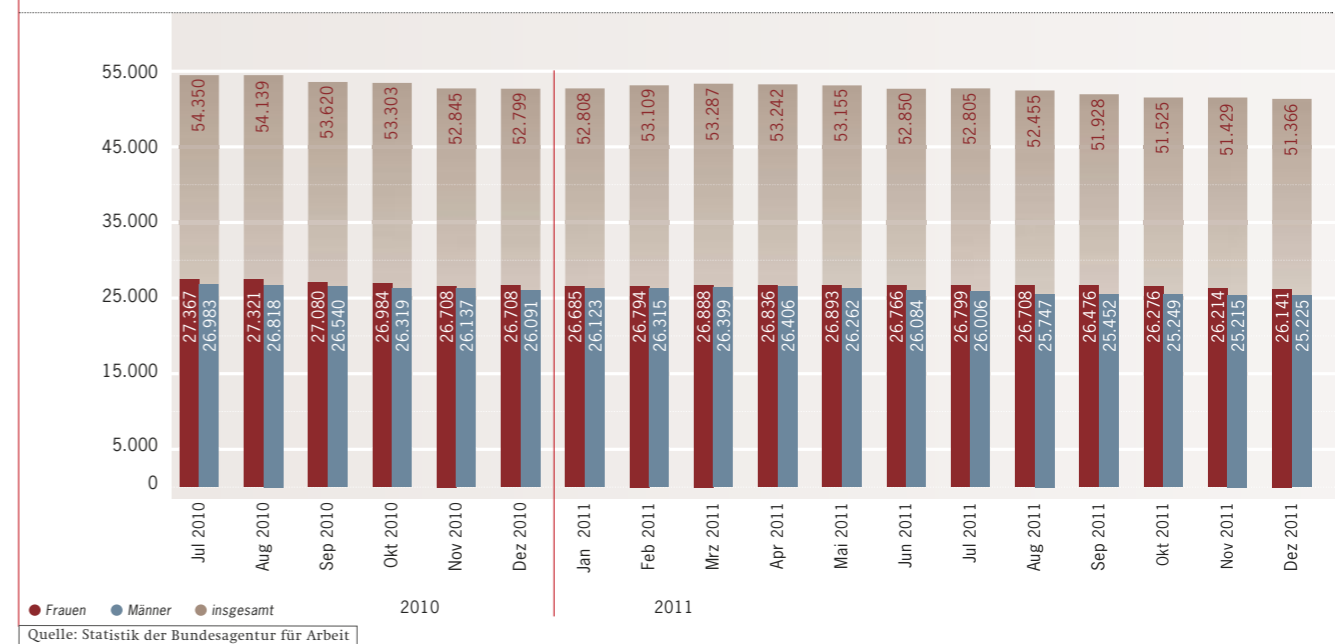
PAUL M. SCHRÖDER

Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung
und Jugendberufshilfe

Zahlen, Daten, Fakten zur Armut im Land Bremen

Abb. 1.1: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) –
Stadt Bremen

revidierte Daten – nach einer Wartezeit von drei Monaten



Zu Abb. 1.1: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II: Arbeitslosengeld II) Stadt Bremen

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen insgesamt 51.366 Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen.¹ Dies waren 2,7 Prozent (1.433) weniger als ein Jahr zuvor. Der (bisher) höchste Bestand erwerbsfähiger Leistungsberechtigter wurde im Mai 2006 (56.823) registriert.²

Von den insgesamt 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) im Dezember 2011 waren 26.141 Frauen und 25.225 Männer. Der Bestand männlicher erwerbsfähiger Leistungsberechtigter sank im Verlauf des Berichtsjahres 2011 um 3,3 Prozent (866), der Bestand weiblicher erwerbsfähiger Leistungsberechtigter lediglich um 2,1 Prozent (567).

Der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stieg in der Stadt Bremen von 50,6 Prozent im Dezember 2010 – bei einem Anteil der Frauen an der Bevölkerung im Alter von

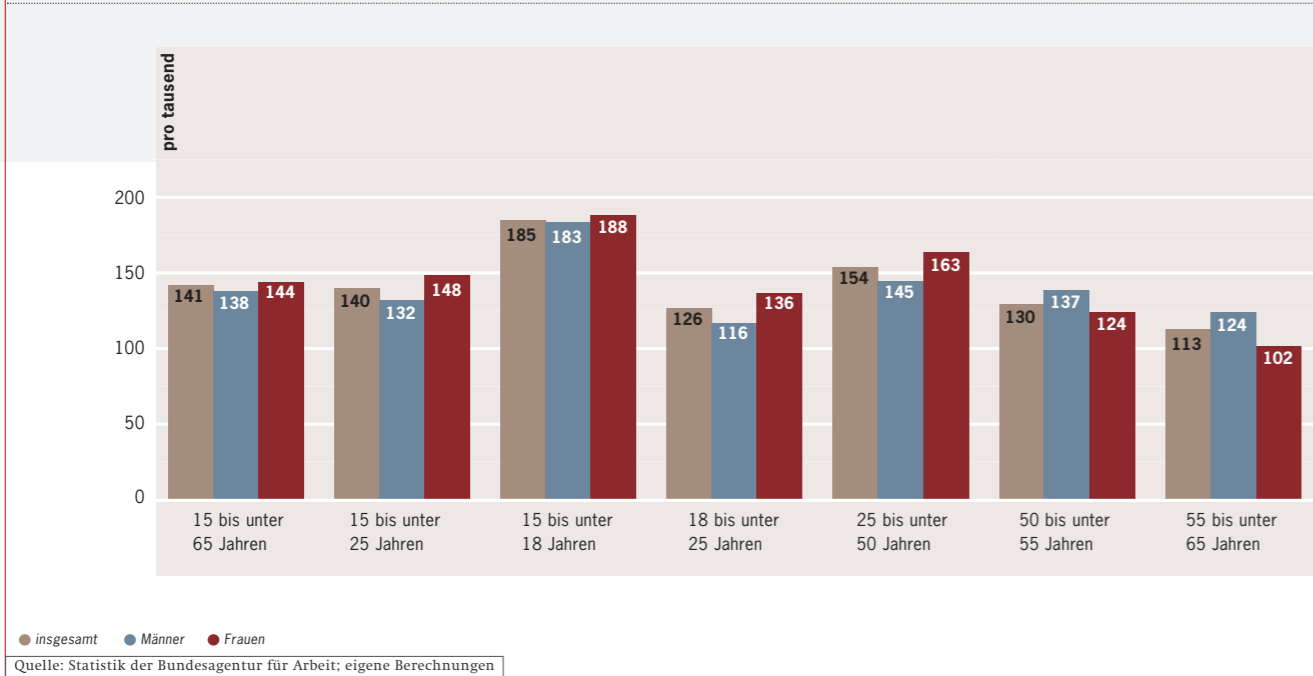
15 bis unter 65 Jahren von 49,9 Prozent – auf 50,9 Prozent im Dezember 2011 – bei einem Anteil der Frauen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 49,8 Prozent. Der bisher höchste Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wurde in der Stadt Bremen im Berichtsmontat September 2008 mit 51,3 Prozent ermittelt.

Nachrichtlich:³ In der Stadt Bremen erhielten im Dezember 2011 insgesamt 1.657 Menschen Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemäß Kapitel 3 SGB XII (Sozialhilfe), 150 (10,0 Prozent) mehr als ein Jahr zuvor. 203 davon waren Kinder im Alter von unter 18 Jahren (Dezember 2010: 207), 1.363 waren 18 bis unter 65 Jahre alt (Dezember 2010: 1.255) und 91 waren 65 Jahre und älter (Dezember 2010: 45). Von den 1.363 Menschen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 710 Frauen.

1 Hier immer revidierte Daten.
2 Die Gründe für Veränderungen des Bestandes erwerbsfähiger (und auch nicht erwerbsfähiger) Leistungsberechtigter sind vielfältig: unter anderem die Entwicklung des Arbeitsmarktes, demografische Veränderungen, gesetzliche Änderungen einschließlich der Veränderungen der Regelbedarfe und der Anrechnung von Einkommen, Verwaltungspraxis. Gründe für Veränderungen können auch der Verzicht auf Antragstellung sein.
3 Quelle: PROSOZ Bremen, übermittelt von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen; eigene Berechnungen.

Abb. 1.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen*

Stadt Bremen Dezember 2011 (revidierte Daten) *Einwohner/innen Ende 2011



Zu Abb. 1.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen Stadt Bremen

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen⁴ 141 von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: 145).⁵ Von 1.000 Männern im entsprechenden Alter waren dies 138 (Dezember 2010: 143), von 1.000 Frauen 144 (Dezember 2010: 147).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte, die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten pro 1.000 Einwohner/innen im entsprechenden Alter, liegt in der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen über diesem Durchschnitt, in den Altersgruppen der 50- bis unter 55-Jährigen und 55- bis unter 65-Jährigen darunter.

Im Dezember 2011 waren in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen 140 von 1.000 Einwohner/innen dieser Altersgruppe auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: 146). Die altersdifferenzierte Betrachtung dieser Altersgruppe zeigt: Die Arbeitslosengeld-II-Dichte unter den 15- bis unter 18-Jährigen ist mit 185 (wie im Dezember 2010) wesentlich höher als unter den 18- bis unter 25-Jährigen. Von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 18 bis unter 25 Jahren waren 126 (Dezember 2010: 134) auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Männer: 116; Frauen: 136). Die relativ geringe Arbeitslosengeld-II-Dichte in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen in der Stadt Bremen dürfte in erster Linie auf den hohen

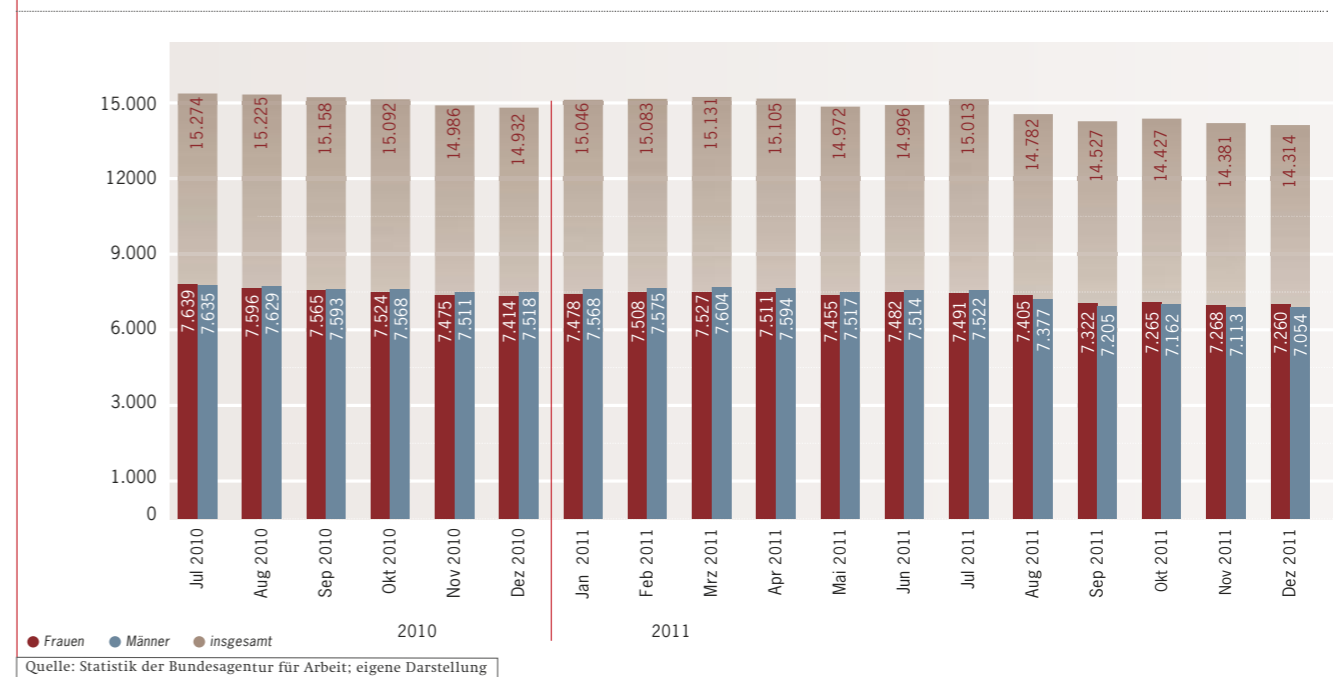
Teil von Studentinnen und Studenten in dieser Altersgruppe zurückzuführen sein, die grundsätzlich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben.

In der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen waren im Dezember 2011 154 von 1.000 Einwohnern und Einwohnerinnen dieser Altersgruppe auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: 160). In der Altersgruppe der 50- bis unter 55-Jährigen waren dies 130 (wie im Dezember 2010) und in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen – die Altersgruppe mit der niedrigsten Arbeitslosengeld-II-Dichte⁶ – 113 (Dezember 2010: 112).

In den Altersgruppen von 15 bis unter 25 und von 25 bis unter 50 Jahren ist die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen höher als bei den Männern: 148 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren (Männer: 132 von 1.000) und 163 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 25 bis unter 50 Jahren (Männer: 145 von 1.000). In den Altersgruppen von 50 bis unter 55 und 55 bis unter 65 Jahren liegt die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen dagegen noch immer deutlich unter der bei den Männern: 124 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 50 bis unter 55 Jahren (Männer: 137 von 1.000), 102 von 1.000 bei den Frauen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren (Männer: 124 von 1.000).

Abb. 2.1: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) – Stadt Bremerhaven

revidierte Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten



Zu Abb. 2.1: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II: Arbeitslosengeld II) Stadt Bremerhaven

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremerhaven insgesamt 14.314 Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen.⁷ Dies waren 4,1 Prozent (618) weniger als ein Jahr zuvor. Der (bisher) höchste Bestand erwerbsfähiger Leistungsberechtigter wurde im März 2006 (17.405) registriert.⁸

Von den insgesamt 14.314 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) im Dezember 2011 waren 7.260 Frauen und 7.054 Männer. Der Bestand männlicher erwerbsfähiger Leistungsberechtigter sank im Verlauf des Berichtsjahres 2011 um 6,2 Prozent (464), der Bestand weiblicher erwerbsfähiger Leistungsberechtigter lediglich um 2,1 Prozent (154).

Der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stieg in der Stadt Bremerhaven von 49,7 Prozent im Dezember 2010 – bei einem Anteil der Frauen an der Bevölkerung im

Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 48,5 Prozent – auf 50,7 Prozent im Dezember 2011 – bei einem Anteil der Frauen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 48,4 Prozent. Der bisher höchste Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wurde in der Stadt Bremerhaven im Berichtsmonat Oktober 2008 mit 51,0 Prozent ermittelt.

Nachrichtlich:⁹ In der Stadt Bremerhaven erhielten im Dezember 2011 insgesamt 311 Menschen Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemäß Kapitel 3 SGB XII (Sozialhilfe), 30 (10,7 Prozent) mehr als ein Jahr zuvor. 41 davon waren Kinder im Alter von unter 18 Jahren, 267 waren 18 bis unter 65 Jahre alt und drei waren 65 Jahre und älter. Von den 267 Menschen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 131 (49,1 Prozent) Frauen.

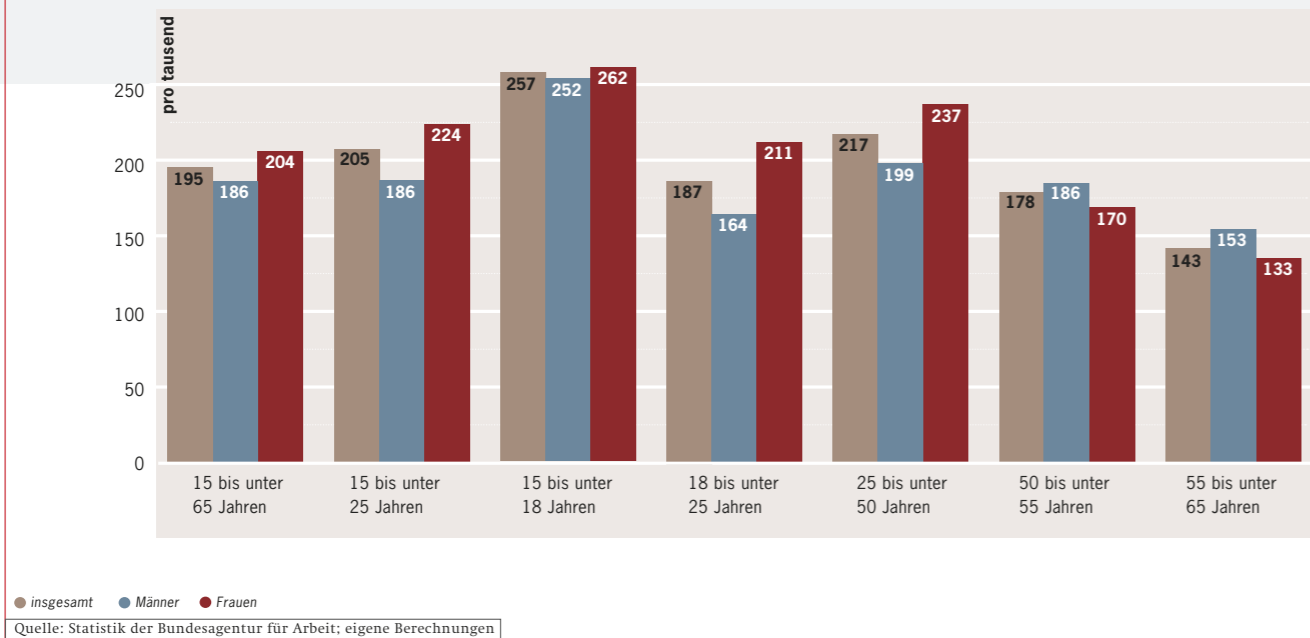
4 In der Stadt Bremen lebten Ende 2011 insgesamt 363.763 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, darunter 181.259 Frauen. Von den 363.763 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 63.274 15 bis unter 25 Jahre (darunter 31.710 Frauen), 194.387 25 bis unter 50 Jahre (darunter 95.020 Frauen), 38.983 50 bis unter 55 Jahre (darunter 19.794 Frauen) und 67.119 55 bis unter 65 Jahre alt (darunter 34.735 Frauen). Von den 63.274 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 15 bis unter 25 Jahre waren 14.656 unter 18 Jahre (darunter 7.095 Frauen) und 48.618 18 Jahre und älter (darunter 24.615 Frauen).

5 Die Vergleichsdaten (Dezember 2010) wurden auf Basis der entsprechenden Bevölkerung Ende 2010 neu berechnet und können demzufolge geringfügig von den im Bericht zur sozialen Lage 2011 berichteten Daten abweichen.

6 In dieser Altersgruppe bezieht bereits ein nicht unerheblicher Teil Altersrenten/Pensionen und hat deshalb grundsätzlich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II (§ 7 Abs. 4 SGB II).

7 Hier immer revidierte Daten.
8 Die Gründe für Veränderungen des Bestandes erwerbsfähiger (und auch nicht erwerbsfähiger) Leistungsberechtigter sind vielfältig: unter anderem die Entwicklung des Arbeitsmarktes, demografische Veränderungen, gesetzliche Änderungen einschließlich der Veränderungen der Regelbedarfe und der Anrechnung von Einkommen, Verwaltungspraxis. Gründe für Veränderungen können auch der Verzicht auf Antragstellung sein.
9 Quelle: Open PROSOZ, übermittelt von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen; eigene Berechnungen.

Abb. 2.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen*
Stadt Bremerhaven Dezember 2011 (revidierte Daten) *Einwohner/innen Ende 2011



Zu Abbildung 2.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte pro 1.000 Einwohner/innen nach Altersgruppen Stadt Bremerhaven

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremerhaven¹⁰ von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 195 auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: 202).¹¹ Von 1.000 Männern im entsprechenden Alter waren dies 186 (Dezember 2010: 198), von 1.000 Frauen 204 (Dezember 2010: 207).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte, die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten pro 1.000 Einwohner/innen, lag damit in der Stadt Bremerhaven um 38 Prozent (Dezember 2010: 39 Prozent) über der in der Stadt Bremen. Bei den Männern betrug die negative Abweichung 35 Prozent (Dezember 2010: 38 Prozent), bei den Frauen 41 Prozent (Dezember 2010: 40 Prozent).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte liegt in den Altersgruppen der 15- bis unter 25-Jährigen und der 25- bis unter 50-Jährigen über dem Durchschnitt, in den Altersgruppen der 50- bis unter 55-Jährigen und 55- bis unter 65-Jährigen darunter.

Im Dezember 2011 waren in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen 205 von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Altersgruppe auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: 219). Die altersdifferenzierte Betrachtung dieser Altersgruppe zeigt: Die Arbeitslosengeld-II-Dichte unter den 15- bis unter 18-Jährigen ist mit 257 deutlich höher als unter den 18- bis unter 25-Jährigen

(187). Bei den Frauen in der Stadt Bremerhaven ist die Differenz zwischen der Arbeitslosengeld-II-Dichte dieser beiden Altersgruppen deutlich kleiner (51) als bei den Männern (88). Von 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren waren 262 auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Männer: 252), von 1.000 Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren 211 (Männer: 164).

In der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen waren im Dezember 2011 217 von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Altersgruppe auf Arbeitslosengeld II angewiesen. (Dezember 2010: 230). In der Altersgruppe der 50- bis unter 55-Jährigen waren dies 178 (Dezember 2010: 171) und in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen – die Altersgruppe mit der niedrigsten Arbeitslosengeld-II-Dichte¹² – 143 (Dezember 2010: 137).

In den Altersgruppen von 15 bis unter 25 und von 25 bis unter 50 Jahren ist die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen höher als bei den Männern: 224 von 1.000 beziehungsweise 237 von 1.000 bei den Frauen, 186 von 1.000 beziehungsweise 199 von 1.000 bei den Männern. In den Altersgruppen von 50 bis unter 55 und 55 bis unter 65 Jahren liegt die Arbeitslosengeld-II-Dichte bei den Frauen dagegen unter der bei den Männern: 170 von 1.000 beziehungsweise 133 von 1.000 bei den Frauen und 186 von 1.000 beziehungsweise 153 von 1.000 bei den Männern.



¹⁰ In der Stadt Bremerhaven lebten Ende 2011 insgesamt 73.454 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, darunter 35.581 Frauen. Von den 73.454 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren 13.326 15 bis unter 25 Jahre (darunter 6.524 Frauen), 36.450 25 bis unter 50 Jahre (darunter 17.128 Frauen), 8.565 50 bis unter 55 Jahre (darunter 4.232 Frauen) und 15.113 55 bis unter 65 Jahre alt (darunter 7.697 Frauen). Von den 13.326 Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 15 bis unter 25 Jahre waren 3.359 unter 18 Jahre (darunter 1.633 Frauen) und 9.967 18 Jahre und älter (darunter 4.891 Frauen).

¹¹ Die Vergleichsdaten (Dezember 2010) wurden auf Basis der entsprechenden Bevölkerung Ende 2010 neu berechnet und können demzufolge geringfügig von den im Bericht zur sozialen Lage 2011 berichteten Daten abweichen.

¹² In dieser Altersgruppe bezieht bereits ein nicht unerheblicher Teil Altersrenten/Pensionen und hat deshalb grundsätzlich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II (§ 7 Abs. 4 SGB II).

Tabelle 1.1: Erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) – Stadt Bremen

revidierte Daten

	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
Personen insgesamt (eLb und nEf) ¹	73.549	74.051	73.491	72.376	71.623
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,85	1,84	1,84	1,84	1,83
darunter (Personen insgesamt)					
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) ²	52.799	53.287	52.850	51.928	51.366
eLb pro Bedarfsgemeinschaft	1,33	1,33	1,33	1,32	1,31
Männer	26.091	26.399	26.084	25.452	25.225
Frauen	26.708	26.888	26.766	26.476	26.141
Frauen (in % von eLb)	50,6%	50,5%	50,6%	51,0%	50,9%
Altersstruktur erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)					
15 bis unter 25 Jahren	9.242	9.244	9.297	9.071	8.842
15 bis unter 25 Jahren (in % von eLb)	17,5%	17,3%	17,6%	17,5%	17,2%
Männer (15 bis unter 25)	4.336	4.353	4.401	4.256	4.161
Frauen (15 bis unter 25)	4.906	4.891	4.896	4.815	4.681
Frauen (in % von eLb 15 bis unter 25)	53,1%	52,9%	52,7%	53,1%	52,9%
25 bis unter 50 Jahren	31.158	31.394	30.853	30.232	29.874
25 bis unter 50 Jahren (in % von eLb)	59,0%	58,9%	58,4%	58,2%	58,2%
Männer (25 bis unter 50)	15.234	15.374	14.980	14.575	14.412
Frauen (25 bis unter 50)	15.924	16.020	15.873	15.657	15.462
Frauen (in % von eLb 25 bis unter 50)	51,1%	51,0%	51,4%	51,8%	51,8%
50 bis unter 55 Jahren	4.967	5.071	5.080	5.019	5.079
50 bis unter 55 Jahren (in % von eLb)	9,4%	9,5%	9,6%	9,7%	9,9%
Männer (50 bis unter 55)	2.625	2.666	2.660	2.596	2.629
Frauen (50 bis unter 55)	2.342	2.405	2.420	2.423	2.450
Frauen (in % von eLb 50 bis unter 55)	47,2%	47,4%	47,6%	48,3%	48,2%
55 bis unter 65 Jahren	7.432	7.578	7.620	7.606	7.571
55 bis unter 65 Jahren (in % von eLb)	14,1%	14,2%	14,4%	14,6%	14,7%
Männer (55 bis unter 65)	3.896	4.006	4.043	4.025	4.023
Frauen (55 bis unter 65)	3.536	3.572	3.577	3.581	3.548
Frauen (in % von eLb 55 bis unter 65)	47,6%	47,1%	46,9%	47,1%	46,9%

¹ erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nEf)

² erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen.

**Zu Tabelle 1.1:
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
(Arbeitslosengeld II) Stadt Bremen**

In der Stadt Bremen lebten im Dezember 2011 insgesamt 71.623 Menschen in 39.073 sogenannten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften¹³, darunter 51.366 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Sinne des SGB II.¹⁴ Dies waren insgesamt 1.926 (2,6 Prozent) Leistungsberechtigte weniger als ein Jahr zuvor – 1.433 (2,7 Prozent) weniger erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) und 493 (2,4 Prozent) weniger nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld).

Im Dezember 2011 lag die Zahl der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Männer 866 (3,3 Prozent), die der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Frauen 567 (2,1 Prozent) unter dem entsprechenden Bestand ein Jahr zuvor. Der Anteil der Frauen an den 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2011 betrug 50,9 Prozent (Dezember 2010: 50,6 Prozent).

In den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen lebten im Dezember 2011 durchschnittlich 1,83 Personen (Dezember 2010: 1,85), davon 1,31 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 0,52 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

17,2 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) im Dezember 2011 waren 15 bis unter 25 Jahre (Dezember 2010: 17,5), 58,2 Prozent waren 25 bis unter 50 Jahre (Dezember 2010: 59,0 Prozent), 9,9 Prozent waren 50 bis unter 55 Jahre (Dezember 2010: 9,4 Prozent) und 14,7 Prozent waren 55 Jahre bis unter 65 Jahre alt (Dezember 2010: 14,1 Prozent). Der Anteil der älteren erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt ist auch im Berichtsjahr 2011 weiter gestiegen. Im Dezember 2011 waren 24,6 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 50 Jahre und älter. Ein Jahr zuvor waren dies 23,5 Prozent.

Der im Berichtsjahr (2011) leicht gestiegene Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen am höchsten. Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen 52,9 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter von 15 bis unter 25 Jahren Frauen (Dezember 2010: 53,1 Prozent).¹⁵

Auch in der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen lag der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2011 mit 51,8 Prozent über dem Durchschnitt von 50,9 Prozent.

In den Altersgruppen der 50- bis unter 55- und 55- bis unter 65-Jährigen lag der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit 48,2 beziehungsweise 46,9 Prozent (Dezember 2011) weiterhin deutlich unter dem Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt.

Nachrichtlich: 62,8 Prozent (32.243) der insgesamt 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2011 waren bereits zwei Jahre oder länger¹⁶ auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Von den 25.225 Männern waren dies 60,1 Prozent (15.164), von den 26.141 Frauen 65,3 Prozent (17.079). In der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen waren 73,4 Prozent (9.281) der 12.650 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bereits zwei Jahre oder länger hilfebedürftig im Sinne des SGB II.

¹³ Zu den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen vergleiche Tabelle 2.1.

¹⁴ Neben den 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) lebten in diesen Bedarfsgemeinschaften 20.257 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld), darunter 19.303 Kinder im Alter von unter 15 Jahren. Vergleiche dazu Tabelle 6.

¹⁵ Eine differenziertere Betrachtung der Altersstruktur (in Fünf-Jahres-Schritten) zeigt: Der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist in den Altersgruppen 20 bis unter 25 Jahre und 25 bis unter 30 Jahre am höchsten. Im Dezember 2011 betrug der Anteil der Frauen in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre 56,5 Prozent (Dezember 2010: ebenfalls 56,5 Prozent) und in der Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre 56,8 Prozent (Dezember 2010: 55,3 Prozent). Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Statistik-Service Nordost der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: Mai 2012. Die einseitige Verteilung der Betreuungspflichten für Kinder dürfte – in Verbindung mit fehlenden öffentlichen Betreuungsangeboten – der wesentliche Grund dafür sein.

¹⁶ Die bisherige Dauer misst, wie lange ein Hilfebedürftiger bis zum Messzeitpunkt (Stichtag) dem Bestand angehört (Statistik der Bundesagentur für Arbeit).

Tabelle 1.2: Erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) – Stadt Bremerhaven

revidierte Daten (kursiv: unkorrekte Erfassung von Kindern nach Juni 2011; siehe Textteil)

	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
Personen insgesamt (eLb und nEf) ¹	20.694	20.824	20.638	19.582	19.228
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,88	1,86	1,86	1,80	1,79
darunter (Personen insgesamt)					
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) ²	14.932	15.131	14.996	14.527	14.314
eLb pro Bedarfsgemeinschaft	1,36	1,35	1,35	1,33	1,33
Männer	7.518	7.604	7.514	7.205	7.054
Frauen	7.414	7.527	7.482	7.322	7.260
Frauen (in % von eLb)	49,7%	49,7%	50,9%	50,4%	50,7%
Altersstruktur erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)					
15 bis unter 25 Jahren	2.998	3.001	3.027	2.773	2.730
15 bis unter 25 Jahren (in % von eLb)	20,1%	19,8%	20,2%	19,1%	19,1%
Männer (15 bis unter 25)	1.445	1.459	1.470	1.302	1.268
Frauen (15 bis unter 25)	1.553	1.542	1.557	1.471	1.462
Frauen (in % von eLb 15 bis unter 25)	51,8%	51,4%	51,4%	53,0%	53,6%
25 bis unter 50 Jahren	8.450	8.448	8.312	8.078	7.904
25 bis unter 50 Jahren (in % von eLb)	56,6 %	55,8%	55,4%	55,6%	55,2%
Männer (25 bis unter 50)	4.213	4.193	4.108	3.963	3.847
Frauen (25 bis unter 50)	4.237	4.255	4.204	4.115	4.057
Frauen (in % von eLb 25 bis unter 50)	50,1%	50,4%	50,6%	50,9%	51,3%
50 bis unter 55 Jahren	1.433	1.500	1.497	1.527	1.522
50 bis unter 55 Jahren (in % von eLb)	9,6%	9,9%	10,0%	10,5%	10,6%
Männer (50 bis unter 55)	764	785	782	801	804
Frauen (50 bis unter 55)	669	715	715	7126	718
Frauen (in % von eLb 50 bis unter 55)	50,1%	47,7%	47,8%	47,5%	47,2%
55 bis unter 65 Jahren	2.051	2.182	2.160	2.149	2.158
55 bis unter 65 Jahren (in % von eLb)	13,7%	14,4%	14,4%	14,8%	15,1%
Männer (55 bis unter 65)	1.096	1.154	1.154	1.139	1.135
Frauen (55 bis unter 65)	955	1.006	1.006	1.010	1.023
Frauen (in % von eLb 55 bis unter 65)	46,6%	46,5%	46,6%	47,0%	47,4%

1 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nEf)

2 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

Zu Tabelle 1.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven wurden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2011 insgesamt 19.228 Menschen in 10.754 sogenannten SGB-II-Bedarfsgemeinschaften¹⁷ erfasst, darunter 14.314 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Sinne des SGB II.¹⁸ Dies waren rechnerisch insgesamt 1.466 (7,1 Prozent) Leistungsberechtigte weniger als ein Jahr zuvor – 618 (4,1 Prozent) weniger erwerbsfähige Leistungsberechtigte und angeblich¹⁹ 848 (14,7 Prozent) weniger nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Im Dezember 2011 lag die Zahl der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Männer 464 (6,2 Prozent), die der leistungsberechtigten Frauen 154 (2,1 Prozent) unter dem entsprechenden Bestand ein Jahr zuvor. Der Anteil der Frauen an den 14.314 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2011 betrug 50,7 Prozent (7.260) – ein Prozentpunkt mehr als ein Jahr zuvor.

In den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven lebten im Dezember 2011, durchschnittlich 1,33 erwerbsfähige Leistungsbe-rechtigte (Dezember 2010: 1,36). Die seit Mitte 2011 zu beobachtende deutlich sinkende Zahl von Personen pro Bedarfsgemeinschaft – von 1,86 im Juni auf 1,79 im Dezember – ist im Wesentlichen auf die unkorrekte Erfassung von Kindern zurückzuführen.²⁰

19,1 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsbe-rechtigten (Arbeitslosengeld II) im Dezember 2011 waren 15 bis unter 25 Jahre (Dezember 2010: 20,1 Prozent), 55,2 Prozent waren 25 bis unter 50 Jahre (Dezember 2010: 56,6 Prozent), 10,6 Prozent waren 50 bis unter 55 Jahre (Dezember 2010: 9,6 Prozent) und 15,1 Prozent waren 55 bis unter 65 Jahre alt (Dezember 2010: 13,7 Prozent). Der Anteil der älteren erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt ist im Berichtsjahr (2011) weiter gestiegen. Im Dezember 2011 waren 25,7 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 50 Jahre und älter. Im Dezember 2010 waren dies 23,3 Prozent.

Der im Verlauf des Berichtsjahres (Dezember 2010 bis Dezember 2011) gestiegene Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-

Jährigen am höchsten. Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremerhaven 53,6 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter von 15 bis unter 25 Jahren Frauen (Dezember 2010: 51,8 Prozent). Über dem Durchschnitt lag im Dezember 2011 auch der im Verlauf des Berichtsjahres auf 51,3 Prozent gestiegene Anteil der Frauen in der Altersgruppe der 25- bis unter 50-Jährigen (Dezember 2010: 50,1 Prozent).²¹

In den Altersgruppen der 50- bis unter 55- und 55- bis unter 65-Jährigen lag der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2011 mit 47,2 beziehungsweise 47,4 Prozent unter dem Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt.

Nachrichtlich: 64,4 Prozent (9.225) der 14.314 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2011 waren bereits zwei Jahre oder länger²² auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Von den 7.054 Männern waren dies 62,1 Prozent (4.379), von den 7.260 Frauen 66,7 Prozent (4.846). In der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen waren 74,2 Prozent (2.731) der 3.680 erwerbsfähigen Leistungsbe-rechtigten bereits zwei Jahre oder länger hilfebedürftig im Sinne des SGB II.

17 Zu den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven vergleiche Tabelle 2.2.

18 Neben den 14.314 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) wurden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit lediglich 4.914 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld) erfasst. Siehe dazu auch die folgende Fußnote.

19 Die Erfassung der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (überwiegend Kinder) erfolgte in der Stadt Bremerhaven seit Mitte 2011 unkorrekt. Geschätzte über 500 Kinder wurden im zweiten Halbjahr 2011 entgegen den geltenden Verfahrens-

regeln der Statistik der Bundesagentur für Arbeit aus dem Bestand der Leistungsberechtigten (Personen in Bedarfsgemeinschaften) entfernt beziehungsweise nicht erfasst. Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Tabelle 6.

20 Siehe dazu Fußnote 19 und die Anmerkungen zu Tabelle 6.

21 Eine differenziertere Betrachtung der Altersstruktur (in Fünf-Jahres-Schritten) zeigt: Der Anteil der Frauen an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist in den Altersgruppen 20 bis unter 25 Jahre und 25 bis unter 30 Jahre am höchsten. Im Dezember 2011 betrug der Anteil der Frauen in der Altersgruppe 20 bis unter

25 Jahre 57,3 Prozent (Dezember 2010: 55,7 Prozent) und in der Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre 55,5 Prozent (Dezember 2010: 54,4 Prozent). Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Statistik-Service Nordost der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: Mai 2012. Die einseitige Verteilung der Betreuungspflichten für Kinder dürfte – in Verbindung mit fehlenden öffentlichen Betreuungsangeboten – der wesentliche Grund dafür sein.

22 Die bisherige Dauer misst, wie lange ein Hilfebedürftiger bis zum Messzeitpunkt (Stichtag) dem Bestand angehört. (Statistik der Bundesagentur für Arbeit).

**Tabelle 2.1: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften
Stadt Bremen**

revidierte Daten

	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
Bedarfsgemeinschaften (BG)	39.791	40.211	39.877	39.332	39.073
davon (BG = 100%)					
■ mit einer Person ¹	23.159	23.484	23.265	22.971	22.967
■ mit einer Person ¹ (in % von BG)	58,2%	58,4%	58,3%	58,4%	58,8%
■ mit zwei Personen ²	7.491	7.577	7.560	7.469	7.333
■ mit zwei Personen ² (in % von BG)	18,8%	18,8%	19,0%	19,0%	18,8%
■ mit drei Personen ²	4.441	4.457	4.380	4.291	4.257
■ mit drei Personen ² (in % von BG)	11,2%	11,1%	11,0%	10,9%	10,9%
■ mit vier Personen ²	2.670	2.663	2.643	2.627	2.560
■ mit vier Personen ² (in % von BG)	6,7%	6,6%	6,6%	6,7%	6,6%
■ mit fünf und mehr Personen ²	2.030	2.030	2.029	1.974	1.956
■ mit fünf und mehr Personen ² (in % von BG)	5,1%	5,0%	5,1%	5,0%	5,0%
davon (BG = 100%)					
■ mit einer/einem eLb ³	29.273	29.612	29.379	29.055	28.969
■ mit einer/einem eLb ³ (in % von BG)	73,6%	73,6%	73,7%	73,9%	74,1%
■ mit zwei eLb ³	8.305	8.387	8.268	8.074	7.949
■ mit zwei eLb ³ (in % von BG)	20,9%	20,9%	20,7%	20,5%	20,3%
■ mit drei eLb ³	1.466	1.488	1.498	1.450	1.415
■ mit drei eLb ³ (in % von BG)	3,7%	3,7%	3,8%	3,7%	3,6%
■ mit vier und mehr eLb ³	592	574	573	555	532
■ mit vier und mehr eLb ³ (in % von BG)	1,5%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%
ohne eLb ⁴	155	150	159	198	208
ohne eLb ⁴ (in % von BG)	0,4%	0,4%	0,4%	0,5%	0,5%
darunter (BG = 100%)					
■ mit Kindern (unter 15 Jahren) (BG mit Kindern)	11.799	11.789	11.656	11.587	11.481
■ mit Kindern (unter 15 Jahren) (in % von BG)	29,7%	29,3%	29,2%	29,5%	29,4%
davon (BG mit Kindern = 100%)					
■ mit einem Kind	6.419	6.417	6.304	6.316	6.264
■ mit einem Kind (in % von BG mit Kindern)	54,4%	54,4%	54,1%	54,5%	54,6%
■ mit zwei Kindern	3.544	3.526	3.500	3.423	3.377
■ mit zwei Kindern (in % von BG mit Kindern)	30,0%	29,9%	30,0%	29,5%	29,4%
■ mit drei Kindern	1.262	1.275	1.296	1.294	1.290
■ mit drei Kindern (in % von BG mit Kindern)	10,7%	10,8%	11,1%	11,2%	11,2%
■ mit vier und mehr Kindern	574	571	556	554	550
■ mit vier und mehr Kindern (in % von BG mit Kindern)	4,9%	4,8%	4,8%	4,8%	4,8%

1 ein(e) erwerbsfähige(r) Leistungsberechtigte(r) von Arbeitslosengeld II

2 darunter mindestens ein(e) erwerbsfähige(r) Leistungsberechtigte(r) von Arbeitslosengeld II

3 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (15 bis unter 65 Jahren) von Arbeitslosengeld II

4 BG ohne erwerbsfähige(n) Leistungsberechtigte(n); eLb mit Ausschlussgrund⁴, vor allem (alleinerziehende) Studentinnen/Studenten mit Kind, die selbst keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben (wg. grundsätzlichem Anspruch auf BAföG), aber Anspruch auf SGB-II-Leistung für ihr Kind

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

**Zu Tabelle 2.1:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften Stadt Bremen**

Im Dezember 2011 wurden in der Stadt Bremen insgesamt 39.073 sogenannte Bedarfsgemeinschaften im Sinne des SGB II²³ gezählt, 718 (1,8 Prozent) weniger als im Dezember 2010.

In 58,8 Prozent (22.967) dieser Bedarfsgemeinschaften lebte jeweils lediglich eine Person (Dezember 2010: 58,2 Prozent).

In 18,8 Prozent (7.333) der Bedarfsgemeinschaften lebten zwei, in 10,9 Prozent (4.257) drei, in 6,6 Prozent (2.560) vier und in 5,0 Prozent (1.956) fünf und mehr Personen – in der Regel mindestens eine erwerbsfähige Leistungsberechtigte oder ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter und weitere erwerbsfähige oder nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

74,1 Prozent (28.969) der insgesamt 39.073 Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen waren Bedarfsgemeinschaften, in denen lediglich eine erwerbsfähige Leistungsberechtigte oder ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter lebte (Dezember 2010: 73,6 Prozent).

In den Bedarfsgemeinschaften mit einem oder einer erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lebten 56,4 Prozent (28.969) der insgesamt 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Dezember 2010: 55,4 Prozent).

Zwei erwerbsfähige Leistungsberechtigte lebten in 20,3 Prozent (7.949) der Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 20,9 Prozent). Das heißt, in diesen Bedarfsgemeinschaften mit zwei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lebten insgesamt 15.898 beziehungsweise 31,0 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Stadt Bremen (Dezember 2010: 20,9 Prozent der Bedarfsgemeinschaften beziehungsweise 31,5 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten).

Drei erwerbsfähige Leistungsberechtigte lebten in 1.415 (3,6 Prozent; Dezember 2010: 3,7 Prozent) und vier und mehr erwerbsfähige Leistungsberechtigte in 532 (1,4 Prozent) Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 1,5 Prozent).²⁴

Im Dezember 2011 lebten in 29,4 Prozent (11.481) der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen Kinder im Alter von unter 15 Jahren (Dezember 2010: 29,7 Prozent).

In 54,6 Prozent (6.264) dieser 11.481 Bedarfsgemeinschaften lebte ein Kind im Alter von unter 15 Jahren (Dezember 2010: 54,4 Prozent). In 29,4 Prozent (3.377) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lebten zwei (Dezember 2010: 30,0 Prozent), in 11,2 Prozent (1.290) drei (Dezember 2010: 10,7 Prozent) und in 4,8 Prozent (550) vier und mehr Kinder im Alter von unter 15 Jahren (Dezember 2010: 4,9 Prozent).

23 Vgl. § 7 Abs. 3 SGB II.
24 208 Bedarfsgemeinschaften waren im Dezember 2011 als Bedarfsgemeinschaften ohne eine(n) erwerbsfähige(n) Leistungsberechtigte(n) erfasst (Dezember 2010: 155). Es handelt sich hier um Bedarfsgemeinschaften, in denen der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigte keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Dabei handelt es sich nach Auskunft der Statistik der Bundesagentur für Arbeit vor allem um (alleinerziehende) Studentinnen/Studenten mit Kind(ern). Diese haben wegen eines grundsätzlichen Anspruchs auf Ausbildungsförderung (BAföG) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II, aber gegebenenfalls Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II) für ihre(n) Kind(er).

**Tabelle 2.2: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften
Stadt Bremerhaven**

revidierte Daten (kursiv: unkorrekte Erfassung von Kindern nach Juni 2011; siehe Textteil)

	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
Bedarfsgemeinschaften (BG)	11.018	11.172	11.106	10.890	10.754
davon (BG = 100%)					
■ mit einer Person ¹	6.297	6.441	6.413	6.571	6.504
■ mit einer Person ¹ (in % von BG)	57,2%	57,7%	57,7%	60,3%	60,5%
■ mit zwei Personen ²	2.123	2.132	2.130	2.023	2.016
■ mit zwei Personen ² (in % von BG)	19,3%	19,1%	19,2%	18,6%	18,7%
■ mit drei Personen ²	1.259	1.270	1.260	1.097	1.082
■ mit drei Personen ² (in % von BG)	11,4%	11,4%	11,3%	10,1%	10,1%
■ mit vier Personen ²	716	729	720	672	658
■ mit vier Personen ² (in % von BG)	6,5%	6,5%	6,5%	6,2%	6,1%
■ mit fünf und mehr Personen ²	623	600	583	527	494
■ mit fünf und mehr Personen ² (in % von BG)	5,7%	5,4%	5,2%	4,8%	4,6%
davon (BG = 100%)					
■ mit einer/einem eLb ³	7.981	8.114	8.090	8.068	7.959
■ mit einer/einem eLb ³ (in % von BG)	72,4%	72,6%	72,8%	74,1%	74,0%
■ mit zwei eLb ³	2.340	2.342	2.315	2.166	2.176
■ mit zwei eLb ³ (in % von BG)	21,2%	21,0%	20,8%	19,9%	20,2%
■ mit drei eLb ³	487	516	508	468	424
■ mit drei eLb ³ (in % von BG)	4,4%	4,6%	4,6%	4,3%	3,9%
■ mit vier und mehr eLb ³	191	185	177	171	174
■ mit vier und mehr eLb ³ (in % von BG)	1,7%	1,7%	1,6%	1,6%	1,6%
ohne eLb ⁴	19	15	16	17	21
ohne eLb ⁴ (in % von BG)	0,2%	0,1%	0,1%	0,2%	0,2%
darunter (BG = 100%)					
■ mit Kindern (unter 15 Jahren) (BG mit Kindern)	3.235	3.205	3.170	2.861	2.784
■ mit Kindern (unter 15 Jahren) (in % von BG)	29,4%	28,7%	28,5%	26,3%	25,9%
davon (BG mit Kindern = 100%)					
■ mit einem Kind	1.737	1.731	1.709	1.566	1.517
■ mit einem Kind (in % von BG mit Kindern)	53,7%	54,0%	53,9%	54,7%	54,5%
■ mit zwei Kindern	941	930	926	809	807
■ mit zwei Kindern (in % von BG mit Kindern)	29,1%	29,0%	29,2%	28,3%	29,0%
■ mit drei Kindern	359	352	341	311	300
■ mit drei Kindern (in % von BG mit Kindern)	11,1%	11,0%	10,8%	10,9%	10,8%
■ mit vier und mehr Kindern	198	192	194	175	160
■ mit vier und mehr Kindern (in % von BG mit Kindern)	6,1%	6,0%	6,1%	6,1%	5,7%

1 ein(e) erwerbsfähige(r) Leistungsberechtigte(r) von Arbeitslosengeld II

2 darunter mindestens ein(e) erwerbsfähige(r) Leistungsberechtigte(r) von Arbeitslosengeld II

3 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (15 bis unter 65 Jahren) von Arbeitslosengeld II

4 BG ohne erwerbsfähige(n) Leistungsberechtigte(n); »eLb mit Ausschlussgrund«, vor allem (alleinerziehende) Studentinnen/Studenten mit Kind, die selbst keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben (wg. grundsätzlichem Anspruch auf BAföG), aber Anspruch auf SGB-II-Leistung für ihr Kind

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

**Zu Tabelle 2.2:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften
Stadt Bremerhaven**

Im Dezember 2011 wurden in der Stadt Bremerhaven insgesamt 10.754 sogenannte Bedarfsgemeinschaften im Sinne des SGB II²⁵ gezählt, 264 (2,4 Prozent) weniger als im Dezember 2010.

In 60,5 Prozent (6.504) dieser Bedarfsgemeinschaften lebte jeweils lediglich eine Person (Dezember 2010: 57,2 Prozent).²⁶

In 18,7 Prozent (2.016) der Bedarfsgemeinschaften lebten zwei, in 10,1 Prozent (1.082) drei, in 6,1 Prozent (658) vier und in 4,6 Prozent (494) fünf und mehr Personen – in der Regel mindestens eine erwerbsfähige Leistungsberechtigte oder ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter und weitere erwerbsfähige oder nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

74,0 Prozent (7.959) der insgesamt 10.754 Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven waren Bedarfsgemeinschaften, in denen lediglich eine erwerbsfähige Leistungsberechtigte oder ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter lebte (Dezember 2010: 72,4 Prozent).

In den Bedarfsgemeinschaften mit einem oder einer erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lebten 55,6 Prozent (7.959) der insgesamt 14.314 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Dezember 2010: 53,4 Prozent).

Zwei erwerbsfähige Leistungsberechtigte lebten in 20,2 Prozent (2.176) der Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 21,2 Prozent). Das heißt, in diesen Bedarfsgemeinschaften mit zwei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lebten insgesamt 4.352 beziehungsweise 30,4 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Stadt Bremerhaven (Dezember 2010: 21,2 Prozent der Bedarfsgemeinschaften beziehungsweise 31,3 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten).

Drei erwerbsfähige Leistungsberechtigte lebten in 424 (3,9 Prozent; Dezember 2010: 4,4 Prozent) und vier und mehr erwerbsfähige Leistungsberechtigte in 174 (1,6 Prozent) Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 1,7 Prozent).²⁷

Im Juni 2011 (!) lebten in 28,5 Prozent (3.170) der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven Kinder im Alter von unter 15 Jahren (Dezember 2010: 29,4 Prozent) .

Die in der Tabelle 2.2 kursiv hervorgehobenen amtlichen Daten für September und Dezember 2011 sind unkorrekt: Über 500 Kinder wurden im zweiten Halbjahr 2011 entgegen den geltenden Verfahrensregeln der Statistik der Bundesagentur für Arbeit aus dem Bestand der Leistungsberechtigten (Personen in Bedarfsgemeinschaften) entfernt beziehungsweise nicht erfasst.²⁸

Im Juni 2011 (!) lebte in 53,9 Prozent (1.709) dieser 3.170 Bedarfsgemeinschaften ein Kind im Alter von unter 15 Jahren. In 29,2 Prozent (926) der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern lebten zwei, in 10,8 Prozent (341) drei und in 6,1 Prozent (194) vier und mehr Kinder im Alter von unter 15 Jahren.

25 Vgl. § 7 Abs. 3 SGB II.
26 Zum absoluten und relativen Anstieg des Anteils der »Single-Bedarfsgemeinschaften im Verlauf des Berichtsjahres 2011 siehe auch die Anmerkungen zur unkorrekten Erfassung der Kinder (unter anderem Tabelle 6).

27 Erfasst waren 21 Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2011 als Bedarfsgemeinschaften ohne eine(n) erwerbsfähige(n) Leistungsberechtigte(n) (Dezember 2010: 19). Es handelt sich hier um Bedarfsgemeinschaften, in denen der Erwerbsfähige oder die

Erwerbsfähigen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Dabei handelt es sich nach Auskunft der Statistik der Bundesagentur für Arbeit vor allem um (alleinerziehende) Studentinnen/Studenten mit Kind(ern). Diese haben wegen eines grundsätzlichen Anspruchs auf Ausbildungsförderung (BAföG) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II, aber gegebenenfalls Anspruch auf SGB-II-Leistungen für ihr(e) Kind(er).

28 Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Tabelle 6.

Tabelle 3.1: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II – Stadt Bremen

Arbeitslosengeld II: revidierte Daten

	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)¹	52.799	53.287	52.850	51.928	51.366
Männer	26.091	26.399	26.084	25.452	25.225
Frauen	26.708	26.888	26.766	26.476	26.141
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	22.655	23.317	23.220	22.805	22.615
in % von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten	42,9%	43,8%	43,9%	43,9%	44,0%
Männer	12.697	13.091	12.853	12.532	12.431
Männer (in % von eLb – Männer)	48,7%	49,6%	49,3%	49,2%	49,3%
Frauen	9.958	10.226	10.367	10.273	10.184
Frauen (in % von eLb – Frauen)	37,3%	38,0%	38,7%	38,8%	39,0%
eLb – 15 bis unter 25 Jahren	9.242	9.244	9.297	9.071	8.842
Männer (15 bis unter 25)	4.336	4.353	4.401	4.256	4.161
Frauen (15 bis unter 25)	4.906	4.891	4.896	4.815	4.681
Arbeitslose (SGB II) – unter 25 Jahren	1.820	1.932	1.916	1.738	1.883
in % von eLb – 15 bis unter 25 Jahren	19,7%	20,9%	20,6%	19,2%	21,3%
Männer (15 bis unter 25)	1.040	1.116	1.078	953	1.037
Männer (in % von eLb – Männer – unter 25)	24,0%	25,6%	24,5%	22,4%	24,9%
Frauen (15 bis unter 25)	780	816	838	785	846
Frauen (in % von eLb – Frauen – unter 25)	15,9%	16,7%	17,1%	16,3%	18,1%
eLb – 25 bis unter 55 Jahren	36.125	36.465	35.933	35.251	34.953
Männer (25 bis unter 55)	17.859	18.040	17.640	17.171	17.041
Frauen (25 bis unter 55)	18.266	18.425	18.293	18.080	17.912
Arbeitslose (SGB II) – 25 bis unter 55 Jahren	18.392	18.769	18.711	18.475	18.110
in % von eLb – 25 bis unter 55 Jahren	50,9%	51,5%	52,1%	52,4%	51,8%
Männer (25 bis unter 55)	10.307	10.502	10.315	10.082	9.897
Männer (in % von eLb – Männer – 25 bis unter 55)	57,7%	58,2%	58,5%	58,7%	58,1%
Frauen (15 bis unter 25)	8.085	8.267	8.396	8.393	8.213
Frauen (in % von eLb – Frauen – 25 bis unter 55)	44,3%	44,9%	45,9%	46,4%	45,9%
eLb – 55 bis unter 65 Jahren	7.432	7.578	7.620	7.606	7.571
Männer (55 bis unter 65)	3.896	4.006	4.043	4.025	4.023
Frauen (55 bis unter 65)	3.536	3.572	3.577	3.581	3.548
Arbeitslose (SGB II) – 55 bis unter 65 Jahren	2.443	2.616	2.593	2.592	2.622
in % von eLb – 55 bis unter 65 Jahren	32,9%	34,5%	34,0%	34,1%	34,6%
Männer (55 bis unter 65)	1.350	1.473	1.460	1.497	1.497
Männer (in % von eLb – Männer – 55 bis unter 65)	34,7%	36,8%	36,1%	37,2%	37,2%
Frauen (55 bis unter 65)	1.093	1.143	1.133	1.095	1.125
Frauen (in % von eLb – Frauen – 55 bis unter 65)	30,9%	32,0%	31,7%	30,6%	31,7%

1 Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

Zu Tabelle 3.1: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II – Stadt Bremen

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen 2,7 Prozent (1.433) weniger Frauen und Männer auf Arbeitslosengeld II angewiesen als ein Jahr zuvor. Im entsprechenden Zeitraum sank die Zahl der im Rechtskreis SGB II registrierten Arbeitslosen um 0,2 Prozent (40).

Von den 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren 44,0 Prozent (22.615) als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert²⁹ (Dezember 2010: 42,9 Prozent).

Demnach waren im Dezember 2011 insgesamt 28.751 (56,0 Prozent) erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht arbeitslos beziehungsweise nicht als Arbeitslose registriert, 1.393 (4,6 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor. Die Gründe für die Zuordnung von Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen zum Status ›nicht arbeitslos‹ sind im Wesentlichen: Schulbesuch, Erwerbstätigkeit von mindestens 15 Wochenstunden, Teilnahme an einer Maßnahme zur ›Eingliederung in Arbeit‹ oder ›fehlende Verfügbarkeit‹ wegen der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen.

Der Anteil der arbeitslos registrierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt differiert alters- und geschlechtsspezifisch erheblich.

Im Dezember 2011 waren 49,3 Prozent der männlichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, aber nur 39,0 Prozent der weiblichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als Arbeitslose registriert.³⁰ Die erheblich niedrigere Quote bei den Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen dürfte im Wesentlichen auf die ›fehlende Verfügbarkeit‹ wegen der Betreuung von (kleinen) Kindern zurückzuführen sein.³¹

In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen waren lediglich 21,3 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert: 24,9 Prozent der männlichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und lediglich 18,1 Prozent der weiblichen (Dezember 2010: Altersgruppe insgesamt 19,7 Prozent; Männer 24,0 Prozent; Frauen 15,9 Prozent).

Die höchste Quote wurde für die Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen errechnet. Sie betrug im Dezember 2011 51,8 Prozent (Dezember 2010:

50,9 Prozent). Männer: 58,1 Prozent (Dezember 2010: 57,7 Prozent); Frauen: 45,9 Prozent (Dezember 2010: 44,3 Prozent).

Eine sehr niedrige, im Berichtsjahr (2011) aber weiter gestiegene Quote wurde für die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen ermittelt: 34,6 Prozent (Dezember 2010: 32,9 Prozent). Männer: 37,2 Prozent (Dezember 2010: 34,7 Prozent); Frauen: 31,7 Prozent (Dezember 2010: 30,9 Prozent).³²

29 Spätere integrierte Auswertungen zeigen: Der Anteil der im Sinne der amtlichen Statistik arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt lag im Dezember 2011 mit 43,8 Prozent (22.474 von 51.366) geringfügig unter dieser Quote. Die Gründe für diese Abweichungen: zeitverzögert erfasste Rechtskreiswechsel und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen.

Als Arbeit suchend galten im Dezember 2011 71,5 Prozent (36.735) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

30 Diese geschlechtsspezifischen Quoten beziehen sich auf die registrierten Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die spätere integrierte Auswertung zu Leistungsbezug und registrierter Arbeitslosigkeit in der Stadt Bremen ergab, dass im Dezember 2011 von den männlichen erwerbsfähigen Leistungs-

berechtigten 49,2 Prozent (12.407) und von den weiblichen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lediglich 38,5 Prozent (10.067) als Arbeitslose registriert waren. Als Arbeit suchend galten im Dezember 2011 77,9 Prozent (19.655) der männlichen und 65,3 Prozent (17.080) der weiblichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

31 Die ›fehlende Verfügbarkeit‹ wegen der Betreuung von Kindern sollte jedoch in der Regel nur dann gegeben sein, wenn die Kinder noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet haben. Gemäß §10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II sollen die zuständigen kommunalen Träger darauf hinwirken, ›dass erwerbsfähigen Erziehenden vorrangig ein Platz zur Tagesbetreuung des Kindes angeboten wird, ...‹. Dies wird vermutlich oft so interpretiert, dass diese Plätze erst dann angeboten werden, wenn erwerbsfähige Erziehende einen Arbeitsplatz in Aussicht haben.

32 In dieser Altersgruppe bot bis Ende 2007 der Verweis auf § 428 SGB III in § 65

Abs. 4 SGB II die Möglichkeit, 58-jährige und ältere erwerbsfähige arbeitslose Hilfebedürftige wegen eingeschränkter Verfügbarkeit nicht als Arbeitslose zu registrieren. Für Neufälle im Rechtskreis SGB II gilt seit dem 1. Januar 2008 der Absatz 2 im neu eingefügten § 53a SGB II: ›Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ursprünglich: Hilfebedürftige), die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist, gelten nach Ablauf dieses Zeitraums für die Dauer des jeweiligen Leistungsbezugs nicht als arbeitslos.‹ Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen 1.382 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von über 58 Jahren auf Grundlage von § 53a Abs. 2 SGB II nicht als arbeitslos registriert (Dezember 2010: 1.018). Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kreisreport 03.01.2012.

Tabelle 3.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II – Stadt Bremerhaven

Arbeitslosengeld II: revidierte Daten

	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)¹	14.932	15.131	14.996	14.527	14.314
Männer	7.518	7.604	7.514	7.205	7.054
Frauen	7.414	7.527	7.482	7.322	7.260
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	7.957	8.424	8.045	7.438	7.126
in % von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten	53,3%	55,7%	53,6%	51,2%	49,8%
Männer	4.415	4.690	4.470	4.058	3.878
Männer (in % von eLb – Männer)	58,7%	61,7%	59,5%	56,3%	55,0%
Frauen	3.542	3.734	3.575	3.380	3.248
Frauen (in % von eLb – Frauen)	47,8%	49,6%	47,8%	46,2%	44,7%
eLb – 15 bis unter 25 Jahren	2.998	3.001	3.027	2.773	2.730
Männer (15 bis unter 25)	1.445	1.459	1.470	1.302	1.268
Frauen (15 bis unter 25)	1.553	1.542	1.557	1.471	1.462
Arbeitslose (SGB II) – unter 25 Jahren	748	779	744	773	637
in % von eLb – 15 bis unter 25 Jahren	24,9%	26,0%	24,6%	27,9%	23,3%
Männer (15 bis unter 25)	416	448	424	411	343
Männer (in % von eLb – Männer – unter 25)	28,8%	30,7%	28,8%	31,6%	27,1%
Frauen (15 bis unter 25)	332	331	320	362	294
Frauen (in % von eLb – Frauen – unter 25)	21,4%	21,5%	20,6%	24,6%	20,1%
eLb – 25 bis unter 55 Jahren	9.883	9.948	9.809	9.605	9.426
Männer (25 bis unter 55)	4.977	4.978	4.890	4.764	4.651
Frauen (25 bis unter 55)	4.906	4.970	4.919	4.841	4.775
Arbeitslose (SGB II) – 25 bis unter 55 Jahren	6.373	6.701	6.362	5.832	5.672
in % von eLb – 25 bis unter 55 Jahren	64,5%	67,4%	64,9%	60,7%	60,2%
Männer (25 bis unter 55)	3.529	3.699	3.514	3.163	3.075
Männer (in % von eLb – Männer – 25 bis unter 55)	70,9%	74,3%	71,9%	66,4%	66,1%
Frauen (15 bis unter 25)	2.844	3.002	2.848	2.669	2.597
Frauen (in % von eLb – Frauen – 25 bis unter 55)	58,0%	60,4%	57,9%	55,1%	54,4%
eLb – 55 bis unter 65 Jahren	2.051	2.182	2.160	2.149	2.158
Männer (55 bis unter 65)	1.096	1.167	1.154	1.139	1.135
Frauen (55 bis unter 65)	955	1.015	1.006	1.010	1.023
Arbeitslose (SGB II) – 55 bis unter 65 Jahren	836	944	939	833	817
in % von eLb – 55 bis unter 65 Jahren	40,8%	43,3%	43,5%	38,8%	37,9%
Männer (55 bis unter 65)	470	543	532	484	460
Männer (in % von eLb – Männer – 55 bis unter 65)	42,9%	46,5%	46,1%	42,5%	40,5%
Frauen (55 bis unter 65)	366	401	407	349	357
Frauen (in % von eLb – Frauen – 55 bis unter 65)	38,3%	39,5%	40,5%	34,6%	34,9%

¹ Empfängerinnen bzw. Empfänger von Arbeitslosengeld II

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

Zu Tabelle 3.2: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte und registrierte Arbeitslose im Rechtskreis SGB II Stadt Bremerhaven

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremerhaven 4,1 Prozent (618) weniger Frauen und Männer auf Arbeitslosengeld II angewiesen als ein Jahr zuvor. Im entsprechenden Zeitraum sank die Zahl der im Rechtskreis SGB II registrierten Arbeitslosen um 10,4 Prozent (831).

Von den 14.314 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren 49,8 Prozent (7.126) als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II registriert (Dezember 2010: 53,3 Prozent).³³ Diese Quote lag in der Stadt Bremerhaven um 5,8 Prozentpunkte über der entsprechenden Quote in der Stadt Bremen (44,0 Prozent).

50,2 Prozent (7.188) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren nicht arbeitslos beziehungsweise nicht als Arbeitslose registriert, 213 (3,1 Prozent) mehr als ein Jahr zuvor.³⁴

Der Anteil der arbeitslos registrierten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt, differiert auch in der Stadt Bremerhaven alters- und geschlechtsspezifisch erheblich.

In der Stadt Bremerhaven waren im Dezember 2011 55,0 Prozent der männlichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, aber nur 44,7 Prozent der weiblichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als Arbeitslose registriert.³⁵

In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen waren im Dezember 2011 23,3 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als Arbeitslose registriert: 27,1 Prozent der männlichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und 20,1 Prozent der weiblichen (Dezember 2010: Altersgruppe insgesamt 24,9 Prozent; Männer 28,8 Prozent; Frauen 21,4 Prozent).

Die höchste Quote wurde für die Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen errechnet. Sie betrug im Dezember 2011 60,2 Prozent bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dieser Altersgruppe insgesamt (Dezember 2010: 64,5 Prozent).

Von den männlichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dieser Altersgruppe waren 66,1 Prozent als Arbeitslose registriert (Dezember 2010: 70,9 Prozent), von den weiblichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 54,4 Prozent (Dezember 2010: 58,0 Prozent).

In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen betrug die Quote lediglich 37,9 Prozent (Dezember 2010: 40,8 Prozent). Männer: 40,5 Prozent (Dezember 2010: 42,9 Prozent), Frauen: 34,9 Prozent (Dezember 2010: 38,3 Prozent).³⁶

³³ Spätere integrierte Auswertungen zeigen: Der Anteil der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt liegt mit 47,0 Prozent (6.733 von 14.314) unter dieser Quote. Die Gründe für diese Abweichungen: zeitverzögert erfasste Rechtskreiswechsel und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen. Als Arbeit suchend galten im Dezember 2011 74,3 Prozent (10.631) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

³⁴ Zu den Gründen siehe die Anmerkungen zu Tabelle 3.1.

³⁵ Diese geschlechtsspezifischen Quoten beziehen sich auf die registrierten Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die spätere integrierte Auswertung zu Leistungsbezug und registrierter Arbeitslosigkeit in der Stadt Bremerhaven ergab, dass im Dezember 2011 von den männlichen

erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 52,0 Prozent und von den weiblichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lediglich 42,2 Prozent als Arbeitslose registriert waren. Als Arbeit suchend galten im Dezember 2011 80,9 Prozent (5.708) der männlichen und 67,8 Prozent (4.923) der weiblichen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen. Zu den Gründen für die geschlechtsspezifischen Differenzen zwischen diesen Quoten (arbeitslos beziehungsweise Arbeit suchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte) siehe die Anmerkungen zu Tabelle 3.1.

³⁶ In dieser Altersgruppe bot bis Ende 2007 der Verweis auf § 428 SGB III in § 65 Abs. 4 SGB II die Möglichkeit, 58-jährige und ältere erwerbsfähige arbeitslose Hilfebedürftige wegen eingeschränkter Verfügbarkeit nicht als Arbeitslose zu

registrieren. Für Neufälle im Rechtskreis SGB II gilt seit dem 1. Januar 2008 der Absatz 2 im neu eingefügten § 53a SGB II: »Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ursprünglich: Hilfebedürftige), die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist, gelten nach Ablauf dieses Zeitraums für die Dauer des jeweiligen Leistungsbezugs nicht als arbeitslos.« Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremerhaven 368 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von über 58 Jahren auf Grundlage von § 53a Abs. 2 SGB II nicht als arbeitslos registriert (Dezember 2010: 262). Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Kreisreport 03.01.2012.

Tabelle 4: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte in den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnerinnen und Einwohnern revidierte Daten

Großstädte (> 400.000 EW)	EW 15-64		Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)				
	2010 ¹ in 1.000		12/2010 insgesamt	03/2011 insgesamt	06/2011 insgesamt	09/2011 insgesamt	12/2011 insgesamt
Berlin	2.374,1		431.394	437.885	435.308	430.305	423.524
Hamburg	1.221,2		138.463	138.148	135.896	133.244	130.802
München	941,9		54.057	54.772	53.918	52.732	51.771
Hannover (Region)	743,8		85.885	87.161	86.145	84.280	82.071
Köln	691,2		83.218	84.367	83.563	81.973	80.502
Frankfurt am Main	473,8		48.828	49.445	49.010	48.378	47.474
Stuttgart	417,7		29.348	29.564	28.946	28.317	27.068
Düsseldorf	398,6		47.214	47.513	47.269	46.702	45.939
Dortmund	383,4		58.826	59.546	58.937	57.947	56.999
Essen	375,1		58.045	58.621	58.205	57.637	56.446
Bremen	363,1		52.799	53.287	52.850	51.928	51.366
Leipzig	346,0		59.297	60.154	59.832	58.289	56.114
Dresden	343,2		41.816	42.511	41.500	40.215	39.185
Nürnberg	339,2		34.931	35.294	34.496	33.341	32.611
Duisburg	319,0		50.111	50.593	49.775	48.745	48.337

¹ Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Ende 2010; Daten für Ende 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Großstädte (> 400.000 EW)	EW 15-64		Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren									
	2010 ¹ in 1.000		12/2010 pro 1.000	Rg	03/2011 pro 1.000	Rg	06/2011 pro 1.000	Rg	09/2011 pro 1.000	Rg	12/2011 pro 1.000	Rg
Berlin	2.374,1		182	1	184	1	183	1	181	1	178	1
Leipzig	346,0		171	2	174	2	173	2	168	2	162	2
Duisburg	319,0		157	3	159	3	156	3	153	4	152	3
Essen	375,1		155	4	156	4	155	4	154	3	150	4
Dortmund	383,4		153	5	155	5	154	5	151	5	149	5
Bremen	363,1		145	6	147	6	146	6	143	6	141	6
Köln	691,2		120	8	122	8	121	8	119	7	116	7
Düsseldorf	398,6		118	9	119	9	119	9	117	9	115	8
Dresden	343,2		122	7	124	7	121	7	117	8	114	9
Hannover (Region)	743,8		115	10	117	10	116	10	113	10	110	10
Hamburg	1.221,2		113	11	113	11	111	11	109	11	107	11
Frankfurt am Main	473,8		103	12	104	12	103	12	102	12	100	12
Nürnberg	339,2		103	13	104	13	102	13	98	13	96	13
Stuttgart	417,7		70	14	71	14	69	14	68	14	65	14
München	941,9		57	15	58	15	57	15	56	15	55	15
Deutschland	53.966,1		87	x	88	x	86	x	84	x	82	x
Westdeutschland	43.213,2		73	x	74	x	72	x	70	x	69	x

Rg=Rang: 1 bis 15 im Negativ-Ranking

¹ Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Ende 2010; Daten für Ende 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Zu Tabelle 4: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte in den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Berlin 178 von 1.000 Einwohnern und Einwohnerinnen³⁷ im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen – die höchste Zahl im Großstadtvergleich.³⁸ Die Quote der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (»Arbeitslosengeld-II-Dichte«) nahm in der Stadt Berlin im Vergleich zum Dezember 2010 um 3 Punkte (0,3 Prozentpunkte)³⁹ ab.

Hinter Berlin, Leipzig und den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Essen und Dortmund, belegte die Stadt Bremen im Dezember 2011 mit 141 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren Rang 6 in diesem Negativ-Ranking⁴⁰ (Dezember 2010: 145).

Hinter der Stadt Bremen folgten mit deutlichem Abstand auf Rang 7 bis 13 die Städte Köln (116), Düsseldorf (115), Dresden (114), die Region Hannover (110) und die Städte Hamburg (107), Frankfurt am Main (100) und Nürnberg (96).

In diesen 13 von insgesamt 15 Großstädten lag die Quote nicht nur über dem Durchschnitt von 69 pro 1.000 in Westdeutschland, sondern auch über dem deutlich höheren Durchschnitt von 82 pro 1.000 in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

In drei der 15 Großstädte waren im Dezember 2011 weniger als 100 von 1.000 Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: zwei). In Stuttgart lag die Quote mit 65 knapp, in München mit 55 deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 69 pro 1.000.

In der Rangfolge der 15 Großstädte hat sich im Verlauf des Berichtsjahres (2011) insgesamt nur die Position der Stadt Dresden verändert – von Rang 7 auf (den besseren) Rang 9. Dabei ist zu beachten, dass die ermittelten Quoten für die Städte Köln, Düsseldorf und Dresden (Rang 7 bis 9 im Dezember 2011 beziehungsweise Rang 8, 9 und 7 im Dezember 2010), wie im Vorjahr, nur geringfügig differieren.

³⁷ Anders ausgedrückt: 17,8 Prozent. Die Quoten in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Zahl der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Da neuere Bevölkerungsdaten bei Redaktionsschluss nicht für alle Vergleichsstädte vorlagen, wurden in dieser Tabelle die entsprechenden Quoten in allen Städten bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren Ende 2010 berechnet.

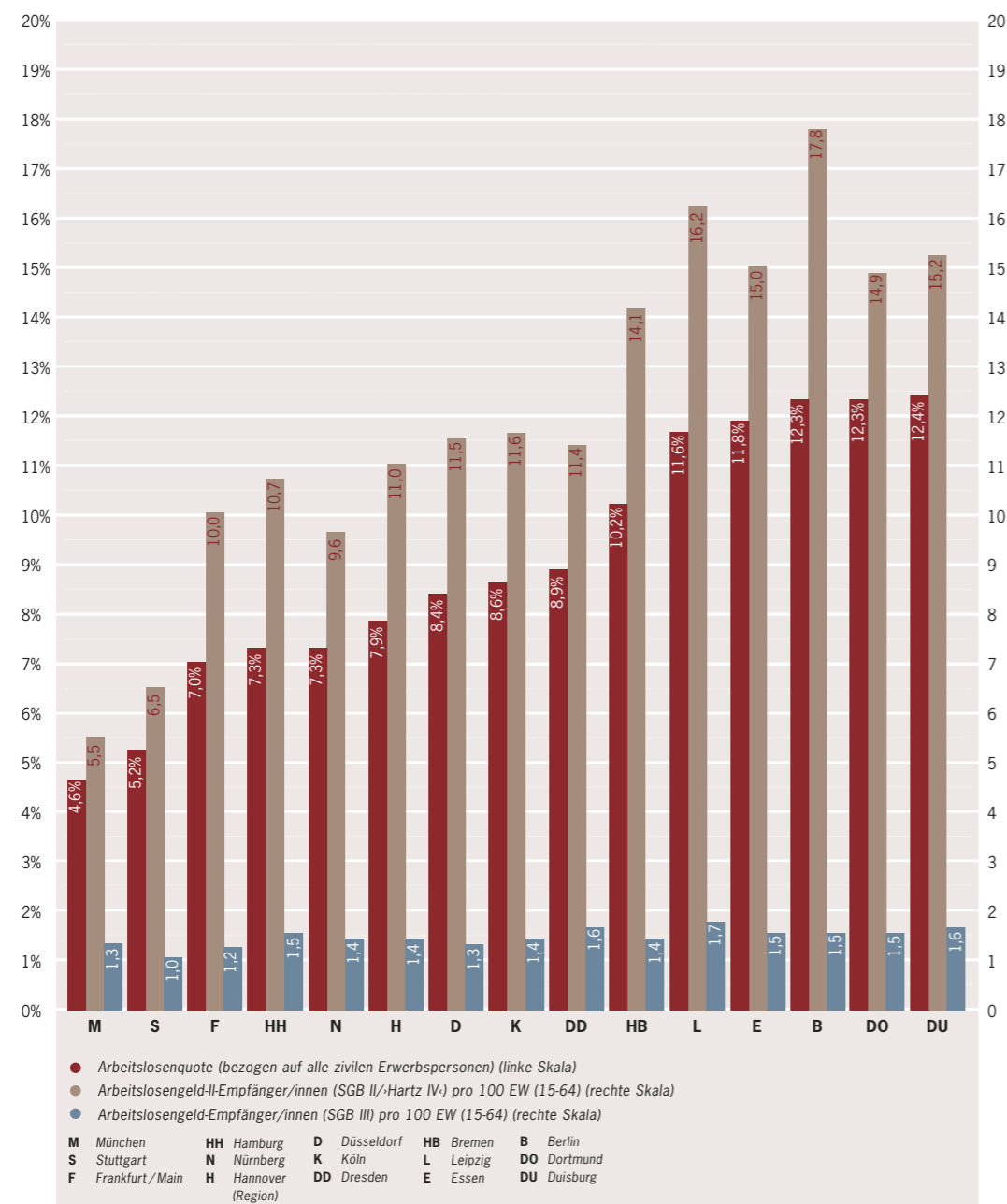
³⁸ Im Vergleich aller 402 kreisfreien Städte und Landkreise: Rang 6; vgl. BIAJ-Kurzmitteilung vom 24. Mai 2012, »Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) im Bund, in den Ländern und in den Kreisen (Dezember 2006 bis Dezember 2011): <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/252-erwerbsfaehige-leistungsbe-rechtigte-alg-ii-laender-und-kreisvergleich-dezember-2006-bis-dezember-2011.html>

³⁹ Veränderung ermittelt aus ungerundeten Quoten.

⁴⁰ Dezember 2010: 145 bezogen auf die entsprechende Bevölkerung Ende 2010.

Abb. 3: Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 100 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren¹ im Vergleich zur Arbeitslosenquote²

Alle 15 Großstädte (>400.000 EW), Dezember 2011 (revidierte Daten)



¹ Ende 2010 (neuere Bevölkerungsdaten lagen bei Redaktionsschluss nicht für alle Städte vor)

² bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

**Zu Abb. 3:
Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 100 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Vergleich zur Arbeitslosenquote alle 15 Großstädte (einschließlich Region Hannover)**

Der Vergleich der Zahlen der Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen pro 100 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit der Arbeitslosenquote in den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnern und Einwohnerinnen (einschließlich Region Hannover; Dezember 2011) zeigt:

Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, reichte in den 15 Großstädten von 4,6 Prozent in München bis 12,4 Prozent in Duisburg (Dezember 2010: von 5,3 Prozent in München bis 12,9 Prozent in Leipzig).

Die Höhe der Arbeitslosenquote hat (in diesem Querschnittsvergleich) weiterhin kaum einen Einfluss auf den Anteil der Personen mit einem Anspruch auf das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld (SGB III) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Lediglich der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Personen, die auf das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II angewiesen sind) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren ist in Städten mit einer höheren Arbeitslosenquote wesentlich höher als in Städten mit einer niedrigeren Arbeitslosenquote.

Der Anteil der arbeitslosen⁴¹ Frauen und Männer mit einem Anspruch auf das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld reicht in den 15 Großstädten von 1,0 Prozent der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Stuttgart (Minimum) bis 1,7 Prozent in Leipzig (Maximum aller 15 Großstädte). Dies waren weniger als ein Jahr zuvor (Dezember 2010: von 1,2 Prozent in Stuttgart bis 1,9 Prozent in Dresden).

In der Stadt Bremen hatten bei einer Arbeitslosenquote⁴² von 10,2 Prozent (Dezember 2010: 10,4 Prozent) lediglich 1,4 Prozent (Dezember 2010: 1,5 Prozent) der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren einen Anspruch auf Arbeitslosengeld (SGB III).

Der Anteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen (erwerbsfähigen Leistungsberechtigten) reicht dagegen von 5,5 Prozent in München bis 17,8 Prozent in Berlin (Dezember 2010: von 5,8 Prozent in München bis 18,2 Prozent in Berlin). In der Stadt Bremen waren 14,1 Prozent auf Arbeitslosengeld II angewiesen (Dezember 2010: 14,6 Prozent). In allen Städten liegt diese »Arbeitslosengeld-II-Quote« im Dezember 2011 über der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, mal mehr, mal weniger deutlich. In den Städten Berlin, Leipzig, Bremen und Hamburg ist diese »Arbeitslosengeld-II-Quote« im Vergleich zur registrierten Arbeitslosenquote besonders hoch.

Der wesentlich engere Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosenquote und der Arbeitslosengeld-II-Quote (Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) als zwischen der Arbeitslosenquote und der Arbeitslosengeld-Quote (Anteil der Arbeitslosengeld-Empfänger/innen gemäß SGB III an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) zeigt: Das Arbeitslosengeld gemäß SGB III (Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung) hat keine oder kaum eine (finanziell) ausgleichende Wirkung zwischen den Städten mit einer hohen und denen mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Der Ausgleich zwischen den Städten mit hoher und Städten mit niedriger Arbeitslosigkeit erfolgt nahezu ausschließlich durch das in der Regel wesentlich geringere Arbeitslosengeld II.

⁴¹ Registrierte und nicht registrierte Arbeitslose.
⁴² Hier immer die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Tabelle 5: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Bremerhaven und 11 Vergleichsstädten

revidierte Daten

Bremerhaven und 11 Vergleichsstädte	EW 15-64	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)				
	2010 ¹ in 1.000	12/2010 insgesamt	03/2011 insgesamt	06/2011 insgesamt	09/2011 insgesamt	12/2011 insgesamt
Rostock	134,8	22.692	23.071	22.403	21.660	21.330
Osnabrück	112,1	12.101	12.323	12.094	11.740	11.512
Oldenburg (Oldb.)	111,6	12.785	12.900	12.681	12.324	12.028
Darmstadt	98,7	8.293	8.377	8.186	8.029	7.849
Regensburg	94,0	6.566	6.577	6.295	5.961	5.779
Offenbach am Main	81,5	12.262	12.398	12.369	12.212	11.716
Heilbronn	81,2	6.179	6.183	5.902	5.670	5.428
Wolfsburg	77,7	5.909	5.848	5.700	5.331	5.272
Bottrop	77,1	8.447	8.535	8.491	8.288	8.215
Bremerhaven	73,7	14.932	15.131	14.996	14.527	14.314
Gera	63,8	10.466	10.597	10.371	9.975	9.770
Wilhelmshaven	52,6	8.316	8.536	8.290	7.999	7.809

¹ Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Ende 2010; Daten für Ende 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Bremerhaven und 11 Vergleichsstädte	EW 15-64	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren									
	2010 ¹ in 1.000	12/2010 pro 1.000	Rg	03/2011 pro 1.000	Rg	06/2011 pro 1.000	Rg	09/2011 pro 1.000	Rg	12/2011 pro 1.000	Rg
Bremerhaven	73,7	203	1	205	1	203	1	197	1	194	1
Rostock	134,8	168	2	171	2	166	2	161	2	158	2
Gera	63,8	164	3	166	3	162	3	156	3	153	3
Wilhelmshaven	52,6	158	4	162	4	158	4	152	4	148	4
Offenbach am Main	81,5	150	5	152	5	152	5	150	5	144	5
Oldenburg (Oldb.)	111,6	115	6	116	6	114	6	110	6	108	6
Bottrop	77,1	110	7	111	7	110	7	107	7	107	7
Osnabrück	112,1	108	8	110	8	108	8	105	8	103	8
Darmstadt	98,7	84	9	85	9	83	9	81	9	80	9
Wolfsburg	77,7	76	11	75	10	73	10	69	10	68	10
Heilbronn	81,2	76	10	76	11	73	11	70	11	67	11
Regensburg	94,0	70	12	70	12	67	12	63	12	61	12
Deutschland	53.966,1	87	x	88	x	86	x	84	x	82	x
Westdeutschland	43.213,2	73	x	74	x	72	x	70	x	69	x

Rg=Rang: 1 bis 12 im Negativ-Ranking

¹ Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Ende 2010; Daten für Ende 2011 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

**Zu Tabelle 5:
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
in der Stadt Bremerhaven und
11 Vergleichsstädten⁴³**

Der Vergleich der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Arbeitslosengeld-II-Dichte) in der Stadt Bremerhaven und den 11 Vergleichsstädten (Dezember 2011) zeigt:

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte in der Stadt Bremerhaven sank im Verlauf des Berichtsjahres (2011) von 203 im Dezember 2010 auf 194 im Dezember 2011, die weiterhin bei Weitem höchste in diesen 12 Vergleichsstädten⁴⁴ und zugleich die höchste im Vergleich aller 402 kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland.⁴⁵

Hinter der Stadt Bremerhaven belegten die Städte Rostock (158), Gera (153), Wilhelmshaven (148) und Offenbach am Main (144), wie im Vorjahr, Rang 2 bis 5.

Mit deutlichem Abstand zu den genannten fünf Städten mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Dichte folgen die Städte Oldenburg (108), Bottrop (107) und Osnabrück (103). In vier der 11 Vergleichsstädte waren weniger als 100 von 1.000 Einwohnern und Einwohnerinnen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen: Darmstadt (80), Wolfsburg (68), Heilbronn (67) und Regensburg (61).

Die Arbeitslosengeld-II-Dichte lag im Dezember 2011 in vier Vergleichsstädten unter dem Bundesdurchschnitt von 82 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten pro 1.000 Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. In drei dieser Vergleichsstädte, in Wolfsburg, Heilbronn und Regensburg, lag die Arbeitslosengeld-II-Dichte im Dezember 2011 unter dem Durchschnitt von 69 pro 1.000 in Westdeutschland. Im Dezember 2010 traf dies nur für eine Vergleichsstadt, Regensburg, zu.

Die Rangfolge dieser 12 Städte hat sich im Berichtsjahr kaum verändert: Lediglich Rang 10 und 11 (Wolfsburg und Heilbronn) tauschten den Rang.

⁴³ Als Vergleichsstädte wurden hier die sogenannten Benchmark-Städte der Stadt Bremerhaven übernommen. Die elf Städte wurden vom Magistrat nach zwei Kriterien ausgewählt: a) Städte mit ähnlichen Bevölkerungszahlen wie Bremerhaven, die eine zentralörtliche Funktion erfüllen (Bottrop, Darmstadt, Gera, Heilbronn, Oldenburg, Osnabrück, Offenbach am Main, Regensburg, Wolfsburg) und b) Küstenstädte, die aufgrund ihrer Küstenrandlage für Bremerhaven-Vergleiche von Bedeutung sind, wobei die Bevölkerungszahl nachrangig ist (Rostock, Wilhelmshaven). Eine Prüfung, ob sich diese Städte tatsächlich für den Vergleich der Arbeitslosengeld-II-Dichte eignen, wurde nicht vorgenommen.

⁴⁴ Anders ausgedrückt: 19,4 Prozent. Die Quoten in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Zahl der Einwohner/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Da neuere Bevölkerungsdaten bei Redaktionsschluss nicht für alle Vergleichsstädte vorlagen, wurden in dieser Tabelle die entsprechenden Quoten in allen Städten bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren Ende 2010 berechnet. Bezogen auf die entsprechende Bevölkerung Ende 2011, betrug die Quote in der Stadt Bremerhaven 19,5 Prozent (vgl. Abb. 2.2).

⁴⁵ Vgl. BIAJ-Kurzmitteilung vom 24. Mai 2012, 'Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen) im Bund, in den Ländern und in den Kreisen (Dezember 2006 bis Dezember 2011)': <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/252-erwerbsfaehige-leistungsrechtigte-alg-ii-laender-und-kreisvergleich-dezember-2006-bis-dezember-2011.html>

Tabelle 6: Kinder und andere nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) Stadt Bremen

revidierte Daten	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nEf)¹	20.750	20.764	20.641	20.448	20.257
nEf pro Bedarfsgemeinschaft	0,52	0,52	0,52	0,52	0,52
davon (nEf)					
15 Jahre und älter	926	962	995	965	954
15 Jahre und älter (in % von nEf)	4,5%	4,6%	4,8%	4,7%	4,7%
darunter					
Frauen (15 Jahre und älter)	494	504	525	521	515
Frauen (in % von nEf – 15 Jahre und älter)	53,3%	52,4%	52,8%	54,0%	54,0%
Kinder unter 15 Jahren	19.824	19.802	19.646	19.483	19.303
unter 15 Jahren (in % von nEf)	95,5%	95,4%	95,2%	95,3%	95,3%
Kinder (unter 15 Jahren) pro Bedarfsgemeinschaft	0,50	0,49	0,49	0,50	0,49
darunter in Bedarfsgemeinschaften					
■ mit einem Kind	6.419	6.417	6.304	6.316	6.264
■ mit einem Kind (in % von Kindern unter 15 Jahren)	32,4%	32,4%	32,1%	32,4%	32,5%
■ mit zwei Kindern	7.088	7.052	7.000	6.846	6.754
■ mit zwei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	35,8%	35,6%	35,6%	35,1%	35,0%
■ mit drei Kindern	3.786	3.825	3.888	3.882	3.870
■ mit drei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	19,1%	19,3%	19,8%	19,9%	20,0%
■ mit vier und mehr Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	2.531	2.508	2.454	2.439	2.415
■ mit vier und mehr Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	12,8%	12,7%	12,5%	12,5%	12,5%

¹ nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eEf – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Sozialgeld)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

Stadt Bremerhaven

revidierte Daten (kursiv: unkorrekte Erfassung von Kindern in Bremerhaven nach Juni 2011; siehe Textteil)

revidierte Daten	Dez 2010	Mrz 2011	Jun 2011	Sep 2011	Dez 2011
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nEf)¹	5.762	5.693	5.642	5.055	4.914
nEf pro Bedarfsgemeinschaft	0,52	0,51	0,51	0,46	0,46
davon (nEf)					
15 Jahre und älter	189	188	194	170	175
15 Jahre und älter (in % von nEf)	3,3%	3,3%	3,4%	3,4%	3,6%
darunter					
Frauen (15 Jahre und älter)	111	105	108	96	98
Frauen (in % von nEf – 15 Jahre und älter)	58,7%	55,9%	55,7%	56,5%	56,0%
Kinder unter 15 Jahren	5.573	5.505	5.448	4.885	4.739
unter 15 Jahren (in % von nEf)	96,7%	96,7%	96,6%	96,6%	96,4%
Kinder (unter 15 Jahren) pro Bedarfsgemeinschaft	0,51	0,49	0,49	0,45	0,44
darunter in Bedarfsgemeinschaften					
■ mit einem Kind	1.737	1.731	1.709	1.566	1.517
■ mit einem Kind (in % von Kindern unter 15 Jahren)	31,2%	31,4%	31,4%	32,1%	32,0%
■ mit zwei Kindern	1.882	1.860	1.852	1.618	1.614
■ mit zwei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	33,8%	33,8%	34,0%	33,1%	34,1%
■ mit drei Kindern	1.077	1.056	1.023	933	900
■ mit drei Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	19,3%	19,2%	18,8%	19,1%	19,0%
■ mit vier und mehr Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	877	858	864	768	708
■ mit vier und mehr Kindern (in % von Kindern unter 15 Jahren)	15,7%	15,6%	15,9%	15,7%	14,9%

¹ nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eEf – Empfängerinnen bzw. Empfänger von Sozialgeld)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

Zu Tabelle 6: Kinder und andere nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

Stadt Bremen

In den 39.073 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen im Dezember 2011 lebten mit den 51.366 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) insgesamt 20.257 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Sinne des SGB II (Sozialgeld), 493 (2,4 Prozent) nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte weniger als ein Jahr zuvor.

Ein insgesamt nur sehr kleiner Teil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten war älter als 15 Jahre. In der Stadt Bremen waren dies im Dezember 2011 insgesamt 954 (4,7 Prozent), darunter weiterhin überdurchschnittlich viele Frauen (54,0 Prozent).

Der weit überwiegende Teil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind Kinder im Alter von unter 15 Jahren: 19.303 beziehungsweise 95,3 Prozent der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Dies waren 521 (2,6 Prozent) weniger als im Dezember 2010. Zu diesem Rückgang hat unter anderem auch die in der Regel vollständige Anrechnung des Elterngeldes seit dem 1. Januar 2011 beigetragen. Ein Teil der hilfebedürftigen Eltern und deren Kinder verlor durch diese Rechtsänderung seinen Anspruch auf SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.

32,5 Prozent (6.264) dieser Kinder im Alter von unter 15 Jahren lebten im Dezember 2011 in Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind unter 15 Jahren, 35,0 Prozent (6.754) in Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern unter 15 Jahren, 20,0 Prozent (3.870) dieser Kinder lebten in Bedarfsgemeinschaften mit drei und 12,5 Prozent (2.415) in Bedarfsgemeinschaften mit vier und mehr Kindern im Alter von unter 15 Jahren.

Stadt Bremerhaven

Vorbemerkung: Die folgenden Anmerkungen beziehen sich nicht auf den Dezember 2011, sondern den Juni 2011. Im Jobcenter Bremerhaven wurden entgegen den geltenden Verfahrensregeln der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im zweiten Halbjahr 2011 über 500 Kinder aus dem Bestand der Leistungsberechtigten (Personen in

Bedarfsgemeinschaften) entfernt beziehungsweise nicht erfasst. Es handelt sich dabei um Kinder, deren gesetzlicher Bedarf (Sozialgeld einschließlich ihres Anteils an den Leistungen für Unterkunft und Heizung) rechnerisch aus ihren Einnahmen gedeckt ist: Summe aus Kindergeld, Unterhalt beziehungsweise Unterhaltsvorschuss und das sogenannte »Kinderwohngeld« nach dem Wohngeldgesetz.⁴⁶ Die Verfahrensregeln der Statistik der Bundesagentur für Arbeit schreiben allerdings vor, dass diese Kinder weiterhin in der Grundsicherungsstatistik zu erfassen sind.⁴⁷

Im Juni 2011 lebten in den 11.106 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven mit den 14.996 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Arbeitslosengeld II) insgesamt 5.642 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Sinne des SGB II (Sozialgeld), 120 (2,1 Prozent) nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte weniger als im Dezember 2010.

Nur ein sehr kleiner Teil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten war älter als 15 Jahre. In der Stadt Bremerhaven waren dies im Juni 2011 insgesamt lediglich 194 (3,4 Prozent), darunter 55,7 Prozent Frauen.

Der weit überwiegende Teil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind Kinder im Alter von unter 15 Jahren: 5.448 beziehungsweise 96,6 Prozent der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Dies waren 125 (2,2 Prozent) weniger als im Dezember 2010.

31,4 Prozent (1.709) dieser Kinder im Alter von unter 15 Jahren lebten im Juni 2011 in Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind unter 15 Jahren, 34,0 Prozent (1.852) in Bedarfsgemeinschaften mit zwei Kindern unter 15 Jahren, 18,8 Prozent (1.023) dieser Kinder lebten in Bedarfsgemeinschaften mit drei und 15,9 Prozent (864) in Bedarfsgemeinschaften mit vier und mehr Kindern im Alter von unter 15 Jahren.⁴⁸

⁴⁶ Zum sogenannten »Kinderwohngeld« siehe die »Fachlichen Hinweise« zu § 12a SGB II der Bundesagentur für Arbeit und dort insbesondere die Randziffer 12a.6a (beziehungsweise Abschnitt 1.3 Absatz 1a) auf den PDF-Seiten 6 ff. von 20: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A01-Allgemein-Info/A015-Oeffentlichkeitsarbeit/Publikation/pdf/Gesetzestext-12a-SGB-II-Unbilligkeitsverordnung.pdf>

⁴⁷ Näheres dazu siehe unter: <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/36-texte-biaj-kurzmitteilungen/221-kinder-verschwinden-bremerhaven-sgb2-hartz.html> und den dort genannten weiteren Links.

⁴⁸ Abweichung von 100 Prozent durch Rundungen bedingt.

Tabelle 7: SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren – Stadt Bremen und Bremerhaven

Dezember 2011 – revidierte Daten

	Bremen	Bremerhaven
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	39.073	10.754
darunter		
Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit Kindern (unter 18 Jahren)	5.402	1.418
mit Kindern (unter 18 Jahren) (in % von BG insgesamt)	13,8%	13,2%
darunter (Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit Kindern)		
■ mit einem Kind unter 18 Jahren	2.064	576
■ in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	38,2%	40,6%
■ mit zwei Kindern unter 18 Jahren	1.845	485
■ in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	34,2%	34,2%
■ mit drei Kindern unter 18 Jahren	935	206
■ in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	17,3%	14,5%
■ mit vier Kindern unter 18 Jahren	371	88
■ in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	6,9%	6,2%
■ mit fünf und mehr Kindern unter 18 Jahren	187	63
■ in % von Ehepaaren/Lebensgemeinschaften mit Kindern	3,5%	4,4%
Alleinerziehende mit Kindern (unter 18 Jahren)	7.407	2.050
■ in % von BG insgesamt	19,0%	19,1%
darunter		
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren		
■ mit einem Kind unter 18 Jahren	4.489	1.202
■ in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	60,6%	58,6%
■ mit zwei Kindern unter 18 Jahre	2.046	556
■ in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	27,6%	27,1%
■ mit drei Kindern unter 18 Jahre	616	181
■ in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	8,3%	8,8%
■ mit vier Kindern unter 18 Jahre	192	81
■ in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	2,6%	4,0%
■ mit fünf und mehr Kindern unter 18 Jahre	64	30
■ in % von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren	0,9%	1,5%
Kinder im Alter von unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften ^{2,3}	22.441	6.200(s)
darunter		
in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender⁴	11.533	3.339
in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender in % von Kindern unter 18 Jahren	51,4%	53,8%

(s) geschätzt (in der Statistik erfasst: 5.621)

1 darunter 4 (Bremen) bzw. 2 (Bremerhaven) Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender im Alter von unter 18 Jahren

2 davon in Single-BG: 21 in Bremen und 3 in Bremerhaven

3 darunter 22.351 (Bremen) bzw. geschätzte 6.180 (Bremerhaven) minderjährige, unverheiratete Kinder

4 die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender wurde aus der Zahl der BG mit ein, zwei, drei, vier, fünf und mehr Kindern und den (wenigen) Alleinerziehenden im Alter von unter 18 Jahren ermittelt. (siehe Fußnote 1); bei den BG mit fünf und mehr Kindern wurden durchschnittlich 5,25 Kinder unterstellt

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

**Zu Tabelle 7:
SGB-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven**

Stadt Bremen

Von den 39.073 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2011 waren 5.402 (13,8 Prozent) Ehepaare beziehungsweise Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (Dezember 2010: 5.731) und 7.407 (19,0 Prozent) Alleinerziehende mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (Dezember 2010: 7.351).⁴⁹

Von den insgesamt 22.441 registrierten Personen im Alter von unter 18 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, darunter 22.351 unverheiratete minderjährige Kinder, lebten 51,4 Prozent (11.533) in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender.⁵⁰ Ein Jahr zuvor betrug dieser Anteil 49,8 Prozent (11.408).

Von den 5.402 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren beziehungsweise Lebensgemeinschaften unter 18 Jahren hatten 38,2 Prozent (2.064) ein Kind, 34,2 Prozent (1.845) zwei Kinder, 17,3 Prozent (935) drei Kinder, 6,9 Prozent (371) vier Kinder und 3,5 Prozent (187) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit diesen 5.402 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren beziehungsweise Lebensgemeinschaften etwa 2,02 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft.

Von den 7.407 Alleinerziehenden hatten 60,6 Prozent (4.489) ein Kind, 27,6 Prozent (2.046) zwei Kinder, 8,3 Prozent (616) drei, 2,6 Prozent (192) vier und 0,9 Prozent (64) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit den 7.407 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Alleinerziehenden etwa 1,56 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft – deutlich weniger als bei den Ehepaaren beziehungsweise Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren.

Stadt Bremerhaven

Von den 10.754 SGB-II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2011 waren 1.418 (13,2 Prozent) Ehepaare beziehungsweise Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (Dezember 2010: 1.560) und 2.050 (19,1 Prozent) Alleinerziehende mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren (Dezember 2010: 2.058).

Von den geschätzten⁵¹ insgesamt 6.200 registrierten Personen im Alter von unter 18 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, darunter 6.180 unverheiratete minderjährige Kinder, lebten 53,8 Prozent (3.339) in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender.⁵² Ein Jahr zuvor betrug dieser Anteil 51,0 Prozent (3.318).

Von den 1.418 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren beziehungsweise Lebensgemeinschaften hatten 40,6 Prozent (576) ein Kind, 34,2 Prozent (485) zwei Kinder, 14,5 Prozent (206) drei Kinder, 6,2 Prozent (88) vier Kinder und 4,4 Prozent (63) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit diesen 1.418 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Ehepaaren beziehungsweise Lebensgemeinschaften etwa 2,02 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft.

Von den 2.050 Alleinerziehenden hatten 58,6 Prozent (1.202) ein Kind, 27,1 Prozent (556) zwei Kinder, 8,8 Prozent (181) drei, 4,0 Prozent (81) vier und 1,5 Prozent (30) fünf und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

Im Durchschnitt lebten mit den 2.050 auf Arbeitslosengeld II angewiesenen Alleinerziehenden 1,63 Kinder pro Bedarfsgemeinschaft – deutlich weniger als bei den Ehepaaren beziehungsweise Lebensgemeinschaften mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren.

49 Der deutliche Rückgang der Zahl der Ehepaare beziehungsweise Lebenspartnerschaften mit Kindern – bei leichtem Anstieg der Zahl der Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften – ist unter anderem auch auf die zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene in der Regel vollständige Anrechnung des Elterngeldes zurückzuführen.

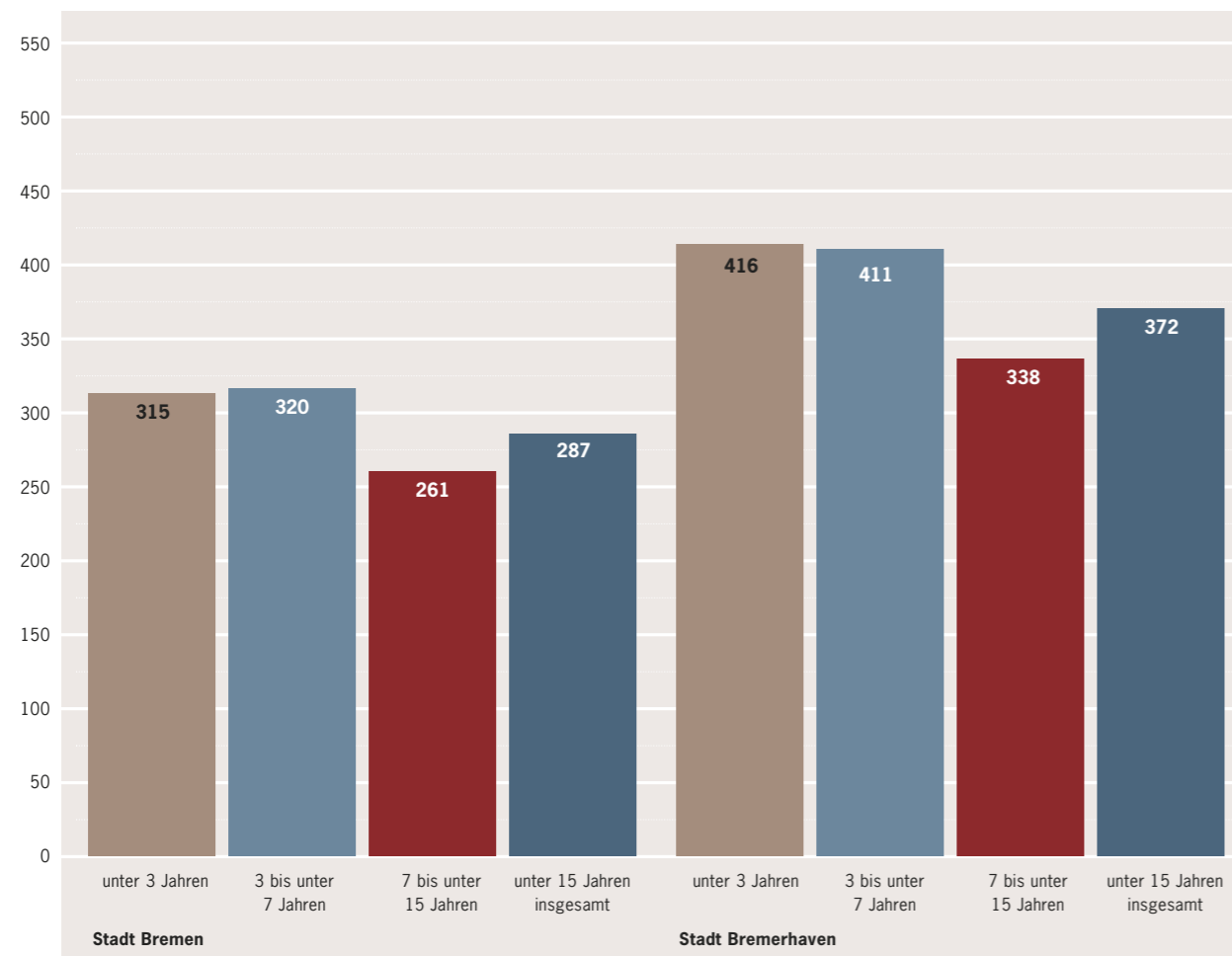
50 Neben diesen 22.441 Personen im Alter von unter 18 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lebten noch 203 (Dezember 2010: 207) Kinder im Alter von unter 18 Jahren in SGB-XII-Bedarfsgemeinschaften (Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen).

51 Der in der Statistik ausgewiesene Bestand betrug im Dezember 2011 lediglich 5.621, darunter 5.601 minderjährige unverheiratete Kinder unter 18 Jahren. Die Erfassung der Kinder erfolgte in der Stadt Bremerhaven seit Mitte 2011 unkorrekt. Geschätzte über 500 Kinder wurden im zweiten Halbjahr 2011 entgegen den geltenden Verfahrensregeln der Statistik der Bundesagentur für Arbeit aus dem Bestand der Leistungsberechtigten (Personen in Bedarfsgemeinschaften) entfernt beziehungsweise nicht erfasst.

52 Neben diesen geschätzten 6.200 Personen im Alter von unter 18 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lebten noch 41 (Dezember 2010: 35) Kinder im Alter von unter 18 Jahren in SGB-XII-Bedarfsgemeinschaften (Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen).

Abb. 4: Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (SGB II) im Alter von unter 15 Jahren pro 1.000 Kinder im entsprechenden Alter* Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

Stadt Bremen: Dezember 2011, Stadt Bremerhaven: Juni 2011
(revidierte Daten)



*Bremen: Einwohner/innen Ende 2011;

Bremerhaven: Mittel aus Einwohner/innen Ende 2010 und Ende 2011

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Zu Abb. 4: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) im Alter von unter 15 Jahren pro 1.000 Kinder im entsprechenden Alter Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

Stadt Bremen

Im Dezember 2011 lebten in der Stadt Bremen 287 von 1.000 Kindern im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 292).⁵³ Zur Erinnerung: Ende 2004, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des SGB II, lebten in der Stadt Bremen 206 von 1.000 Kindern im Alter unter 15 Jahren in Familien (Haushalten), die auf Sozialhilfe angewiesen waren.⁵⁴

Die Quote der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nimmt in der Stadt Bremen erst mit Erreichen des Schulalters deutlich ab. Von jeweils 1.000 Kindern im Alter von unter 3 Jahren lebten 315 (Dezember 2010: 332), von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 3 bis unter 7 Jahren 320 in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 335). Von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 7 bis unter 15 Jahren traf dies für 261 Kinder zu (Dezember 2010: 258). Die Quote ist im Verlauf des Berichtsjahres – von Dezember 2010 bis Dezember 2011 – in den Altersgruppen unter 7 Jahren gesunken, in der Altersgruppe 7 bis unter 15 Jahren dagegen leicht gestiegen.

Stadt Bremerhaven

In der Stadt Bremerhaven lebten im Juni 2011 (!)⁵⁵ 372 von 1.000 Kindern im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: ebenfalls 372).⁵⁶ Zur Erinnerung: Ende 2004, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des SGB II, lebten in der Stadt Bremerhaven 287 von 1.000 Kindern im Alter unter 15 Jahren in Familien (Haushalten), die auf Sozialhilfe angewiesen waren.⁵⁷

Die Quote der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften nimmt mit zunehmendem Alter ab. Von jeweils 1.000 Kindern im Alter von unter 3 Jahren lebten im Juni 2011 416 (Dezember 2010: 434), von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 3 bis unter 7 Jahren 411 (Dezember 2010: 421) und von jeweils 1.000 Kindern im Alter von 7 bis unter 15 Jahren 338 in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2010: 329). Die Quote ist im Verlauf des ersten Halbjahres 2011 – von Dezember 2010 bis Juni 2011 – in den Altersgruppen unter 7 Jahren gesunken, in der Altersgruppe 7 bis unter 15 Jahren dagegen gestiegen.

Der Anteil der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lag in der Stadt Bremerhaven 29,5 Prozent (nicht Prozentpunkte) über dem entsprechenden Anteil in der Stadt Bremen (Dezember 2010: 27,6 Prozent).

53 Anders ausgedrückt: 28,7 Prozent.

54 Vgl. Armutsbericht 2005, S. 117 und Tabelle

2.2./2004 (S. 96). Inwie-

weit Ende 2004 Arbeitslo-

senhilfe-Empfänger/innen

mit Kindern im entsprechen-

den Alter einen gegebenen-

falls bestehenden Anspruch

auf Sozialhilfe (laufende

Hilfe zum Lebensunterhalt

außerhalb von Einrichtun-

gen) nicht geltend machten,

ist nicht bekannt. Die Kin-

der von Arbeitslosenhilfe-

empfängerinnen und -emp-

fängern, die Ende 2004

ergänzende Sozialhilfe

erhielten, sind jedoch in

der Zahl der Sozialhilfeemp-

fänger/innen enthalten.

55 Siehe dazu die Vorbemer-

kung zu Tabelle 6 (Stadt

Bremerhaven).

56 Anders ausgedrückt:

37,2 Prozent.

57 Vgl. Armutsbericht 2005,

S. 118 und Tabelle

2.3./2004 (S. 98). Inwie-

Tabelle 8.1: Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (unter 15 Jahren) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter – Stadt- und ausgewählte Ortsteile Bremen¹

Stadt Stadtteil Ortsteile		erwerbsfähige Leistungsberechtigte pro Einwohner/in im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ¹			nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren ¹ pro EW unter 15 Jahren ²
		insgesamt	Männer	Frauen	
Stadt Bremen insgesamt		14,1%	13,8%	14,4%	28,7%
dar. Stadtteile und ausgewählte Ortsteile ³					
11	Stadtteil Mitte	13,1%	14,5%	11,4%	24,9%
21	Stadtteil Neustadt	12,6%	13,2%	11,9%	26,3%
213	Neustadt	9,9%	10,3%	9,6%	19,0%
215	Gartenstadt Süd	14,7%	12,4%	16,9%	33,0%
23	Stadtteil Obervieland	12,5%	11,6%	13,4%	26,1%
231	Habenhausen	2,6%	2,9%	2,4%	5,5%
233	Kattenturm	23,2%	21,2%	25,2%	44,2%
24	Stadtteil Huchting	19,8%	17,4%	22,1%	39,5%
242	Sodenmatt	23,1%	20,0%	26,0%	46,1%
244	Grolland	4,0%	4,2%	3,9%	7,9%
25	Stadtteil Woltmershausen	16,8%	16,3%	17,3%	33,8%
251	Woltmershausen	18,4%	17,7%	19,1%	37,7%
252	Rablinghausen	10,5%	10,7%	10,4%	19,0%
31	Stadtteil Östliche Vorstadt	9,3%	11,0%	7,8%	16,0%
312	Fesenfeld	7,7%	9,7%	6,0%	10,9%
314	Hulsberg	12,2%	13,7%	10,7%	25,6%
32	Stadtteil Schwachhausen	4,1%	4,3%	3,9%	6,8%
33	Stadtteil Vahr	20,6%	17,8%	23,3%	44,6%
331	Gartenstadt Vahr	11,0%	10,4%	11,5%	23,6%
332	Neue Vahr Nord	26,5%	21,9%	30,7%	54,4%
34	Stadtteil Horn-Lehe	5,6%	5,5%	5,7%	12,2%
351	Borgfeld ⁴	1,7%	2,0%	1,3%	1,7%
361	Oberneuland ⁴	3,2%	3,4%	3,0%	2,8%
37	Stadtteil Osterholz	19,3%	17,8%	20,8%	38,7%
373	Tenever	32,0%	28,7%	35,2%	53,1%
374	Osterholz	5,3%	5,4%	5,2%	10,1%
38	Stadtteil Hemelingen	13,5%	13,3%	13,7%	26,4%
383	Hemelingen	19,7%	18,8%	20,8%	35,8%
384	Arbergen	6,8%	6,3%	7,2%	15,3%
42	Stadtteil Findorff	10,6%	11,0%	10,3%	19,0%
43	Stadtteil Walle	17,7%	18,0%	17,3%	34,4%
44	Stadtteil Gröpelingen	26,8%	25,4%	28,2%	49,3%
442	Gröpelingen	33,3%	30,4%	36,1%	57,5%
445	Oslebshausen	18,0%	15,9%	20,2%	42,6%
51	Stadtteil Burglesum	13,4%	12,6%	14,3%	27,6%
513	Burgdamm	19,1%	16,7%	21,6%	37,0%
515	St. Magnus	5,9%	6,3%	5,4%	8,8%
52	Stadtteil Vegesack	16,8%	16,1%	17,5%	32,5%
522	Grohn	18,4%	17,5%	19,3%	44,5%
523	Schönebeck	9,9%	8,4%	11,4%	21,4%
53	Stadtteil Blumenthal	18,1%	16,7%	19,4%	33,4%
531	Blumenthal	22,5%	21,7%	23,3%	35,3%
533	Lüssum-Bockhorn	20,9%	18,8%	23,0%	40,4%
535	Rekum	7,3%	5,7%	8,9%	15,4%
	Maximum (Ortsteile)	33,3%	30,4%	36,1%	57,5%
	Minimum (Ortsteile)	1,7%	2,0%	1,3%	1,7%

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen

¹ Bevölkerung im entsprechenden Alter (15 bis unter 65 Jahren bzw. unter 15 Jahren) Ende 2011.

² Stadt- und Ortsteildaten auf Basis der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt errechnet (geschätzt).

³ Anteil der Kinder unter 15 Jahren an den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Stadt Bremen: 95,29%.

⁴ Ohne Stadtteil Häfen und ohne die Ortsteile Blockland, Seehausen und Strom.

⁵ Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind.

Zu Tabelle 8.1: Anteil der erwerbsfähigen Leistungs- berechtigten und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (unter 15 Jahren) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter

Stadt Bremen: Stadtteile und ausgewählte Ortsteile

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)

Im Dezember 2011 waren im stadtbremschen Durchschnitt 14,1 Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen (erwerbsfähige Leistungsberechtigte), 13,8 Prozent der Männer und 14,4 Prozent der Frauen im entsprechenden Alter.

Die entsprechenden Anteile (Quoten) in den Stadtteilen (ohne die Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind) reichten insgesamt von 4,1 Prozent im Stadtteil Schwachhausen bis 26,8 Prozent im Stadtteil Gröpelingen. Die vier Stadtteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind neben dem Stadtteil Gröpelingen (26,8 Prozent) die Stadtteile Vahr (20,6 Prozent), Huchting (19,8 Prozent) und Osterholz (19,3 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten von 1,7 Prozent in Borgfeld bis 33,3 Prozent in Gröpelingen (Ortsteil). Die drei Ortsteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind neben Gröpelingen (33,3 Prozent) die Ortsteile Tenever (32,0 Prozent) und Neue Vahr Nord (26,5 Prozent).

Die Arbeitslosengeld-II-Quoten der Frauen reichten auf Stadtteilebene von 3,9 Prozent bis 28,2 Prozent, die der Männer von 4,3 Prozent bis 25,4 Prozent, jeweils in Schwachhausen und in Gröpelingen.

Auf Ortsteilebene reichten die Arbeitslosengeld-II-Quoten bei den Frauen von 1,3 Prozent bis 36,1 Prozent und bei den Männern von 2,0 Prozent bis 30,4 Prozent, jeweils in Borgfeld und in Gröpelingen (Ortsteil).

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von unter 15 Jahren

Im Dezember 2011 lebten im stadtbremschen Durchschnitt 28,7 Prozent der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Das heißt, ihre Mütter und/oder Väter waren – ganz oder ergänzend – auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

Die entsprechenden Quoten reichten in den Stadtteilen (ohne die Ortsteile, die keinem Stadtteil zugeordnet sind) von 6,8 Prozent im Stadtteil Schwachhausen bis 49,3 Prozent im Stadtteil Gröpelingen. Die vier Stadtteile mit der höchsten Quote sind neben dem Stadtteil Gröpelingen (49,3 Prozent) die Stadtteile Vahr (44,6 Prozent), Huchting (39,5 Prozent) und Osterholz (38,7 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten von 1,7 Prozent in Borgfeld bis 57,5 Prozent in Gröpelingen (Ortsteil). Die drei Ortsteile mit der höchsten Quote sind neben Gröpelingen (57,5 Prozent) die Ortsteile Neue Vahr Nord (54,4 Prozent) und Tenever (53,1 Prozent).

Tabelle 8.2: Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (unter 15 Jahren) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter – Stadt- und ausgewählte Ortsteile Bremerhaven¹

September 2011 (Kinder unter 15 Jahren: März 2011; siehe Anmerkungen zu Tabelle 6)

Stadt Stadtteil Ortsteile	erwerbsfähige Leistungsberechtigte pro Einwohner/in im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ¹			nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren ¹ pro EW unter 15 Jahren ²
	insgesamt	Männer	Frauen	
Stadt Bremerhaven insgesamt	19,7%	19,0%	20,5%	37,5%
dar. Stadtteile und ausgewählte Ortsteile ³				
11 Stadtteil Weddewarden	4,6%	4,1%	5,2%	7,9%
12 Stadtteil Leherheide	18,8%	16,7%	20,8%	35,1%
121 Königsheide	7,5%	8,3%	6,8%	13,2%
122 Fehrmoor	3,8%	4,0%	3,6%	5,9%
123 Leherheide-West	32,2%	28,1%	35,9%	53,9%
13 Stadtteil Lehe	22,4%	22,3%	22,6%	37,3%
131 Speckenbüttel	3,1%	2,8%	3,3%	4,4%
132 Eckernfeld	8,2%	7,5%	8,8%	15,9%
133 Twischkamp	27,5%	29,1%	25,8%	45,0%
134 Goethestraße	39,5%	37,6%	41,9%	65,9%
135 Klushof	29,3%	27,8%	30,9%	52,6%
136 Schierholz	9,5%	10,2%	8,7%	16,3%
137 Buschkämpen	6,3%	7,9%	4,7%	24,5%
14 Stadtteil Mitte	19,8%	19,0%	20,7%	50,7%
141 Mitte-Süd	18,0%	18,4%	17,6%	41,5%
142 Mitte-Nord	20,9%	19,4%	22,5%	54,1%
21 Geestemünde	23,4%	23,0%	23,8%	45,5%
211 Geestemünde-Nord	15,9%	16,4%	15,4%	34,5%
212 Geestendorf	25,7%	24,9%	26,5%	50,8%
213 Geestemünde-Süd	19,7%	19,1%	20,3%	35,9%
214 Bürgerpark	16,9%	16,4%	17,5%	35,7%
215 Grünhöfe	33,7%	33,0%	34,3%	55,3%
22 Stadtteil Schiffforderdamm	4,5%	4,2%	4,8%	9,8%
23 Stadtteil Surheide	3,2%	2,9%	3,5%	12,0%
24 Stadtteil Wulsdorf	12,3%	12,3%	12,4%	25,0%
241 Dreibergen	17,1%	16,5%	17,8%	34,4%
242 Jedutenberg	7,7%	8,0%	7,4%	14,2%
25 Stadtteil Fischereihafen	7,0%	7,8%	6,0%	9,7%
Maximum (Ortsteile)	39,5%	37,6%	41,9%	65,9%
Minimum (Ortsteile)	3,1%	2,8%	3,3%	4,4%

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Magistrat Bremerhaven; eigene Berechnungen

¹ Bevölkerung im entsprechenden Alter (15 bis unter 65 Jahren bzw. unter 15 Jahren) Ende 2010. Orts- und Stadtteile: Magistrat Bremerhaven; Stadt Bremerhaven insgesamt: Statistisches Landesamt Bremen.

² Stadt- und Ortsteildaten auf Basis der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten insgesamt errechnet (geschätzt). Anteil der Kinder unter 15 Jahren an den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Stadt Bremerhaven: 96,70%.

Zu Tabelle 8.2: Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (unter 15 Jahren) an der Bevölkerung im entsprechenden Alter

Stadt Bremerhaven: Stadtteile und Ortsteile

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)

Im September 2011⁵⁸ waren in der Stadt Bremerhaven 19,7 Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf Arbeitslosengeld II angewiesen (erwerbsfähige Leistungsberechtigte), 19,0 Prozent der Männer und 20,5 Prozent der Frauen im entsprechenden Alter.

Die entsprechenden Anteile (Quoten) in den Stadtteilen reichten insgesamt von 3,2 Prozent im Stadtteil Surheide bis 23,4 Prozent im Stadtteil Geestemünde. Die vier Stadtteile mit dem höchsten Anteil erwerbsfähiger Leistungsberechtigter sind neben dem Stadtteil Geestemünde (23,4 Prozent) die Stadtteile Lehe (22,4 Prozent), Mitte (19,8 Prozent) und Leherheide (18,8 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten von 3,1 Prozent in Speckenbüttel bis 39,5 Prozent im Ortsteil Goethestraße. Die drei Ortsteile mit der höchsten Arbeitslosengeld-II-Quote sind neben dem Ortsteil Goethestraße (39,5 Prozent) die Ortsteile Grünhöfe (33,7 Prozent) und Leherheide-West (32,2 Prozent).

Die Arbeitslosengeld-II-Quoten der Frauen reichten auf Stadtteilebene von 3,5 Prozent im Stadtteil Surheide bis 23,8 Prozent in Geestemünde, die der Männer von 2,9 Prozent in Surheide bis 23,0 Prozent in Geestemünde.

Auf Ortsteilebene reichen die Arbeitslosengeld-II-Quoten bei den Frauen von 3,3 Prozent in Speckenbüttel bis 41,9 Prozent im Ortsteil Goethestraße, bei den Männern von 2,8 Prozent in Speckenbüttel bis 37,6 Prozent im Ortsteil Goethestraße.

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von unter 15 Jahren

Im März 2011⁵⁹ lebten in der Stadt Bremerhaven 37,5 Prozent der Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Das heißt, ihre Mütter und/oder Väter waren – ganz oder ergänzend – auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

Die entsprechenden Quoten reichten in den Stadtteilen von 7,9 Prozent im Stadtteil Weddewarden bis 50,7 Prozent im Stadtteil Mitte. Die vier Stadtteile mit der höchsten Quote sind neben dem Stadtteil Mitte (50,7 Prozent) die Stadtteile Geestemünde (45,5 Prozent), Lehe (37,3 Prozent) und Leherheide (35,1 Prozent).

Die entsprechenden Quoten in den Ortsteilen reichten von 4,4 Prozent im Ortsteil Speckenbüttel bis 65,9 Prozent im Ortsteil Goethestraße. Die sechs Ortsteile mit der höchsten Quote – jeweils über 50 Prozent – sind neben dem Ortsteil Goethestraße (65,9 Prozent) die Ortsteile Grünhöfe (55,3 Prozent), Mitte-Nord (54,1 Prozent), Leherheide-West (53,9 Prozent), Klushof (52,6 Prozent) und Geestendorf (50,8 Prozent).

⁵⁸ Bei Redaktionsschluss lagen auf Stadtteil- und Ortsteilebene lediglich Daten bis September 2011 vor.

⁵⁹ Wegen unkorrekter Erfassung der Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften seit Mitte 2011 musste auf den März 2011 zurückgegriffen werden, den bisher letzten Monat mit korrekt erfassten und auf Stadt- und Ortsteilebene ausgewerteten Daten. Siehe dazu auch die Anmerkungen zu Tabelle 6.

Tabelle 9.1: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (BG): Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Bund und Kommunen) pro Monat – Stadt Bremen

revidierte Daten nach Wartezeit von drei Monaten

	insgesamt (brutto)				Arbeitslosengeld II ohne LfU (netto)		Sozialgeld ohne LfU (netto)		Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)			SV-Beiträge		sonstige Leistungen	
	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Euro/eLb**	Mio. Euro	Euro/eLb**	Mio. Euro	Euro/nEf***	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Mio. Euro	Euro/eLb**	Mio. Euro	Euro/LE*
	-1-	-2-	-3-	-4-	-5-	-6-	-7-	-8-	-9-	-10-	-11-	-12-	-13-	-14-	-15-
2006	37,72	877	484	672	14,69	262	0,76	35	13,44	313	172	8,62	153	0,22	3
2007	33,82	848	444	620	13,77	252	0,72	33	13,09	328	172	6,03	111	0,22	3
2008	33,18	856	449	629	13,30	252	0,70	33	13,00	335	176	5,96	113	0,22	3
2009	34,92	889	478	663	13,83	263	0,82	40	13,61	346	186	6,39	121	0,26	4
2010	35,88	887	479	665	14,18	263	0,71	34	14,15	350	189	6,54	121	0,29	4
2011	33,84	852	463	645	13,72	261	0,58	28	14,38	362	197	4,97	95	0,20	3
Jan 2010	35,60	888	478	664	14,12	263	0,72	35	13,98	349	188	6,53	122	0,24	3
Feb 2010	35,86	886	478	662	14,30	264	0,66	32	14,03	346	187	6,57	121	0,31	4
Mrz 2010	36,27	889	480	664	14,38	263	0,65	31	14,28	350	189	6,61	121	0,35	5
Apr 2010	36,15	885	478	662	14,33	262	0,63	30	14,21	348	188	6,62	121	0,36	5
Mai 2010	36,10	885	478	662	14,33	263	0,62	30	14,21	348	188	6,62	121	0,32	4
Jun 2010	36,05	884	477	660	14,31	262	0,62	30	14,27	350	189	6,60	121	0,26	3
Jul 2010	35,85	880	477	66	14,22	262	0,61	29	14,21	349	189	6,57	121	0,25	3
Aug 2010	37,20	917	495	687	14,50	268	1,64	78	14,19	350	189	6,53	121	0,33	4
Sep 2010	35,59	884	478	664	14,03	262	0,60	29	14,16	352	190	6,50	121	0,30	4
Okt 2010	35,34	881	477	663	13,93	261	0,60	29	14,11	352	190	6,46	121	0,22	3
Nov 2010	35,25	885	479	667	13,89	263	0,60	29	14,07	353	191	6,44	122	0,25	3
Dez 2010	35,25	886	479	668	13,85	262	0,60	29	14,12	355	192	6,45	122	0,23	3
Jan 2011	33,86	850	461	641	13,81	261	0,58	28	14,20	357	193	5,03	95	0,25	3
Feb 2011	34,01	849	461	640	13,90	262	0,59	28	14,30	357	194	5,04	95	0,19	3
Mrz 2011	34,30	853	463	644	13,96	262	0,58	28	14,49	360	196	5,05	95	0,22	3
Apr 2011	34,18	850	462	642	13,98	263	0,58	28	14,39	358	195	5,04	95	0,19	3
Mai 2011	34,20	852	463	643	13,83	260	0,58	28	14,53	362	197	5,02	95	0,23	3
Jun 2011	33,95	851	462	642	13,77	261	0,58	28	14,41	361	196	5,00	95	0,19	3
Jul 2011	34,01	853	464	644	13,79	261	0,58	28	14,45	362	197	4,99	94	0,20	3
Aug 2011	33,89	854	464	646	13,72	262	0,58	28	14,46	364	198	4,94	94	0,19	3
Sep 2011	33,60	854	464	647	13,55	261	0,58	28	14,38	366	199	4,90	94	0,19	3
Okt 2011	33,35	852	464	647	13,44	261	0,57	28	14,29	365	199	4,88	95	0,16	2
Nov 2011	33,38	854	465	649	13,43	261	0,57	28	14,33	366	200	4,87	95	0,19	3
Dez 2011	33,42	855	467	651	13,41	261	0,57	28	14,38	368	201	4,90	95	0,17	2

* LE = Leistungsempfänger/in (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

** eLb = erwerbsfähige Leistungsberechtigte

*** nEf = nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

**Zu Tabelle 9.1:
Ausgaben für SGB-II-Leistungen
zur Sicherung des Lebensunterhaltes
pro Monat – Stadt Bremen**

Im Berichtsjahr 2011 wurden in der Stadt Bremen SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in Höhe von durchschnittlich 33,84 Millionen Euro pro Monat (brutto) bewilligt. Dies waren (nominal) 2,03 Millionen Euro⁶⁰ pro Monat weniger als im Vorjahr (2010). Der Rückgang erklärt sich zum überwiegenden Teil aus der Abschaffung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II).⁶¹ Zudem wurde zum 1. Januar 2011 der befristete Zuschlag gemäß § 24 SGB II (›Befristeter Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld‹) abgeschafft, die in der Regel vollständige Anrechnung des Elterngeldes eingeführt und zum 1. April 2011 die ›Zusätzliche Leistung für die Schule‹ (§ 24a SGB II) nicht mehr als ›Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes‹ gewährt und gebucht, sondern als Teil des anders finanzierten sogenannten ›Bildungs- und Teilhabepaketes‹.

Von den durchschnittlich 33,84 Millionen Euro entfielen 13,72 Millionen Euro (40,5 Prozent) auf das Arbeitslosengeld II, 0,58 Millionen Euro (1,7 Prozent) auf das Sozialgeld (jeweils ohne die Leistungen für Unterkunft und Heizung), 14,38 Millionen Euro (42,5 Prozent) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung, 4,97 Millionen Euro (14,7 Prozent) auf die Beiträge zur Sozialversicherung und 0,20 Millionen Euro (0,6 Prozent) auf die sonstigen Leistungen⁶². Erstmals überstiegen die bewilligten Leistungen für Unterkunft und Heizung die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II.⁶³

Der Vergleich der bewilligten SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes pro Bedarfsgemeinschaft, pro Person⁶⁴ beziehungsweise pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n in den Berichtsjahren 2010 und 2011 zeigt: Die bewilligten monatlichen Leistungen (brutto) pro Bedarfsgemeinschaft sanken im Vergleich zum Berichtsjahr 2010 um etwa 35 Euro auf 852 Euro, die bewilligten monatlichen Leistungen pro Person in einer Bedarfsgemeinschaft sanken um etwa 16 Euro auf 463 Euro und die bewilligten monatlichen Leistun-

gen pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n um über 20 Euro auf 645 Euro.

Das bewilligte Arbeitslosengeld II pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung und ohne Beiträge zur Sozialversicherung) sank gegenüber dem Vorjahr (2010) um etwa 1,70 Euro auf 261 Euro pro Monat.

Die bewilligten monatlichen Leistungen für Unterkunft und Heizung stiegen pro Bedarfsgemeinschaft um etwa 12 Euro auf 362 Euro, unter anderem auch wegen der Neuregelung der Übernahme von Warmwasserkosten. Pro Person in einer Bedarfsgemeinschaft stiegen diese Ausgaben um etwa 7,70 Euro auf 197 Euro.

Hinweis: Die in dieser Tabelle dargestellte Entwicklung der bewilligten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes gibt keine Auskunft über die in den Antragsverfahren anerkannten Bedarfe der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Im Dezember 2011 wurden den insgesamt 39.073 Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremen, darunter 23.345 Bedarfsgemeinschaften mit verfügbarem Einkommen, Einkommen in Höhe von durchschnittlich 269,73 Euro angerechnet (Dezember 2010: 260,89).⁶⁵ Unter den insgesamt 39.073 Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2011 waren unter anderem 14.117 Bedarfsgemeinschaften (36,1 Prozent) mit Einkommen aus Kindergeld und 13.734 Bedarfsgemeinschaften (35,1 Prozent) mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit. In 4.495 Bedarfsgemeinschaften (11,5 Prozent) wurde Unterhalt und in 2.364 der Bedarfsgemeinschaften (6,1 Prozent) wurden Sozialleistungen angerechnet.

60 Ermittelt aus ungerundeten Ausgaben.

61 Vgl. die Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge (Spalte 12).

62 Als sonstige Leistungen werden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst: Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, für Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt sowie (bis zum 31. Dezember 2010) für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen (§ 23 SGB II). Die mehrtägigen Klassenfahrten werden ab 2011 im Rahmen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes abgerechnet.

63 Arbeitslosengeld II (netto) ohne die Leistungen für Unterkunft und Heizung.

64 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld) zusammen.

65 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Berichtsmomente Dezember 2010 und 2011, Nürnberg; eigene Berechnungen.

Tabelle 9.2: SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (BG): Ausgaben für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Bund und Kommunen) pro Monat – Stadt Bremerhaven

revidierte Daten nach Wartezeit von drei Monaten

	insgesamt (brutto)				Arbeitslosengeld II ohne LfU (netto)		Sozialgeld ohne LfU (netto)		Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)			SV-Beiträge		sonstige Leistungen	
	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Euro/eLb**	Mio. Euro	Euro/eLb**	Mio. Euro	Euro/nEf***	Mio. Euro	Euro/BG	Euro/LE*	Mio. Euro	Euro/eLb**	Mio. Euro	Euro/LE*
	-1-	-2-	-3-	-4-	-5-	-6-	-7-	-8-	-9-	-10-	-11-	-12-	-13-	-14-	-15-
2006	11,08	865	465	645	4,44	258	0,21	31	3,82	298	160	2,56	149	0,06	3
2007	10,08	847	430	600	4,22	251	0,20	30	3,78	317	161	1,82	108	0,06	3
2008	9,64	850	434	605	3,97	250	0,19	31	3,60	317	162	1,81	114	0,06	3
2009	9,58	877	459	636	3,87	257	0,22	38	3,59	329	172	1,83	121	0,07	3
2010	9,50	855	452	626	3,90	257	0,19	33	3,52	316	167	1,82	120	0,07	3
2011	8,95	812	443	604	3,82	258	0,15	28	3,55	322	176	1,39	94	0,05	2
Jan 2010	9,44	860	451	626	3,88	257	0,17	29	3,50	319	167	1,82	121	0,06	3
Feb 2010	9,53	860	453	627	3,94	259	0,17	30	3,53	318	168	1,83	121	0,06	3
Mrz 2010	9,65	865	455	630	3,97	259	0,17	29	3,57	320	168	1,85	120	0,09	4
Apr 2010	9,66	864	455	629	3,95	258	0,17	29	3,59	321	169	1,84	120	0,10	5
Mai 2010	9,58	859	454	627	3,95	259	0,17	29	3,54	318	168	1,84	120	0,07	3
Jun 2010	9,54	853	452	624	3,93	257	0,16	28	3,54	317	168	1,83	120	0,07	3
Jul 2010	9,49	847	450	621	3,90	255	0,16	28	3,54	316	168	1,83	119	0,06	3
Aug 2010	9,79	878	465	643	3,96	260	0,45	76	3,50	314	166	1,82	119	0,07	3
Sep 2010	9,37	841	447	618	3,86	255	0,16	28	3,48	312	166	1,81	120	0,05	3
Okt 2010	9,35	842	447	620	3,84	255	0,16	28	3,48	313	167	1,81	120	0,05	3
Nov 2010	9,29	842	447	620	3,82	255	0,16	28	3,45	313	166	1,80	120	0,05	3
Dez 2010	9,32	846	450	624	3,84	257	0,16	28	3,46	314	167	1,81	121	0,05	2
Jan 2011	8,91	805	430	592	3,82	254	0,15	27	3,47	314	167	1,41	93	0,05	3
Feb 2011	9,03	813	435	599	3,89	258	0,15	27	3,54	418	170	1,41	93	0,05	2
Mrz 2011	9,11	815	438	602	3,92	259	0,15	27	3,58	321	172	1,42	94	0,04	2
Apr 2011	9,11	814	438	603	3,91	259	0,15	27	3,58	321	173	1,41	93	0,04	2
Mai 2011	9,03	814	438	603	3,87	258	0,15	27	3,56	321	173	1,41	94	0,05	2
Jun 2011	9,03	813	438	602	3,86	257	0,15	26	3,56	321	173	1,41	94	0,05	2
Jul 2011	9,06	814	442	604	3,87	258	0,15	28	3,59	323	175	1,40	93	0,05	3
Aug 2011	8,91	811	444	603	3,80	257	0,15	28	3,54	322	176	1,37	93	0,05	3
Sep 2011	8,84	812	451	608	3,74	257	0,15	29	3,53	324	180	1,36	94	0,06	3
Okt 2011	8,79	810	456	609	3,72	258	0,14	30	3,54	326	184	1,35	94	0,04	2
Nov 2011	8,79	812	456	611	3,72	258	0,14	29	3,54	327	184	1,35	94	0,04	2
Dez 2011	8,75	814	455	612	3,71	259	0,14	29	3,52	327	183	1,34	94	0,04	2

* LE = Leistungsempfänger/in (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)

** eLb = erwerbsfähige Leistungsberechtigte

*** nEf = nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); eigene Berechnungen

Zu Tabelle 9.2: Ausgaben für SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes pro Monat Stadt Bremerhaven

Im Berichtsjahr 2011 wurden in der Stadt Bremerhaven SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in Höhe von durchschnittlich 8,95 Millionen Euro pro Monat (brutto) bewilligt. Dies waren (nominal) 0,55 Millionen Euro pro Monat weniger als im Vorjahr (2010).⁶⁶

Von diesen durchschnittlich 8,95 Millionen Euro entfielen 3,82 Millionen Euro (42,7 Prozent) auf das Arbeitslosengeld II, 0,15 Millionen Euro (1,7 Prozent) auf das Sozialgeld (jeweils ohne die Leistungen für Unterkunft und Heizung), 3,55 Millionen Euro (39,6 Prozent) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung, 1,39 Millionen Euro (15,5 Prozent) auf die Beiträge zur Sozialversicherung und 0,05 Millionen Euro (0,5 Prozent) auf die sonstigen Leistungen.⁶⁷

Der Vergleich der bewilligten SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes pro Bedarfsgemeinschaft, pro Person⁶⁸ beziehungsweise pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n in den Berichtsjahren 2010 und 2011 zeigt: Die bewilligten monatlichen Leistungen (brutto) pro Bedarfsgemeinschaft sanken im Vergleich zum Berichtsjahr 2010 um über 42 Euro auf 812 Euro, die bewilligten monatlichen Leistungen pro Person in einer Bedarfsgemeinschaft um etwa 9 Euro auf 443 Euro und die bewilligten monatlichen Leistungen pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n um etwa 22 Euro auf 604 Euro.

Die bewilligten monatlichen SGB-II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (brutto) lagen in der Stadt Bremerhaven im Berichtsjahr 2011 mit 604 Euro pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n etwa 41 Euro (6,3 Prozent) unter den entsprechenden Ausgaben in der Stadt Bremen – insbesondere wegen der geringeren Leistungen für Unterkunft und Heizung (niedrigere Mieten).

Das bewilligte Arbeitslosengeld II pro erwerbsfähige/n Leistungsberechtigte/n (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung und ohne Beiträge zur Sozialversicherung) betrug, gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (plus 0,60 Euro), 258 Euro pro Monat.

Die bewilligten monatlichen Leistungen für Unterkunft und Heizung stiegen um etwa 6 Euro auf 322 Euro pro Bedarfsgemeinschaft beziehungsweise um über 8 Euro auf 176 Euro pro Person, unter anderem auch wegen der Neuregelung der Übernahme von Warmwasserkosten.

Hinweis: Die in dieser Tabelle dargestellte Entwicklung der bewilligten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes gibt keine Auskunft über die in den Antragsverfahren anerkannten Bedarfe der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften. Im Dezember 2011 wurden den insgesamt 10.754 Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Bremerhaven, darunter 6.408 Bedarfsgemeinschaften mit verfügbarem Einkommen, Einkommen in Höhe von durchschnittlich 251,13 Euro angerechnet (Dezember 2010: 238,33).⁶⁹ Unter den insgesamt 10.754 Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2011 waren unter anderem 3.901 Bedarfsgemeinschaften (36,3 Prozent) mit Einkommen aus Kindergeld und 3.457 Bedarfsgemeinschaften (32,1 Prozent) mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit. In 873 Bedarfsgemeinschaften (8,1 Prozent) wurde Unterhalt und in 792 der Bedarfsgemeinschaften (7,4 Prozent) wurden Sozialleistungen angerechnet.

66 Zu den Gründen siehe die Anmerkungen zu Tabelle 9.1

67 Als sonstige Leistungen werden von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst: Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte, für Erstausrüstungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt sowie (bis zum 31. Dezember 2010) für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen (§ 23 SGB II). Die mehrtägigen Klassenfahrten werden ab 2011 im Rahmen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes abgerechnet.

68 Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld) zusammen.

69 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Berichtsmomente Dezember 2010 und 2011, Nürnberg; eigene Berechnungen.

**Tabelle 10: Grundsicherung im Alter (Kapitel 4 SGB XII)
65 Jahre und älter**

Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven				
Leistungsempfänger/innen ¹				
	insgesamt	Männer	Frauen	
Stadt Bremen	absolut	absolut	absolut	in v. H.
Dezember 2007	4.846	1.661	3.185	65,7%
Dezember 2008	5.232	1.850	3.382	64,6%
Dezember 2009	5.348	1.945	3.403	63,6%
Dezember 2010	5.531	2.047	3.484	63,0%
Dezember 2011	5.802	2.208	3.594	61,9%
Einwohner/innen im Alter von 65 Jahren und älter				
Ende 2007	114.875	46.942	67.933	59,1%
Ende 2008	116.321	47.988	68.333	58,7%
Ende 2009	117.170	48.771	68.399	58,4%
Ende 2010	116.542	48.733	67.809	58,2%
Ende 2011	117.342	49.431	67.911	57,9%
Leistungsempfänger/innen ¹ pro EW 65 Jahre und älter				
Dezember 2007	4,2%	3,5%	4,7%	
Dezember 2008	4,5%	3,9%	4,9%	
Dezember 2009	4,6%	4,0%	5,0%	
Dezember 2010	4,7%	4,2%	5,1%	
Dezember 2011	4,9%	4,5%	5,3%	
Stadt Bremerhaven	Leistungsempfänger/innen ¹			
Dezember 2007	1.397	434	963	68,9%
Dezember 2008	1.448	466	982	67,8%
Dezember 2009	1.387	479	908	65,5%
Dezember 2010	1.385	487	898	64,8%
Dezember 2011	1.436	513	923	64,3%
Einwohner/innen im Alter von 65 Jahren und älter				
Ende 2007	24.980	10.440	14.540	58,2%
Ende 2008	25.106	10.642	14.464	57,6%
Ende 2009	25.135	10.758	14.377	57,2%
Ende 2010	24.941	10.740	14.201	56,9%
Ende 2011	24.929	10.829	14.100	56,6%
Leistungsempfänger/innen ¹ pro EW 65 Jahre und älter				
Dezember 2007	5,6%	4,2%	6,6%	
Dezember 2008	5,8%	4,4%	6,8%	
Dezember 2009	5,5%	4,5%	6,3%	
Dezember 2010	5,6%	4,5%	6,3%	
Dezember 2011	5,8%	4,7%	6,5%	

¹ außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)

Quellen: Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
(Stadt Bremen: PROSOZ Bremen; Bremerhaven: Open PROSOZ Bremerhaven);
Statistisches Landesamt (Bevölkerung); eigene Berechnungen

**Zu Tabelle 10:
Grundsicherung im Alter (Kapitel 4 SGB XII)**

Stadt Bremen

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen 5.802 Menschen im Alter von 65 Jahren und älter auf Grundsicherung im Alter angewiesen (Leistungsempfänger/innen außerhalb von Einrichtungen). Dies entspricht einem Anteil von 4,9 Prozent an der entsprechenden Bevölkerung. 61,9 Prozent (3.594) dieser Leistungsempfänger/innen waren Frauen.

Die Zahl der auf Grundsicherung im Alter angewiesenen Menschen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremen 19,7 Prozent mehr Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen als vier Jahre zuvor (Dezember 2007). Der Anteil an der leicht gestiegenen Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter nahm von 4,2 Prozent auf 4,9 Prozent zu.

Dieser Anstieg war bei den Männern deutlich stärker als bei den Frauen. Der Frauenanteil an den Leistungsempfängerinnen und -empfängern sank demzufolge von 65,7 Prozent im Dezember 2007 auf 61,9 Prozent im Dezember 2011. Der Anteil der Frauen im Alter von 65 Jahren und älter, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen waren, lag jedoch auch im Dezember 2011 mit 5,3 Prozent deutlich über dem entsprechenden Anteil der Männer (4,5 Prozent).

Stadt Bremerhaven

Im Dezember 2011 waren in der Stadt Bremerhaven 1.436 Menschen im Alter von 65 Jahren und älter auf Grundsicherung im Alter angewiesen (Leistungsempfänger/innen außerhalb von Einrichtungen). Dies entspricht einem Anteil von 5,8 Prozent an der entsprechenden Bevölkerung. 64,3 Prozent (923) dieser Leistungsempfänger/innen waren Frauen.

Anders als in der Stadt Bremen ist in der Stadt Bremerhaven die Zahl der Menschen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen waren, gemäß der vorliegenden Daten zwischen Dezember 2007 (1.397) und Dezember 2011 (1.436) nur geringfügig gestiegen (+2,8 Prozent).

Trotz dieser deutlichen Abweichung von der in der Stadt Bremen beobachteten Entwicklung waren in der Stadt Bremerhaven auch im Dezember 2011 relativ mehr Menschen im Alter von 65 Jahren und älter auf Grundsicherung im Alter angewiesen als in der Stadt Bremen: 5,8 Prozent (Stadt Bremen 4,9 Prozent). Besonders ausgeprägt ist dies bei den Frauen. Während in der Stadt Bremen im Dezember 2011 5,3 Prozent der Frauen im Alter von 65 Jahren und älter auf Grundsicherung im Alter angewiesen waren, waren dies in der Stadt Bremerhaven 6,5 Prozent (Männer: 4,7 Prozent in Bremerhaven, 4,5 Prozent in der Stadt Bremen). Der Abstand zwischen den entsprechenden, insgesamt steigenden Quoten in den beiden bremischen Städten hat sich jedoch in den vergangenen Jahren deutlich verringert.

KURZPORTRÄT

Arbeitnehmerkammer Bremen

Die Arbeitnehmerkammer hat rund 360.000 Mitglieder – das sind alle in Bremen und Bremerhaven beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (mit Ausnahme der Beamten), also auch die, die jenseits der Landesgrenze ihren Wohnsitz haben, aber im Land Bremen arbeiten. So bestimmt es das Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen. Auch Arbeitslose, die zuletzt ihren Arbeitsplatz im Land Bremen hatten, sind Mitglieder der Arbeitnehmerkammer.

Mitglieder können unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen: Unsere Juristinnen und Juristen beraten kostenlos in Fragen des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts, in Steuerfragen und in Rechtsfragen in Zusammenhang mit einer Arbeitslosigkeit. Außerdem bieten wir Beratung für Betriebs- und Personalräte. Der Mitgliedsbeitrag von 0,15 Prozent des Brutto-Gehalts wird direkt von den Finanzämtern eingezogen.

Ein Team von Referentinnen und Referenten berät die Politik durch Gutachten und Stellungnahmen – zum Teil in Zusammenarbeit mit externen Sachverständigen. Auch mit Veranstaltungen und öffentlichen Debatten wirken wir an der gesellschaftlichen Meinungsbildung mit.

Neben dem umfangreichen Beratungs- und Informationsangebot bieten wir auch etwas für Ihre Bildung: In der Wirtschafts- und Sozialakademie (wisoak), einer der größten Anbieter von beruflicher und politischer Weiterbildung in Bremen, können Sie jedes Jahr unter einer Vielzahl von Seminaren, Trainingsmaßnahmen und Fortbildungen zu unterschiedlichen Themen wählen.

Die Kammer vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Interessen ihrer Mitglieder. Die Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen, die Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung erfolgt in der Satzung und die Selbstfinanzierung der Kammer durch ihre Zugehörigen regelt die Beitragsordnung. Die Kammer ist damit aus der bremischen Verwaltungshierarchie ausgegliedert und übernimmt die ihr übertragenen Aufgaben eigenverantwortlich in Form der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung der Arbeitnehmerkammer wird durch Urwahl für eine sechsjährige Amtszeit von den Kammerzugehörigen gewählt. Hervorgegangen ist die Arbeitnehmerkammer aus den 1921 gegründeten, ursprünglich selbstständigen Kammern für Arbeiter und Angestellte. Diese schlossen sich im Jahr 2001 zusammen zur Arbeitnehmerkammer Bremen.

Die Arbeitnehmerkammer unterhält nicht nur eigene Einrichtungen wie etwa die Wirtschafts- und Sozialakademie (wisoak). Die Kammer beteiligt sich auch an Kooperationen und Netzwerken, um über Themen wie Bildung, Arbeitsmarktpolitik oder Mitbestimmung mit anderen Akteuren im Land Bremen zu diskutieren und gemeinsame Vorhaben voranzubringen. Kooperationspartner sind unter anderem:

- *Institut für Arbeit und Politik*
- *Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)*
- *Kulturwerkstatt westend*
- *Statistisches Landesamt Bremen*
- *Technikerschule Bremen*

Aus Vielfalt eigene Stärken entwickeln

Migrantinnen und Migranten in Bremen

Zum zehnten Mal legt die Arbeitnehmerkammer Bremen ihren Bericht zur sozialen Lage vor – diesmal mit dem Schwerpunktthema ›Migrantinnen und Migranten in Bremen‹. Ihre Arbeits- und Lebenssituationen sind so vielfältig, dass es nicht mehr sinnvoll ist, von den Deutschen hier und den Migranten dort zu sprechen. Um dennoch (gesicherte) Aussagen zur sozialen Lage der Aussiedler, Ausländer und Deutschen mit einer Migrationsgeschichte machen zu können, ist auch der neue Bericht vielfältig.

Elf Menschen mit einer familiären Migrationsgeschichte berichten über ihre Arbeits- und Lebenserfahrungen, zum Beispiel als Anwältin, als Sozialarbeiterin, als Putzmann, als Betriebsrat oder als Flüchtling. Es zeigt sich, dass der Arbeitsmarkt der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe ist. Doch auch der Bremer Arbeitsmarkt ist sozial gespalten. Immer mehr Menschen mit einer familiären Migrationsgeschichte sind in Bremen erwerbstätig – auch als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Gleichzeitig ist ein viel zu großer Teil von ihnen schlecht in den Arbeitsmarkt integriert. In den öffentlichen Debatten stehen die problematischen Entwicklungen beim Thema Migration, Integration und Vielfalt fast immer im Mittelpunkt. Diese Schwierigkeiten zu thematisieren ist wichtig, sie sollten aber nicht den Blick verstellen auf die positiven Entwicklungen – etwa im Bildungsbereich. Mehr als zwei Drittel der Jugendlichen mit einem Migrationshinweis schließen die Schule mit mittlerer Reife oder Hochschulreife ab.

www.arbeitnehmerkammer.de

